

Politik und Wirtschaft im Baltikum

Von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
– Fakultät IV – zur Erlangung des Grades

Doktor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Dr. rer. Pol.

genehmigte Dissertation

Von Herrn Rolf Winkelmann

Geboren am 30.12.1973 in Hamburg

Referent: Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher

Korreferent: Prof. Dr. (em.) Helmut Freiwald

Tag der Disputation: 16.5.2007

Danksagung

Ich beginne die Danksagung klassisch und bedanke mich zuerst bei meinen Eltern, die soviel Geduld mit mir hatten und diese Arbeit erst ermöglichten. Natürlich bin ich auch meinem Doktorvater Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher zu Dank verpflichtet, der mich ein paar Jahre länger ertragen hat und mir mit Rat und Tat zur Seite stand. Herrn Prof. Dr. Freiwald danke ich für die Bereitschaft trotz großer Arbeitsbelastung sich als Zweitgutachter zur Verfügung gestellt zu haben. Dem Kolloquium des ehemaligen Instituts für Politikwissenschaft I an der Universität Oldenburg für die zahlreichen Hinweise zu meiner Arbeit.

Die Zahl der Personen, bei denen ich mich bedanken müsste ist zu lang und wird deshalb mit diese Personengruppe beschreibenden Stellvertretern abgekürzt.

Der Friedrich-Naumann-Stiftung in Tallinn danke ich für die ideelle Unterstützung meiner Forschung vor Ort. Der Abgeordnete des Riigikogu Prof. Reiljan (Tartu) sei stellvertretend für die zahlreichen Gesprächspartner aus fast allen Fraktionen im estnischen Parlament genannt. Kadri Must (Zentrumspartei) möge als Stellvertreterin der Unterstützung aus den Parteizentralen genannt sein.

Prof. Dr. Garleff (Oldenburg) sei ebenfalls für die zahlreichen Gespräche und Hilfestellungen und ersten Gesprächspartner in Tallinn gedankt. Prof. Sigmar Richter (Berlin) hat mich während meiner Forschungsaufenthalte in Tallinn und auch später unterstützt.

Stellvertretend für meinen Freundeskreis seien Alexandra Otten, Stefanie Kiesow und Kathrin Lehtma (M.A.) sowie Michael Öltjebruns genannt, die meine Launen und zahllosen Anekdoten der Entstehung meiner Arbeit erduldet haben und mich unterstützt haben.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung, Fragestellung, Methodik, Forschungsstand	1
1.1 Einleitung	1
1.2 Fragestellung	2
1.3 Methodik	5
1.4 Forschungsstand	6
1.4.1 Transformationstheorie	6
1.4.2 Demokratie und Marktwirtschaft	9
1.4.3 Parteiensysteme	11
1.4.4 Politischen Kultur	11
1.4.5 Wahlen	12
1.4.6 Parteienfinanzierung	12
1.4.7 Korruption	13
1.4.8 Wirtschaft	13
1.5 Kapiteleinteilung	16
2. Konsolidierung von Politik und Wirtschaft aus transformationstheoretischer Sicht	18
2.1 Einführung	18
2.2 Transformationstheorie	19
2.2.1 Osteuropa vs. Südeuropa	22
2.2.2 Institutionelle Grundausstattung einer Demokratie	23
2.2.3 Theoretische Ansätze	26
2.3 Konsolidierung der Demokratie	28
2.3.1 Vorraussetzungen erfolgreicher Transformationen	28
2.3.2 Wahlen und Regierungssysteme im Transformations- prozess	32
2.3.3 Parteien und Transformation	34
2.3.4 Politische Kultur	36
2.4 Wirtschaftstransformation	37
2.5 Politische Stabilität und Wirtschaftswachstum	42
2.5.1 Regime und Wirtschaftswachstum	45
2.5.2 Institutionengefüge als Bedingung für wirtschaftliches Wachstum	46

2.5.3	Demokratie und Marktwirtschaft - ein notwendiges Doppel!?	47
3.	Parteiensysteme der baltischen Länder	50
3.1	Parteienlandschaft in Estland, Lettland und Litauen	52
3.1.1	Estland	53
3.1.2	Lettland	56
3.1.3	Litauen	59
3.2	Politische Kultur als Konsolidierungsindikator	61
3.2.1	Bedeutung der Einstellungen für die Stabilisierung von Demokratien	61
3.2.2	Zustimmung zum demokratischen Prinzip	63
3.2.3	Vertrauen in politische Institutionen	67
3.2.4	Einstellungen zur Marktwirtschaft als ordnungspolitische Grundlage und Element der Stabilisierung der Parteiensysteme und der Demokratie	69
3.3	Konfliktlinien	72
3.3.1	Konfliktlinien in den baltischen Staaten	73
3.3.2	Stadt vs. Land	74
3.3.3	Der ethnische Konflikt	76
3.3.4	Arbeit vs. Kapital	76
3.3.5	Der Religionskonflikt	77
3.3.6	Transformationsgewinner vs. Verlierer	78
3.4	Rechts-Links-Schema	80
3.5	Organisationsgrad: Mitglieder- oder Honoratioren- parteien?	84
3.6	Politische Partizipation in den baltischen Staaten	91
3.7	Personen statt Programme!?	92
3.8	Zusammenfassung	94
4.	Wahlen in den baltischen Ländern	97
4.1	Wahlssysteme	98
4.2	Wahlen seit 1991	102
4.2.1	Wahlen zu den nationalen Parlamenten	102
4.2.2	Europaparlamentswahlen 2004	109
4.2.3	E-Voting	111

4.3 Wahlbeteiligung und Wählervolatilität	114
4.3.1 Wahlbeteiligung	114
4.3.2 Wählervolatilität	115
4.4 Partizipationseinschränkungen der ethnischen Minderheiten als Faktor der Stabilisierung	118
4.5 Regierungsbildung als Ergebnis von Wahlen	122
4.6 Zusammenfassung	127
5. Parteienfinanzierung und Stabilisierung von Parteien- systemen	131
5.1 Parteienfinanzierung in Osteuropa	133
5.2 Parteienfinanzierung und Stabilität	138
5.3 Methodische Vorgehensweise	140
5.4 Parteienfinanzierung im Baltikum	142
5.4.1 Gesetzliche Grundlagen in den baltischen Ländern	144
5.4.1.1 Rechenschaftsberichte der Parteien in den baltischen Ländern – ein Nachtrag zur Vorgehensweise	144
5.4.1.2 Gesetzliche Regelung der litauischen Parteienfinan- zierung	145
5.4.1.3 Gesetzliche Regelungen der lettischen Parteienfinan- zierung	147
5.4.1.4 Gesetzliche Regelung der estnischen Parteienfinan- zierung	149
5.4.1.4.1 Die Finanzierung der estnischen Parteien vor der am 1.1.2004 in Kraft getretenen Änderungen	152
5.4.1.4.2 Staatliche Mittel gemäß dem Parteiengesetz bis zum 31.12.2003	152
5.4.2 Die Entstehung der aktuellen estnischen Parteienfinanzierungsregelung	152
5.4.2.1 Der Ursprung des neuen Gesetzes	154
5.4.2.2 Probleme des neuen Gesetzes	154
5.4.2.3 Profiteure und Verlierer	156
5.5 Finanzierung baltischer Parteien	157
5.5.1 Gesamteinnahmen	157

5.5.1.1 Estland – Gesamteinnahmen, Staatliche Mittel und Sonstige Einnahmen	157
5.5.1.1.1 Pro Patria und Res Publica	159
5.5.1.1.2 Volksunion	161
5.5.1.1.3 Reformpartei	163
5.5.1.1.4 Sozialdemokratische Partei Estlands	163
5.5.1.1.5 Zentrumspartei	164
5.5.1.2 Lettland	165
5.5.1.3 Litauen – Gesamteinnahmen der Wahlen zum nationalen und Europaparlament und die Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten	166
5.5.1.3.1 Die Wahlen 2000 zum nationalen Parlament – Seimas	168
5.5.1.3.2 Die Wahlen zum Seimas 2004	169
5.5.1.3.3 Die Wahlen zum Europaparlament 2004 in Litauen	171
5.5.1.4 Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten	173
5.5.1.4.1 Wahlen 1997 / 98	173
5.5.1.4.2 Wahlen 2002	175
5.5.1.4.3 Wahlen 2004	177
5.5.1.5 Staatliche Alimentierung litauischer Parteien	180
5.6 Einnahmen aus Spenden	183
5.6.1 Estland	183
5.6.1.1 Pro Patria und Res Publica	183
5.6.1.2 Volksunion	186
5.6.1.3 Reformpartei	188
5.6.1.4 Sozialdemokratische Partei Estlands	189
5.6.1.5 Zentrumspartei	190
5.6.2 Lettland	191
5.6.3 Litauen	193
5.6.3.1 Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten 1998-2004	194
5.6.3.1.1 Die Wahlen 1998	194
5.6.3.1.2 Präsidentschaftswahlen 2002	195
5.6.3.1.3 Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten 2004	197
5.6.3.2 Parlamentswahlen 2000 – 2004	198

5.6.3.2.1	Wahlen 2000	198
5.6.3.2.2	Wahlen 2004	199
5.6.3.2.3	Europaparlamentswahlen 2004	200
5.7	Unerwünschte Parteienfinanzierung in den baltischen Staaten	201
5.8	Vergleichende Betrachtung der Finanzierung baltischer Parteien und die Auswirkung auf die Stabilisierung der nationalen Parteiensysteme	204
5.9	Zusammenfassung	208
6.	Korruption	209
6.1	Korruption in den baltischen Ländern	212
6.1.1	Datengrundlage	213
6.1.2	Analyse der Daten von Transparency International	214
6.1.3	Korruption während der Privatisierung	217
6.1.4	Verbreitung der Korruption	218
6.2	Zusammenfassung	220
7.	Wirtschaftliche Stabilisierung in den baltischen Staaten	222
7.1	Indikatoren wirtschaftlicher Stabilisierung	223
7.2	Wirtschaftliche Entwicklung in den Transformationsstaaten Osteuropas	225
7.3	Entwicklung in den baltischen Staaten	226
7.3.1	Bruttoinlandsprodukt	226
7.3.2	Arbeitslosigkeit	233
7.3.3	Inflation	236
7.3.3.1	Währungs- und Geldpolitik der baltischen Länder	236
7.3.3.2	Inflationsentwicklung in Estland, Lettland und Litauen	240
7.4	Ausblick und zukünftige Probleme	245
7.5	Zusammenfassung	248
8.	Ausländische Direktinvestitionen – Ein vernachlässigter Indikator externer Stabilitätsbewertung	253
8.1	Auswirkungen von FDI auf Transformationsstaaten	253
8.2	FDI als Stabilisierungsindikator	255
8.3	FDI im Privatisierungsprozess der baltischen Staaten	257
8.4	Zufluss von FDI in die baltischen Volkswirtschaften	258

8.5 Zusammenfassung	268
9. Vergleichend-analytisches Fazit	270
Literaturverzeichnis	285

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

	Seite
Abb. 1 Wahlbezirke und Mandatsverteilung in Estland	100
Tab. 1 Wahlen zum Riigikogu in Estland	103
Tab. 2 Wahlen zum Saeima in Lettland	104
Tab. 3 Wahlen zum Seimas in Litauen	106
Tab. 4 Wahlen zum Europaparlament 2004	110
Tab. 5 Wahlbeteiligung in Prozent	115
Tab. 6 Gesamteinnahmen der estnischen Parteien und staatliche Zuwendungen in Euro	158
Tab. 7 Gesamteinnahmen der Parteien Litauens in den Jahren 2002 – 2003 in Euro	167
Tab. 8 Gesamteinnahmen der Litauischen Parteien für den Wahlkampf 2000 in Euro	168
Tab. 9 Gesamteinnahmen litauischer Parteien für den Wahl- kampf 2004	170
Tab.10 Gesamteinnahmen der litauischen Parteien für die Europawahlen 2004 in Euro	172
Tab.11 Gesamteinnahmen der Kandidaten zur Wahl des litauischen Staatspräsidenten 1997 in Euro	174
Tab.12 Gesamteinnahmen der Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten 2002 in Euro	176
Tab.13 Gesamteinnahmen der Kandidaten im Jahre 2004 in Euro	178
Tab.14 Staatliche Finanzierung litauischer Parteien in Euro	181
Tab.15 Einnahmen der Parteien aus Spenden in Euro	184
Tab.16 Gesamt- und Spendeneinnahmen der Parteien in Lettland in Euro	192
Tab.17 Spendeneinnahmen der Kandidaten zum Amt des Staatspräsidenten in Litauen 1998 in Euro	195
Tab.18 Spendeneinnahmen der Kandidaten zum Amt des Staatspräsidenten in Litauen 2002 in Euro	196

Tab.19 Spendeneinnahmen der Kandidaten zum Amt des Staatspräsidenten in Litauen 2004 in Euro	198
Tab.20 Spendeneinnahmen der Parteien Litauens 2004	199
Tab.21 Spendeneinnahmen der Parteien Litauens für die Wahl des Europaparlaments 2004	201
Tab.22 Korruptionsranking	215
Tab.23 Entwicklung des BIP im Vergleich zum Vorjahr	226
Tab.24 Arbeitslosenquote in den baltischen Ländern (in Prozent)	234
Tab.25 Inflationsraten (Veränderungen in % zum Vorjahr)	242
Tab.26 FDI in Mio. US-\$	258
Tab.27 FDI pro Kopf in US-\$	260

A.a.O	= An anderem Ort
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
BNS	= Baltic News Service
bzw.	= beziehungsweise
Ca.	= circa
CPI	= Corruption Perception Index
d.h.	= dass heißt
Ed. / Eds.	= Editor(s) / Herausgeber
EEK	= Estnische Krone
EP	= Europaparlament
EPU	= Estonian People's Union / Volksunion
ESDP /SDE	= Estonian Social Democratic Party (Sozialdemokratische Partei Estlands, auch Möödukaad und Gemäßigte)
Est. Nat. Unabhängigkeitspartei	= Estnische Nationale U.
etc.	= et cetera
EU	= Europäische Union
E-Voting	= Electronic Voting
FDI	= Foreign Direct Investment / Ausländische Direktinvestition
FNSSt	= Friedrich-Naumann-Stiftung
gegr.	= gegründet
GUS	= Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
Hg. / Hrsg.	= Herausgeber
HWWA	= Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
i.d.F.	= in diesem Fall
I.S.v.	= Im Sinne von
ID-Card	= Identification-Card
ILO	= International Labour Organisation
Inkl.	= inklusive
IWF	= Internationaler Währungsfonds
JBS	= Journal of Baltic Studies
Jg.	= Jahrgang
KP Lit.	= Kommunistische Partei Litauens
LCS	= Liberale und Zentrumsunion Litauens (Abkürzung der litauischen Bezeichnung)
LDDP / LSDP	= Litauische (Sozial-)Demokratische Arbeitspartei (Abkürzung der litauischen Bezeichnung)
LLS	= Liberale Union Litauens (Abkürzung der litauischen Bezeichnung)
M.E.	= Meines Erachtens
MWC	= Minimal-Winning-Coalition
NATO	= North Atlantic Treaty Organisation
NGO	= Non-governmental organisation /Nichtregierungsorganisation
NS	= Neue Union Sozialliberale (Abkürzung der litauischen Bezeichnung)

OECD	= Organization for Economic Co-Operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PCTVL	= Politische Vereinigung von Organisationen „Für die Menschenrechte in einem integrierten Lettland“ (Abkürzung der lettischen Bezeichnung)
R.W.	= Rolf Winkelmann
resp.	= respektive
S.o.	= siehe oben
Sog.	= sogenannte
TB-LNNK	= Vaterland und Freiheit (Abkürzung der lettischen Bezeichnung)
TI	= Transparency International
TS-LK	= Vaterlandsunion (Abkürzung der litauischen Bezeichnung)
u.a.	= unter anderem
UdSSR	= Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
V.H.	= von Hundert
Vgl.	= Vergleiche
Vs.	= versus
Z.T.	= zum Teil
ZfP	= Zeitschrift für Politik
ZParl	= Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZZS	= Grüne und Bauernunion (Abkürzung der lettischen Bezeichnung)

1. Einleitung, Fragestellung, Methodik, Forschungsstand

1.1 Einleitung

Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks seit 1989 haben sich in Osteuropa neue Demokratien entwickelt. In den meisten dieser Länder fanden bereits mehr als drei Wahlen statt, die demokratische Regierungswechsel erbrachten. Die neuen Demokratien hatten und haben ein doppeltes Problem zu bewältigen. Auf der einen Seite mussten sie die Institutionen errichten, die für eine Demokratie notwendig sind und auf der anderen Seite ihre durch sozialistische Misswirtschaft ruinierten Ökonomien wieder aufbauen und wettbewerbsfähig machen.

Von diesen Problemen waren auch die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen betroffen. Sie mussten nach 50jähriger Besatzung durch die Sowjetunion ihre Staaten neu aufbauen und begannen eine konsequente Westorientierung. Diese jungen Demokratien mussten aus dem Stand neue Institutionen der politischen und wirtschaftlichen Ebene schaffen. Diese Gleichzeitigkeit der Transformation muss die Stabilisierung der drei Staaten zum Ziel haben, um nicht zu einem „failed state“ zu werden oder zurückzufallen in autoritäre Herrschaftsformen. Diese Stabilisierungspolitik konnte, auch wegen des überraschenden Zusammenbruchs der UdSSR, nicht nach einem bereits vorliegenden Plan geschehen. Fehlentwicklungen und Irrtümer waren also nicht auszuschließen. Sind Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften in Umbruchsituationen möglicherweise noch relativ einfach zu schaffen, so müssen sich Parteiensysteme erst noch entwickeln, besonders in Staaten, in denen es vorher nur eine zugelassene Partei gab. Aus politikwissenschaftlicher Sicht scheint die Stabilisierung dieser jungen Demokratien und die Interdependenzen von Politik und Wirtschaft eine lohnenden und interessante Herausforderung zu sein.

Da diese Arbeit nicht alle möglichen Aspekte einbeziehen kann, soll eine Schwerpunktsetzung erfolgen. Der Verfasser sieht Parteien als die entscheidenden Akteure des Transformationsprozesses an, die auch die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Wachstumspolitik setzen. Der Stabilisierung der

Parteiensysteme gilt also ein Hauptaugenmerk in dieser Arbeit. Hierbei soll untersucht werden, welche Faktoren zu einer Stabilisierung von Parteiensystemen beitragen. Berücksichtigt werden hierbei die Wahlen, die Parteien selbst, die Parteienfinanzierung und die wirtschaftliche Entwicklung. Die Arbeitshypothese geht von einem Zusammenhang von wirtschaftlicher Stabilisierung und der Etablierung von Parteiensystemen aus. Diese Hypothese erscheint nachvollziehbar, wenn die Entwicklung der jungen Bundesrepublik Deutschland als Beispiel angeführt wird.

1.2 Fragestellung

Noch 1994 bezeichnete Beyme die Staaten Osteuropas (inklusive der baltischen Länder) vorsichtig als stabilitätsgefährdet und sprach nur von Ungarn, Tschechien, Slowenien, die gute Grundlagen hätten, um stabile Demokratie zu werden¹. Dieses ältere Diktum ist es wert etwa zehn Jahre später überprüft zu werden. Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sollen untersucht werden.

Diese Dissertation wird im Bereich Politikwissenschaft angefertigt und bezieht sich auch auf die wirtschaftliche Stabilität der baltischen Länder. Diese Ausweitung auf benachbarte Disziplinen ist nicht nur Ausdruck einer gewollten Interdisziplinarität des Verfassers, sondern bezieht sich auch auf ein Diktum von Claus Offe, wonach die Einführung kapitalistischer Verhältnisse in den Transformationsstaaten Osteuropas ein *politisches Projekt* sei, und damit automatisch das Interesse des Politologen weckt². Auch Wunner stellt fest, dass die Interdependenz von politischer und wirtschaftlicher Transformation eng bei einander liegen, diese Interdependenz aber noch kaum bearbeitet wurde³. Ein weiteres Argument, warum beide Aspekte in der Fragestellung erscheinen, kann durch Pelinka geführt werden. Er sieht in der wechselseitigen Abhängigkeit von politischem System und der Wirtschaft

¹ Vgl. Beyme, Klaus von: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.141-171, S.168.

² Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten, Frankfurt a. Main 1994, S.69.

³ Wunner, Norbert: The political economy of transition. International trade, factor market imperfections and structural adjustment, Wiesbaden 2000, S.200.

eine der Ursachen für den Zusammenbruch des Systems der UdSSR und eine Grundaufgabe des politischen Systems zur Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen. Wirtschaftsentwicklung in einem Land kann seiner Ansicht folgend legitimierend wirken⁴.

Die wichtigsten Fragen, die geklärt werden müssen, um festzustellen, dass eine Transformation gelungen ist und sie abgeschlossen wurde, lassen sich folgendermaßen definieren:

- a) Ist das demokratische Prinzip „the only game in town“?
- b) Haben sich konsolidierte Parteiensysteme ausgebildet?
- c) Wie wirkt sich die Parteienfinanzierung auf die Stabilisierung aus?
- d) Ist die wirtschaftliche Situation stabilisiert?⁵
- e) Ist ein Zusammenhang zwischen politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung zu erkennen?

Die Fragen a-d sind notwendig, um Zwischenergebnisse zu erbringen, und um die Klärung von Frage e) in einem erweiterten Kontext zu ermöglichen. Die Frage nach den Zusammenhängen der Stabilisierung von politischen Systemen, besonders der Konsolidierung von Parteiensystemen, bildet die dominierende Frage dieser Arbeit.

Ad a) Die Anerkennung demokratischer Spielregeln als einziger Möglichkeit, Konflikte auszutragen ist besonders wichtig, können doch Gegner dieses Prinzips sich durch unfaire Methoden an die Macht bringen und dadurch die Regeln außer Kraft setzen. Die Veto-Akteure müssen also eingegrenzt werden. Außerdem müssen die Akteure (Parteien) von eigenen Interessen abweichende Ergebnisse als Ergebnis eines nicht vorhersehbaren Entschei-

⁴ Pelinka, Anton: Vergleich politischer Systeme, Wien / Köln / Weimar 2005, S.14 / 20.

⁵ Vgl. Höhmann, Hans-Hermann: Gemeinsamkeiten und Divergenzen im Prozeß der osteuropäischen Wirtschaftstransformation: Stichworte für eine Zwischenbilanz, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien 1997, S.189-203, S.194f.

dungsprozesses akzeptieren und auf einen zukünftigen Regierungswechsel nach demokratischen Regeln hoffen⁶.

Nicht nur die politische Elite in der Verkörperung von Parteien muss die demokratischen Prinzipien als „the only game in town“ akzeptieren, sondern auch die Bevölkerung muss die grundlegenden Spielregeln anerkennen, damit die jungen baltischen Demokratien überlebensfähig und konsolidiert werden. Hierbei ist von Interesse, dass nicht nur die Demokratie selber Unterstützung erfährt, sondern auch das Prinzip der repräsentativen Demokratie, also Parteiendemokratie, anerkannt wird.

Ad b) Begreift man Parteien als wesentliche Akteure eines politischen Systems, die für Mitglieder und Bevölkerung die Interessen selbiger sammeln und umformen, so sind Systeme, die diese Aufgaben erfolgreich wahrnehmen können von besonderer Bedeutung. Notwendig sind hierfür stabile Systeme, die ein gewisses Maß an Kontinuität besitzen, die Wähler also länger an sich binden können.

Ad c) Die Parteienfinanzierung kann möglicherweise dazu beitragen, dass sich Parteiensysteme stabilisieren bzw. stabil bleiben. In diesem Fall sind es insbesondere die Einnahmen, die den Parlamentsparteien Wettbewerbsvorteile gewähren können. Die Analyse der Auswirkungen der unterschiedlichen Einnahmearten kann über verschiedene Aspekte Aufschluss geben. Sind in den baltischen Staaten mitgliederfinanzierte Parteien entstanden oder hängen die Parteien von staatlichen Zuweisungen ab? Wie wirken sich die jeweiligen gesetzlichen Regelungen auf die Parteien aus und lassen sich Strukturen feststellen?

Ad d) Die These und Fragestellung dieser Arbeit geht davon aus, dass die wirtschaftliche Stabilisierung Auswirkungen auf die Akzeptanz der Demokratie in der Bevölkerung hat, denn durch wirtschaftlichen Aufschwung und verbesserte Versorgungsbedingungen gewinnen die Bürger Vertrauen in die neuen Strukturen und die Reformen durchsetzenden Akteure. Die wirtschaftlichen Output-Leistungen sind für die Bevölkerung besonders spürbar.

Ad e) Diese Frage kann erst am Ende der Arbeit beantwortet werden, wenn festgestellt wurde, wie sich beide Teilbereiche entwickelten.

⁶ Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.81-109, S.86.

Ähnlich der Dissertation von Nissinen stellt sich für die baltischen Staaten in vergleichender Perspektive die Frage des Zusammenwirkens von Politik und Wirtschaft⁷. Wunner weist in seinem Beitrag zur Transitionsforschung daraufhin, dass es eine enge Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft gibt. Stabile politische Institutionen müssen geschaffen werden, um dem Transformationsprozess steuern zu können⁸.

Es gilt also die Frage zu klären, ob es erkennbare Zusammenhänge gibt. Beeinflussen sich wirtschaftliche Stabilisierung und politische Stabilisierung gegenseitig? Bewirkt die wirtschaftliche Entwicklung eine unterstützende Entwicklung der politischen Stabilisierung und lässt sich dieser Zusammenhang möglicherweise sogar zeitlich determinieren?

1.3 Methodik

Die Arbeit orientiert sich am empirisch-analytischen Ansatz der Politikwissenschaft und setzt sich damit auch dem Falsifizierbarkeits-Diktum von Popper aus⁹.

Für diese Arbeit wurde der Übersichtlichkeit halber und der weit verbreiteten Trennung beider Bereiche die Abschnitte „Politik“ und „Wirtschaft“ separat bearbeitet. Am Ende eines jeden Kapitels wird, ebenfalls, um die Übersichtlichkeit zu erhöhen, eine kurze Zusammenfassung des jeweiligen Kapitels mit ersten Ergebnissen stehen.

Im Fazit werden dann die oben aufgestellten Fragen beantwortet und wo es sinnvoll erscheint miteinander in Beziehung gesetzt.

Die in dieser Arbeit verwendeten Datensätze, insbesondere des Kapitels Parteienfinanzierung, wurden aus wissenschaftlichen Publikationen oder offiziellen Veröffentlichungen entnommen, die meistens auch im Internet verfügbar waren. Ein Nachteil des Internets liegt in der Verfügbarkeit eben jener Daten nach einer unbestimmten Zeitspanne – Internetseiten werden

⁷ Vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndsmills, Basingstoke, London 1999, S.4f.

⁸ Vgl. Wunner, Norbert: The political economy of transition. International trade, factor market imperfections and structural adjustment, Wiesbaden 2000, S.84.

⁹ Vgl. Naßmacher, Hiltrud: Politikwissenschaft, 2. Aufl., München 1995, S.444ff. und Miller, David (Hg.): Karl Popper Lesebuch, Tübingen 1995, S.134ff., Popper, Karl R.: Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik, 3. Aufl. München 1995, S.25ff.

überarbeitet und dabei können Inhalte entfernt werden, so dass die Nachvollziehbarkeit in Einzelfällen leidet. Außerdem wurde versucht im Internet nicht verfügbare Daten auf anderen Wegen zu erlangen. Hierbei war die Bereitschaft der Parteien zur Kooperation notwendig.

Daten der politischen Kulturforschung stammen in ihrem Ursprung aus Rose's New Baltic Barometer und wurden entweder direkt oder indirekt über andere Publikationen verwendet. Wahlergebnisse wurden u.a. den nationalen Wahlkommissionen entnommen.

Die Datengrundlage zur Korruption wurden der NGO Transparency International entnommen. Es gibt zwar noch weitere Indizes, doch können auch diese genauso wenig die Korruption in reellen Zahlen wiedergeben, sondern nur die Wahrnehmung durch die Bevölkerung bzw. Verwaltung und Unternehmen.

Die Datengrundlage des dritten Abschnitts „Wirtschaft“ entstammen ebenfalls wissenschaftlichen Studien aber auch offiziellen Veröffentlichungen wie EUROSTAT oder den jeweiligen statistischen Ämtern der untersuchten Länder.

Die Währungen werden in Euro bzw. in US-\$ dargestellt, um eine bessere Vergleichbarkeit herzustellen. Die Umrechnung in Euro erfolgte folgendermaßen: 1 € = 15,65 EEK, 1 € = 0,7 Lats (Lettland) und 1 € = 3,45 Litas (Litauen). Werte in US-\$ sind der Literatur entnommen.

In dieser Arbeit wird nicht differenziert zwischen Mittel- und Osteuropa, sondern der Ausdruck ‚Osteuropa‘ verwendet.

Der Schwerpunkt der Arbeit wird auf die Freie Republik Estland gelegt. Neben der günstigen Literatursituation kommen noch Sprachkenntnisse und verschiedene Forschungsaufenthalte in Tallinn zur Begründung dieses Schwerpunkts hinzu.

1.4 Forschungsstand

1.4.1 Transformationstheorie

Die Literatur zur Systemtransformation in Osteuropa füllt inzwischen Bibliotheken wird aber durch wenige Untersuchungsländer dominiert. Diese Länder sind: Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und Russland.

Russland ist als ehemalige Hegemonialmacht des Ostblocks von einem geradezu natürlichen Interesse betroffen. Die anderen drei Länder werden scheinbar immer als Paradebeispiel für die Systemtransformation herangezogen, während die baltischen Staaten ein Schattendasein in der Forschung führen. Vermutlich sind sie einfach zu klein, obwohl die drei Länder einen interessanten Ansatz für die Transformationsforschung bieten¹⁰.

Inzwischen sind die verschiedensten Theorien zum Systemwechsel nach 1989 im Umlauf.

Klaus von Beyme geht davon aus, dass es 1989 überhaupt keine Transformationstheorie gab, wurde der Zusammenbruch des Sozialismus doch von keinem vorausgesagt. Er geht davon aus, dass nach 1989 bestehende Theorien daraufhin geprüft wurden, ob sie verwertbare Elemente enthielten, die auf die Situation in Osteuropa anwendbar sind¹¹. Von Beyme stellt fest, dass es in der Systemwechselforschung zwar Übereinstimmungen gibt, aber im Hinblick auf die Konsolidierung, d.h. Stabilisierung von Demokratien weitestgehend Uneinigkeit besteht. Verschiedenste Kriterien zur Identifizierung einer stabilisierten Demokratie geistern durch die Transformationstheorie¹².

Deshalb erscheint es mir angebracht, nur auf einige der zahlreich vorhandenen Arbeiten zu verweisen. Bereits 1994 erschien ein Sammelband von Merkel u.a.m., der sich zur Aufgabe stellte, einen Überblick über die herrschenden Theorien zu geben¹³. Insgesamt, gibt es keine Theorie, die Systemtransformationen alleine beschreiben und erklären kann. Verschiedene Theorien müssen also zwangsläufig miteinander verbunden werden. Auch Glæßner hat eine Vielzahl von Arbeiten zur osteuropäischen Transformati-

¹⁰ Assmuth, Laura: On the margin, at the centre: a view from a northern European periphery, in: Assmuth, Laura / Kelam, Aili (Eds.): The Baltic Sea islands of Estonia: A periphery in transition, Tallinn 2001, S.9-17, S.15.

¹¹ Vgl. Beyme, Klaus von: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.141-171, S.141ff.

¹²Ebd., S.145f.

¹³z.B. Merkel, Wolfgang (Hrs.g.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994. Es folgten noch vier weitere Sammelbände mit den Bezeichnungen 2-5, die am selben Ort erschienen. Vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen 1999. Diese Arbeit enthält z.T. wortwörtliche Übernahmen aus: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999.

on herausgebracht¹⁴. Weidenfeld hat bereits zu Beginn der Transformationsperiode Hinweise auf Stabilisierungsstrategien gegeben¹⁵. Leider bezogen diese Vorschläge überwiegend die westlichen Unterstützungsmöglichkeiten in die Stabilisierungsstrategien mit ein. Andere Arbeiten gehen davon aus, dass sich die Länder Litauen, Lettland und Estland auf dem Weg der Stabilisierung befinden und beziehen sich in ihren Ergebnissen auf bestimmte Aspekte aus dem politischen Bereich und entsprechende Befragungen¹⁶. Die Zahl der Ansätze in der Transformationsforschung ist relativ groß. Dennoch kreisen die meisten um die zwei dominierenden Ansätze: die modernisierungs- und akteursorientierten Ansätze. Deshalb wird hier eine Verknappung des Forschungsstands auf diese beiden Ansätze geben.

Unterscheidet man zwischen den beiden in der Literatur dominierenden akteursorientierten und modernisierungstheoretischen Ansätzen in der Transformationsforschung, lassen sich Unterschiede in der Forschungsrichtung nachweisen. Schmitter, O'Donnell und Przeworski sind die wohl herausragendsten Vertreter des akteursorientierten Ansatzes¹⁷.

Der akteursorientierte Ansatz sieht die Handelnden im Mittelpunkt seiner Theorie. Diese Akteure entscheiden handeln situationsgebunden und nach ihren eigenen Strategien. Die Akteurstheorie geht weniger vom Handeln der Masse aus, sondern stellt die Eliten in den Vordergrund. Insbesondere die Strömung des ‚Rational-Choice-Ansatzes‘ sei als Bereich der Akteurstheorie zu nennen, der es ermöglicht, bessere abstrakte Aussagen über die Konsolidierungsphase von Demokratien Aussagen zu treffen¹⁸.

Der modernisierungstheoretische Ansatz sieht die Entwicklung und Verbreitung der Demokratie in evolutionären Zusammenhängen, d.h. die Vertreter dieses Ansatzes gehen von einem Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus aus. Die Modernisierungstheorie sieht also die sozio-

¹⁴ Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus, Opladen 1994.

¹⁵ Weidenfeld, Werner / Huterer, Manfred unter Mitarbeit von Janning, Josef / Wolf, Anita: Osteuropa: Herausforderungen, Probleme, Strategien, Gütersloh 1992.

¹⁶ Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003.

¹⁷ Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.81-109, S.81-105.

¹⁸ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.102ff.

ökonomische Entwicklung von Gesellschaften als wesentliches Merkmal der Demokratisierung und der Konsolidierung von Demokratien¹⁹.

Beide Ansätze sollen in dieser Arbeit zur Anwendung kommen. Der akteursorientierte Ansatz wird dominieren, weil der Verfasser davon ausgeht, dass die wirtschaftliche Entwicklung, eigentlich ein bevorzugter Aspekt des modernisierungsorientierten Ansatzes, durch das Handeln der Akteure (i.d.F. der Parlaments- und Regierungsparteien) verursacht wird. Die Vermischung beider Ansätze wird im Fazit auftreten, wenn es um die Frage geht, ob es Zusammenhänge zwischen politischer und wirtschaftlicher Stabilisierung gibt. Diese Verbindung zweier Ansätze erscheint notwendig, weil die Modernisierungstheorie davon ausgeht, dass es einen solchen Zusammenhang gibt. Dieser Zusammenhang wird von ihr in steigendem Wohlstand verbunden mit steigendem Bildungsgrad der Bevölkerung, die in der Folge politisch rationaler handelt und weniger zu politischem Extremismus neigt²⁰.

1.4.2 Demokratie und Marktwirtschaft

Weit verbreitet ist die Annahme von einem Zusammenhang zwischen einer zunehmenden Demokratisierung und einer verbesserten Wirtschaftsleistung in Form von Wachstum, das Wohlstand erzeugt (Modernisierungstheorie)²¹. Der Historiker Kaelble sieht sogar einen engen Zusammenhang zwischen Entstehung der neuen Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg und der damaligen langen Wachstumsperiode²². Einen anderen Zusammenhang glaubt Wunner zu erkennen. Seiner Ansicht nach sind die wirtschaftlichen Konsolidierungen durch wechselnde Mehrheiten und Regierungen verzögert

¹⁹ Vgl. Welzel, Christian: Humanentwicklung und Demokratie: Welcher Index erfasst die „humane“ Dimension der Demokratie am besten?, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Christian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S.132-162, S.137f.

²⁰ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.85f.

²¹ Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Comparative studies: Problem or solution. The political culture of democratization, in: Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Democratization and political culture in comparative perspective, Wiesbaden 2005, S.15-36, S.19.

²² Kaelble, Hartmut: Wege zur Demokratie. Von der französischen Revolution bis zur Europäischen Union, Stuttgart / München, 2001, S.68f.

worden²³. Zur Jahrtausendwende bemerkte Lux, dass die Stabilisierung der baltischen Staaten durch Wirtschaftswachstum am erfolgversprechendsten sei²⁴. Der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne der wirtschaftlichen Output Leistungen eines politischen Systems misst auch Segert einen wichtigen Einfluss zu, um die jungen Demokratien zu etablieren und zu stabilisieren²⁵. Allerdings wird der Verbindung von Kapitalismus und Demokratie nur selten ein tiefergehendes und meist theoretisches Interesse gewidmet²⁶. Dies resultiert aus einem wissenschaftlichen Mainstream heraus, der besagt, dass beide Ordnungsmodelle zusammengehören und nur die detaillierte Ausgestaltung länderspezifisch sei. Andere Meinungen wurden durch den Verfasser eigentlich nicht gefunden. Auf die baltischen Staaten bezogen gibt es hier allenfalls spärliche Literatur, die sich höchstens auf erste Ansätze oder sehr spezifische Fragestellungen konzentriert haben (Nissinen).

Inzwischen gibt es verschiedene Autoren, die von einer erfolgreichen Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Ebene in den meisten Transformationsstaaten Osteuropas ausgehen. Laar erklärt diese Stabilisierung mit dem Willen der Bevölkerung nach Europa zurückzukehren und der Tatsache, dass einmal begonnene Wirtschaftsreformen nicht zurückgenommen wurden²⁷. Von diesen Hypothesen, die einer Verzahnung von Demokratie und Wirtschaft das Wort reden, ausgehend entwickelt sich diese Dissertation.

²³ Wunner, Norbert: The political economy of transition. International trade, factor market imperfections and structural adjustment, Wiesbaden 2000, S.21. Wunner konzentriert sich in seiner Studie wie so viele andere auch auf die "Standardländer" Tschechien, Polen, Ungarn und Russland und streift die baltischen Länder höchstens in Nebensätzen.

²⁴ Lux, Markus: Drei Staaten – ein "Baltischer Weg"? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5, Opladen 2000, S.145-171, S.166f.

²⁵ Segert, Dieter: Diktatur und Demokratie in Osteuropa, in: Glæßner, Gert-Joachim / Reiman, Michal (Hrsg.), Opladen 1997, S.197- 232, S.229f.

²⁶ Vgl. Rueschemeyer, Dietrich / Stephens, Evelyne Huber / Stephens, John D.: Capitalist development and democracy, Chicago 1992.

²⁷ Laar, Mart: Back to the future. 10 years of freedom in Central Europe, Centre-right party leaders meeting in Tallinn, Pro Patria Union and the International Republican Institute, Tallinn 2001, S.84f.

1.4.3 Parteiensysteme

Untersuchungen hinsichtlich der Parteiensysteme Osteuropas nach 1989 sind inzwischen sehr zahlreich, werden sie doch für die Analyse der Transformation z.B. Polens, Ungarns oder der ehemaligen Tschechoslowakei herangezogen. Für die baltischen Staaten sind bisher nicht so zahlreiche Analysen erstellt worden. Sie werden meist deskriptiv dargestellt²⁸, in neueren Studien²⁹ oder vereinzelt Aufsätzen³⁰, die sich oft nur mit einem Einzelfall beschäftigen.

1.4.4 Politische Kultur

Einzelanalysen zur politischen Kultur in den baltischen Ländern sind kaum vorhanden. Die Befragungswerte finden sich überwiegend in Tabellen für vergleichende Studien z.B. von Klingemann³¹. Allerdings wird auf die baltischen Länder hierin kaum eingegangen. Auch hier stellt sich das Problem der Präferenz der Forschung für Polen, Ungarn, Russland, Tschechien. Als Beispiel sei Plassers³² Arbeit genannt. Neuere Studien, die relativ zeitnah und frei zugänglich sind gibt es kaum. Eine wichtige Studie, die genannt werden muss, ist die von Gerhards über kulturelle Unterschiede in den europäischen Staaten³³. Die allgemeine Entwicklung der Kulturwerte bezüglich des politischen und ökonomischen Systems sind durch Gaidys wenigstens kurz zusammengefasst, verbunden mit Ansätzen die Differenzen zu erklären. Trotz eines späteren Erscheinungsdatums konzentriert er sich in seinem Aufsatz auf die ersten fünf Jahre nach der erneuten Unabhängig-

²⁸ Vgl. Smith, David J. / Pabriks, Artis / Purs, Aldis / Lane, Thomas: The Baltic states Estonia, Latvia and Lithuania, London / New York 2002; vgl. Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002.

²⁹ Vgl. Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004.

³⁰ Z.B. Vesper, Reinhard: Politische Parteien in Litauen, in: Osteuropa, Jg. 45, 10/1995, S. 936-945.

³¹ Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 266-297.

³² Plasser, Fritz u.a. (Hrsg.): Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa, Opladen 1997.

³³ Gerhards, Jürgen: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen den Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden 2005.

keit³⁴. Wichtige Vorarbeiten in Bezug auf die drei zu untersuchenden Länder hat Rose geleistet. Sein New Baltic Barometer erfasst über mehrere Jahre hinweg die Entwicklung der politischen Kultur in Estland, Lettland und Litauen und wird für diese Arbeit von ebenso großer Bedeutung sein, wie für andere Wissenschaftler, die sich mit dieser Region beschäftigt haben. Es ist die einzige dem Verfasser bekannte Forschungsleistung mit dem Fokus auf die baltischen Staaten. Es gibt noch andere Studien (World Value Survey als Beispiel), deren Schwerpunkt aber nicht auf den baltischen Ländern liegt und deshalb mit weiteren Fragen kaum die Befindlichkeiten in diesen Ländern so gut erfassen können wie die Studien von Rose.

1.4.5 Wahlen

Die Forschung zum Aspekt der Wahlen in den baltischen Staaten ist sehr weitgehend. Neben allgemeinen Darstellungen zu den verschiedenen Wahlsystemen und deren Auswirkungen von Nohlen/Kasapovic gibt es noch regelmäßige Arbeiten von Reetz³⁵. Außerdem werden Wahlen und ihre Ergebnisse in zahlreichen Überblicksdarstellungen wiedergegeben³⁶.

1.4.6 Parteienfinanzierung

Die Forschung bezüglich der Finanzierung der Parteien in Osteuropa im allgemeinen und den baltischen Ländern im besonderen befindet sich noch in den Anfängen. Zwar wird das Thema in einigen Abhandlungen über die entstehenden Parteiensysteme gelegentlich gestreift, doch gibt es bisher kaum nähere Studien zu diesem Bereich. Untersuchungen zur Stabilität von Parteiensystemen mit Hilfe der Parteienfinanzierungsforschung sind kaum vorhanden, oder beziehen sich auf die etablierten Demokratien Westeuro-

³⁴ Gaidys, Vladas: Attitudes towards the past, present and future in Latvia, Estonia and Lithuania: 1993-1996, in: Farnen, Russell F. / Dekker, Henk / German, Daniel B. / Meyenberg, Rüdiger (Eds.): Democracies in transition: Political culture and socialization transformed in west and east, Oldenburg 2000, S.53-64.

³⁵ Nohlen, Dieter / Kasapovic, Mirjana: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, Opladen 1996. Vgl. die zahlreichen Literaturangaben zu Axel Reetz im Literaturverzeichnis

³⁶Vgl. Smith, David J. / Pabriks, Artis / Purs, Aldis / Lane, Thomas: The Baltic states Estonia, Latvia and Lithuania, London / New York 2002; vgl. Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002.

pas³⁷. Andere Arbeiten beschäftigen sich mit speziellen Fragestellungen, um die Effektivität der gesetzlichen Regelungen zu überprüfen und beziehen sich nur auf ein Land³⁸. Vergleichende Studien für die baltischen Länder sind gar nicht vorhanden. Auch ist das Interesse der Wissenschaft an diesem Gebiet bisher nicht vergleichbar mit westlichen Systemen. Walecki widmet sich meistens vergleichenden Studien zu Osteuropa im allgemeinen und vernachlässigt ebenfalls die baltischen Staaten zu Gunsten der „Standardstaaten“³⁹.

1.4.7 Korruption

Explizite Studien zur Korruption in den baltischen Staaten in vergleichender Perspektive wurden vom Verfasser nicht gefunden. Es gibt verschiedene Arbeiten und Studien zu diesem Themenkomplex für Estland⁴⁰ Lettland⁴¹ und Litauen⁴² aber eben keine vergleichenden Arbeiten.

1.4.8 Wirtschaft

Bereits Ende der 80er Jahre wurde durch mit dem Sozialismus sympathisierenden Wissenschaftlern das System des ‚Marktsozialismus‘, eines Mischsystems aus einer Marktordnung mit sehr hohem staatlichen Anteil als problematisch zu implementieren bewertet⁴³. Andere Wissenschaftler kamen zu dem Ergebnis, die Durchsetzung eines Marktsozialismus sei nicht möglich, da sich beide Ordnungsmodelle widersprechen: Der Markt ist der Markt ist

³⁷ Vgl. Naßmacher, Hiltrud: Parteiensysteme und Parteifinzen in West-Europa, in *Zeitschrift für Politik (ZfP)*, 51. Jg., Nr.1 2004, S.29-51.

³⁸ Vgl. Snipe, Arta: Financing of political parties: Effectiveness of regulation – the Latvian example. Master`s thesis, Riga Graduate School of Law, 2003.

³⁹ Walecki, Marcin: Money and politics in Central and Eastern Europe, in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003, S.71-93; Vgl. Burnell, Peter / Ware, Alan (Eds.): Funding deocratization, Manchester / New York 1998.

⁴⁰ Phare 2003 Twinning Project „Reducing corruption in Estonia“ EE03-IB-JH-02, S.24, unveröffentlichte Untersuchung.

⁴¹ King, Gundar J. / Finnie, Bruce W. / Barnowe, J. Thad / Gibson, Linda K.: Corruption and economic development on the Baltic littoral: Focus on Latvia, in: *Journal of Baltic Studies (JBS)*, Vol. 35, Nr.4, 2004, S. 329-345.

⁴² Juska, Arunas / Johnstone, Peter: The symbiosis of politics and crime in Lithuania, in: *JBS*, Vol. 35, Nr.4, 2004, S.346-359.

⁴³ Brus, Wlodzimierz / Laski, Kazimierz: Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg 1990.

der Markt

kungen auf die Reformpolitik in Transformationsstaaten haben⁴⁸. Gros und Steinherr untersuchen verschiedenste Bereiche der wirtschaftlichen Transformation und verweisen auf die Problematik der verschiedenen Länder. Ebenso wie viele andere auch werden die baltischen Staaten zwar integriert, in der Summe aber nur cursorisch behandelt.⁴⁹ Ein älterer Ansatz von Herr analysiert die wirtschaftliche Transformation aus geldtheoretischer Sicht und verengt damit gleichzeitig seine Sicht der Transformation zu sehr auf einen zwar wichtigen, dennoch zu wirtschaftstheoretischen Aspekt ein⁵⁰

Auch die Dissertation von Uta Böllhoff analysiert im wesentlichen nur die Herstellung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsordnung. Hierfür bezieht sie sich hauptsächlich auf die Rahmenbedingungen. In Ansätzen wird aber ein Wechsel zu einer Evaluierung der Transformation deutlich. Ob es sich letztendlich um stabile Wirtschaften handelt wird aber nicht explizit beantwortet, nur dass die drei Länder über funktionsfähige Nationalökonomien verfügen⁵¹. Auch da wo Forschungsergebnisse zu Stabilisierungsergebnissen vorliegen⁵², sind die Ergebnisse mit Vorsicht zu betrachten. Dulgheru versucht sich an einem generellen Vergleich der osteuropäischen Transformationsstaaten. Er geht leider von einem gleichzeitigen Beginn aus, ohne es zu schreiben. Die baltischen Staaten konnten ihre wirtschaftliche und politische Transformation aber erst nach dem Ende der Besatzungszeit 1991 vollständig beginnen, während andere Staaten bereits ein Jahr früher beginnen konnten (Ungarn, Tschechien, Polen). Dies macht die Ergebnisse nicht falsch, sie sind aber durch den genannten Time-lag anders zu bewerten.

⁴⁸ Vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndsmills, Basingstoke, London 1999.

⁴⁹ Gros, Daniel / Steiherr, Alfred: Economic transition in central and eastern Europe. Planting the seeds, Cambridge 2004.

⁵⁰ Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993.

⁵¹ Vgl. Böllhoff, Uta: 10 Jahre Systemtransformation in den Baltischen Staaten. Eine vergleichende empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung länderspezifischer Ausgangsbedingungen und Aspekten zur Integration in die Europäische Union, Freiburg i. Breisgau 2002.

⁵² Dulgheru, Luoana Santarossa: Macroeconomic stabilization performance and its relation to structural change, institutional policy design, in: Beyer, Jürgen / Wielgoths, Jan / Wiesenthal, Helmut (eds.): Successful transitions. Political factors of socio-economic progress in postsocialist countries, Baden-Baden 2001, S.64-94.

Die wirtschaftliche Entwicklung der baltischen Staaten wurde über viele Jahre in regelmäßigen Publikationen des HWWA bewertet, dessen Berichte von großer Bedeutung für die Erforschung der Region sein können. Die bereits genannte Arbeit von Böllhoff kann ebenfalls hier eingeordnet werden, wie andere Arbeiten über Osteuropa z.B. internationaler Organisationen wie des IWF.

Die Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen für die Stabilisierung von Staaten findet sich meist nur in Andeutungen in verschiedenen Studien. Es wird immer nur auf einen generellen Zusammenhang verwiesen⁵³. Empirische Studien über diesen Zusammenhang wurden vom Verfasser aber nicht gefunden.

1.5 Kapiteleinteilung

Die Arbeit gliedert sich in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt umfasst die Transformationstheorie unter Berücksichtigung der obigen Fragestellung und des Forschungsstandes. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der „Politik“ und wird weiter unterteilt. In einem ersten Kapitel wird auf die Parteiensysteme der baltischen Länder eingegangen. Hierbei werden die bestehenden Konfliktlinien analysiert, die Parteiensysteme in ein Rechts-Links-Schema eingeordnet und der Organisationsgrad der Parlamentsparteien untersucht, also ob eher Honoratiorenparteien oder Mitgliederparteien vorherrschen sowie die Ergebnisse der politischen Kulturforschung zur Untersuchung herangezogen.

Ein zweites Unterkapitel des Abschnitts „Politik“ zieht die Wahlsysteme und die Wahlen in Estland, Lettland und Litauen heran. Neben der Analyse der Wahlergebnisse werden auch die Regierungsbildungen, die Ergebnisse von Wahlen sind analysiert.

Ein drittes Kapitel des Abschnitts bildet die Parteienfinanzierung und deren Auswirkungen auf die Parteiensysteme in den baltischen Ländern mit dem Schwerpunkt auf der Einnahmenseite der Parlamentsparteien. Berücksichtigt werden in diesem Zusammenhang die gesetzlichen Grundlagen und die Finanzierungsformen.

⁵³ Vgl. Varblane, Urmas (Ed.): Foreign Direct Investments in the Estonian economy, Tartu 2001.

Der letzte Punkt im Abschnitt „Politik“ analysiert die Korruption in den baltischen Ländern und bildet hierdurch ein quasi natürliches Bindeglied zwischen der politischen und wirtschaftlichen Ebene der Transformation. Der zweite Abschnitt der Dissertation umfasst die wirtschaftliche Ebene der drei Staaten („Wirtschaft“). Hierbei wird zuerst auf die wirtschaftliche Entwicklung seit der Unabhängigkeit der drei Länder eingegangen. Das Bruttoinlandsprodukt wird als Indikator für diese Entwicklung herangezogen. Des Weiteren werden die Indikatoren Arbeitslosigkeit und Inflation in die Analyse einbezogen. Ein letzter Indikator, der für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung herangezogen wird sind ausländische Direktinvestitionen. Den Abschluss findet diese Arbeit in einem vergleichend analytischen Fazit.

2. Konsolidierung von Politik und Wirtschaft aus transformationstheoretischer Sicht

2.1 Einführung

Der Umbruch in den ehemaligen Ostblock-Staaten 1989ff. bescherte der Transformationsforschung eine Renaissance. Im Verlauf entstanden zahlreiche neue Ansätze innerhalb dieses Forschungsbereichs. Es ist nicht Ziel dieser Arbeit, neue Ansätze hinzuzufügen oder die gesamte Diskussion wiederzugeben, da dies in zahlreichen Fällen bereits erfolgte⁵⁴. Der Vollständigkeit halber soll aber auf die für meine Fragestellung relevanten Aspekte kurz eingegangen werden. Hierbei wird dargestellt, von welchen theoretischen Grundlagen diese Arbeit ausgeht.

Die baltischen Staaten haben 1991 bereits die zweite wirtschaftliche Transformation begonnen. Die erste Transformation wurde durch die sowjetische Besatzungsmacht im Jahre 1940 eingeleitet und nach der kurzen deutschen Besatzungszeit ab 1944 wieder aufgenommen. Mit Beginn der Ära Gorbatschow kam es zu einzelnen Reformen auch in den baltischen Sowjetrepubliken. Seit der Unabhängigkeit der drei hier zu untersuchenden Staaten im Jahre 1991 verfolgen sie eine Transformation von der zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft als wirtschaftliches Ordnungsmodell.

Bis zum Verlust der faktischen Eigenstaatlichkeit und dem Beginn der Sowjetisierung ab 1941/1944 verfügten alle drei Staaten des Baltikums über relativ gut funktionierende Marktwirtschaften. Die Existenz dieser Ordnungsmodelle belegt, dass die Marktwirtschaft im Grunde keine Demokratie benötigt, denn die drei baltischen Länder waren bereits vor dem Einmarsch der sowjetischen Okkupationstruppen autoritäre Regimes. Der Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman hat es in seinem Vorwort zu seinem Werk „Kapitalismus und Freiheit“ (2002) folgendermaßen ausgedrückt: „[...] die politische Freiheit (ist) – so wünschenswert sie auch sein mag – keine unab-

⁵⁴ Als Beispiel für eine zusammenfassende Darstellung der Transformationstheorie sei auf die Dissertation von Skreta verwiesen. Vgl. Skreta, Marek: Der Tschechische Weg: Ein „liberales“ Konzept in der postkommunistischen Transformation, Wallisellen 2001, S.5-23.

dingbare Voraussetzung für die wirtschaftliche und bürgerliche Freiheit [...]“⁵⁵. Die Demokratie wiederum benötigt die Marktwirtschaft.

2.2 Transformationstheorie

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte haben sich insgesamt mehr Diktaturen zu Demokratien und Marktwirtschaften entwickelt als umgekehrt. Die erste Schlussfolgerung hieraus ist also eine tendenziell bessere Stabilität von Systemen, die an Demokratie und Marktwirtschaft orientiert sind⁵⁶.

Die Transformationstheorie geht von einem Prozess aus, an dessen Ende im günstigen Fall ein stabiler demokratischer und kapitalistischer Staat steht. Um diesen Zustand der Stabilität bzw. Konsolidierung zu erreichen, müssen die Veränderungen hin zu Demokratie und Marktwirtschaft von der Bevölkerung und ihren maßgeblichen Akteuren akzeptiert werden. Die neuen Regeln müssen „the only game in town“ werden⁵⁷. Dieser evolutionäre Prozess findet seinen Ausgangspunkt in der zunehmenden Dysfunktionalität eines Systems, die zu einem kompletten Systemzusammenbruch führt. Ein neues System muss aufgebaut werden, das im besten Fall zu einem Gleichgewicht, also Stabilität führt. Stabilität gilt dann als erreicht, wenn es sich als fähig erweist, störende Einflüsse aufzufangen, ohne dabei erneut in die Gefahr eines Systemzusammenbruchs zu kommen⁵⁸.

Schneider fasst die theoretischen Konzeptionen der Systemtransformation in seiner Arbeit über die Ukraine prägnant zusammen. Er unterscheidet drei verschiedene Transformationsebenen (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft). Auf der politischen Ebene (institutionelle Transformation) werden die für eine funktionierende Demokratie notwendigen Institutionen ausgebildet, d.h. eine Verfassung eingeführt, die Judikative eingerichtet sowie Regierung, Parlament und Staatspräsident institutionalisiert. Diese Ebene wurde in den baltischen Ländern bereits 1991/92 erfolgreich abgeschlossen. Die

⁵⁵ Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit, München 2004, S.18.

⁵⁶ Welzel, Christian: Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.47-79, S.47.

⁵⁷ Vgl. Lagerspetz, Mikko: Consolidation as hegemonization: The case of Estonia, in: Journal of Baltic Studies (JBS), Vol. XXXII, No.4 (Winter 2001), S.402-420, S. 402.

⁵⁸ Sandschneider, Eberhard: Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.23-45, S. 24.

institutionelle Transformation gelingt sehr schnell, weil sie am Anfang steht und den Rahmen der weiteren Transformation darstellt. Die zweite Ebene (repräsentative Transformation) betrifft die Interessenvertretung im politischen, wirtschaftlichen und politisch-ökonomischen Bereich (Parteien und Verbände). Die Akzeptanz der Spielregeln auf dieser Mesoebene entscheidet nach Schneider darüber, ob die gesellschaftliche Transformation gelingt oder nicht. Diese Verhaltenstransformation bezieht sich im wesentlichen auf Vetoakteure (Militär, mächtige Unternehmen etc.), die sich in die neuen, auf der Makroebene gesetzten, Regeln eingliedern und damit stabilisierende Impulse aussenden können. Als Ziel steht die Entwicklung zu Stabilität und Beständigkeit der Bürger- und Zivilgesellschaft. Eine Gefährdung des Transformationsprozesses durch das Militär existierte in den baltischen Ländern nur bis 1994, als die Rote Armee noch dort stationiert war. Huntington unterstellt eine latente Gefährdung der Demokratisierung in den osteuropäischen Ländern, weil dort die Führungsgruppe des Militärs kommunistisch orientiert war⁵⁹. Durch die wiedererlangte Unabhängigkeit wurden aber neue Armeen aufgestellt, die den zivilen Regierungen unterstellt wurden und sich bereitwillig den neuen Institutionen unterordneten. Die Mesoebene ist in dieser Arbeit von Interesse. Insbesondere die Entwicklung der Parteien bildet einen Schwerpunkt dieser Arbeit.

Das besondere an der Situation in Osteuropa ist nach Offe der revolutionäre Charakter ohne Vorhandensein einer Theorie. Kein Akteur wusste wohin die Entwicklung gehen sollte bzw. welche Schwierigkeiten in der postkommunistischen Ordnung zu bewältigen sind⁶⁰.

Die Staaten Osteuropas mussten nach dem Kollaps des Sozialismus eine doppelte Transformation beginnen: zu Demokratie und Marktwirtschaft. Die Theorie besagt, dass eine leistungsfähige Demokratie auch einer grundsätzlich entwickelten Marktwirtschaft bedarf, um stabilisiert zu werden⁶¹. Die

⁵⁹ Huntington, Samuel P.: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1991, S.244.

⁶⁰ Vgl. Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten, Frankfurt a. Main 1994, S.58.

⁶¹ Schneider, Eberhard: Begriffe und theoretische Konzepte zur politischen Transformation, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien 1997, S.17-25, S.17.

Zweifler gehen von einer Gefährdung der Wirtschaftsreformen durch die Demokratisierung und der damit einhergehenden Verantwortlichkeit der Politik gegenüber den Wählern, die zu einer Verschleppung marktwirtschaftlicher Reformen führen, sowie die bei diesen Reformen zwangsläufig anfallenden sozialen Kosten aus⁶². Hier gilt es zu berücksichtigen, dass gerade eine institutionalisierte Demokratie, mit institutionalisiertem Pluralismus und dem Mehrheitsprinzip Unterstützungsfunktionen einer funktionierenden und stabilen Marktwirtschaft bietet. Durch Mehrheitsentscheidungen, Verhandlungen und Berücksichtigung von Interessen kann gewährleistet werden, dass den notwendigen Reformen und dem neu entstehenden Wirtschaftssystem mehr Legitimität und Unterstützung durch die Bevölkerung zuerkannt wird. Demokratisierung ist also nicht nur ein Nebenprodukt einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern auch wichtiger Bestandteil, der eine stabilere Grundlage (Rahmenbedingungen) für ökonomisches Handeln ermöglicht und im Endeffekt eine bessere wirtschaftliche Entwicklung sichert, als es z.B. in autoritären Regimes der Fall ist⁶³.

Die Politik spielt die entscheidende Rolle im Transformationsprozess der osteuropäischen Staaten. Von der Politik und ihren Akteuren gehen die neu geschaffenen politischen Institutionen aus. Die Politik in Form der Parteien und Regierungen geben der neu strukturierten Nationalökonomie ihr Aussehen, denn sie bestimmen die Rahmenbedingungen, mit denen die wirtschaftlich Aktiven arbeiten müssen – politics does matters. Sie wird sogar noch wichtiger, berücksichtigt man die historische Entwicklung der Leitbilder – den westlichen Demokratien. Hier verlief die Entwicklung zu Nationalstaat, Marktwirtschaft und Demokratie über Jahrhunderte, während die osteuropäischen Länder diesen Prozess zum Teil (Nationalstaat) parallel zur Durchsetzung von Demokratie und Marktwirtschaft implementieren müssen. Diese synchrone Strategie war bei den etablierten Demokratien nicht notwendig⁶⁴. Die baltischen Staaten bestanden zwar seit 1940 de jure weiterhin, aber de facto waren sie bis 1991 keine unabhängigen Staaten. Sie mussten nach der Unabhängigkeit nicht nur Demokratie und Marktwirtschaft auf-

⁶²Vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndsmills, Basingstoke, London 1999, S.26f.

⁶³Ebd., S.38ff..

⁶⁴ Vgl. Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten, Frankfurt a. Main 1994, S.65.

bauen, sondern auch ihren wieder unabhängigen Staat mit den Problemen, die durch die Besatzungszeit entstanden sind, d.h. eine ethnisch stark veränderte Bevölkerung zu einem neuen Gemeinwesen formen. Hierin unterscheiden sich die drei Länder auch von ihren osteuropäischen Nachbarn. Diese konnten bereits auf einen vorhandenen Nationalstaat zurückgreifen.

2.2.1 Osteuropa vs. Südeuropa

Der Verfasser dieser Arbeit geht nicht davon aus, dass eine Übertragung der südeuropäischen Transformationserfahrungen hier zur Anwendung kommen können. Da dieser Vergleich aber in der Forschungsliteratur immer wieder vorkommt, soll auf die Probleme mit diesem Ansatz in Bezug auf die baltischen Staaten verwiesen werden.

Transformation in den osteuropäischen Staaten (baltischen Staaten) kann nicht eins zu eins mit der Transformation der siebziger und achtziger Jahre in den Mittelmeerstaaten Südamerikas und Südeuropas verglichen werden. Zahlreiche Unterschiede zeigen sich bei bloßer Augenscheinuntersuchung. Die südeuropäischen Staaten waren im Gegensatz zu den baltischen / osteuropäischen Staaten bereits in die westeuropäische bzw. internationale Wirtschaft eingegliedert, während die osteuropäischen Staaten eine Integration in die Weltwirtschaft anstreben. Sie waren bis 1989 / 1991 in den sozialistischen RGW eingebettet und aus der Weltwirtschaft westlicher Prägung weitestgehend ausgeschlossen⁶⁵. Von Beyme weist auf Unterschiede der Transformation hin. Das Militär z.B. war als aktiver Akteur in den osteuropäischen Staaten weitgehend nicht vorhanden und stellte sich nicht als entscheidender Akteur heraus⁶⁶. Dahrendorf verweist in diesem Zusammenhang auf die herausragende Bedeutung der Kommunistischen Partei, die im Gesamtsystem das Monopol für sich beanspruchte und sich hierdurch von den Transformationsstaaten der Dritten Welle (Huntington) unterscheidet, in denen dieser Monopolanspruch nicht in annähernd analoger Weise das Ge-

⁶⁵ Vgl. Beyme, Klaus von: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.141-171, S.158f.

⁶⁶Ebd., S.164f.

samtsystem penetrierte⁶⁷. Dieser Verweis auf Huntington bringt zum Ausdruck, dass Dahrendorf die Revolutionen in Osteuropa nicht mehr in die „Dritte Welle“⁶⁸ einordnen würde und sich von Huntingtons Theorie abgrenzt.

Eine Übernahme des vergleichenden Ansatzes zwischen Südeuropa und Osteuropa kann im Fall der baltischen Staaten nicht zur Anwendung kommen, weil die Unterschiede zwischen beiden Gebieten zu groß sind. Diese Abgrenzung zu anderen Wissenschaftlern kann durch von Beymes Diktum begründet werden, nach dem immer berücksichtigt werden muss, dass eine Verabsolutierung der Theorie dazu führt, dass dieselbe nicht mehr operationalisierbar wird, d.h. sich an subjektlosen Idealzuständen orientiert und nicht mehr die realen Entwicklungen aufnehmen kann. Die Transformationstheorie, wie sie auf Südeuropa angewendet wird, kann in ihrem Bezug auf Osteuropa nicht universal sein, da die Entwicklungen in beiden Regionen nicht miteinander zu vergleichen sind⁶⁹.

2.2.2 Institutionelle Grundausstattung einer Demokratie

Begreift man Transition als einen Übergang von einem autoritären System zu einer Demokratie, so bedarf Letztere bestimmter institutioneller Regelungen und Grundlagen. Institutionen sollen in westlichen Gesellschaften, die als Prototypen moderner Gesellschaften gelten, Rollen und Wertorientierungen vermitteln, um in der Folge geregelte Handlungsweisen zu fördern und das Gesamtsystem zu stabilisieren, die friedliche Konfliktaustragung zu gewährleisten⁷⁰. Huntington sieht Dahls Polyarchieprinzip als ausreichende Basis für die Grundlagen einer Demokratie⁷¹. Sie besteht aus einer dem

⁶⁷ Vgl. Dahrendorf, Ralf: Reflections on the revolution in Europe – with a new introduction and postscript by the author, New York 2005, S. 80.

⁶⁸ Huntington geht von Demokratisierungswellen aus, die sich über einen sehr langen Zeitraum hinweg ausbreiteten und auch wieder schwächer wurden. Die Dritte Welle, die für diese Arbeit bedeutsam ist, beginnt Huntingtons Ansicht nach mit der Nelkenrevolution in Portugal 1974. Vgl. Huntington, Samuel P.: The third wave. Democratization in the late twentieth century, University of Oklahoma Press, Norman 1993, S.16.

⁶⁹ Vgl. Beyme, Klaus von: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.141-171, S.170.

⁷⁰ Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus, Opladen 1994, S.198f.

⁷¹ Huntington, Samuel P.: The third wave. Democratization in the late twentieth century, University of Oklahoma Press, Norman 1993, S.7f.

Souverän verantwortlichen und abwählbaren Regierung, dem aktiven und passiven Wahlrecht ohne ethnische oder politische Exklusivrechte und der Vereinigungs-, Meinungs- und Informationsfreiheit⁷². Er sieht zusätzlich noch die Dominanz der zivilen Regierung und einer verfassungsrechtlichen Sicherung des Dahl'schen Prinzips als notwendig an⁷³. Przeworski sieht diese Ausstattung einer Demokratie ebenfalls als grundlegend an und weist z.B. noch auf die zeitliche Begrenztheit einer Regierung hin, die auch unter die regelmäßig stattfindenden Wahlen subsummiert werden kann⁷⁴. Alle weiteren Bestandteile, die in anderen Demokratiedefinitionen enthalten sind, resultieren aus idealistischen Vorstellungen heraus, die in der Wirklichkeit nur schwer vollständig erfüllt anzufinden sind. Insgesamt neigt die Politikwissenschaft – besonders die Vertreter der Demokratietheorie – zu einem Perfektionismus, der in der Praxis vermutlich nie vollkommen erreicht werden kann, d.h. es werden z.B. im Bereich der Partizipationsmöglichkeiten immer neue Forderungen oder Zukunftsvisionen aufgestellt. Auf die Konsolidierung der osteuropäischen bzw. baltischen Staaten angewendet, bedeutet dies die beinahe Unmöglichkeit der bestätigten Konsolidierung eines politischen und wirtschaftlichen Systems, weil es immer Gruppen geben wird, die sich ausgeschlossen fühlen, oder für die der Wunsch entsteht mehr berücksichtigt zu werden⁷⁵.

Bedeutsam für die Konsolidierung ist die Legitimation der neuen Institutionen. Ihre Legitimität beruht in erster Linie auf dem demokratischen Prinzip (Wahl) und einer akzeptierenden Legitimität, d.h. die Bürger selber müssen genauso wie Veto-Akteure die neuen Institutionen auch akzeptieren, respektieren und wenigstens passiv stützen. Erst wenn die neuen Institutionen in der Verfassung und Gesellschaft verankert sind, wobei die Verankerung in

⁷² Vgl. Dahl, Robert A.: Vorstufen zur Demokratie-Theorie, Tübingen 1976, S.59-84.

⁷³ Rüb, Friedbert W. : Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.111-137, S.112f.

⁷⁴ Przeworski, Adam: Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991, S.10ff.

⁷⁵ Vgl. Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Comparative studies: Problem or solution. The political culture of democratization, in: Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Democratization and political culture in comparative perspective, Wiesbaden 2005, S.15-36, S. 30.

der Bevölkerung langfristig sehr wichtig ist, kann von einem stabilisierten Institutionensystem gesprochen werden⁷⁶.

In dieser Arbeit wird im Wesentlichen ein minimalistischer Ansatz gewählt, d.h. Dahls Polyarchiekonzept wird in seinen Grundlagen übernommen. Grund hierfür ist neben den umstrittenen Bestandteilen einer idealen Demokratie, die fehlende Überzeugung des Verfassers an eine solchermaßen ideale Demokratie. Die Basis für demokratische Systeme bilden m.E. die Dahl'schen Prinzipien. Die weitere Ausgestaltung hängt von gesellschaftlichen Entwicklungen und den Forderungen der Bevölkerung ab, wie sie und ihre Repräsentanten das System erweitern wollen. Jede Methode und Theorie hat sicherlich etwas Sinnvolles integriert. Dahl verwies aber bereits vor 50 Jahren auf die den Demokratietheorien innewohnende Problematik der Überfrachtung⁷⁷.

Politische Institutionen sind Verhaltensmuster, die Entscheidungen herbeiführen, Konflikte regulieren und in Rechtsvorschriften festgelegt sind. Zu den politischen Institutionen gehören die Verfassung, das Regierungssystem (das in der Verfassung aber schon angelegt ist), Grundrechte, Parteien etc.⁷⁸. Natürlich können sich Institutionen nicht aus sich selbst heraus stabilisieren. Um ihnen Stabilität zu verleihen, müssen die Akteure (Parteien, Regierungen etc.) die institutionalisierten Prinzipien internalisieren und anwenden. Sie dürfen nicht die, im wesentlichen durch die Verfassung vorgegebenen Wege verlassen und die Institutionen dadurch schlagartig verändern. Aus der Akzeptanz und Internalisierung der Institutionen und Konfliktregelung sowie Entscheidungsprozeduren entsteht eine akzeptierte Legitimität der Institutionen, die wiederum Stabilität erzeugt.

⁷⁶ Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus, Opladen 1994, S.204ff.

⁷⁷ Dahl, Robert A.: Vorstufen zur Demokratie-Theorie, Tübingen 1976, S.1ff. Die Originalausgabe „A preface to democratic theory“ ist 1956 in Chicago erschienen.

⁷⁸ Rüb, Friedbert W. : Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.111-137, S.116f.

2.2.3 Theoretische Ansätze

In der Transformationsforschung dominieren zwei theoretische Ansätze. Der eine ist ein akteurstheoretischer und der zweite ein modernisierungstheoretischer Ansatz. Die akteurstheoretischen Ansätze gehen von einer dominierenden Stellung der Akteure in einem Demokratisierungsprozess aus. Die Vertreter dieser Richtung negieren nicht die Bedeutung modernisierungstheoretischer Ansätze, d.h. struktureller Gegebenheiten, sondern gehen im wesentlichen davon aus, dass einzelne Akteure die Richtung der Transformation stärker beeinflussen. Hiernach sind Demokratisierungsprozesse überwiegend durch interne Faktoren bestimmt⁷⁹.

Der akteurstheoretische Ansatz wird für den überwiegenden Teil dieser Arbeit. Diese Richtung beschäftigt sich zunehmend mit der demokratischen Konsolidierung der Transformationsstaaten und versucht mit ihren akteursorientierten Methoden zu prüfen, wie demokratisch die neugeschaffenen Institutionen sind und wie stabil sie auf lange Sicht sein werden⁸⁰. Für diese Arbeit sind daher z.B. Parteien wichtige Akteure und Institutionen, die auf ihren Demokratisierungsgrad und Stabilität geprüft werden sollen. In der Literatur findet sich aber kein gesicherter Maßstab, ab wann sich eine Demokratie als stabil erweist bzw. es sich nicht mehr um eine Übergangsdemokratie handelt. Es gibt allerdings Minimalkriterien, die sich in der Tendenz an Dahls Polyarchiekonzept orientieren.

Die akteursorientierte Richtung geht für die Demokratisierung und Konsolidierung eines Systems davon aus, dass sich die Akteurszahl deutlich erhöht. Der deutliche Anstieg von Parteien in der politischen Arena sei als herausragendes Beispiel genannt. Die Gefahr einer zunehmenden Akteurszahl liegt in einer Aufspaltung der Opposition in kleinere heterogene Gruppen, die es ungewollt der alten Elite ermöglicht, an der Macht zu bleiben. Die Akteure insgesamt müssen einen Konsens finden, in dem sich der politische Wett-

⁷⁹Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.81-109 S.81f.

⁸⁰Ebd., S.82f.

bewerb bewegen soll, d.h. eine Rückkehr zum alten System sollte abgelehnt werden, Konflikte müssen friedlich und mit demokratischen Methoden beigelegt werden etc.⁸¹.

Eine stabile Demokratie entsteht natürlich nicht von einem Augenblick zum nächsten, sondern steht am Ende einer Entwicklung. Um eine stabilisierte Demokratie zu diagnostizieren, gibt es verschiedene Ansätze innerhalb der Akteurstheorie: Wenn es keine radikalen Veto-Akteure mehr gibt, d.h. nicht mehr mit Staatsstreichen o.ä. gedroht wird, die Mehrheit der Wähler und Politiker sich für die Demokratie entschieden haben und andere starke Gruppen (Unternehmen, Gewerkschaften) nicht mehr systemfeindlich agieren⁸². Wichtig für eine erfolgreiche Transformation ist, dass die Parteien als dominierende Akteure, den eigenen Nutzen ihrer Entscheidung für die Demokratie höher einschätzen als bei der Wahl für ein anderes Herrschaftssystem⁸³. Gleichzeitig agieren die Parteien (Akteure) in einer Umwelt, die sie nicht vollständig steuern können und diese Umwelt wiederum beeinflusst.

Der akteursorientierte Ansatz kann nicht alles erklären. Insbesondere den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Stabilisierung von politischen und Parteiensystemen kann die Akteurstheorie nur begrenzt erklären, weshalb ein Methodenmix für diese Arbeit von Bedeutung ist.

Der modernisierungstheoretische Ansatz wird für die Beantwortung der Frage eines Zusammenhanges zwischen politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung gewählt, ansonsten aber wegen der Konzentration auf die Parteien vernachlässigt. Die Bedeutung dieses Ansatzes kann aber nicht negiert werden. Er sieht die Entwicklung und Verbreitung der Demokratie in evolutionären Zusammenhängen, d.h. die Vertreter dieses Ansatzes gehen von einem Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus aus. Die Modernisierungstheorie sieht also die sozio-ökonomische Entwicklung von Gesellschaften als wesentliches Merkmal der Demokratisierung⁸⁴. Steigen-

⁸¹Ebd., S.97f.

⁸²Ebd., S.101f.

⁸³ Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.104

⁸⁴ Welzel, Christian: Humanentwicklung und Demokratie: Welcher Index erfasst die "humane" Dimension der Demokratie am besten?, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen

der Wohlstand, der die Masse der Bevölkerung erreicht, soll politischen Extremismus, also auch das Eindringen extremistischer Parteien in Parlamente, minimieren. Dies sichert längerfristig den Bestand der Demokratie.

2.3 Konsolidierung der Demokratie

2.3.1 Voraussetzungen erfolgreicher Transformationen

Ein wesentlicher, wenn nicht der wichtigste Bestandteil, der doppelten Transformation ist ein breiter Konsens zwischen den politischen Akteuren. Je größer dieser Konsens hinsichtlich der allgemeinen Richtung besonders der wirtschaftlichen Reformen, desto wahrscheinlicher ist die breite Akzeptanz der sozioökonomischen Zielsetzung durch die Politik und die dadurch entstehenden Möglichkeiten zur konsequenten Fortführung der Reformen⁸⁵. In der Forschungsliteratur wird immer deutlich, dass sich besonders im wirtschaftlichen Bereich ein Modernisierungsprozess abspielt. Die wirtschaftliche Modernisierung bedarf aber der Absicherung durch Rahmenbedingungen in denen sich Modernisierungen der Wirtschaft entfalten können:

„Die Einrichtung und staatliche Garantie bürgerlicher Freiheits- und politischer Partizipationsrechte und insbesondere die rechtstaatliche Garantie des Privateigentums. Diese institutionellen Aspekte von Transformationsprozessen stehen in engem Zusammenhang mit den ökonomischen, sind einerseits Voraussetzungen der ökonomischen Transformation und haben andererseits die ökonomische Transformation selbst als Voraussetzung“⁸⁶.

Bis neu erschaffene oder wie im Falle der baltischen Länder wiedererrichtete Demokratien überlebensfähig werden, durchlaufen sie Glæßner zufolge drei Phasen: 1.) Bestimmung der konstitutionellen Grundlagen im Anschluss an den Regimewechsel 2.) Bildung eines neuen Institutionensystems 3.) die Adjustierung des neuen Systems und seiner Bewährung angesichts

Vergleich, Wiesbaden 2000, S.132-162, S.137f. und Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.83f.

⁸⁵ Vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndsmills, Basingstoke, London 1999, S.42f.

⁸⁶ Zit.: Vodruba, Georg: Die Dynamik Europas“, Wiesbaden 2005, S.33.

der bestehenden Probleme⁸⁷. Die ersten zwei Punkte wurden bereits erfüllt und nur noch der Dritte ist für diese Arbeit von Interesse.

Merkel sieht, wie Schneider in seinem oben angeführten Werk, die Konsolidierung ähnlich wie Glaeßner, geht aber von einem vier Ebenensystem aus. Die erste Konsolidierungsebene ist hierbei die Verabschiedung der konstitutionellen Ebene (Verfassung, verfassungsrechtliche Institutionen: Staatsoberhaupt, Parlament, Wahlregime etc.). Die erste Ebene kann sich am schnellsten konsolidieren. Die zweite „repräsentative Konsolidierung“ (Merkel) umfasst die politischen Akteure (Parteien, Verbände). Diese Ebene muss zwecks Stabilisierung die erste Ebene akzeptieren und unterstützen und kann so positiv auf die dritte Ebene wirken und die „Verhaltenskonsolidierung“ beschleunigen. Auf dieser Ebene befinden sich die informellen Akteure (Finanzkapital, Militär, Unternehmen etc.). Die Konsolidierung der dritten Ebene festigt die demokratischen Prinzipien und bewirkt unterstützend die Konsolidierung der vierten Ebene der Bürgergesellschaft. Die Konsolidierung der Bürgergesellschaft dauert vermutlich am längsten und umfasst einen Generationenwechsel, um die Demokratie in einem Staat dauerhaft zu etablieren und zu verfestigen⁸⁸. Bezüglich Merckels theoretischem Ansatz wird die „Verhaltenskonsolidierung“ und die „repräsentative Konsolidierung“ von Bedeutung sein. Diese zwei Konsolidierungsebenen werden in Kapitel 2 analysiert.

Bevor es zur Konsolidierung junger Demokratien besonders im postkommunistischen Europa kommen konnte, musste die Demokratie erst einmal institutionalisiert sein, um dann in den Prozess der Konsolidierung überzuleiten⁸⁹.

Es ist in der Wissenschaft umstritten, wann der Systemwechsel zu einem erfolgreichen Ende gekommen – also Konsolidierung eingetreten ist. Es gibt verschiedene Ansätze. Eine Richtung nimmt etablierte westliche liberale Demokratien als Maßstab, andere Vertreter nehmen eine minimalistische

⁸⁷ Glaeßner, Gert-Joachim: Von der Perestroika zur liberalen Demokratie? Strukturproblem des Systemwechsels und der Demokratisierung im Postkommunismus, in: Glaeßner, Gert-Joachim / Reiman, Michal: Systemwechsel und Demokratisierung. Russland und Mitteleuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen 1997, S.13-43, S.36.

⁸⁸ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.143ff.

⁸⁹ Mackow, Jerzy: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden 2005, S.93.

Haltung orientiert an Dahl's Polyarchie-Konzept als Basis⁹⁰. Rueschemeyer orientiert sich in erster Linie an Dahl's Polyarchiekonzept. Er setzt, wie der Verfasser dieser Arbeit freie, faire und regelmäßige Wahlen sowie Verantwortlichkeit der Exekutive an die Entscheidungen des Parlaments und als dritten wesentlichen Punkt sieht er die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit und Schutz der Bürgerrechte als grundlegende Einrichtungen einer liberalen Demokratie an⁹¹. Der Vorteil dieser ‚minimalistischen‘ Demokratietheorie ist in der Einfachheit zu sehen, die davon absieht, immer mehr Forderungen an eine Demokratie zu stellen, die nicht immer erfüllt werden können. Aus Rueschemeyers Sicht und im Gegensatz zum Verfasser ist der Bezug auf die Gesellschaftsstruktur („class-Society“) der wichtigste Aspekt der Demokratisierung⁹². Auch die ethnischen Spaltungen einer Gesellschaft werden von Rueschemeyer berücksichtigt, obwohl er nicht davon ausgeht (im Gegensatz zu anderen), dass hieraus eine Gefahr für die Demokratie entsteht⁹³. Andere, insbesondere deutsche Vertreter sehen eine Demokratie erst als konsolidiert an, wenn nicht nur die einzelnen Akteure die demokratischen Prozeduren und Institutionen anerkannt und verinnerlicht haben, sondern erst, wenn die jungen Demokratien ihren idealen, d.h. maximalistischen Vorstellungen entsprechen.⁹⁴ Dieser maximalistische Ansatz erscheint aber weniger an der Realität orientiert, als an Idealen, die sich bei genauerer Betrachtung kaum finden lassen, auch wenn die Durchsetzung dieser Ideen einer virilen und autonomen Gesellschaft ein angenehmes Ideal darstellt. Demokratien sind nicht perfekt und werden es wohl auch nie sein. Die minimalistischen Ansätze der Transformationsforschung erscheinen dem Verfasser deshalb angemessener, weil sie der Demokratie und den Gesellschaften nur das aufbürdet, was unabdingbar im Minimum zu einer stabilen Demokratie gehört und sich weniger mit Wünschen und Idealen wohlmeinender Politologen beschäftigt.

⁹⁰ Welsh, Helga A.: Von der Transition zur Konsolidierung: Eine Bestandsaufnahme, in: Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zu Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel, Münster o.J., S.113-134, S.124f.

⁹¹ Rueschemeyer, Dietrich / Stephens, Evelyne Huber / Stephens, John D.: Capitalist development and democracy, Chicago 1992, S.43.

⁹²Ebd., S.47.

⁹³Ebd., S.48f.

⁹⁴ Mackow, Jerzy: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden 2005, S.94f.

Ob Transformationsstaaten sich konsolidiert haben, lässt sich nur anhand von verschiedenen Faktoren erkennen, sind doch besonders in den ehemals real-sozialistischen Staaten alle Bereiche vom Systemwechsel betroffen. Bisher gibt es keine allgemeinverbindliche Sichtweise für einen erfolgreichen Abschluss. Die Stabilität politischer Systeme kann deshalb kaum exakt benannt werden und die Politikwissenschaft greift deshalb auf verschiedene Ansätze zurück. Es lassen sich Indikatoren herausfiltern, die allgemein akzeptiert sind, dennoch nur allgemein benannt sind: Die Wirtschaft muss wie in kapitalistischen Systemen üblich dezentral organisiert sein, pluralistische Willensbildung ist der Normalzustand – Parteienwettbewerb, autonome Vergesellschaftung, Relativismus im sozio-kulturellen Subsystem⁹⁵, d.h. in den letztgenannten beiden Punkten. Bürger werden nicht mehr in Zwangsorganisationen integriert und dürfen sich auch abseits der gewünschten Normen verhalten, solange demokratische Gesetze dem nicht widersprechen. Bei dem von Wolf vorgeschlagenen Kriterien handelt es sich natürlich nur um eine modellhafte Annäherung, nichtsdestotrotz bietet dieses Modell Ansatzpunkte, um Konsolidierung erfassen zu können.

Przeworski sieht eine Demokratie als konsolidiert an, wenn besonders die Verlierer die Ergebnisse akzeptieren und darauf vertrauen, über dieselben Verfahren versuchen zu gewinnen und internalisieren, dass dieses Verfahren besser ist, als demokratische Strukturen zu unterminieren⁹⁶. Die demokratischen Verfahrensweisen müssen von allen Akteuren anerkannt werden, um die Demokratie dauerhaft zu stabilisieren. Dieser Ansatz ist sehr minimalistisch und orientiert sich überwiegend an der politischen Kultur einer demokratisch verfassten Ordnung, ohne hierbei jedoch die Bedeutung des institutionellen Rahmens zu unterschlagen.

Merkel wiederum versucht ein Mehrebenenmodell zu erstellen, an Hand dessen die langfristige wie kurzfristige Konsolidierung von politischen Sys-

⁹⁵Wolf, Michael: Transformation als Systemwechsel – eine modelltheoretische Annäherung, in: Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zur Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel, Münster o.J., S.39-64, S. 61.

⁹⁶ Vgl. Przeworski, Adam: Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991, S.26.

temen festgestellt werden kann. Im Gegensatz zu Przeworski ist dieses Modell deutlich komplexer und vielgestaltiger. Ein stabiles politisches System muss in der Lage sein, die Anforderungen und Wünsche, die aus dem Umfeld des Systems stammen, zu befriedigen. Diese Aufgaben der Umwelt des Systems stammen aus der Gesellschaft, gesellschaftlichen Akteuren (Verbände), dem internationalen Umfeld (Staaten), aus der Wirtschaft usw. Wenn diese Interaktionsbeziehungen funktionieren, ist ein politisches System stabil. Merkel benennt fünf zu bewältigende Herausforderungen, denen ein stabiles System gerecht werden muss:

- Die politische und gesellschaftliche Integration
- Mobilisierung
- Friedliche Konfliktregelung mit anderen Staaten
- Partizipation der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen
- Verteilung des Sozialproduktes durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen⁹⁷.

Für die Bewältigung dieser Herausforderungen muss ein System entsprechende Lösungskapazitäten entwickeln, die gleichzeitig auch „Überlebensstrategien“ (Merkel) sind. Die Bürger müssen dem System Unterstützung zukommen lassen, die es dem System ermöglichen, Forderungen zu erkennen und zu bearbeiten, was im Ergebnis dem politischen Output gleichkommt. Aus diesem kurz dargestellten Kreislauf entwickelt sich im positiven Fall eine Legitimität bei den Bürgern, die dieses demokratische System anerkennen und stützen. Je länger diese Unterstützung anhält, desto unwahrscheinlicher wird ein Abdriften eines politischen Systems zu autoritären Formen⁹⁸. Der Aspekt der diffusen Legitimität durch die Bürger wird in Kapitel 2 wie oben bereits genannt analysiert.

2.3.2 Wahlen und Regierungssysteme im Transformationsprozess

Weitverbreitet ist die These, der schlechteren Performanz von präsidentialen Systemen im Vergleich mit parlamentarischen Regierungssystemen. Auch dem Verhältniswahlrecht wird eine bessere Eignung für Transformationsstaaten zugeordnet. Lijphart stellt die Vor- und Nachteile beider Systeme in

⁹⁷Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.57f.

⁹⁸Ebd., S.58ff.

seinem unten genannten Artikel dar. Er führt das Problem der doppelten Legitimierung, der flexibleren Ablösung von Regierungschefs in parlamentarischen Systemen, die besonders in ethnisch gespaltenen Staaten konfliktmildernde Wirkung des Verhältniswahlrechts, die Dominanz von Parteiprogrammen in repräsentativen Parteiendemokratien positiv dar. Weiter weist Lijphart auf das Fehlen von empirischen Studien hin, die zum Ergebnis kommen, dass präsidentiale Systeme nicht bedrohter sind als parlamentarische Systeme zu versagen⁹⁹. Die Wahl des Verhältniswahlrechts in Estland und Lettland und eingeschränkt in Litauen müsste, an Lijphart gemessen, also zu die Konsolidierung begünstigenden Entwicklung führen. Ob diese Theorie tatsächlich zu einer konsolidierten Demokratie führt, wird in Kapitel ,3. Wahlen' geprüft.

Um die Konsolidierung einer Demokratie an Hand von Wahlen nachzuweisen schlägt Huntington vor, die ersten zwei Wahlen zu beachten. Seiner Ansicht kann erst nach der zweiten Wahl mit einem friedlichen Machtwechsel von einer konsolidierten Demokratie gesprochen werden¹⁰⁰. Seine These bedeutet nicht, dass es zwei freie und demokratische Wahlen geben muss, um als konsolidiert zu gelten, sondern zwei Regierungswechsel, denn es gehört zum Wesen von Demokratien, bei Unzufriedenheit die Regierung auszutauschen aber nicht das System. Huntington bezieht sich aber nicht auf die Dauer einer Regierung, sondern nur auf unterschiedliche Koalitionen bzw. Regierungen verschiedener Parteien. Dieser Ansatz wird auch in Kapitel ,3. Wahlen' geprüft werden können.

Weit verbreitet ist die These, von der wachstumshemmenden Wirkung von Linksregierungen und daraus für Transformationsstaaten folgend, bei einer unterstellten Beziehung zwischen Wachstum und demokratischer Stabilisierung, konsolidierungshemmenden Wirkung. Es lässt sich bisher allerdings kein zwingender Beleg für die These finden, Linksregierungen würden die Wachstumschancen bremsen und umgekehrt. Wichtiger für wirtschaftliches

⁹⁹ Lijphart, Arend: Democracy in the twenty-first century: can we be optimistic?, in: in: Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Democratization and political culture in comparative perspective, Wiesbaden 2005, S.37-56, S.40ff.

¹⁰⁰ Huntington, Samuel P.: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1991, S.266f. Huntington stellt diese These am Beispiel der U.S.A. und anderen als konsolidiert geltenden Staaten dar.

Wachstum erscheint eine konsequente Politik, die auch bei zahlreichen Regierungswechseln nicht zwingend eingeschränkt wird. Allenfalls in Systemen mit parlamentarischen Pattsituationen, in denen Kompromisse geschlossen werden müssen, lässt sich eine Gefährdung wirtschaftlichen Wachstums feststellen¹⁰¹. Insgesamt muss aber festgestellt werden, dass es Komplementärbeziehungen zwischen Demokratie und Marktwirtschaft gibt. Zwar geht die Forschung davon aus, dass Demokratien mit zunehmendem Alter weniger Wirtschaftswachstum aufweisen, auf der anderen Seite aber das Wachstum nicht auf ein dauerhaftes negatives Wachstum zurückfällt. Hierfür sorgen institutionelle Schranken (Wahlen, Regierungswechsel etc.), die Flexibilität in der Wirtschaftspolitik beinhalten. Die notwendigen Eigentums- und Verfügungsrechte können langfristig nur in einem demokratisch verfassten Staat gesichert bleiben¹⁰².

2.3.3 Parteien und Transformation

Die Existenz demokratischen Ansprüchen genügender Wahlen und damit verbunden der zeitlichen Beschränkung von Herrschaft und Legitimierung der Herrschenden zieht sich durch die Konsolidierungstheorie wie ein roter Faden¹⁰³. Demokratische Wahlen sind der herausragendste institutionelle Bestandteil von Demokratien und der Stabilisierung. Gleichzeitig üben Wahlen Einfluss auf die Konfigurationen des Parteiensystems aus. Aber, nicht nur Wahlen dienen der Stabilisierung von Demokratien, sondern auch die Akzeptanz der demokratischen Regeln durch die außerhalb des Parlaments stehenden Akteure und die Internalisierung der ‚Spielregeln‘ durch die Bevölkerung.

Es gibt zwei sich deutlich unterscheidende Modelle der Konsolidierung. Das erste entspricht einem minimalistischen Konsolidierungsbegriff, d.h. die politischen Akteure sind allein ausreichend, während der zweite maximalistische Ansatz auch noch die Interessenverbände und die Politische Kultur

¹⁰¹ Obinger, Herbert: Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2004, S.224f.

¹⁰²Ebd., S.229.

¹⁰³ Vgl. Beichelt, Timm: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der Institutionen, Opladen 2001, S.23; Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S.61f.

berücksichtigen. Die Politikwissenschaft hat sich noch nicht eindeutig auf einen Konsens eingelassen, auch wenn es wieder neue Konzeptionen gibt, ist dieser Findungsprozess noch nicht abgeschlossen¹⁰⁴. In dieser Arbeit wird deshalb von einem gemischten Modell ausgegangen, d.h. die politischen Akteure (Parteien) werden als Bestandteil des minimalistischen Konzeptes herangezogen und die politische Kultur, sowie die wirtschaftliche Entwicklung als Bestandteile des maximalistischen Ansatzes miteinbezogen.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht sind Parteien ein wichtiger Bestandteil der Transformation von autoritären hin zu konsolidierten demokratischen Regimes. Im Vergleich stellt sich heraus, dass die Transformations- und Konsolidierungsprozesse hauptsächlich durch die Parteien geprägt waren und Verbände nur eine nachgeordnete Rolle spielten¹⁰⁵. Folgt man Klaus von Beyme, sind für ein konsolidiertes Parteiensystem einige Voraussetzungen zu erfüllen: a) Minimum an Extremismus und Gewalt b) Cleavagestrukturen c) Trennung der Funktionen von Parteien und Interessengruppen d) Rückgang des Faktionalismus e) Sinkende Wählervolatilität f) demokratische Koalitionsbildung¹⁰⁶. Gleichzeitig macht von Beyme deutlich, kein von ihm herangezogenes Beispiel Osteuropas erfüllte diese Kriterien, ebenso wenig alle westlichen Staaten¹⁰⁷. Es wird deutlich, dass in der Transformationsforschung oft mit idealen Konstruktionen gearbeitet wird, deren Erfüllung auch in etablierten Demokratien nicht gewährleistet wird. Die Schlussfolgerung aus diesem Zustand kann nur sein, dass wenigstens die Erfüllung einer Mehrheit konsolidierender Faktoren ausreichend sein muss, um Transformationsstaaten als demokratisch konsolidiert zu bezeichnen. Und dieser Schlussfolgerung fühlt sich der Verfasser verpflichtet und wird

¹⁰⁴ Vgl. Beichelt, Timm: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der Institutionen, Opladen 2001, S.24ff.

¹⁰⁵ Croissant, Aurel / Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard: Verbände und Verbandssysteme im Transformationsprozeß: Ein zusammenfassender Vergleich, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard: Systemwechsel 4 – Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß, Opladen 1999, S.329-355, S. 338.

¹⁰⁶ Beyme, Klaus von: Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.23-56, S.34-50.

¹⁰⁷ Beyme, Klaus von: Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.23-56, S.52.

an von Beyme orientiert entsprechend analysieren. Diese Analyse wird in Kapitel 2 im Falle der Konfliktlinien erfolgen.

Segert hat für Osteuropa grundsätzlich die Existenz funktionsfähiger Wettbewerbsdemokratien anerkannt¹⁰⁸. Die Existenz funktionsfähiger Parteiensysteme ist eine wichtige Vorbedingung für eine sich konsolidierende Demokratie, aber nicht ihr Ergebnis. In Osteuropa hat sich eine umgekehrte Reihenfolge eingestellt. Zuerst sind die Institutionen entstanden, in deren Rahmen sich Parteien bewegen und erst dann kam es zu einer Ausbildung des Parteiensystems¹⁰⁹.

2.3.4 Politische Kultur

Die Forschung breitet ein großes Feld aus, das sie bearbeiten möchte. Nahezu jede politikwissenschaftliche Disziplin möchte ihren Beitrag zur Transformationsforschung liefern. Natürlich bringen sich auch die Vertreter der politischen Kulturforschung ein. Sie übersehen nicht die Bedeutung der Institutionen der Demokratisierung, beharren aber doch darauf, dass die Demokratisierung und Stabilisierung in nicht unerheblichem Maße von der Verwurzelung der demokratischen Prinzipien in der Bevölkerung abhängt¹¹⁰. Je mehr sich die Menschen mit den demokratischen Werten verbunden fühlen, je höher das Vertrauen in die Institutionen ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer stabilen Demokratie. Dieser Theorie ist wegen ihrer allgemeinen Verbreitung nichts mehr hinzuzufügen. Sie wird in diese Arbeit integriert, weil davon ausgegangen werden kann, dass die Menschen das Prinzip der demokratischen Repräsentation durch Parteien akzeptieren müssten, damit die Demokratie sich stabilisiert und nicht zu Gunsten anderer autoritärer Herrschaftsformen abgelöst wird und damit ein erneuter Systemwechsel stattfindet.

Auch wenn der Verfasser den minimalistischen Demokratieansatz bevorzugt, erscheint die Erweiterung um die politische Kultur sinnvoll, um die

¹⁰⁸Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.57-99, S.57.

¹⁰⁹Ebd., S.68.

¹¹⁰Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Comparative studies: Problem or solution. The political culture of democratization, in: Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Democratization and political culture in comparative perspective, Wiesbaden 2005, S.15-36, S.22.

Konsolidierung der politischen Systeme und der Parteiensysteme zu bestimmen. Denn die Unterstützung und sei sie nur diffus, ist ein bedeutender Faktor für die Überlebensfähigkeit eines jeden Systems.

Zu Beginn der Konsolidierung sieht Huntington die Enttäuschung der Bevölkerung über die politische Führung und die ausgebliebene Erfüllung der in Demokratie und Marktwirtschaft gesetzten Hoffnungen, deren Austausch durch demokratische Wahlen herbeigeführt wird. Erst wenn die Wähler erkennen, dass Demokratie dem Austausch von ‚schlecht‘ regierenden dient und nicht der Lösung aller Probleme, hat eine junge Demokratie verbesserte Chancen auf Stabilität und Dauerhaftigkeit¹¹¹. Diese Enttäuschungsphase ist eine Belastungsprobe für die Transformationsstaaten, die nur über mehrere Jahre und Wahlen bestanden werden kann. M.E. haben Staaten diese Probe bestanden, wenn sich Parteiensysteme stabilisiert haben.

2.4 Wirtschaftstransformation

Die wirtschaftliche Transformation hat m.E. einen bedeutenden Einfluss auf die Konsolidierung von jungen Demokratien. Schlugen die Reformen fehl und es entsteht keine funktionierende Marktwirtschaft, dann entsteht ein Spannungspotential, das zu einer Bedrohung für die Demokratie und damit für den gesamten Konsolidierungsprozess werden kann¹¹².

In allen Transformationsstaaten Osteuropas erlitten die Volkswirtschaften teilweise dramatische Einbrüche ihrer Leistungskraft. Ein weiteres gemeinsames Merkmal der Wirtschaftstransformation nach dem Ende des Sozialismus waren tiefgehende Strukturreformen, um eine funktionierende Marktwirtschaft zu institutionalisieren und drittens ist die sehr enge Verknüpfung von politischer und wirtschaftlicher Transformation festzuhalten, der alle Transformationsstaaten ausgesetzt waren¹¹³.

¹¹¹ Huntington, Samuel P: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1991, S. 262ff. Huntington verweist u.a. auf Spanien, dessen Bevölkerung aus Enttäuschung 1982 Felipe Gonzales an die Regierung wählte und so einen demokratischen Machtwechsel herbeiwählte. (R.W.).

¹¹² Przeworski, Adam: Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991, S.139.

¹¹³ Wunner, Norbert: The political econoy of transition. International trade, factor market imperfections and structural adjustments, Wiesbaden 2000, S.26.

Die dominierende Position des wirtschaftlichen Liberalismus und seine Umsetzung als Transformationsziel resultiert aus der offensichtlich gewordenen Schwierigkeit sozialistische und marktwirtschaftliche Elemente miteinander zu verbinden, wie es in zahlreichen „Reformversuchen“ der realsozialistischen Ökonomien deutlich wurde¹¹⁴. Statt den Sozialismus zu reformieren griffen die Reformstaaten lieber gleich auf ein fertiges theoretisches Gerüst zurück. Für die baltischen Staaten trifft das Wort von Jeffrey Sachs über Polen genauso zu: „Polen ist zu arm, um zu experimentieren“¹¹⁵. Derselbe Wissenschaftler errechnete bei der Implementierung eines neoklassischen Wirtschaftsmodells eine deutliche Verkürzung des Aufholprozesses der osteuropäischen Transformationsstaaten gegenüber den westeuropäischen Staaten. Durch den gradualistischen Ansatz hätten die Transformationsstaaten mehr als 100 Jahre benötigt den westlichen Standard zu erreichen¹¹⁶. Diese These kann in diesem Sinne noch nicht bestätigt werden, weil nicht nur die baltischen Staaten, sondern keines der jüngeren Transformationsstaaten den westeuropäischen Durchschnitt erreicht hat. Der europäische Standard mag das Ziel sein, aber die wirtschaftliche Konsolidierung ist davon nicht betroffen, weil es sich hierbei um die grundsätzliche Stabilisierung handelt. Nichtsdestotrotz ist ein Vergleich der Vorgehensweise (Schocktherapie vs. Gradualismus) und seine bisherigen Auswirkungen für diese Arbeit von Interesse.

Die wirtschaftswissenschaftlichen Theorien des Liberalismus, deren Umsetzung in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg eine Renaissance erlebten, beeinflussten auch die Wirtschaftswissenschaftler im sowjetisierten Europa und spätestens ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre in der Sowjetunion selbst. Es haben hauptsächlich zwei ordnungstheoretische Schulen die Wissenschaftler und Politiker beeinflusst: Die österreichische Schule mit

¹¹⁴ Dahrendorf wies bereits 1990, als Überlegungen eines „Dritten Weges“ im Schwange waren, auf die Problematik dieses Konstrukts hin. In: Dahrendorf, Ralf: Reflections on the revolution in Europe – with a new introduction and postscript by the author, New York 2005, S. 58-66.

¹¹⁵ Pysz, Piotr: Das liberale Wunder in Westeuropa und die Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa, in: Pysz, Piotr (Hg.): Auf dem Weg zu Gesamteuropa. Festschrift zum 90. Geburtstag von Prof. Dr. Walter Hildebrandt, Dortmund 2002, S.130; Zitat: Ders., S.133.

¹¹⁶ Vgl. Laar, Mart: Back to the future. 10 years of freedom in Central Europe, Centre-right party leaders meeting in Tallinn, Pro Patria Union and the International Republican Institute, Tallinn 2001, S.88f.

ihren Vertretern Mises und von Hayek und die westdeutsche Schule des Ordoliberalismus mit ihren Vertretern Eucken und Müller-Armack¹¹⁷. Die Ideen des Ordoliberalismus kamen aber sehr viel später als die Theorien der österreichischen Schule in die Sowjetunion, was an der Sprachbarriere lag – die Werke lagen kaum in englisch vor, und an der früheren Kriegsgegnerschaft im Zweiten Weltkrieg. Außerdem befand sich der Ordoliberalismus nicht im wissenschaftlichen Mainstream des Keynesianismus und des Monetarismus¹¹⁸. Betrachtet man die wirtschaftlichen Systemveränderungen zu Beginn der 90er Jahre, stellt man fest, dass Vertreter eines „dritten Weges“ sich nicht durchsetzen konnten, sondern die Vertreter eines marktwirtschaftlich orientierten Weges die Oberhand gewannen und die sozialismuskritischen Theoretiker der Vorkriegszeit sich durchsetzten. Der Historiker und ehemalige Ministerpräsident Estlands Mart Laar ist das beste Beispiel für einen Anhänger des Ordoliberalismus westdeutscher besser gesagt Erhard-scher Prägung¹¹⁹.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Ostblocks mussten sich die Staaten im östlichen Europa daran machen, eine doppelte Transformation zu bewerkstelligen. Sie mussten neben ihrem politischen System auch ihre Wirtschaft umstrukturieren. Diese Gleichzeitigkeit zweier wesentlicher Teilsysteme unterscheidet die Ostblockstaaten von anderen Transformationsstaaten z.B. Lateinamerikas. Im wirtschaftlichen Bereich gibt es zwei Grundmodelle der Reformstrategien, deren Umsetzung und Durchführung das gleiche Ziel haben, dieses aber auf unterschiedlichem Wege erreichen wollen. Es wird unterschieden zwischen einer Strategie der Schocktherapie, d.h. einem sehr schnellen Systemwechsel und einem gradualistischen Weg, d.h. ein Schrittweiser Übergang zur freien Marktwirtschaft. Es sei vorangestellt, dass es bis heute keinen Nachweis gibt, der einer Reformstrategie eine grundsätzlich höhere Erfolgchance bietet. Ausschlaggebend für den Erfolg

¹¹⁷ Pysz, Piotr: Das liberale Wunder in Westeuropa und die Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa, in: Pysz, Piotr (Hg.): Auf dem Weg zu Gesamteuropa. Festschrift zum 90. Geburtstag von Prof. Dr. Walter Hildebrandt, Dortmund 2002, S.120.

¹¹⁸Ebd., S.127.

¹¹⁹ Laar legte seine Erinnerungen an die Zeit von 1984 bis 2002 den an Erhard erinnernden Titel „Das estnische Wirtschaftswunder“ zu Grunde und verweist ganz offen auf den ehemaligen Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard; Laar, Mart: Das estnische Wirtschaftswunder, Tallinn 2002.

der Reformen sind die länderspezifischen Ausgangsbedingungen¹²⁰. Fünfzehn Jahre nach Beginn der Transformation ist aber festzustellen, dass Staaten, die sich einer Schocktherapie unterzogen, heute besser dastehen als gradualistisch orientierte Staaten. Als positives Beispiel lässt sich neben der Tschechischen Republik auch Estland anführen¹²¹. Diese Erkenntnisse werden durch die vergleichende Transitionsanalyse von Gros und Steinherr unterstützt. Gleichzeitig verweist diese Studie aber auch auf länderspezifische Varianzen und Faktoren¹²².

Die gradualistische Transformation, die dem Staat unweigerlich eine längere und größere gestalterische Rolle zuspricht, wird von Post-Keynesianern bevorzugt, während die Strategie der Schocktherapie von Neoliberalen unterstützt wird. Die wesentlichen Merkmale einer gradualistischen Strategie liegen in staatlicher Investitions- und Lohnpolitik der in staatlicher Hand befindlichen Unternehmungen und eine nur begrenzte Öffnung der Märkte im Bereich des Außenhandels. Ziel der gradualistischen Strategie ist die Vermeidung größerer und zu tiefer Einschnitte für die Bevölkerung. Die Schocktherapie hingegen befürwortet kurze und destruktive Schnitte, um das alte System nachhaltig zu beseitigen, in der Annahme, dass diese schöpferische Zerstörung wird die Marktkräfte zu einem frühen Zeitpunkt beleben und dadurch ein stetiges Wirtschaftswachstum befördern, um gleichzeitig den gesamten Transformationsprozess zu stabilisieren¹²³.

In ihrer Zielsetzung sind beide Reformstrategien gleich gelagert. Der Unterschied besteht im wesentlichen in einem größeren Absinken des Bruttoinlandprodukts beim Verfahren des „Big-Bang“. Andererseits wird dieser Re-

¹²⁰ Vgl. Franzen, Wolfgang / Haarland, Hans Peter / Niessen, Hans-Joachim (Hg.): Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990-2003 für eine nachhaltige Entwicklung, Frankfurt a. Main 2005, S.15.

¹²¹ Vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndsmills, Basingstoke, London 1999, S.54.; Vgl. Gros, Daniel / Steinherr, Alfred: Economic transition in central and eastern Europe. Planting the seeds, Cambridge 2004, S.105ff.

¹²² Vgl. Gros, Daniel / Steinherr, Alfred: Economic transition in central and eastern Europe. Planting the seeds, Cambridge 2004, S. 105ff.

¹²³ Vgl. Franzen, Wolfgang / Haarland, Hans Peter / Niessen, Hans-Joachim (Hg.): Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990-2003 für eine nachhaltige Entwicklung, Frankfurt a. Main 2005, S.17. Und Béla Kádár: External liberalization: Gradualism or shock approach?, in: Siebert, Horst (ed.): Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.173-188, S.173f.

form auch attestiert, schneller auf dem alten Stand anzukommen als bei Verfolgung des gradualistischen Weges¹²⁴.

Doch gleich, welchem Modell man anhängt, die entscheidenden Veränderungen liegen in der Privatisierung und der Veränderung der Wirtschaftsstrukturen in den Transformationsstaaten. Außerdem ist es durch die Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaftler zu einem Eingeständnis dahingehend gekommen, dass sich die Politik in Form von Parlamenten und Regierungen nicht zu stark in der Wirtschaft engagieren sollten, sind sie doch überfordert mit notwendigen schnellen Marktanpassungen und den Veränderungen der Marktumwelt¹²⁵. Einigkeit besteht in der Wirtschaftswissenschaft bezüglich der notwendigen Rahmenbedingungen, die erfüllt sein müssen, um ein stabiliertes Wirtschaftssystem zu etablieren. Zu diesen Bedingungen zählen die Preisliberalisierung, Eigentumsreformen (Privatisierung), Errichtung eines Kapitalmarktes (Bankenreformen), einer konvertierbaren Währung und eines entsprechenden Währungsregimes, sowie der Außenwirtschaftsliberalisierung¹²⁶.

Es sollte aber an dieser Stelle nicht verhehlt werden, dass die Konzepte von IWF und Weltbank nicht unumstritten sind. Ihnen wird unterstellt, Theorien und Konzepte, die in anderen Regionen schon nicht funktionierten, auf die Transformationsstaaten Osteuropas zu übertragen. Dieser Streit ist aber sehr akademisch, denn die Staaten östlich der Oder hatten keine Zeit, sich für die Entwicklung neuer Strategien zu rüsten, sondern versuchten sich in Reformen, in der Hoffnung es würde schon funktionieren. Es fehlte, wie selbst Kritiker des IWF anmerken müssen, eine griffige Theorie der Transformation einer sozialistischen Planwirtschaft. Die Wirtschaftswissenschaften standen zu Beginn der Transformation an derselben Stelle wie die Sozialwissenschaften – ohne übertragbare Theorie und Konzept¹²⁷.

¹²⁴ Rodrik, Dani: Comment on Béla Kádár, „External liberalization: Gradualism or shock approach?, in Siebert, Horst (ed.): Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.189-193, S.189ff.

¹²⁵ Altmann, Franz-Lothar: Wirtschaftlicher Systemwechsel und Eigentumsreform, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien, 1998, S.215-226, S.215.

¹²⁶ Vgl. Böllhoff, Uta: 10 Jahre Systemtransformation in den baltischen Staaten, Freiburg i. Br. 2002.

¹²⁷ Vgl. Dubrowsky, Hans-Joachim: Zur Komplexität der Transformation – das Beispiel der Konvertibilität, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel-

Wirtschaftstransformationen müssen konsequent und dürfen nicht zu zögerlich sein, sollen sie dauerhaft Erfolg haben. Verzögerte Liberalisierungen weisen in verschiedenen Studien aus, dass sie die Instabilität eines Systems verstärken und damit den gesamten Transformationsprozess gefährden können. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, dass sich der Staat so schnell und weit wie möglich und nötig aus dem Marktgeschehen entfernt und durch seinen Rückzug den Privatsektor stärkt und die hiermit verbundenen Anreizmechanismen befördert¹²⁸.

2.5 Politische Stabilität und Wirtschaftswachstum

Oft wird unterstellt, politische Instabilität beeinflusst das Wirtschaftswachstum in negativer Weise, weil dies zu häufigen Regierungswechseln führt und damit den verschiedenen Unternehmungen die Verlässlichkeit der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nimmt. Unter politischer Instabilität wird meistens aber die Gefahr von Putschen, Bürgerkriegen oder wilden Streiks im Gefolge eines Regierungswechsels verstanden¹²⁹. Welzel weist auf den Zusammenhang zwischen stetigen Wirtschaftswachstum, der damit einhergehenden Wohlstandsteigerung und der daraus resultierenden Stabilisierung der Demokratie hin. Umgekehrt jedoch ist kein zwingender Zusammenhang zu erkennen, d.h. auch autoritäre Staaten können erfolgreiche Wirtschaftsreformen und –politik implementieren¹³⁰. Um eine erfolgreiche Demokratiestabilisierung zu gewährleisten, muss der neu erzeugte Wohlstand aber einer breiten sich entwickelnden Mittelschicht zu Gute kommen und nicht nur einer kleinen erfolgreichen Gruppe¹³¹.

und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.201-213, S.202.

¹²⁸Vgl. Höhmann, Hans-Hermann: Gemeinsamkeiten und Divergenzen im Prozeß der ost-europäischen Wirtschaftstransformation: Stichworte für eine Zwischenbilanz, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien 1997, S. 189-203, S.195f.

¹²⁹Obinger, Herbert: Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2004, S.130f.

¹³⁰Welzel, Christian: Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.47-79, S.61f.

¹³¹Ebd., S.72.

Andererseits können Regierungswechsel bei fortdauernder Garantie der grundlegenden Eigentums- und Verfügungsrechte sogar zu einer Verbesserung des Wirtschaftswachstums führen, wenn nämlich Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften verbessert werden. Umgekehrt wirkt sich eine Nicht-Veränderung der Rahmenbedingungen nach einem Regierungswechsel nicht zwingend negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Die Garantie der Eigentums- und Verfügungsrechte sollte bestehen bleiben, um das Wachstum nicht wesentlich zu gefährden. Außerdem wird in Demokratien die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums immer wichtiger, so dass die politischen Wettbewerber in einem Ringen um die richtige Wachstumspolitik stehen¹³². Diese These wird von Wirtschaftswissenschaftlern des öfteren vertreten. So sieht Westphal die Kontinuität der Wirtschaftspolitik einer Regierung als bedeutsam an. Das Vermeiden von Budgetdefiziten und die Glaubwürdigkeit einer Regierung ist für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig. Die Produzenten müssen die Gewähr haben, dass es mittelfristig in den Transformationsstaaten nicht zu einer Rückkehr zu den alten Formen des Wirtschaftens kommt. Hier liegt seiner Ansicht nach die Gefahr bereits durch kurzfristige Stimmenmaximierung von Parteien, die sich gegen den eingeschlagenen Kurs wenden und im Erfolgsfall auch durchsetzen. Er sieht in der unabhängigen Zentralbank, die über Instrumente der Geldpolitik mit dem Ziel der Geldwertstabilität als unterstützende Maßnahme verfügt, den sichersten Schutz vor solchen Entwicklungen¹³³. Eine unabhängige Zentralbank ist sicherlich eine aus allgemeiner Erfahrung heraus sehr wünschenswerte Institution, doch kann die Notenbankpolitik durch politische Vorgaben aus dem Parlament geändert werden. Der Verweis auf die Kontinuität der Regierungspolitik ist hierbei weitaus wichtiger, kann sie nach einigen Jahren auf einen höheren Grad der Pfadabhängigkeit der Wirtschaftspolitik verweisen, von dem spätere Regierungen nur schwerer abweichen können. Für die Konsolidierung der Transformationsstaaten zu überlebensfähigen Demokratien und Marktwirtschaften ist Wirtschaftswachstum noch aus einem weiteren Grund sehr bedeutsam. In den meisten Staaten, die zu einem

¹³² Obinger, Herbert: Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2004, S.132.

¹³³ Westphal, Andreas: Probleme der Geldwertstabilisierung in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hrsg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.49-82, S.73ff.

autoritären Regime wechselten war ein negatives Wirtschaftswachstum zu verzeichnen und auch während der dritten Welle, als das Pendel zugunsten der Demokratie zurückschlug, war wirtschaftlicher Niedergang ein Moment der Destabilisierung autoritärer Staaten¹³⁴. Hieran wird deutlich, wie bedeutsam die Wirtschaft für den Stabilisierungsprozess junger Demokratien ist.

Huntington verweist auf die enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung, ohne der Wirtschaft aber einen zu hohen Stellenwert einzuräumen, denn seiner Ansicht nach ist es nicht die Wirtschaftsstruktur, die eine Demokratie begünstigt. Allerdings begünstigt Wirtschaftswachstum die Demokratisierung¹³⁵ und in letzter Konsequenz auch die Konsolidierung. Die Demokratisierung wird durch steigendes Wirtschaftswachstum und steigenden Wohlstand gemessen an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts begünstigt. Hierbei unterstellt Huntington, dass die meisten reichen Staaten Demokratien sind, mit einigen Ausnahmen. Staaten mit einem Pro-Kopf-BIP zwischen den armen und reichen Staaten dieser Welt befinden sich prinzipiell in einer guten Ausgangssituation für die Demokratisierung. Auf der anderen Seite wird auch deutlich, dass Einkommen alleine nicht für eine Demokratie spricht, denn alle Mittel- und osteuropäischen Länder befanden sich vor 1989 in einem Bereich, in dem sie eigentlich demokratisch hätten sein müssen, es aber nicht waren.¹³⁶ Die baltischen Länder gehören eindeutig in diese Kategorie der Mittelebene. Außerdem wird die Bedeutung der Politik für die Demokratisierung deutlich, denn ohne den Willen und die Institutionen einer Demokratie ist die Wirtschaft alleine nicht in der Lage einen Staat zu demokratisieren – es bleibt ein wichtiges Doppelspiel.

Auf der anderen Seite ist eine schwere Wirtschaftsdepression nicht gleichbedeutend mit dem Untergang von Demokratien, wie es die Weltwirtschaftskrisen nahe legen¹³⁷.

¹³⁴ Huntington, Samuel P.: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1993, S.50f..

¹³⁵Ebd., S. 59.

¹³⁶Ebd., S.60ff.

¹³⁷Ebd., S. 258f. Huntington verweist aber auf bereits etablierte Demokratien und nicht auf noch relativ junge. Hierin mag es Unterschiede geben, ob ältere Demokratien Wirtschaftskrisen besser überleben können als junge (R.W.).

2.5.1 Regime und Wirtschaftswachstum

Obinger, der in seiner Habilitationsschrift den Forschungsstand zur Kausalität von Regime und Wirtschaftswachstum darstellt, zeigt deutlich auf, dass es verschiedene Studien gibt, die im Verhältnis Regime vs. Wirtschaftswachstum unterschiedlichste Ergebnisse aufweisen¹³⁸. Obinger selbst muss diese Erkenntnisse durch eigene Untersuchungen bestätigen und kommt zu dem Ergebnis, dass die bekannten Indikatoren (Vanhanen, Freedom-House, Polity III) keinen Beleg über einen nachweisbaren Einfluss auf das mittelfristige Wirtschaftswachstum erbringen können. Allerdings stellt er heraus, ein längeres negatives Wachstum sei in Demokratien nicht zu verzeichnen¹³⁹. Die Ergebnisse Obingers unterstützen die schon genannte These Friedmans, dass der Kapitalismus nicht der Demokratie bedarf, umgekehrt es aber vonnöten sei. Andererseits gehen zahlreiche Wissenschaftler davon aus, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Wirtschaftswachstum und Demokratie. Je mehr sich die Wirtschaftsleistung durch Wachstum und Wohlstandsentwicklung verbreitet, desto mehr stabilisiert sich eine Demokratie. Auf der anderen Seite können sich Inflation und negatives Wirtschaftswachstum negativ auf die Stabilität einer Demokratie auswirken¹⁴⁰. Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie beruht auf der These, wirtschaftliche Freiheit würde den Wunsch nach politischer Freiheit stärken; im Ergebnis also der Wunsch nach Demokratisierung der Politik und Gesellschaft¹⁴¹. Andere Wissenschaftler unterstellen einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Niveau und Stabilisierungschancen. Hiernach ist eine Konsolidierung potentiell erfolgreich, wenn das Ausgangsniveau eine industrieorientierte Wirtschaft vorweist. Die wirtschaftliche Entwicklung wird hierbei am BIP-pro Kopf gemessen. Diese Kennziffern alleine sind aber nicht ausreichend, um Stabilität festzustellen, sondern es gilt,

¹³⁸ Obinger, Herbert: Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2004, S.53ff.

¹³⁹ Ebd., S.84-89.

¹⁴⁰ Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Comparative studies: Problem or solution. The political culture of democratization, in: Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Democratization and political culture in comparative perspective, Wiesbaden 2005, S.15-36, S.19.

¹⁴¹ Braizat, Fares: Democracy and economic development. Testing the theory and methods of Tatu Vanhanen, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 218-241, S.228.

andere Faktoren wie Unterstützung von externen Akteuren (Stiftungen, Regierungen, EU etc.) zu berücksichtigen. Erst das Gesamtumfeld ist förderlich für stabile Demokratien¹⁴². Dies trifft grundsätzlich auf die Staaten Osteuropas bzw. die Sowjetunion zu.

Kitschelt weist auf den Zusammenhang zwischen Reformfähigkeit und Machtkonfiguration innerhalb des kommunistischen Systems hin. Auf die baltischen Staaten bezogen bedeutete die anti-kommunistische Haltung der Bevölkerung und reformorientierte Kräfte der KP eine günstige Ausgangsbedingung für die notwendigen Wirtschaftsreformen, die auch durch eine funktionsfähige Bürokratie unterstützt wurde. Sein Ansatz historisch-struktureller Ausgangsbedingungen bescheinigt den drei Untersuchungsländern günstige Voraussetzungen für die Wirtschaftstransformation¹⁴³.

2.5.2 Institutionengefüge als Bedingung für wirtschaftliches Wachstum

Wenn es also keine Kausalität zwischen Regime und Wachstum gibt, sollte auf die Institutionen eines Staates geachtet werden, d.h. wie sind die Freiheitsrechte verfasst und gesichert. Aus einem hohen Garantiegrad wirtschaftlicher Freiheitsrechte kann oftmals induziert werden, dass es auch zu einem stärkeren Wachstum kommt, als in Volkswirtschaften, die keine wirtschaftlichen Freiheitsrechte vertrauensbildend gesichert haben. Es gibt zahlreiche Indizes, die die Sicherung wirtschaftlicher Freiheitsrechte widerspiegeln. Zu den bekanntesten gehört u.a. der Economic Freedom of the World Index¹⁴⁴. Insgesamt betont Obinger, dass Eigentums- und Verfügungsrechte, d.h. die Grundordnung marktwirtschaftlicher Aktivitäten, eine zentrale Rolle für wirtschaftliches Wachstum spielen. Die Garantie dieser fundamentalen Rechte durch den Staat ist hierbei von entscheidender Bedeutung. Allerdings stellt Obinger fest, dass konstitutionelle Institutionen (Regimetyp etc.)

¹⁴² Huntington, Samuel P.: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1991, S.271ff.

¹⁴³ Kitschelt, Herbert: Historische Pfadabhängigkeit oder Strategiewahl? Zur politischen Ökonomie postkommunistischer Wirtschaftsreform, in: Stykow, Petra / Beyer, Jürgen (Hrsg.): Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik, Wiesbaden 2004, S.87-115, S.91ff.

Der Verwaltungsapparat war in allen Ländern zweifellos funktionsfähig, allerdings, so beschreibt es Mart Laar, gab es auch dort Gruppen, die den Reformkurs nur zögernd unterstützten. Vgl. Laar, Mart: Das estnische Wirtschaftswunder, Tallinn 2002, S.143f.

¹⁴⁴ Obinger, Herbert: Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2004, S.107f.

keinen direkten Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum haben müssen¹⁴⁵. Wichtig für wirtschaftliches Wachstum ist dementsprechend das Vertrauen in die Stabilität der Eigentums- und Verfügungsrechte, d.h. die Regierungspolitik darf sich nicht abrupten Pfadänderungen zuwenden, will sie wirtschaftliches Wachstum nicht abbremsen. Besonders post-sozialistische Staaten bedürfen dieses Vertrauens, wollen sie ausländisches (westliches) Kapital und Know-How aquirieren und den noch bestehenden Rückstand auf die etablierten westlichen Marktwirtschaften verringern.

2.5.3 Demokratie und Marktwirtschaft – ein notwendiges Doppel!?

Demokratie und Marktwirtschaft liegen in einem Konflikt gegenüber. Auf der einen Seite verteilt die Demokratie in einem egalitären Prozess die Rechte der Teilhaber relativ gleichmäßig, auf der anderen Seite sind die Produktion und die Distribution von Einkommen in der Marktwirtschaft sehr ungleich verteilt. Diese ungleiche Verteilung ist immer gegeben, egal, ob es sich um eine stabile und funktionierende Marktwirtschaft handelt, oder um einen Kapitalismus in der Krise.

Die Verbindung von Demokratie und Marktwirtschaft ist aus politikwissenschaftlicher Sicht deutlich zu erkennen. Nur wenn die demokratischen Institutionen friktionslos arbeiten und die allgemeinen Interessen der Bevölkerung berücksichtigt und gleichzeitig wirtschaftlich positive Resultate erzielt werden, kann von einer Konsolidierung bzw. einer erfolgreich abgeschlossenen Transformation und Konsolidierung gesprochen werden¹⁴⁶.

Zwar können Marktwirtschaften auch in autoritären Regimes funktionieren, doch gibt es einen wesentlichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Marktwirtschaft. In einer freien Marktwirtschaft herrschen innovative Kräfte, die in ihren Folgen Wachstum generieren können und durch Arbeitsplätze den allgemeinen Wohlstand erhöhen. In der Folge steigenden Wohlstands gibt es einen verstärkten Demokratisierungsdruck durch die Bevölkerung, d.h. stabile und funktionierende Marktwirtschaften sind aus politikwissen-

¹⁴⁵Ebd., S.129f.

¹⁴⁶ Przeworski, Adam: Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991, S.188.

schaftlicher Sicht notwendige Bestandteile eines sich demokratisierenden Systems bzw. einer sich stabilisierenden Demokratie¹⁴⁷. Ralf Dahrendorf versuchte sich 1990 in einer differenzierten Betrachtung, erkennt aber den grundsätzlichen Zusammenhang an. Seiner Ansicht nach wird eine Demokratie durch wirtschaftliches Wachstum bedroht, wenn die Bevölkerung die Demokratie nur durch ihren ökonomischen Output motiviert unterstützt. Seiner Ansicht nach sind Demokratien, die über gefestigte Institutionen verfügen weniger durch Instabilität bedroht, auch wenn das Wirtschaftswachstum nicht zu Zufriedenheit führt. Seine Schlussfolgerung ist die gleichzeitige Verbindung von beiden Elementen – Anerkennung der Institutionen bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum. Dahrendorf wendet sich gegen die Präferenz eines Faktors¹⁴⁸.

Przeworski verweist mit Blick auf Südamerika ebenfalls auf den Zusammenhang von Wirtschaft und demokratischer Konsolidierung bzw. Stabilitätssicherung von Demokratien bei stetigen Wirtschaftswachstum. Allerdings schränkt er diese These insoweit ein, dass dieser Zusammenhang keine gesetzmäßige Ordnung sei, sondern einzelne Institutionen so stabil sein können, dass sie in der Lage sind, auch schwere Wirtschaftskrisen zu überstehen, ohne die Demokratie zu beseitigen¹⁴⁹.

Neu an den Regimewechseln nach 1989 war die Gleichzeitigkeit von Demokratisierung und Einführung der Marktwirtschaft. Glaeßner bezieht sich zwar auf die Sowjetunion, leitet aber folgendes Problem auf die mittel- osteuropäische Staatenwelt ab. Seiner Ansicht nach ist die Einführung der Marktwirtschaft zwar notwendig gewesen, allerdings übt er deutliche Kritik an dem neoliberalen Weg, den viele Staaten gegangen sind. Dieser Weg führte seiner Ansicht nach zu schweren sozialen Problemen und Konflikten, die durch ein Mehr an Staatsinterventionismus vermieden hätte werden können (gradualistisches Reformkonzept). Er weist aber gleichzeitig darauf hin, dass durch eine sinnvolle Kombination aus wirtschaftlichen Reformen

¹⁴⁷ Vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndsmills, Basingstoke, London 1999, S.19f.

¹⁴⁸ Dahrendorf, Ralf: Reflections on the revolution in Europe – with a new introduction and postscript by the author, New York 2005, S. 84f. Dahrendorf verweist auf die Bundesrepublik als wachstumsorientierte, aber gefährdete Demokratie und sieht in Großbritannien den Gegenpart (R.W.).

¹⁴⁹ Vgl. Przeworski, Adam: Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991, S.32f., S.95.

und Verankerung demokratischer Institutionen die Probleme möglicherweise gemindert werden könnten¹⁵⁰. Es ist inzwischen aber wohl Allgemeingut, dass es keinen objektiven Vorrang einer bestimmten Reformpolitik geben kann (Schocktherapie vs. Gradualismus), sondern einzelne Staaten sich an Hand ihrer Situation die politisch machbare Methode aneignen und durchführen.

Für die Transformation eines Staates ist die Verbindung von Demokratie und Wirtschaft eine nicht zu vernachlässigende Variable, denn die Einstellungen der Bürger haben massive Auswirkungen auf die Legitimation jeder einzelnen Komponente. Die Legitimation eines bestehenden politischen Systems wird in Demokratien meist bejaht, hingegen gibt es keinen Automatismus bezüglich der Legitimierung des sozio-ökonomischen Gefüges eines Staates. Es gibt aber nach Linz eine Tendenz zur gleichzeitigen Unterstützung der Verbindung von politischen und wirtschaftlichen Systemen. Für ihn gilt die Notwendigkeit einer höheren Legitimationsunterstützung des demokratischen Systems als der Fassung des Wirtschaftssystems, weil das politische System der Gemeinschaft dient und nicht Einzelinteressen¹⁵¹. Wird die Existenz demokratischer Verhältnisse höher bewertet als das Wirtschaftssystem, dann kann bei einer großen Unterstützung der Demokratie selbst eine schwere Krise des Kapitalismus die Demokratie nicht zusammenbrechen lassen. Linz stellt zusätzlich die These auf, dass die Globalisierung, d.h. die gegenseitige Abhängigkeit verschiedener Volkswirtschaften, paradoxerweise die Effizienz des Wirtschaftssystems stärkt und damit die Unterstützung des kapitalistischen Systems und gleichzeitig die Demokratie stabilisiert. Die Fehlleistungen des Wirtschaftssystems werden meist anderen Gruppen aus der Wirtschaft angehängt und erst wenn populistische Parteien verkünden, sie könnten die Probleme lösen oder Anti-System-Parteien behaupteten dies, wäre ein Schaden für die Demokratie entstanden¹⁵². Ob diese These zutreffend ist, vermag Linz derzeit nicht zu erklären, es ist also

¹⁵⁰ Glaeßner, Gert-Joachim: Von der Perestroika zur liberalen Demokratie? Strukturproblem des Systemwechsels und der Demokratisierung im Postkommunismus, in: Glaeßner, Gert-Joachim / Reiman, Michal: Systemwechsel und Demokratisierung. Russland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen 1997, S.13-43, S.29f.

¹⁵¹ Linz, Juan J.: Legitimacy of democracy, in: Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Democratization and political culture in comparative perspective, Wiesbaden 2005, S.57-77, S.62f.

¹⁵²Ebd., S.69ff.

ein Desiderat der Forschung, dass sich erst nach vielen Jahren verifizieren lassen wird. Welzel weist in seinem Konzept der Humanentwicklung darauf hin, dass Demokratisierungsprozesse in erster Linie von Akteuren angeregt werden, während die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im wesentlichen natürliche Prozesse sind und eine Eigendynamik haben¹⁵³. Dieser These sei wegen fehlender eigener oder zur Kenntnis genommener Untersuchungen eingeschränkt widersprochen. Zwar ist die wirtschaftliche Entwicklung ein eigendynamischer Prozess, doch muss besonders bei der Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft darauf geachtet werden, dass Akteure den wirtschaftlichen Reformprozess initiiert haben, m.a.W. die Entscheidung für ein bestimmtes Ordnungsmodell wird durch Akteure herbeigeführt, während der weitere Verlauf eine Eigendynamik im Sinne von Welzels „naturwüchsigen Prozessen“ annimmt.

3. Parteiensysteme der baltischen Länder

Für stabile Parteiensysteme werden sozioökonomische Kausalitäten angenommen. Je schneller die Konsolidierung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen beendet ist, desto schneller entsteht ein tragfähiges stabiles Parteiensystem. Geschieht diese Konsolidierung nur eingeschränkt, entstehen fluide Parteiensysteme, die sich in einer permanenten Transformation befinden, mit der Folge, dass Parteien ihre natürliche Funktion, Mittler der verschiedenen Interessen zu sein und eine Verwurzelung in der Bevölkerung zu fördern, nicht wahrnehmen können¹⁵⁴. Hier schließt sich die Verbindung von Politik und Wirtschaft. Beide können sich nicht vollständig autonom entwickeln. Die Parteien benötigen eine funktionierende und konsolidierte Volkswirtschaft, um sich selber zu stabilisieren und die Ökonomie benötigt die Politik, um planbare Entwicklungen der Unternehmungen durchführen zu können. Beide Akteure autonom zu behandeln ist deshalb nicht immer sinnvoll.

¹⁵³ Welzel, Christian: Humanentwicklung und Demokratie: Welcher Index erfasst die „humane“ Dimension der Demokratie am besten, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S.132-162, S.152.

¹⁵⁴ Dauderstädt Michael / Gerrits, André / Márkus, György G.: Troubled transition. Social democracy in East Central Europe, Amsterdam 1999, S.62.

In Osteuropa kam es nur zögerlich zu einer Ausgestaltung der Parteiensysteme und der Parteiidentifikationen¹⁵⁵. Allgemein akzeptiert wird die These von der Neuformierung der Parteiensysteme, d.h. in den Transformationsstaaten gibt es nur sehr wenige Einzelfälle, die erfolgreich an die Zwischenkriegszeit anknüpfen konnten. Erklärt wird dies im Wesentlichen mit der Homogenisierung und Modernisierung während der sozialistischen Zeit¹⁵⁶. Diese These Segerts trifft auf die baltischen Staaten zu. Die lettische Bauernunion hat zwar den Namen aus der Vorbesatzungszeit angenommen, unterscheidet sich aber programmatisch von ihrer Vorgängerin. Weiter wird angenommen, dass die vordemokratische Entwicklung Ausgangspunkt, für die Entwicklung der osteuropäischen Parteiensysteme ist, d.h. die sich entwickelnden Parteien stammten oftmals aus der breiten Oppositionsbewegung¹⁵⁷. Ein Verschwinden sozialistischer Parteien ist damit aber nicht verbunden, wie zahlreiche Beispiele aus Osteuropa belegen (Bulgarien, Litauen). Eine nicht zu unterschätzende Wirkung hat die institutionelle Ausgestaltung der im Entstehen begriffenen Demokratien. Je nach Gestaltung der Gründungshürden für Parteien, des Wahlverfahrens und der Parteienfinanzierungsregeln entwickeln sich Parteiensysteme¹⁵⁸.

Enyedi hält fest, dass sich die Entwicklung der östlichen Parteiensysteme von westlichen Demokratien und vorherigen Transformationsstaaten unterscheidet¹⁵⁹. Parteien in osteuropäischen Transformationsstaaten gelten als nur schwach institutionalisiert, d.h. sie leiden bei Wahlen unter einer hohen Wählervolatilität, einer schwachen Mitgliedsbasis und sind oft vom Staat abhängig¹⁶⁰.

In heutigen Demokratien sind Parteien die wesentlichen politischen Akteure. Sie bilden Regierungen und dominieren den Willensbildungsprozess der Bevölkerung. Sie sind auch in den Transformationsstaaten Osteuropas unentbehrliche Akteure. Um die Demokratisierung zu einem erfolgreichen

¹⁵⁵ Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000, S.51.

¹⁵⁶ Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.57-99, S.69ff.

¹⁵⁷ Ebd., S.72ff.

¹⁵⁸ Ebd., S.76ff. Die Parteienfinanzierung wird in einem eigenen Kapitel bedacht.

¹⁵⁹ Enyedi, Zsolt: Party politics in post-communist transition, in Katz, Richard S. / Crotty, William (Eds.): Handbook of party politics, London 2006, S.228-238, S.228.

¹⁶⁰ Ebd., S.229.

Abschluss zu bringen, bedürfen diese Länder funktionierender stabiler Parteiensysteme¹⁶¹. Fest steht, dass in allen drei Ländern Parteienwettbewerb herrscht und Parteien bei Wahlen um die Legitimierung durch den Wähler konkurrieren. Im Vordergrund kann also nur die Frage stehen, ob es sich um stabilisierte Parteiensysteme handelt. Stabile Parteiensysteme entstehen besonders dort schneller, wo der Verfassungs- und Rechtsstaat wenigstens zufriedenstellend arbeitet, ohne dabei perfekt sein zu müssen¹⁶².

3.1 Parteienlandschaft in Estland, Lettland und Litauen

Die baltischen Parteiensysteme sind überwiegend in zwei Etappen entstanden. Die erste Phase wurde geprägt durch den Konflikt Anti-Kommunismus / Unabhängigkeit vs. Kommunismus / Verbleib in der UdSSR. Loftsson / Choe sehen die zweite Phase der Bildung neuer Parteiensysteme erst nach der Unabhängigkeit. Das Ergebnis sind die vielfältigen Parteien, die sich aus den Umbrella-Organisationen herauslösten und einen eigenständigen Weg gehen wollten, als die Oppositionsinternen Konflikte nicht mehr durch das gemeinsame Ziel überdeckt werden konnten und sich die Parteien an den neuen Konflikten orientierten¹⁶³. Für die Entstehung dieser Parteiensysteme ist dieser Ansatz aus heutiger Sicht aber problematisch. Es sollte noch eine dritte Phase hinzugefügt werden, die den Veränderungen gerecht wird. Diese Phase könnte als Rationalisierungsphase bezeichnet werden, in der es zu Fusionen zwischen verschiedenen Parteien kommt, um Interessen zu bündeln. Gleichzeitig entstehen in dieser dritten Phase auch immer wieder neue Parteien. Der Zwei-Phasen-Ansatz ist zu kurz gegriffen, weil er andere Entwicklungen zu sehr unberücksichtigt lässt. Die erste Phase ist also eine Zeit der grundsätzlichen Entstehung von Parteien in Form der Oppositionsbewegung und die zweite die Geburt von neuen Parteien aus der Opposition heraus, so ist die dritte Phase durch einen organisatorischen Veränderungsprozess gekennzeichnet.

¹⁶¹ Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus, Opladen 1994, S. 279.

¹⁶² Mackow, Jerzy: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden 2005, S.117.

¹⁶³ Choe, Yonhyok: Elections and party systems, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S. 48-61, S.49f.

Dahrendorf stellte mit Bezug auf die östlichen deutschen Nachbarn zurecht fest, dass die verschiedenen Unabhängigkeitsbewegungen bzw. Oppositionsgruppen nur durch die einigende Klammer des Regimewechsels zusammengehalten wurden und bereits kurz nach dem Ende des Ancien Régimes alte und neue Gruppen nach Einfluss und Macht trachteten¹⁶⁴. Przeworski folgend war es wichtig, dass die Oppositionsbewegungen sich auseinander dividierten, weil sie im Erfolgsfalle nur ein Spiegelbild des vergangenen Regimes gewesen wären, d.h. Machtausübung unter Auslassung des notwendigen Wettbewerbs. Eine Spaltung zu einem zu frühen Zeitpunkt hätte je nach verfassungsrechtlicher Ausgestaltung der Institutionen zu einem negativen Ergebnis führen und die Demokratisierung behindern können¹⁶⁵. Zu Beginn des Jahres 1992 lösten sich die Volksfronten auf und die Entstehung von Proto-Parteien verlangsamte sich. Stattdessen entwickelte sich mit den nahenden Wahlen zunehmend ein institutionalisiertes Parteiensystem¹⁶⁶. Allerdings waren diese Systeme noch nicht stabil, wie die folgenden Entwicklungen zeigen sollten. Hinzu kam eine Unübersichtlichkeit besonders der zu Beginn existierenden Wahlbündnisse, hinsichtlich ihrer Parteizusammensetzung¹⁶⁷.

Die gesamte Parteienlandschaft in den baltischen Ländern ist sehr vielfältig und umfasst ein breites Spektrum teilweise ähnlicher Interessen. Aus diesem Grund seien an dieser Stelle nur die Interessen für die gegenwärtigen Parteiensysteme genannt. Um eine bessere Übersichtlichkeit zu gewährleisten wird dieser Abschnitt für jedes Land individuell dargestellt.

3.1.1 Estland

Auf den ersten Blick ist Estlands Parteienlandschaft sehr unübersichtlich. Bei genauerem Hinsehen sind es aber relativ wenige Parteien, die von Be-

¹⁶⁴ Vgl. Dahrendorf, Ralf: Reflections on the revolution in Europe – with a new introduction and postscript by the author, New York 2005, S.11f.

¹⁶⁵ Przeworski, Adam: Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991, S.88f.

¹⁶⁶ Sootla, Georg: The consolidation of democracy in Estonia: Causes and consequences of party splintering, in: Matynia, Elzbieta (Ed.): Grappling with democracy. Deliberations on post-communist societies 1990-1995, Prague 1996, S.189-202, S.192.

¹⁶⁷ Ebd., S.192.

deutung sind. Berücksichtigt sind hierbei zahlreiche Parteifusionen verschiedener Parteien zu einer neuen Partei. Im Riigikogu sind folgende Parteien vertreten: ProPatria (Isamaaliit), Sozialdemokratische Partei Estlands (vorher: Möödukaad, Gemäßigte), Res Publica, Reformpartei, Zentrumspartei (Keskerakond) und die Volksunion (Rahvaliid)¹⁶⁸.

Die Partei Isamaalit (Pro Patria Union / Fatherland Union) entstand am 2. Dezember 1995 durch einen Fusionsprozess mit der Estonian National Independence Party, der National Pro Patria Party und dem Zusammenschluss aus der Estonian Christian-Democratic Union, der Estonian Conservative Popular Party, der Estonian Christian-Democratic Party und den Republikanern¹⁶⁹.

Die ESDP (Sozialdemokratische Partei Estlands) entstand 1992 noch unter dem Namen Möödukaad (Gemäßigte). Es ist ein Zusammenschluss aus Sozialdemokraten, Landzentrumspartei und Parteilosen¹⁷⁰. Vergleicht man die Partei mit ihren westeuropäischen Schwesterparteien, stellt man fest, dass sich die estnischen Sozialdemokraten rechts von ihnen befinden¹⁷¹.

Res Publica ist eine sehr junge Partei. Sie wurde erst vor den Kommunalwahlen im Jahre 2002 gegründet¹⁷². Sie bestand als Verein aber seit 1989. Dieser Verein verstand sich zwar politisch, scheute aber vor der Parteigründung zurück. Unterstützt wurde die Partei nicht nur durch den Politologen

¹⁶⁸ Informationsblatt des Riigikogu. Stand 2003. Im weiteren Verlauf werden die in der Literatur gebrauchten Namen verwendet, um mögliche Übersetzungsfehler zu vermeiden (R.W.).

¹⁶⁹ Informationsbroschüre der Partei Isamaalit (Pro Patria), S. 5 und Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission and Fusion of parties in Estonia 1987-1999, in: Journal of Baltic Studies (JBS), Jg. 31, No.4 (Winter 2000), S.329-357, S.332ff. Der Aufsatz enthält eine Auflistung der verschiedenen Parteien Estlands seit Beginn der Unabhängigkeitsbewegung mit dem Gründungsjahr und den zum damaligen Zeitpunkt bekanntesten Vertretern der Parteien. Der Verfasser dieser Arbeit weist darauf hin, dass den Autoren entweder nicht alle Parteien bekannt waren, oder es zu Übersetzungsfehlern kam. Die Parteien ‚The Republicans‘ und ‚Estonian Conservative Popular Party‘, die von Isamaalit als Gründungsparteien der ‚Pro Patria Party‘ genannt werden erscheinen nicht in der Liste.

¹⁷⁰ Ettmayr, Wendelin: Estland. Der Aufbruch nach Europa, Berlin 1999, S.25.

¹⁷¹ Dauderstädt Michael / Gerrits, André / Márkus, György G.: Troubled transition. Social democracy in East Central Europe, Amsterdam 1999, S.125.

¹⁷² Infoblatt baltische Staaten (Infobalt) Heft 2 / 2002, S. 42.

Taagepera, sondern auch durch den ehemaligen estnischen Staatspräsidenten Lennart Meri¹⁷³.

Die Reformpartei ist eine liberale Partei¹⁷⁴. Sie wurde im November 1994 u.a. von Siim Kallas gegründet und ist eine Abspaltung von Pro Patria. Die neu gegründete Reformpartei fusionierte sehr schnell mit der 1990 entstandenen Liberal-Demokratischen Partei Estlands von Paul-Eerik Rummo¹⁷⁵. Außerdem nahm sie Teile der Möödukad und der Vaterlandspartei Isaama auf¹⁷⁶. Vor den Wahlen 2003 trat die Russisch-Baltische Partei der Reformpartei bei, weil diese eine Repräsentation der russischstämmigen Minderheit nicht bewerkstelligen konnte und ihr Parteiziel damit verfehlte¹⁷⁷.

Die Zentrumspartei wurde am 12. Oktober 1991 aus der Volksfront heraus gegründet. Sie bezeichnet sich als die älteste politische Partei seit der Sezession von der Sowjetunion¹⁷⁸. In ihr finden sich die meisten Mitglieder der Volksfront wieder¹⁷⁹. Zusätzlich vereinnahmte die Zentrumspartei Teile der Unternehmerpartei und der Pensionärs-Union. Im Jahre 1993 änderte die Zentrumspartei ihren Namen von Estonian People's Centre Party in Estonian Centre Party¹⁸⁰. Obwohl die estnischen Parlamentsparteien nicht gegen den EU-Beitritt waren, setzte ein Teil der Zentrumspartei um Savisaar auf

¹⁷³ Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2 / 2005, S. 326-348, S.328.

¹⁷⁴ Die Friedrich-Naumann-Stiftung (Tallinn) bezeichnete die Reformpartei in einem zufälligen und nicht notierten Gespräch mit dem Verfasser als Partner und sprach von einer engen Zusammenarbeit, die durch eigene Ansicht während des Forschungsaufenthalts im Jahr 2004 bestätigt wurde.

¹⁷⁵ Undine Bollow: Politisches und Rechtssystem Estlands, in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.), Berlin 1998, S. 89-112, S.108. Siim Kallas war während der sowjetischen Okkupationszeit Gewerkschaftsführer und Finanzminister der Estischen SSR (1975-1979). Nach 1991 wurde er Präsident der Zentralbank Estlands. Vgl. Bollow, a.a.o., S.108 und Lieven, Anatol: The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the path to independence, New Haven and London 1993, S. 443; und Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission and Fusion of parties in Estonia 1987-1999, in: Journal of Baltic Studies (JBS), Jg. 31, No.4 (Winter 2000), S.329-357, S. 332.

¹⁷⁶ Reetz, Axel: Demokratische Transformation im Baltikum, in: Zparl, Heft 4 / 1999, S. 924-955, S.925.

¹⁷⁷ Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2 / 2005, S. 326-348, S.328.

¹⁷⁸ Informationsbroschüre der Zentrumspartei (Stand 2003), S.3.

¹⁷⁹ Eittmayr, Wendelin: Estland. Der Aufbruch nach Europa, Berlin 1999, S.36.

¹⁸⁰ Reetz, Axel: Demokratische Transformation im Baltikum, in: Zparl, Heft 4 / 1999, S. 924-955, S.926; und Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission and fusion of parties in Estonia 1987-1999, in: Journal of Baltic studies (JBS), Jg. 31, No.4 (Winter 2000), S.329-357, S.332f.

eine Ablehnung, um sich innenpolitisch zu profilieren. Die Streitigkeiten über den EU-Kurs der Partei brachte die bei Wählern relativ gefestigte Partei an den Rand des Scheiterns¹⁸¹. Hieraus lässt sich aber keine grundsätzliche Instabilität der Partei erkennen, denn es handelte sich um ein wichtiges Thema Estlands zu jener Zeit.

Die Volksunion (Estonian People's Union) ist eine Verbindung von Estonian Country People's Party, der Estonian Rural Union und Teilen der Estonian Pensioners' and Families' Party¹⁸². Die Fusionen fanden zwischen den Parlamentswahlen 1999 und 2003 statt.

Zwischen 1994 und 2002 entstanden nur zwei genuin neue und erfolgreiche Parteien in Estland – die Reformpartei 1994 und die Res Publica 2002. Dies deutet für Estland auf eine Kontinuität des Parteiensystems hin. Die meisten der ‚neuen‘ Parteien im Parlament waren Fusionen innerhalb der Parlamentsparteien und in wenigen Einzelfällen Abspaltungen. Bis in die heutige Zeit finden weiterhin Parteienfusionen statt, bzw. wird über mögliche Fusionen spekuliert. Die letzte angekündigte Fusion ist die der ehemals als „Die Blaue Partei“ bekannten Estnischen Demokratischen Partei mit der im Parlament vertretenen Pro Patria, welche wiederum mit Res Publica fusionieren will¹⁸³.

3.1.2 Lettland

Lettlands Parteiensystem offeriert den Wählern eine Vielzahl von Parteien mit unterschiedlicher Ausrichtung, die sich im politischen Wettbewerb um Macht gegenüberstehen. Es gibt aber seit der zweiten Hälfte der 90er- Jahre

¹⁸¹ Toots, Anu / Vetik, Raivo: Estland vor dem EU-Beitritt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5-6 / 2004, S.35-40, S.37f.

¹⁸² Die Zuordnung erfolgte in Anlehnung an das Programm und die Satzung der EPU und der Liste im bereits verwendeten Aufsatz von Grofman / Mikkel / Taagepera. Die beiden aufgeführten Pensionärsparteien unterscheiden sich im Englischen nur durch die Schreibweise, d.h. z.B. ‚Pensioners‘ (gegr. 1994) vs. ‚Pensioner's‘ (gegr. 1990). Da die EPU aber nach 1994 gegründet wurde zu dem eine Pensionärspartei bereits aufgehört hat zu existieren ist davon auszugehen, dass es sich im Programm der EPU um einen Übersetzungsfehler handeln muß (R.W.). Estonian Democratic Justice Union s. Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission and Fusion of Parties in Estonia 1987-1999. in: Journal of Baltic studies (JBS), Jg. 31, No.4 (Winter 2000), S.329-357, S.332.

¹⁸³ The Baltic Times, Vol. 10, March 23-29, 2006, S.3

des vergangenen Jahrhunderts Tendenzen, die auf einen Konzentrationsprozess schließen lassen¹⁸⁴, der mit den Wahlen von 2002 aber wieder zum Erliegen kam. Für das lettische Parteiensystem gilt jedoch der Trend zur Mitte. Parteien, die sich für die Wähler sichtbar in der Mitte verorten und eingruppiert werden, werden für andere Parteien akzeptabler und erleichtern somit eine Regierungsbildung. Allerdings wird dadurch auch eine Entwicklung begünstigt, die bei den Wählern den Eindruck der Austauschbarkeit der Programme hervorruft¹⁸⁵. Zu den derzeit wichtigsten Parteien zählen: Lettlands Weg, Neue Zeit, Lettlands Erste Partei, die Politische Vereinigung von Organisationen „Für die Menschenrechte in einem integrierten Lettland“ (PCTVL)¹⁸⁶, die Volkspartei, Union von Grünen und Bauern, Vereinigung „Für Vaterland und Freiheit“ (TB-LNNK).

Lettlands Weg ist eine heterogen zusammengesetzte Partei und wurde durch bekannte Persönlichkeiten 1993 ins Leben gerufen. Programmatisch verfolgt sie ein wirtschaftliches Reformprogramm, das westlichen, neoliberalen Ordnungen entspricht, wobei sie pragmatisch orientiert ist.

Lettlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung (LNNK) war während des Kampfes um die lettische Unabhängigkeit eine weitere oppositionelle Gruppe neben der Volksfront¹⁸⁷. Die Gruppe wurde 1988 als Massenbewegung gegründet und war sehr heterogen. Aus dieser Gruppe traten die Grünen heraus, die aber dennoch lange Zeit eine gemeinsame Liste aufrechterhielten¹⁸⁸. Da beide Parteien meist gemeinsam in Erscheinung treten und die LNNK die Zweierbindung dominiert, wird auf eine explizite Aufführung der Grünen verzichtet¹⁸⁹. Für Vaterland und Freiheit (TB) ist eine Vereinigung, die 1992 gegründet wurde. Sie beinhaltet eine Vielzahl nationaler

¹⁸⁴ Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke, London 1999, S. 199f.

¹⁸⁵ Ebd., S. 199f.

¹⁸⁶ In Klammern stehende Abkürzungen verweisen auf die Abkürzungen der Parteien im Lettischen und werden auch hier entsprechend verwendet.

¹⁸⁷ Vgl. Penikis, Andrejs: The third awakening begins: The birth of the Latvian Popular Front, June 1988 to August 1988, in: Journal of Baltic Studies (JBS) 27. Jg. No. 4 (Winter) 1996, S. 261-290, S.276ff.

¹⁸⁸ Gobins, Marcis; Kerner, Manfred: Politische Parteien in Lettland, in: Osteuropa Jg. 47, Heft 1, 1997, S. 139-149, S.144.

¹⁸⁹ Ebd., S.144.

Splittergruppen und Unterstützern der Unabhängigkeit, z.B. aus der Gruppe Helsinki '86¹⁹⁰.

Lettlands Bauernbund (LZS) oder Lettische Bauernunion¹⁹¹ ist eine Wiedergründung der Lettischen Bauernunion der Zwischenkriegszeit unter Ulmanis. Der Großneffe Ulmanis' (Guntis Ulmanis) ist die herausragende Person der Partei. Die LZS gründete sich am 5.12.1991. Für die nationalen Wahlen 1996 ging sie eine Wahlkoalition u.a. mit der Demokratischen Partei Lettgallens ein¹⁹². Zu den Wahlen 2002 gingen die Bauernunion und die Grünen ein Bündnis ein (ZZS), nachdem die Grünen sich aus dem Bündnis mit der TB-LNNK lösten¹⁹³.

Die im gegenwärtigen Parlament (2005) vertretene Partei Für Bürgerrechte in einem geeinten Lettland (PCTVL) ist ein Zusammenschluß ethnisch, pro-sowjetisch / pro-russisch orientierter Parteien, die von den anderen Parteien ausgegrenzt wird, weil in ihr eine Gefährdung der Verhältnisse gesehen wird und sie außerhalb des nationalen Konsens über die Westintegration steht¹⁹⁴.

Die Volkspartei wurde 1998 durch Skele gegründet und schaffte den Sprung in das lettische Parlament. Ebenso wie Skeles Volkspartei wurde auch die Partei Neue Zeit erst kurz vor den Wahlen gegründet (2002) und schaffte ebenfalls den direkten Einzug in das Parlament. Die Erste Partei ist ebenfalls erst vor den Wahlen 2002 gegründet worden und wird wegen der relativ hohen Zahl an Geistlichen auch Priesterpartei genannt¹⁹⁵.

Die hohe Zahl der neugegründeten Parteien in Lettland vor den Parlamentswahlen 2002 deutet eindeutig auf Instabilität hin, insbesondere weil diese Parteien auch Erfolg hatten. Wie in Estland findet auch in Lettland

¹⁹⁰ Ebd., S.142.

¹⁹¹ In der Literatur finden sich für die selbe Partei häufig unterschiedliche Übersetzungen.

¹⁹² Matthes, Claudia-Yvette: Politisches und Rechtssystem Lettlands, in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.49-88, S.75.

¹⁹³ Infoblatt baltische Staaten (Infobalt), Nr. 2 / 2002, S.41.

¹⁹⁴ Jubulis, Mark, A.: Nationalism and democratic transition, Lanham / Oxford 2001, S.182.

¹⁹⁵ Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2 / 2005, S. 326-348, S.332ff.

weiterhin ein Fusionsprozess statt. Im Januar 2006 wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der außerparlamentarischen Partei Lettlands Weg und Lettlands Erster Partei abgeschlossen, dass eine gemeinsame Liste bei Wahlen und verstärkter Kooperation auf regionaler Ebene beinhaltet¹⁹⁶. Bereits 2004 gab es Gerüchte über eine Fusion zwischen den Parteien Neue Zeit und Volkspartei¹⁹⁷.

3.1.3 Litauen

Die Bürgerbewegung Sajudis ist zweifelfrei der Geburtsort für viele litauischen Parteien, die nicht aus dem Umfeld der herrschenden Kommunistischen Partei Litauens (KP Lit.) stammen. Bereits in der Wendezeit des Jahres 1989 entstanden aus der Sajudis oder unter ihrem Schirm neue Parteien. Nach der Erlangung der Souveränität Litauens sank die Bedeutung der Bewegung erheblich. Zwar gab es Versuche aus Sajudis selbst eine Partei zu machen, doch das Unverständnis und die ideellen Vorstellungen der Mitglieder verweigerten sich diesen Intentionen und die Bürgerbewegung verlor zunehmend Bedeutung, bis sie in der Mitte der 90er Jahre faktisch bedeutungslos wurde¹⁹⁸.

Im 2004 gewählten Parlament sind folgende Parteien vertreten: Die Arbeitspartei, die Vaterlandsunion (TS-LK), die Koalition „Arbeit für Litauen“, „Für Ordnung und Gerechtigkeit“, Union von Liberalen und Zentrum (Liberales Zentrumsunion), die Union der Bauernpartei und Neuer Demokratie sowie die Wahlaktion der Polen und einige Einzelkandidaten, auf die hier aber nicht eingegangen wird.

Die Koalition „Arbeit für Litauen“ ist ein Bündnis aus der reformkommunistischen Nachfolgepartei der KP-Litauen (Demokratische Partei der Arbeit, Sozialdemokraten) und der Neuen Union-Sozialliberale.

Die LDDP ist die Nachfolgepartei der KP Lit. Sie wurde im Jahre 1990 gegründet und ist die einzige kommunistische Nachfolgepartei im Baltikum,

¹⁹⁶ Baltic News Service (BNS), 17.1.2006.

¹⁹⁷ Vgl. Baltische Rundschau, Jg. 11, Nr. 9 2004, S. 2.

¹⁹⁸ Vgl. Vesper, Reinhard: Politische Parteien in Litauen, in Osteuropa, Jg. 45 Heft 10, 1995, S. 936-945, S. 936f..

die sich etablieren konnte¹⁹⁹. Im Gegensatz zur Litauischen Sozialdemokratischen Partei wurde sie erst später Mitglied der Sozialistischen Internationale²⁰⁰, obwohl sie eigentlich die stärkere Partei ist. Das Misstrauen gegen eine gewendete KP Lit. war innerhalb der Sozialistischen Internationale zu groß. 1999 ging die LDDP eine Wahlkoalition mit den Sozialdemokraten ein²⁰¹. Die Neue Union (NS – Sozialliberale) ist ein Produkt des ehemaligen Generalstaatsanwaltes Arturas Paulauskas. Dieser gründete vor den Wahlen 2000 die Partei²⁰². Die zweite wichtige Partei ist die Litauische Vaterlandsunion / Litauische Konservative (TS-LK). Dies ist der noch verbliebene Teil der Bürgerbewegung Sajudis. Es handelt sich hierbei um den rechten Flügel der Gruppe²⁰³. Sie entstand 1993 als Folge der verheerenden Wahlniederlage von Sajudis 1992²⁰⁴. Ihrem Selbstverständnis nach ist die TS-LK eine konservative Partei, die sich strikt gegen die gewendete KP Lit. (LDDP) richtet²⁰⁵. Die Arbeitspartei des russischstämmigen Millionärs Uspaskich wurde erst im Herbst 2003 gegründet und wird allgemein als populistisch bewertet²⁰⁶. Über die Partei „Für Ordnung und Gerechtigkeit“ liegen zwar keine Gründungsdaten vor, dennoch ist sicher, dass sie erst kurz vor den Parlamentswahlen von 2004 durch Rolandas Paksas gegründet wurde und auf ihn zugeschnitten ist²⁰⁷. Im liberalen Spektrum der litauischen Parteienlandschaft findet sich die Litauische Liberale Union (LLS). Die Partei besteht seit der Erlangung der Unabhängigkeit und war bis zum Übertritt von

¹⁹⁹ Vgl. Armbrüster, Georg: politisches und Rechtssystem Litauens, in: Graf, Heike / Kerner, Manfred: Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S. 19-48, S. 39 und Tiemann, Guido / Jahn, Detlef: Koalitionen in den baltischen Staaten: Lehrstücke für die Bedeutung funktionierender Parteien, in: Kropp, Sabine / Schüttemeyer, Suzanne S. / Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen 2002, S.271-300, S. 274

²⁰⁰ Reetz, Axel: Wahlen im Baltikum seit 1990. Parlamente in den Paradoxien der Selbstbestimmung, in: ZParl (Sonderband) Heft 1/ 1995, S. 300-323 S.319.

²⁰¹ Reetz, Axel: Die Dritten Parlamente der Esten, Letten und Litauer, in: ZParl Heft 2, 2002, S. 290-323, S.301.

²⁰² Ebd., S.301.

²⁰³ Vesper, Reinhard: Politische Parteien in Litauen, in: Osteuropa, Jg. 45, Heft 10 / 1995, S.937.

²⁰⁴ Armbrüster, Georg: Politisches und Rechtssystem Litauens, in: Graf / Kerner: Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S. 19-47 S.39.

²⁰⁵ Vgl. Vesper, Reinhard: Politische Parteien in Litauen, in Osteuropa, Jg. 45 Heft 10, 1995, S. 936-945, S.937f.

²⁰⁶ Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2, 2005, S. 326-348, S.340.

²⁰⁷ Auch Reetz geht in seiner Studie über die Parlamentswahlen 2004 in Litauen nicht näher auf diese Partei ein, weshalb es hier bei Schlussfolgerungen bleibt (R.W.). Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2, 2005, S. 326-348,

Rolandas Paksas 1996 eine bedeutungslose Partei. Der Parteiwechsel von Paksas verhalf der Liberalen Union zu einem bedeutenden Aufschwung²⁰⁸. Die Liberale und Zentrumsunion (Liberale Zentrumsunion) ist ein Zusammenschluss aus der Partei: Litauens liberale Union und der Zentrumsunion. Beide wurden 1993 gegründet, wobei nur die Zentrumsunion zeitweise erfolgreich war. Bis zum Übertritt von Rolandas Paksas 1999 war die Liberale Union eine bedeutungslose Partei. Der Parteiwechsel von Paksas verhalf ihr zu einem bedeutenden Aufschwung²⁰⁹. 2004 haben beide Parteien miteinander fusioniert, um ihre Wahlergebnisse zu bündeln²¹⁰.

Das litauische System weist ein breites Angebot der Parteien auf. Die meisten dieser Parteien sind aber politisch relativ bedeutungslos.

In Litauen dominierten die TS-LK und die LDDP lange Zeit das Parteiensystem. Erst kurz vor den Wahlen 2000 begann sich das Parteiensystem neu zu strukturieren, was u.a. mit dem Erfolg der Neuen Union-Sozialliberale und der Arbeitspartei sowie mit dem Erfolg der Parteien von Rolandas Paksas belegt werden kann.

3.2 Politische Kultur als Konsolidierungsindikator

3.2.1 Bedeutung der Einstellungen für die Stabilisierung von Demokratien

In den letzten Jahren wurde vermehrt auf die Bedeutung der politischen Kultur und ihre Bedeutung für die Stabilisierung der ehemals autoritären Regime Osteuropas hingewiesen. Institutionen bedürfen nicht nur ihrer Implementierung, sondern auch der Unterstützung durch die Bevölkerung, ohne diese wäre jedes Regime dem Zerfall bzw. des Legitimitätsverlust ausgesetzt. Die Legitimität von Institutionen liegt in der Zustimmung der Bevölkerung zu diesen. In anderen Ansätzen findet sich auch die Internalisierung

²⁰⁸Tiemann, Guido / Jahn, Detlef: Koalitionen in den baltischen Staaten: Lehrstücke für die Bedeutung funktionierender Parteien, in: Kropp, Sabine / Schüttemeyer, Suzanne S. / Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen 2002, S.271-300, S.298.

²⁰⁹ Ebd., S.298.

²¹⁰ Gespräch mit Manfred Wiechmann (Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung, Tallinn / seit 2005 Warschau) während meines Forschungsaufenthaltes bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Tallinn (R.W.)

der demokratischen Prozeduren bei den Eliten, insbesondere der politischen Elite. Sind diese Eliten nicht von der Effektivität der neuen Institutionen überzeugt, droht immer die Gefahr der Destabilisierung²¹¹. In diesem Zusammenhang ist es aber wichtiger die Verwurzelung der Demokratie in der Bevölkerung zu untersuchen, denn die Systemtheorie geht davon aus, dass politische Systeme sich in erster Linie an ihrem Überleben orientieren und eine immanente Lernfähigkeit besitzen²¹² womit die politische Elite eher bereit sein wird, die neuen Regeln zu akzeptieren als die Bevölkerung. Außerdem entstammen Parteipolitiker der Bevölkerung aus der sie rekrutiert werden, d.h. ähnliche Einstellungen wie die Bevölkerung sie hat, können hierbei unterstellt werden. Eine überzeugte demokratische Bevölkerung wird entsprechend weniger demokratiefeindliche Politiker hervorbringen. Es ist wichtig, aber insgesamt nur von geringerer Bedeutung, dass die Bevölkerung mit dem Output dieser Institutionen zufrieden ist, solange die Institutionen alternativlos sind²¹³.

In zahlreichen Transformationsstaaten folgte der Euphorie über die beginnende Demokratisierung eine Welle der Desillusionierung. Im Zuge dieser Desillusionierung der eigenen Erwartungen besteht die Möglichkeit der nachträglichen Überbewertung des alten Systems und eine veränderte Einstellung zu den gegenwärtigen Problemen und Situationen²¹⁴.

Neuerdings wird auch dem wirtschaftlichen Bereich einer Gesellschaft Rechnung gezollt. Wie die politischen Institutionen bedarf auch das Wirtschaftssystem der Unterstützung durch die Bevölkerung und Eliten. Eine breite Ablehnung der freien Marktwirtschaft in den Transformationsstaaten führt zu steigenden Transaktionskosten der Wirtschaft und senkt dadurch die Möglichkeit einer auf breiter Basis angelegten Wohlstandsvermehrung.

²¹¹ Huntington, Samuel P: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1991, S. 258.

²¹² Pelinka, Anton: Vergleich politischer Systeme, Wien / Köln / Weimar 2005, S. 23 und 25f.

²¹³ Sootla, Georg: The consolidation of democracy in Estonia: Causes and consequences of party splintering, in: Matynia, Elzbieta (Ed.): grappling with democracy. Deliberations on post-communist societies 1990-1995, Prague 1996, S.189-202, S.197. Sootla konzentriert sich bei der Legitimation mehr auf die Output-Orientierung der Menschen.

²¹⁴ Huntington, Samuel P: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1991, S. 256ff.

rung²¹⁵. Angesichts einer sozialistischen Sozialisation ist dieser Bereich für die Konsolidierung von Demokratie und Marktwirtschaft ein bedeutender Abschnitt. Die meisten Untersuchungen weisen aber auch hier wieder die bevorzugten Länder Ungarn, Polen und Tschechien aus²¹⁶.

Einen Nebenaspekt, der aber in den Bereich der Kulturforschung eingebracht werden kann, liegt in der Gleichzeitigkeit der Reformen. Ebenso wie die politischen Institutionen müssen sich auch die wirtschaftlichen Institutionen in der Gesellschaft verankern. Ohne diese Verankerung drohen die Reformen auch an dem Unwillen der Menschen zu scheitern²¹⁷. Die Unzufriedenheit mit und Ablehnung der Marktwirtschaft führt zu einem anderem Wahlverhalten, das in letzter Konsequenz ein Scheitern der Reformbemühungen zur Folge haben kann. Es ist hier also auch von Interesse, wie weit die wirtschaftliche Ordnung verankert ist.

In den baltischen Ländern konnte zwar auf eine kurze Demokratiephase zurückgeschaut werden, aber die Zeit zwischen den Weltkriegen war zu kurz, um an sie anzuknüpfen. Die Menschen mussten sich also zeitgleich mit dem Systemwechsel auch an die neuen Freiheiten gewöhnen und ihr Leben umorientieren und auch, wie es in demokratischen Systemen üblich ist, Eigenverantwortung übernehmen²¹⁸.

3.2.2 Zustimmung zum demokratischen Prinzip

Die Umfragen hinsichtlich der Zustimmung zur Demokratie haben in allen drei baltischen Ländern Zustimmungsraten von 85,8 % (Litauen) bis 88,2 % (Lettland) erzielt. Estland liegt mit 86,8 % dazwischen. Auch die Präferenz der Demokratie vor anderen Regierungsformen ist eindeutig bejaht worden. Hier wurden Zustimmungswerte um die 90 v.H. erzielt²¹⁹. Auf den ersten

²¹⁵ Gerhards, Jürgen: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen den Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden 2005, S.35f.

²¹⁶ Vgl. Plasser, Fritz u.a. (Hrsg.): Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa, Opladen 1997.

²¹⁷ Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus, Opladen 1994, S.190.

²¹⁸ Loftsson, Elftar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.12f.

²¹⁹ Gerhards, Jürgen: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen den Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden 2005, S.210; Vgl. Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale

Blick scheint die Demokratie in den baltischen Ländern bei den Bürgern ebenso tief verwurzelt zu sein, wie in etablierten Demokratien Westeuropas. Allerdings ergab die Befragung der Europäischen Wertestudie ein z.T. sehr deutliches Unterstützungspotential für autoritäre Regime. Auf der einen Seite wird eine Militärherrschaft abgelehnt. Die Zustimmungsraten betragen 3,3 % (Estland), 4,7 v.H. (Litauen) und 5,4 % (Lettland). In Finnland, Großbritannien, Griechenland, Schweden, Spanien, Portugal und Luxemburg gibt es höhere Unterstützungspotentiale für eine Militärregierung. Auf der anderen Seite sind die Zustimmungquoten für einen starken Mann, der in der Problemlösung nicht auf parteipolitische Kompromisse angewiesen ist, relativ hoch. Estlands Bürger lehnen diese autoritäre Form zwar ähnlich wie z.B. Tschechien weitgehend ab und befinden sich mit deutlich unter 20 % Zustimmung auf einem ähnlichen Niveau wie Deutschland (West), allerdings ist immer noch ein deutliches Potential zu erkennen. Der Zustimmungsdurchschnitt in der Studie für die These vom starken Mann beträgt in den Transformationsstaaten Osteuropas 27,5 Prozent. Dieser Wert liegt zwar nur knapp über den alten EU-15 Staaten, weist aber eine erschreckende Besonderheit auf. In Litauen stimmten dieser oben genannten These knapp 54 v.H. und in Lettland beinahe 58 v.H. zu²²⁰. Dies bedeutet ein weit- aus größeres Bedrohungspotential für die Demokratie als in Estland. Die Zustimmung zur These des ‚starken Mannes an der Spitze‘ ist aber nicht zwingend eine Ablehnung der Demokratie per se, wie die gleichzeitige Zustimmung zum demokratischen Prinzip zeigt. Demokratie als Herrschaftsprinzip ist in ihrer Anerkennung durch die Bevölkerung auch vom Output abhängig. Je unzufriedener die Menschen sind, desto mehr zeigen sie sich gegenüber anderen Regierungsformen aufgeschlossen, allerdings unterstellen sie dem demokratischen System prinzipiell etwas Positives. Die Unzufriedenheit mit der Demokratie und ihren Leistungen für das Individuum ist in allen Transformationsstaaten sehr groß. Dies rührt aus der Überhöhung des westlichen Vorbildes im Sinne einer rapiden Angleichung der Lebens-

Analyse für die 1990er Jahre, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2000, S. 266-297, S.282. In Tabelle 7, die sich auf Erhebungen des World Value Surveys von 1995 / 98 bezieht, werden vergleichbare Ergebnisse aufgeführt.

²²⁰ Gerhards, Jürgen: *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen den Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*, Wiesbaden 2005, S.210f.

verhältnisse²²¹. Zwar wird die Demokratie in allen drei Staaten begrüßt, doch ist die Zufriedenheitsrate mit der Performanz der Demokratie nicht vergleichbar hoch. Dies muss nicht zwingend einen Widerspruch bedeuten, denn die Frage nach der Zufriedenheit mit der Leistung der Demokratie ist insgesamt sehr subjektiv. In Lettland waren Mitte der 1990er Jahre nur 28 Prozent der Befragten mit der Performanz zufrieden. In Litauen waren es 33 v.H. und in Estland 44 v.H. Diese Werte sind auch in als konsolidiert geltenden Staaten zu finden. Die baltischen Länder haben Werte, wie z.B. Griechenland (28 %) oder Großbritannien (46 %) erhalten. Italiens Bevölkerung schien Mitte der 1990er Jahre am Unzufriedensten zu sein, denn die Performanz der Demokratie erhielt dort nur 19 % positive Zustimmung²²². Eine geringe Zustimmung zur Performanz der Demokratie ist also nicht zwingend ein Beleg für ein nicht konsolidiertes politisches System, sondern beinhaltet auch viele subjektive Meinungen zum parteipolitischen Tagesgeschäft. Die Zustimmung zum demokratischen Prinzip ist m.E. deutlich wichtiger für die Überlebenschancen einer Demokratie besonders in Transformationsstaaten, als die Outputleistungen, weil diese im wesentlichen von individuellen Erwartungen geprägt werden, die sich auch relativ schnell ändern können, oder weil Anforderungen an die Demokratie gestellt werden, die sie nicht erfüllen kann z.B. Schaffung von Arbeitsplätzen. Auf der anderen Seite muss berücksichtigt werden, dass in Estland, Lettland und Litauen die Ablehnung des abgelösten Systems sehr hoch ist und die Zukunftserwartungen des politischen Systems positiver gewertet werden²²³. Die positiven Zukunftserwartungen der Bevölkerungen bilden bei nicht eintreten zwar auch eine Bürde, dennoch bleibt zu konstatieren, dass das System anerkannt wird und positive Erwartungen daran geknüpft werden. In wenigen Einzelfällen kann festgestellt werden, dass die politische Elite sich von demokratischen Prinzipien entfernt und Verfassungsorgane aus

²²¹ Vgl. Zepa, Brigita: Trust in new democratic institutions, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.90-110, S.93.

²²² Vgl. Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 266-297, S.287f.

²²³ Vgl. Zepa, Brigita: Trust in new democratic institutions, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.90-110, S.94.

Eigeninteresse heraus beschädigen bzw. instrumentalisieren möchte und sich damit dem demokratischen Prinzip der Machtbegrenzung widersetzt. In Lettland wurde ein Gesetz als verfassungswidrig erklärt, das zahlreichen Angehörigen der politischen Elite materielle Vorteile eingeräumt hätte. Der damalige Ministerpräsident Skele gehörte ebenfalls zu den Profiteuren und erwog deshalb die Abschaffung des Verfassungsgerichts als eigenständigem Gericht. Diese Überlegungen wurden zwar nicht umgesetzt. Sie illustrieren aber, wie schwach die Demokratie in Einzelfällen innerhalb der politischen Elite verwurzelt ist, dass sie quasi unantastbar geworden ist (bezüglich auf die Unabhängigkeit der Judikative). Hiermit schädigen die lettischen Parteien natürlich auch sich selbst. Es sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass solche Fälle nur sehr selten vorkommen und als Einzelfälle gewertet werden müssen / können. Die Rechtsprechung der Verfassungsgerichte in allen drei Ländern funktioniert²²⁴. Solch rabiate Lösungsvorschläge einer Regierung gegen missliebige Urteile sind in Litauen und Estland nicht bekannt geworden²²⁵.

3.2.3 Vertrauen in politische Institutionen

Die politischen Institutionen verfügen kaum über Vertrauen in der Bevölkerung. In Litauen und Estland ist der Staatspräsident die vertrauenswürdigste Institution, während in Lettland die Kirche diese Rolle übernimmt. Das jeweilige Parlament, die Regierungen, die Parteien, die Polizeien und die Gerichte stehen am Ende der Skala. Eine Ausnahme hiervon bildete im Jahre 1999 Litauen. Dort gehörte der damalige Ministerpräsident Paksas zu den Institutionen (Regierung) mit dem vierthöchsten Vertrauen in der Bevölkerung. Den Medien wird außer in Estland ein relativ hohes Vertrauen entgegengebracht, ebenso dem Militär und NGOs. Zepa erklärt diese Verteilung mit Emotionen und der weitgehenden Machtlosigkeit des Staatspräsidenten – er hat überwiegend Repräsentationsaufgaben zu erfüllen und kann keine

²²⁴ Taube, Caroline: *Constitutionalism in Estonia, Latvia and Lithuania. A study in comparative constitutional law*, Uppsala 2001, S.284f.

²²⁵ Ebd., S.282f.

materiellen Wünsche befriedigen,²²⁶ d.h. je mehr die Menschen sich von bestimmten Institutionen erhoffen, desto skeptischer stehen sie ihnen gegenüber, wenn diese die Wünsche nicht immer zufriedenstellend befriedigen können. Am stärksten betroffen sind von dieser Einstellung Parteien und Regierungen aber auch andere staatliche Institutionen wie Militär, Polizei und Gerichte sind nicht hoch angesehen, doch immer noch besser als die erstgenannten.

Im Allgemeinen vertrauen die Frauen den neuen Institutionen mehr als die Männer. Ebenso verhält es sich mit dem Alter. Die jüngere Generation, die kaum die alten Institutionen kennt, vertraut den Neuen mehr als die ältere Generation es tut. Je geringer der Ausbildungsgrad, desto höher das Vertrauen, was für eine skeptischere Haltung der besser ausgebildeten Menschen spricht²²⁷. Die für diese Arbeit wichtigste Korrelation ergibt sich aus dem Zusammenhang von wirtschaftlicher Situation und Vertrauen. Je höher das Vertrauen in die neuen Institutionen ist, desto besser ist die sozioökonomische Situation. Diese Einschätzung lässt sich für alle drei Länder aufzeigen²²⁸. Diese Ergebnisse belegen den engen Zusammenhang von Wirtschaftswachstum (zunehmender Wohlstand) und Demokratiezufriedenheit und Vertrauen in die politischen Institutionen. Ein endgültiger Zusammenhang lässt sich aber nicht belegen, sondern nur vermuten.

3.2.4 Vertrauen in Parteien als Vorbedingung für die Stabilisierung von Parteiensystemen

Die Parteiidentifikation ist in etablierten Demokratien insgesamt eher rückläufig und äußert sich weniger in Mitgliedschaften, als z.B. in themenorientierten Identifikationen. Die Parteiidentifikation ist auch determiniert durch das Vertrauen in das politische System an sich²²⁹. Die politische Kulturforschung bietet hierfür verschiedene Datensätze an. Zum einen wären da Befragungsdaten zum generellen Vertrauen in Institutionen (s.o.) und zweitens

²²⁶ Vgl. Zepa, Brigita: Trust in new democratic institutions, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.90-110, S.96f.

²²⁷ Ebd., S.98ff.

²²⁸ Ebd., S.100.

²²⁹ Vgl. Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000, S.48.

die Zustimmungswerte zum demokratischen System (s.o.). An dieser Stelle soll aber nur die Einstellung zu Parteien interessieren.

Die Notwendigkeit von Parteien wird wenigstens in Litauen anerkannt. Befragungen ergaben eine Akzeptanz, die vergleichbar mit den U.S.A. ist. In Litauen erkannten ca. 80 v.H. die grundsätzliche Notwendigkeit von Parteien an. Auch unter Bürgern, die keine Parteiidentifikation haben ist die Annahme der Notwendigkeit von Parteien vorhanden, wenngleich in geringerem Maße als unter denen mit starker Parteiidentifikation (88 % derjenigen, die Parteien als notwendig erachten, haben einen hohen Grad an Parteiidentifikation)²³⁰. Eine allgemeine Akzeptanz der Notwendigkeit politischer Parteien findet sich auch in den anderen zwei Ländern wieder. Mehr als zwei Drittel aller für das New Baltic Barometer befragten Personen lehnte eine Abschaffung der Parteien ab²³¹. Dies impliziert eine Zustimmung zum Prinzip der Parteiendemokratie, ohne gleichzeitig Aufschluss über das Ansehen der Parteien und ihrer Tätigkeiten zu geben. Wenn Parteien in den Ländern als Bestandteil des politischen Systems breite Zustimmung erfahren, ist die Frage nach der Reputation der Parteien von Bedeutung, um Rückschlüsse auf die Stabilität von Parteiensystemen in den baltischen Ländern zu ziehen. Insgesamt ist das Ansehen politischer Parteien in den baltischen Ländern nicht sehr hoch. Einer Studie zur politischen Partizipation in Lettland folgend gehen nur 25% der befragten Letten davon aus, dass Parteien ihre Interessen vertreten²³². Estlands Bürger haben traditionell eine skeptische Einstellung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Dieser Skeptizismus ist durch die lange dauernde Besatzungszeit und die Abgrenzung zur Herrschaft erfolgt. Daraus resultiert, dass Parteien in Estland generell nicht als sehr vertrauenswürdig gelten²³³. Dies gilt ebenfalls für Litauen²³⁴.

In Worten und Zahlen ausgedrückt ist das Vertrauen in politische Parteien in Lettland am Geringsten. Knapp drei Viertel der Bevölkerung schenken Parteien kein Vertrauen, das Misstrauen gegenüber den Parteien ist bei der rus-

²³⁰ Vgl. Holmberg, Sören: Are political parties necessary?, in: Electoral studies, Vol. 22, 2003, Nr. 2, S.287-299, S. 290ff.

²³¹ New Baltic Barometer III: A survey study, Glasgow 1997, S. 36.

²³² Karklins, Rasma / Zepa, Brigita: Political Participation in Latvia 1987-2001, in: Journal of Baltic Studies (JBS), Vol. 32, No.4 (Winter) 200, S. 334-346, S.339.

²³³ Lagerspetz, Mikko / Maier, Konrad: Das politische System Estlands, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.69-107, S.94.

²³⁴ Vgl. Nørgaard, Ole / Johannsen, Lars (ed.): The Baltic states after Independence, 2nd Edition, Cheltenham 1999, S.98f.

sischen Bevölkerung Lettlands nur insignifikant niedriger als bei den ethnischen Letten, nämlich 76:74 %. Ein ähnliches Bild mit unwesentlich besseren Daten findet sich in Estland. Hier misstrauen 71% der estnischen und 79 % der russischen Bevölkerung den politischen Parteien. In Litauen genießen Parteien zwar ebenfalls mehrheitlich kein Vertrauen, doch ist das Misstrauen deutlich geringer als in Estland und Lettland, nämlich 68 % der Litauer und 65 % der litauischen Russen misstrauen den Parteien²³⁵.

Aus diesem Misstrauen gegenüber politischen Parteien scheint der Wahlakt und die Stabilisierung des Parteiensystems als Ergebnis eines Glückspiels der Wähler. Erhoffte der Wähler bei der vergangenen Wahl eine ihm zusage Politik, wird er aus möglicher Enttäuschung beim nächsten mal eine andere Partei wählen. Dies ist gleichzeitig der Nährboden für populistische Parteien und die potentielle Neuformierung der baltischen Parteiensysteme, insbesondere in Lettland.

Das Vertrauen in die Politik resp. die Parteien ist in allen Ländern also nur schwach ausgeprägt. Daraus ergibt sich auch eine Folge für das Wahlverhalten, die am Beispiel der Wahl zum litauischen Staatspräsidenten (2002) deutlich gemacht werden kann. Jede Stimme für Paksas war nicht nur eine Wahl gegen den überaus populären Amtsträger Adamkus, sondern auch eine Stimme gegen die Parteien, die Adamkus unterstützten.

3.2.5 Einstellungen zur Marktwirtschaft als ordnungspolitische Grundlage und Element der Stabilisierung der Parteiensysteme und der Demokratie

Angesichts der Gleichzeitigkeit von politischer und wirtschaftlicher Transformation müssen auch die wirtschaftlichen Institutionen berücksichtigt werden. Wichtig ist zuerst die allgemeine Akzeptanz und die Zustimmung zum kapitalistischen Wirtschaftssystem. Gaidys, der sich auf Erhebungen des ‚New Baltic Barometer‘ von Rose bezieht, konstatiert für die ersten fünf Jahre in Estland eine hohe Zufriedenheit mit dem neuen Wirtschaftssystem, während die Meinung in Lettland und Litauen schlechter ist. Gleichzeitig

²³⁵ New Baltic Barometer V: A pre-enlargement survey, Glasgow 2002, S.41. Im litauischen Fall konnte dem Survey nicht entnommen werden, wo die polnische Bevölkerung eingeordnet wurde (R.W.).

stellt er fest, dass die Stimmung in Estland trotz hoher Werte rückläufig ist, während die Situation in den südlichen Nachbarländern sich zwischen 1993 und 1996 stetig verbesserte. Trotz einer ähnlicher Ausgangssituation zu Beginn der Transformation entwickelten sich die drei Länder in unterschiedlicher Richtung. Gaidys führt dies auf verschiedene Faktoren zurück. Zu diesen Faktoren zählt er den demographischen Wandel, besonders in Estland und Lettland, durch die sowjetische Okkupationsmacht, Unterschiede in der politischen Elite, die besonders in Litauen stärker national orientiert war als in den russifizierten Nachbarstaaten, sowie die unterschiedlichen Informationsquellen, besonders in Nordestland mit dem finnischen „Fenster nach Westen“. Weiter sieht er die Einstellung zur kommunistischen Vergangenheit als Einfluss auf die Kulturwerte²³⁶. Die Informationsmöglichkeiten durch das finnische Fernsehen hat die Esten sicherlich besser auf die Marktwirtschaft und die damit verbundenen Schwierigkeiten vorbereiten können, und hat auch höhere Erwartungen produziert, was wiederum die sinkende Zustimmung erklärt. Den demographischen Wandel als bedeutenden Einflussfaktor zu benennen ist sicherlich zu übertrieben. Zwar waren in vielen Unternehmen und der politischen Führung Immigranten zu finden, die nach der wiedererlangten Unabhängigkeit ihre alten Positionen verloren, doch konnten sich Viele in anderen Sektoren erfolgreich etablieren. Zynisch formuliert kann festgehalten werden, dass die Russen genauso arm waren wie die Titularnation, allerdings hatten die Esten und Letten durch ihre Sprachkenntnisse Vorteile beim Beginn des Kapitalismus. Wichtig ist m.E. die Einstellung zum Kapitalismus als Wirtschaftsordnung und nicht so sehr die Einstellung zum Kommunismus und dem damit verbundenen Wirtschaftssystem. Gaidys zeigt auf, wie gering die Zustimmung zum Kommunismus in allen drei Ländern in der ersten Hälfte der 90er Jahre war (Litauen hatte die höchste Zustimmung mit 7 %, in Estland mit 1 % kaum vorhanden, in Lettland liegt sie bei 4 %) ²³⁷. Die Werte sind insgesamt so niedrig, dass eine stabilitätshemmende Wirkung schwerlich unterstellt werden kann. Die Werte der ersten Hälfte der 1990er Jahre mögen sich verschlechtert haben,

²³⁶ Gaidys, Vladas: Attitudes towards the past, present and future in Latvia, Estonia and Lithuania: 1993-1996, in: Farnen, Russell F. / Dekker, Henk / German, Daniel B. / Meyenberg, Rüdiger (Eds.): Democracies in transition: Political culture and socialization transformed in west and east, S.53-64, Oldenburg 2000, S.53-64, S.55ff.

²³⁷ Ebd., S.60.

doch noch heute lassen sich relativ hohe Zustimmungsraten zur Marktwirtschaft finden. Litauen ist der Ausnahmefall in diesem Sample, weil sich die Mehrheit weniger mit der Marktwirtschaft identifizieren kann, als in den nördlichen Fallbeispielen. Von den ethnischen Litauern stehen 40 % der Marktwirtschaft positiv gegenüber und 39 % der Minderheit. In Lettland sieht das Bild etwas anders aus. 57 % der Letten und 49 % der Russen begrüßen die Marktwirtschaft. In Estland finden sich die höchsten Zustimmungswerte mit 77 % bei der estnischen und 63 % bei der russischen Bevölkerung²³⁸. Die Voraussetzungen für die emotionale Konsolidierung der Marktwirtschaft ist in Estland also am Besten und in Litauen am Schlechtesten. Zwar lassen sich keine direkten Folgen nachweisen, dennoch liegt es nahe anzunehmen, dass die Regierungen in ihrer Wirtschaftspolitik auf diese Einstellungen reagieren, um an der Macht zu bleiben.

Die Konfessionszugehörigkeit scheint die Unterschiede aber besser erklären zu können. Gaidys geht von einem negativeren Einfluss des Katholizismus aus und einer positiveren Einstellung zur Modernisierung durch den Protestantismus. Angesichts einer überwiegend katholischen Bevölkerung in Litauen ist diese Einschätzung eine Möglichkeit, denn die Litauer bewahrten sich ihren Glauben auch während der Besatzungszeit²³⁹.

Zepa stellte einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Zustimmung und den Erwartungen für die Zukunft an das politische System und der Zustimmung zum Wirtschaftssystem fest. Je höher die Zustimmung und die Erwartungen an das politische System sind, desto höher sind auch die Zustimmungsraten zum Wirtschaftssystem. Damit verbunden sind auch die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen der Menschen, die ebenso wie in der Politik einen positiven Trend, d.h. die Verbesserung der eigenen Situation im wirtschaftlichen in einigen Jahren erwarten²⁴⁰.

²³⁸ New Baltic Barometer V: A pre-enlargement survey, Glasgow 2002, S.27f. Im litauischen Fall konnte dem Survey nicht entnommen werden, wo die polnische Bevölkerung eingeordnet wurde (R.W.).

²³⁹ Gaidys, Vladas: Attitudes towards the past, present and future in Latvia, Estonia and Lithuania: 1993-1996, in: Farnen, Russell F. / Dekker, Henk / German, Daniel B. / Meyenberg, Rüdiger (Eds.): Democracies in transition: Political culture and socialization transformed in west and east, S.53-64, Oldenburg 2000, S.53-64, S. 60f.

²⁴⁰ Vgl. Zepa, Brigita: Trust in new democratic institutions, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.90-110, S.94f.

Hier lässt sich der Nachweis führen, dass erstens die Bereiche Politik und Wirtschaft in einem engen Gesamtzusammenhang gehören und zweitens die Konsolidierung eines Systems das andere System positiv beeinflussen kann und damit einen verstärkenden Konsolidierungseffekt herbeiführt. Es wird aber nicht deutlich, welches Subsystem wichtiger ist. Es steht aber zu vermuten, dass sich politische Systeme der demokratischen Welt zu einem großen Teil durch die Outputleistungen des Wirtschaftssystems legitimieren.

3.3 Konfliktlinien

Cleavages (Konflikt- oder Spannungslinien) sind charakterisiert durch gesellschaftliche Konflikte an denen mindestens zwei Parteien beteiligt sind. Diese Parteien können gesellschaftliche Gruppen sein (z.B. NGO's) oder politische Parteien. Ein weiteres Charakteristikum ist die Dauerhaftigkeit dieser Konflikte. Die bedeutendsten Konfliktlinien sind aus der Industrialisierung entstanden. Sie sind benennbar als a) Besitz (Kapital) vs. Arbeit, b) Staat vs. Kirche, c) Stadt vs. Land und d) ethnische Konflikte²⁴¹. Diese Konfliktlinien sind aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden. Sie werden von Einigen Politologen zwar inzwischen anders benannt, aber die Strukturen bleiben ähnlich. Konfliktlinien besitzen maßgebliche Bedeutung für das Wahlverhalten und die Festigung von Parteiensystemen im qualitativen und quantitativen Sinne. Wesentliche Bestandteile dieser Konflikte sind tief sitzende Werte innerhalb der Bevölkerung. Die Zunahme von Wechselwählern deutet auf die Auflösung bedeutender Konflikte innerhalb der Gesellschaft hin. Die hohen Wählervolatilitäten in den osteuropäischen Staaten weist auf die fehlende Festigung politischer Konfliktlinien hin²⁴². Die fehlende Ausprägung der Cleavages macht Parteiensysteme anfällig für Populismus²⁴³. Andererseits weist eine hohe Anzahl an Parteien auf die Existenz zahlrei-

²⁴¹ Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 1995, S.195f.

²⁴² Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H.: Foundations of Change, in: Dies.: The Handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.1-12 S.10f.

²⁴³ Ebd., S.12.

cher Konflikte hin. Hierin liegt u.a. die Gefahr einer verstärkten Befriedigung von klientelistischen Zielen²⁴⁴.

Die osteuropäischen Transformationsstaaten weisen eine Vielzahl von Konflikten auf, die von Beyme in seiner Arbeit „Systemwechsel in Osteuropa“ darstellt²⁴⁵. Ebenfalls wie von Beyme weisen Segert / Machos zahlreiche, von den traditionellen vier Fällen abweichende Konflikte auf²⁴⁶.

3.3.1 Konfliktlinien in den baltischen Staaten

Die Parteien in den wiederentstandenen Republiken Estland, Lettland und Litauen organisieren sich nicht an den Konfliktlinien der Zwischenkriegszeit. Eine solche Fortsetzung wäre auch unwahrscheinlich, da nicht davon auszugehen war, dass 50 Jahre Okkupation und Inkorporierung in die Sowjetunion die Konfliktlinien der Zwischenkriegszeit konservierte. Diese These wird auch belegt durch die relative Erfolglosigkeit von Parteien, die an die Zwischenkriegszeit anknüpfen wollten²⁴⁷. In der Umbruchphase wurden alle vorhandenen Konflikte in den baltischen Ländern durch den Unabhängigkeitskonflikt überdeckt. Die Bedeutung der Souveränität war für die Menschen in den baltischen Sowjetrepubliken durch die Erinnerungen an die Zwischenkriegszeit sehr hoch. Die ersten halbfreien Wahlen waren daher weniger eine Wahl für Konzepte neuer Parteien, sondern eine Abwahl der herrschenden KP und für die Unabhängigkeit. Diese Interpretation lässt sich auch auf die anderen Staaten Osteuropas übertragen²⁴⁸. Nachdem die Bürgerbewegungen ihr einigendes Ziel erlangten, zerfielen sie auch schon wieder in einzelne Parteien. Gleichzeitig trat der Konflikt um die Unabhängigkeit in den Hintergrund. Dieser entstehende Parteienpluralismus bewirkte die sich entwickelnden Konfliktlinien.

Eine Zuordnung der Parteienlandschaft soll in erster Linie an den Konfliktlinien Stadt vs. Land, am ethnischen Konflikt, Arbeit vs. Kapital und dem

²⁴⁴ Obinger, Herbert: Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2004, S. 206f.

²⁴⁵ Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, 2. Aufl., Frankfurt a./M. 1994, S.286-297, S.300

²⁴⁶ Segert, Dieter und Csilla Machos: Parteien in Osteuropa, Opladen 1995, S.43.

²⁴⁷ Berndt, Uwe: Ostmitteleuropa – neue Cleavages, neue Parteien, in: Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 157-170, S.163.

²⁴⁸ Ebd., S.157f.

Religionskonflikt erfolgen. Durch die Entwicklungen der Transformationsstaaten soll aber ein neuer Konflikt angeführt werden: Transformationsgewinner vs. Transformationsverlierer.

Bis zur verstärkten Fragmentierung des litauischen Parteiensystems 2000 beherrschten Wertekonflikte das Parteiensystem und das Wahlverhalten in Litauen, ohne dass sich hieraus eine langfristige Festigung des Parteiensystems ergeben konnte. Die Wahlen 2000 zeigten, dass die Wähler den Konflikt von TS-LK und LDDP, der vorwiegend durch die TS-LK mit anti-kommunistischer und pro-westlicher Rhetorik dargestellt wurde nicht mehr als notwendig betrachteten²⁴⁹. Diese Wertbeladenen Konflikte verloren in Litauen zunehmend an Bedeutung. Eine solche Problemlage, dass von Parteien initiierte Wertebeladene Konflikte nach der Erlangung der Unabhängigkeit eine größere Bedeutung besaßen als die klassischen Konflikte, unterstelle ich auch für die anderen beiden Länder²⁵⁰. Inzwischen dominieren sozioökonomische Konflikte in allen drei Ländern.

3.3.2 Stadt vs. Land

In Estland besitzt der Stadt-Land-Konflikt, bedingt durch die wirtschaftlichen Veränderungen, eine große Bedeutung. Die Estonian Country People's Party (heute: Estonian People's Union / Volkunion) spricht in starkem Maße die ländliche Bevölkerung an²⁵¹. Die ESDP versucht seit 1998 ihre schwache Verankerung in der ländlichen Bevölkerung aufzuheben, um alle Schichten und Regionen anzusprechen²⁵². Auf der anderen Seite sind insbesondere die Zentrumspartei, mit ihrer Nähe zu den in urbanen Gebieten sie-

²⁴⁹ Jurkynas, Mindaugas: Emerging cleavages in new democracies: The case of Lithuania, in: *Journal of Baltic Studies (JBS)*, Vol. 35, Nr. 3 (Fall 2004), S. 278-296, S. 283.

²⁵⁰ Vgl. Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004, S.140. Reetz verweist in diesem Zusammenhang auf die fehlenden tiefgreifenden Cleavage-Strukturen zu Beginn der 1990er Jahre.

²⁵¹ Fitzmaurice, John: The parliamentary election in Estonia, March 1999, in: *Electoral Studies* 20, 2001, Nr.1, S.141-146, S.143.

²⁵² Ebd., S.143 ff.

delnden Russen, und die Reformpartei, die Vertreter der urbanen Regionen in Estland²⁵³.

In Lettland gehörte Ende der 90er Jahre dieser Konflikt zu den wichtigen Konflikten²⁵⁴. Dort vertritt die Bauernunion (inzwischen Grüne und Bauernunion) die ländlichen Interessen und versucht an die Erfolge der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Sie wurde eine der stärkeren Parteien in Lettland. Die Privatisierung der sowjetischen Landwirtschaftspolitik in Lettland schritt auf dem Lande in den 90er Jahren zügig voran. Im Jahre 1997 war die Privatisierung der Landwirtschaft quasi abgeschlossen. Die Bauernunion vertrat offensiv die wirtschaftlichen Interessen der Landwirte. Ergebnis war eine weitgehende Abschottung der nationalen Märkte und Subventionen für die lettische Agrarwirtschaft. Dies widersprach der allgemeinen Freihandelspolitik Lettlands im letzten Jahrzehnt²⁵⁵. Die Bauernunion profitierte auf dem Lande aber nicht als einzige Partei, ist inzwischen aber die einzige im Parlament vertretene Partei (als Grüne und Bauernunion). In den städtischen Gebieten profitieren die ‚Vaterland und Freiheit‘ Partei (LNNK) und Lettlands Weg. Allerdings versuchen sie sich nicht auf eine bestimmte Gruppe zu fokussieren, sondern auch in ländlichen Gegenden zu gewinnen²⁵⁶.

Vertreter dieses Konfliktes in Litauen ist gegenwärtig zuerst die Bauernunion. Ihre Erfolge feierte sie aber zu Beginn primär bei Kommunalwahlen und weniger auf der nationalen Ebene, inzwischen ist sie aber auch auf dieser Ebene präsent. Die Bauernunion steht auf dem Land in starker Konkurrenz zu der neuen populistischen Arbeitspartei, den Reformkommunisten (LDDP / LSDP) und der TS-LK. Auf der Stadtseite des Konflikts findet sich die Liberale und Zentrumsunion wieder, letztere war insbesondere während der Zeit des Parteivorsitzes von Rolandas Paksas in den städtischen Gebieten

²⁵³ Vgl. Helme, Rein: Die Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien in Estland, in: Meissner, Boris / Loeber, Dietrich A. / Hasselblatt, Cornelius (Hg.), Hamburg 1995, S.72-86, S. 81 (Reformpartei), S. 82 (Zentrumspartei)

²⁵⁴ Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke, London 1999, S.198.

²⁵⁵ Smith-Sivertsen, Hermann: Latvia, in: Berglund, Sten / Hellen, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Eds.) The handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.89-119 S.103.

²⁵⁶ Ebd., S.103 f.

erfolgreich war. Beide, Bauernunion und Liberale und Zentrumsunion sind die bestimmenden Parteien in diesem Konflikt, auch wenn die anderen Parteien selbstverständlich diesen Konflikt ebenfalls bearbeiten und prägen²⁵⁷.

3.3.3 Der ethnische Konflikt

In Litauen gibt es, wie in den anderen beiden Ländern auch, zahlreiche ethnische Parteien. In Litauen wird dieser Konflikt aber nur von der polnischen Minderheit durch den Erwerb von Direktmandaten repräsentiert. Ansonsten tendieren die Angehörigen der Minderheit mehr zu den linksorientierten Parteien und gehen nicht zu den ethnischen Parteien. Insgesamt ist dieser Konflikt in Litauen aber nur von geringer Bedeutung, was u.a. auf die Regelung der Staatsangehörigkeit zurückgeführt wird²⁵⁸. In Lettland steht die PCTVL für diesen Konflikt mit der LNNK auf der Gegenseite. In Estland sind dies die Zentrumsparterie und die Pro Patria Partei.

3.3.4 Arbeit vs. Kapital

In diesem ökonomisch geprägten Konflikt können zahlreiche Konflikte integriert werden, die teilweise als Einzelkonflikte behandelt werden. Dieser Konflikt ist noch nicht ausreichend ausgeprägt. Aus ‚westlicher‘ Sicht ist das Fehlen dieser Cleavage erstaunlich. In allen baltischen Ländern spielt er aber nur eine untergeordnete Rolle, weil die entsprechenden Akteure (Gewerkschaften und Unternehmerverbände) sich noch im Aufbau befinden. Die Gewerkschaften verfügen einfach nicht über die nötigen finanziellen Ressourcen, um Arbeitskämpfe als Form der Konfliktaustragung anzuwenden oder entsprechende Parteien zu unterstützen²⁵⁹. Gleichzeitig scheint es mir aber möglich, Ansätze für diesen Konflikt zu präsentieren. In Estland rühmen sich Zentrumsparterie und Sozialdemokraten der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, so dass hier eine Zuordnung auf die Seite ‚Arbeit‘ er-

²⁵⁷ Jurkynas, Mindaugas: Emerging cleavages in new democracies: The case of Lithuania, in: Journal of Baltic Studies (JBS), Vol. 35, Nr. 3 (Fall 2004), S. 278-296, S. 284f.

²⁵⁸ Ebd., S. 287ff.

²⁵⁹ Smith-Sivertsen, Hermann: Latvia, in: Berglund, Sten / Hellen, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Eds.): The handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.89-119, S.104f.

folgen kann²⁶⁰. Auf der anderen Seite steht die Reformpartei, die ein klassisches liberales Programm vertritt und deshalb auf der ‚Kapital‘-Seite zu finden ist. Die Pro Patria ist ebenfalls für ihren ‚Ultraliberalismus‘ in der Wirtschaftspolitik bekannt und kann entsprechend dem ‚Kapital‘ zugeordnet werden²⁶¹.

In Litauen ist es wieder die reformkommunistische LDDP, die die ‚Arbeitsseite‘ vertritt, während die konservative TS-LK und die Liberale Zentrumsunion eher auf der ‚Kapital‘ Seite zu finden ist²⁶².

In Lettland ist diese Zuordnung so gut wie nicht möglich. Einzig die liberale Partei Lettlands Weg kann auf der ‚Kapital‘ Seite stehen.

Die Konfliktpartner werden sich aber weiter organisieren und dadurch den Konflikt intensivieren, gleichzeitig aber auch Teil der Lösung bzw. der geregelten Konfliktaustragung sein.

3.3.5 Der Religionskonflikt

In Litauen, wie in den beiden anderen Ländern auch, wurde die Bedeutung der Kirche durch den Kommunismus zurückgedrängt. Nichtsdestotrotz bezeichnete sich die Mehrheit der Litauer als katholisch. Die klassischen Vertreter dieses Konfliktes sind Christdemokratische Parteien. In Litauen gelang es nach der Unabhängigkeit entsprechenden Parteien, diesen Konflikt in Wählerstimmen umzumünzen. Der Konflikt hat in Litauen aber an Bedeutung verloren und wird heute hauptsächlich durch die TS-LK bedient²⁶³. In Estland vertritt die Pro Patria diesen Konflikt, denn sie versteht sich als christdemokratisch²⁶⁴. Diese Zuordnung ist zwar zutreffend, aber in Estland und Lettland ist dieser Konflikt insgesamt kaum ausgeprägt, weshalb eine Zuordnung in Lettland nicht stattfinden kann²⁶⁵.

²⁶⁰ Gespräch mit Evelyn Sepp (Zentrumspartei) und Jarno Laur (ESDP) im März 2005.

²⁶¹ Beichelt, Timm: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der Institutionen, Opladen 2001, S. 207.

²⁶² Vgl. das Subkapitel: Transformationsgewinner vs. Verlierer (R.W.)

²⁶³ Jurkynas, Mindaugas: Emerging cleavages in new democracies: The case of Lithuania, in: Journal of Baltic Studies (JBS), Vol. 35, Nr. 3 (Fall 2004), S. 278-296, S. 287.

²⁶⁴ Vgl. Helme, Rein: Die Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien in Estland, in: Meissner, Boris / Loeber, Dietrich A. / Hasselblatt, Cornelius (Hg.), Hamburg 1995, S.72-86, S.77.

²⁶⁵ Nörgaard, Ole / Johannsen, Lars: The Baltic states after independence, 2nd edition, Cheltenham 1999, S.102 f.

3.3.6 Transformationsgewinner vs. Verlierer

Dieser sozioökonomische Konflikt dominiert in allen untersuchten Staaten. Der dramatische Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaftsstrukturen führte zu einer steigenden Zahl von Arbeitslosen. Die baltischen Länder mussten ihre Volkswirtschaften erst aus dem System der sowjetischen All-Unionsbetrieben herauslösen. Die veränderten nationalen und weltwirtschaftlichen Bedingungen änderten sich schlagartig. Die Ökonomien mussten versuchen wettbewerbsfähig zu werden. Dieser Umstrukturierungsprozess brachte nicht allen Menschen gleichmäßig Zugewinn. Die egalitären Strukturen des Sowjetkommunismus hinterließen ihre psychologischen Spuren in der Bevölkerung. Gepaart mit hohen Erwartungen an Demokratie und Marktwirtschaft zu Beginn der Unabhängigkeitsbewegung führte das Nichteintreten allgemeinen Wohlstandes zu Konflikten²⁶⁶. Zu den Verlierern werden in dieser Arbeit Arbeitslose, Rentner und Geringverdienende gezählt, aber auch schlecht bezahlte und dennoch gut ausgebildete Menschen. Die enttäuschten Hoffnungen und die zunehmende Ausprägungen dieses Konflikts lassen sich auch in den nationalen Parteiensystemen entdecken. In Estland, aber auch in Lettland und Litauen, kann die Gruppe der Gewinner bündig zusammengefasst werden: Jung, Städter, gut ausgebildet, und in der Privatwirtschaft angestellt. Die Wirtschaftspolitik erhält keine grundsätzliche Opposition, sondern es werden nur Variationen angeboten. Im Parteiensystem Estlands werden die Transformationsverlierer durch die populistische Keskerakond (Zentrumspartei), die u.a. die russische Minoritäten zum Ziel hat, angesprochen²⁶⁷. Die Volksunion vertritt ebenfalls die Interessen der Transformationsverlierer, was an der ländlichen Orientierung der Partei liegt. Die Partei wurde bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten von Arnold Rüütel geführt²⁶⁸. Auch die Estnische Sozialdemokratische Partei sieht sich als Vertreter der Transformationsverlierer. Die Gewinner der Verände-

²⁶⁶Vgl. Berndt, Uwe: Ostmitteleuropa – neue Cleavages, neue Parteien, in: Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 157-170, S.166; Segert, Dieter / Machos, Csilla: Parteien in Osteuropa, Opladen 1995, S.48f.

²⁶⁷Lagerspetz, Mikko / Maier, Konrad: Das politische System Estlands, in: Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.69-107, S.86.

²⁶⁸Fitzmaurice, John: The parliamentary election in Estonia, March 1999, in: Electoral Studies 20, 2001, Nr.1, S.141-146, S.143.

rungen werden insbesondere durch die Reformpartei angesprochen, sowie durch die konservative Pro Patria.

In Lettland ist die parteipolitische Verteilung entlang dieser Konfliktlinie weniger eindeutig als in Estland. Zwar ist die Zusammensetzung des Parlamentes nicht vorhersagbar, d.h. eine nationale Wahl kann ein komplett neues Parteiensystem erschaffen, dennoch sind Zuordnungen möglich. Populistische Parteien gerieren sich meist als Vertreter der von der Transformation Enttäuschten und Benachteiligten. Das beste Beispiel ist der große Zuspruch der Siegerist-Partei 1995. Neben dieser nicht mehr relevanten Partei vertreten Sozialisten (Lettische Sozialistische Partei) und Sozialdemokraten diese Gruppe und gegenwärtig die PCTVL. Zwar bildet die Gruppe der Reformverlierer den größten Pool potentieller Wähler, doch ist es den lettischen Parteien nicht möglich dieses Potential zu nutzen und an sich zu binden. Der wesentliche Grund hierfür liegt im egozentrischen Wahlverhalten der Bürger, verbunden mit einem hohen Misstrauen in die Parteien²⁶⁹.

In Litauen wurde dieser Konflikt erst seit 2000 besonders deutlich. Die Arbeitspartei um Uspaskich versucht diesen Konflikt für sich zu instrumentalisieren und damit auf die Agenda zu setzen²⁷⁰.

Die Benachteiligten in Litauen haben ihren Vertreter in der ehemaligen kommunistischen Partei Litauens gefunden, der LDDP mit Algirdas Brazauskas. Die LDDP spricht die ländliche Bevölkerung, schlechter ausgebildete sowie ethnische Minderheiten an, also die klassischen Verlierer des wirtschaftlichen Kollaps des Sowjetregimes. Im Gegensatz zu Estland und Lettland ist es der LDDP, als KP-Nachfolger, gelungen, ein festes Wählerpotential an sich zu binden und positive Einstellungen gegenüber der Partei zu entwickeln. Die LDDP kann dadurch auf einen relativ sicheren Wählerpool zurückgreifen²⁷¹.

²⁶⁹ Vgl. Smith-Sivertsen, Hermann: Latvia, in: Berglund, Sten / Hellen, Tomas / Aarebrot, Frank H.(Eds.):The handbook of political change in eastern Europe, Cheltenham 1998, S.89-119, S.105.

²⁷⁰ Jurkynas, Mindaugas: Emerging cleavages in new democracies: The case of Lithuania, in: Journal of Baltic Studies (JBS), Vol. 35, Nr. 3 (Fall 2004), S. 278-296, S. 294.

²⁷¹ Zeruolis, Darius: Lithuania, in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Eds): The handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S. 121-156, S.134.

Dieser Konflikt wird in den nächsten Jahren seine Bedeutung sicherlich nicht verlieren. Der wirtschaftliche Neuaufbau wird in allen drei Ländern anhalten. Allgemeiner Wohlstand und eine rasche Senkung des Anteils von Armen in der Gesellschaft benötigt Zeit.

3.4 Rechts-Links-Schema

Für die Konsolidierung werden verschiedene Kriterien angegeben, deren Erfüllung gewährleistet sein müssen. Ein Kriterium ist das fast vollständige Fehlen parteipolitischen Extremismus und Gewalt in Transformationsstaaten, das die Konsolidierung positiv beeinflussen kann. Zwar gibt es überall politisch motivierte Gewalt, doch existieren in den baltischen Ländern keine extremistischen Parteien, die signifikante Wahlerfolge haben oder dem demokratischen System mit Gewalt beikommen wollen, bzw. es abschaffen wollen.

Es gibt in der Forschungsliteratur Entwicklungen, die dafür sprechen, eine Einordnung in ein Links-Rechts-Schema sei inzwischen nicht mehr ohne Weiteres verwendbar und auch nicht notwendig. Besonders in den Transformationsstaaten ist die Einteilung in Links und Rechts schwierig, vermischten sich dort zunehmend die Parameter für eine eindeutige Zuordnung. Nissinen z.B. erstellt ein Rechts-Links-Schema durch die Untersuchung von lettischen Parteien und ihrer programmatischen Wirtschaftspolitik²⁷². Dieser Ansatz ist zwar bedenkenswert, doch ist eine generelle Einteilung hiermit nicht möglich, weil andere Konflikte so nicht zur Geltung kommen, selbst wenn die Wirtschaftsvorstellungen in Transformationsstaaten wie in Industriestaaten zu den dringlichsten Bereichen der Politik gehören.

Aus der alten Linken (progressiv) wurde teilweise die neue Rechte (konservativ). Dennoch ist die schematische Einordnung eine Hilfe, weil sie die allgemeine Zuordnung erleichtern kann, ohne jede programmatische Nuance berücksichtigen zu müssen. Außerdem bestehen in Osteuropa Tendenzen,

²⁷² Vgl. Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke, London 1999, S. 176-190.

die eine Rückbesinnung auf die klassische Einteilung wahrscheinlich machen²⁷³.

Nach dem Zerfall der Volksfronten in den baltischen Ländern bildeten sich eine Vielzahl verschiedenster Parteien heraus, so dass es den Wählern schwer fiel, der Entwicklung der nationalen Parteiensysteme zu folgen. An eine Einteilung in Rechts und Links war Anfang der 1990er Jahre nicht zu denken. Der Begriff „Links“ für eine Partei konnte als negative Assoziation mit der untergegangenen Parteidiktatur der kommunistischen Parteien die sichere Erfolglosigkeit der Partei bedeuten. Erschwerend wirkte sich die fehlende Programmatik der Parteien aus, und populistische Parteien, die Allen Alles versprechen sind schwer einzuordnen, sofern sie nicht mit xenophoben Parolen warben und sich dadurch als rechtsradikal entpuppten. Die Parteiensysteme der baltischen Länder lassen eine Konzentrierung auf die Mitte erkennen. Nur wenige Parteien sind weit Rechts oder Links einzuordnen, sondern versuchen sich auch programmatisch in den liberalen Bereich einzuordnen.

Der zwischenzeitlich verstorbene Historiker und ehemaliges Mitglied des estnischen Parlaments, Rein Helme, versuchte sich in der Mitte der 1990er Jahre an einer Einteilung des estnischen Parteiensystems in Links und Rechts. Teile dieser inzwischen aber überarbeitungsbedürftigen Einteilung können weiterhin übernommen werden. Die Estnische Sozialdemokratische Partei (Parteifamilie: sozialdemokratisch)²⁷⁴ steht auf einer Rechts-Links-Skala links von der Mitte. Links von ihr steht die Zentrumspartei (Keskerakond / sozialdemokratisch / Protestpartei). Die Pro Patria Union (Isamaa / konservativ-christdemokratisch) steht in der christdemokratischen Tradition rechts von der Mitte. Die Reformpartei (Liberal) ist eine rechtsliberale Partei der Mitte, wobei die Rechtsorientierung nicht gravierend ist²⁷⁵. Die Volksunion (agrarisches-konservativ), die aus dem Bündnis mehrerer ländlich orientierter Parteien des Parlaments entstand, ist eine konservative Partei

²⁷³ Vgl. Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000, S.64ff.

²⁷⁴ Die weitere Einteilung in Parteifamilien erfolgt nach Pelinkas Einteilung (R.W.). Vgl. Pelinka, Anton : Vergleich politischer Systeme, Wien / Köln / Weimar 2005, S.79ff.

²⁷⁵ Helme, Rein: Die Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien in Estland, in: Meissner, Boris / Loeber, Dietrich A. / Hasselblatt, Cornelius (Hg.), Hamburg 1995, S.72-86, S.75ff.

und steht zwischen Isamaa und Reformpartei. Das rechte Spektrum wird durch die Partei Res Publica (konservativ), die sich auch konservativ versteht, abgerundet. Diese Partei gelangte als letzte in das gegenwärtige Parteiensystem²⁷⁶.

Helme weist gleichzeitig daraufhin, dass Programmpunkte einzelner Parteien von Rechts auch bei linken Parteien auftreten können und umgekehrt. Dies zeigt, wie diffus Parteiensysteme sein können, wenn die Rechts-Links-Zuordnung zu sehr absolut gesetzt wird²⁷⁷.

In Lettland dominieren Parteien des rechten Spektrums. In dieses Spektrum gehört die am Weitesten rechts stehende Partei TB-LNNK (konservativ). In ihrer Selbstwahrnehmung sieht sich die Partei Lettlands Weg (liberal) ebenfalls als rechts positioniert. Wegen der Verbindung mit der Sowjetzeit ihrer Führungsmitglieder wurde sie wenigstens in der Anfangszeit als eher links eingestuft²⁷⁸. Inzwischen kann Lettlands Weg aber als liberal eingestuft werden. Ebenfalls in einer Mitte-Rechts-Position ist die neue Partei Neue Zeit (Protestpartei / liberal) anzusiedeln. Sie vertritt einen nationalliberalen Kurs. Ebenfalls Mitte-Rechts steht die Nationalökologische Koalition von Bauernpartei und Grünen Lettlands (konservativ-agrarisch), die 2004 den ersten Grünen Regierungschef stellte. Die erfolgreiche PCVTL (sozialistisch-ethnisch) ist die Partei der russischen Minderheit in Lettland und ist auf dem linken Flügel als russisch-sozialistisch zu markieren. In Lettland gibt es einige populistische Parteien deren Zuordnung also kaum möglich ist. Zu den Populisten gehört die inzwischen bedeutungslose rechtspopulistische (-extreme) Siegerist-Partei (Protestpartei), die Neue Partei (Protest) sowie die Volkspartei (Protest). Allerdings stehen diese dem Mitte-Rechts-Spektrum nahe²⁷⁹.

Versuche rein ethnische Parteien dauerhaft im Parteienspektrum erfolgreich zu etablieren sind gescheitert. Es gab und gibt verschiedene Parteien (Für sozialen Fortschritt und gleiche Rechte, Nationale Harmonie oder PCTVL)

²⁷⁶ Das Parlament, 52. Jg., Nr. 41, 14. Oktober 2002, S. 2.

²⁷⁷ Ebd., S.2 ebenso: Yonhyok, Choe: Elections and party systems, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.48-61, S.57 und Helme, Rein: Die Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien in Estland, in: Meissner, Boris / Loeber, Dietrich A. / Hasselblatt, Cornelius (Hg.), Hamburg 1995, S.72-86 S.75ff.

²⁷⁸ John Harper Publishing: Political Parties of the world, 5th edition, London 2002, S.293.

²⁷⁹ Vgl. Das Parlament, 52. Jg., Nr. 41, 14. Oktober 2002.

die versuchten, einen gesamtlettischen Ansatz zu bewerkstelligen, ohne die ethnischen Letten erfolgreich anzusprechen²⁸⁰. Obwohl die ethnische Komposition in einigen Gebieten Estlands und Lettlands einer solchen Partei durchaus Wählerpotential birgt, gelang es diesen Parteien nicht, sich dauerhaft auf nationaler Ebene zu etablieren.

Die politische Linke wird in Litauen durch die Sozialdemokratische Partei (sozialdemokratisch) des charismatischen Algirdas Brazauskas repräsentiert. Daneben gibt es noch einzelne bedeutungslose Linksparteien. Seit 2003 gibt es die linkspopulistische Arbeitspartei des Millionärs Uspaskich (Protest). Die Neue Union-Sozialliberale (liberal-sozialdemokratisch) steht rechts von der LSDP (LDDP). Das liberale Spektrum ist in Litauen recht stark gespalten. Zu den liberalen Parteien können die Liberale Union Litauens (LLS - liberal) und die Zentrumspartei (LCS), später auch Liberale Zentrumsunion (liberal) gezählt werden. Das konservative Lager Litauens wird durch die Vaterlandsunion (TS-LK - konservativ) und die Bauernunion (konservativ) abgebildet, wobei die Bauernunion die sozialdemokratische Regierung unterstützt²⁸¹.

Alle drei untersuchten Länder weisen ein Übergewicht auf der rechten und liberalen Seite der jeweiligen Parteienspektren auf. Neben einer Zersplitterung des liberalen Feldes liegt dies zweifelsfrei an dem Unbehagen, das sich bei Wählern einstellt, wenn sie das Wort Sozialismus hören. Dieses Unbehagen wird u.a. von der Estonian Social Democratic Labour Party (2003: 0,4 %) als wesentliche Ursache für ihr Scheitern angesehen²⁸². Neben der historisch bedingten Abneigung gegen sozialistische Parteien werden die rechten und liberalen Parteien in wesentlichen Fragen der Wirtschaftspolitik einfach als kompetenter betrachtet. Einzig in Litauen konnte sich eine gewendete Nachfolgepartei der KP etablieren. Ihre Mitgliederzahl ist sehr hoch und bei Wahlen ist sie insgesamt sehr erfolgreich. Dieser Ausnahmefall wird u.a. mit der Mitgliederzusammensetzung begründet, denn die meis-

²⁸⁰ Volkov, Vladislav: Political awareness of the Russian community in Latvia, in: Humanities and social sciences. Latvia: Minorities in Latvia (the 1990s) 3(12), 1996, S.46-57, S.49.

²⁸¹ Vgl. Das Parlament, 52. Jg., Nr. 41, 14. Oktober 2002.

²⁸² <http://www.hot.ee/esdtp/elections.html> (6.4.2004).

ten Mitglieder der litauischen KP waren Litauer, die in einem gewissen Umfang auch einen Nationalkommunismus propagieren konnten und sich durch die Begrüßung der Unabhängigkeitsbewegung nicht selber desavouierten²⁸³.

3.5 Organisationsgrad: Mitglieder- oder Honoratiorenparteien?

Parteien sind wichtige Akteure im Prozess der Konsolidierung, aber eingebettet in ein Konglomerat verschiedenster Variablen. Wichtig für den Konsolidierungsprozess ist die Verankerung der Parteien in der Gesellschaft. Die spiegelt sich in der Mitgliedschaft und der Wahlbeteiligung wieder, wobei es hier nur um die Mitglieder gehen soll. Hiermit zusammen hängt die Responsivität der Parteien zu ihren Wählern.

In Westeuropa sind sinkende Werte beim Organisationsgrad von Parteien zu konstatieren. Die osteuropäischen Parteien konnten bisher kaum Identifikation stiften, d.h. der Organisationsgrad auch der osteuropäischen Parteien insgesamt ist sehr niedrig²⁸⁴. Es sei hier dahingestellt, ob die osteuropäischen Parteien einem Trend nur voraus sind und die westeuropäischen Demokratien eine ähnliche Entwicklung nehmen werden, oder ob der Organisationsgrad in Osteuropa stärker wird. Berücksichtigt man die oben genannten Entwicklungen, besteht keine zwingende Kausalität zwischen niedrigem Organisationsgrad und schwachen Parteiensystemen.

Smith-Sivertsen konstatiert, dass auf Seiten einer Partei oder eines Parteiensystems möglicherweise gar kein Interesse an zu vielen Mitgliedern bestehen könnte, müsste man diesen doch Einflussmöglichkeiten innerhalb der Partei einräumen. Auch ist die freiwillige Arbeit der Mitglieder im Medienzeitalter möglicherweise nicht mehr so wichtig für eine Partei. Weiter stellt er die Frage in den Raum, ob moderne Parteien zwingend Massenparteien

²⁸³ Vgl. Smith-Sivertsen, Hermann: Why bigger party membership organisations in Lithuania than in Latvia 1995-2000?, in East European Quarterly, Vol. 38, No.2, 2004, S. 215-259, S.241f.

²⁸⁴ Beyme, Klaus von: Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.23-56, S.51.

sein müssen, oder ob nicht auch Honoratiorenparteien der Demokratie von Nutzen sein können²⁸⁵.

Loftsson / Choe gehen in ihrer Untersuchung von einem sehr niedrigen Organisationsgrad der baltischen Parteien aus. Ende des letzten Jahrtausends waren in den drei Ländern (von Norden nach Süden) nur 0,8 %, 0,7 % und 1,7 % der Bevölkerung in Parteien organisiert²⁸⁶. In den Jahren 1988-1993 waren in Estland ungefähr 2,5 % der Bevölkerung in politischen Organisationen engagiert²⁸⁷. Fest steht, dass Anfang der 1990er Jahre nach der Euphorie über das Ende der Besetzung auch die Bereitschaft, sich in politischen Organisationen zu engagieren, zurückgegangen ist. Es muss an dieser Stelle leider offen bleiben, auf welche Datengrundlage sich Loftsson / Choe beziehen, denn eigene Berechnungen (s.u.) kommen zu deutlich anderen Ergebnissen. In Estland z.B. dürfen nur Staatsbürger und EU-Bürger Mitglied einer Partei sein. Angesichts von ca. 220.000 Einwohnern ohne estnische Staatsangehörigkeit²⁸⁸ bei ca. 1,4 Millionen Einwohnern ist die Erhebungsgrundlage von Interesse. In Lettland dürfen nur Letten und Nicht-Letten (Staatenlose, EU-Bürger) mit dauernder Aufenthaltsgenehmigung einer Partei beitreten. Hierbei ist eine Quotierung eingeführt worden, nach der die Hälfte aller Parteimitglieder lettische Staatsbürger sein müssen²⁸⁹. Nicht-Letten dürfen zwar nicht kandidieren aber sich aktiv an der politischen Willensbildung beteiligen, indem sie durch ihr Handeln die Programmatik beeinflussen und andere Mitglieder von ihren Ansichten überzeugen. Das fehlende aktive und besonders das passive Wahlrecht für die Staatenlosen kann damit nicht erlangt werden, doch bietet es der Minderheit eine Plattform, ihre Interessen zu vertreten und damit Konfliktpotential zu verringern und die Integration zu erhöhen.

²⁸⁵ Smith-Sivertsen, Hermann: Why bigger party membership organisations in Lithuania than in Latvia 1995-2000?, in *East European Quarterly*, Vol. 38, No.2, 2004, S. 215-259, S.216 / S.253f.. Eine Auseinandersetzung, welcher Parteityp aus welchem Grunde 'besser' sei, und bei Smith-Sivertsen dargestellt wird (S.216-221.), soll in dieser Arbeit nicht stattfinden. Es soll nur darauf verwiesen werden, dass es unterschiedliche Ansätze gibt.

²⁸⁶ Loftsson, Elfar: Representation, participation and democratic stability, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: *Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania*, Stockholm 2003, S.16-29, S. 26.

²⁸⁷ Aareleid-Tart, Aili / Tart, Indrek: Culture and the development of civil society, in: *Nationalities Papers*, Vol.23, No. 1, 1995, S.153-165, S.158 (Table 1).

²⁸⁸ E-Mail des estnischen Innenministeriums mit aktuellen Zahlen an den Verfasser (R.W.).

²⁸⁹ Jubulis, Mark, A.: *Nationalism and democratic transition*, Lanham / Oxford 2001, S.179.

Entsprechend aktuellen Zahlen über Estland sind in den im Parlament vertretenen Parteien insgesamt 35.375 Personen eingetragen²⁹⁰. Berücksichtigt man die Fusion von Pro Patria und einer nicht vertretenen konservativen Partei mit 1007 Mitgliedern sind insgesamt 36.382 Mitglieder zu verzeichnen. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen sind dies also nur etwas mehr als 2 %, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen, die nur estnischen Staatsbürgern den Zutritt gewährt wären es 4,3 %²⁹¹. Vergleicht man Estland mit anderen westlichen Ländern ist der Organisationsgrad nicht sehr stark abweichend z.B. von Deutschland. In Lettland ist der Organisationsgrad der im Parlament vertretenen Parteien deutlich geringer. In die Berechnung wurde allerdings noch die nicht vertretene Partei Lettlands Weg einbezogen, weil sie nur knapp an der Wahlhürde scheiterte und zehn Jahre die Entwicklung in Lettland aktiv mitgestaltet hat. Insgesamt sind im Parlament von 2002 sechs Fraktionen vertreten. Diese Parteien haben (Stand 2002) 7.677 Mitglieder²⁹². Wird die Zahl der Wahlberechtigten auf nationaler Ebene als Berechnungsgrundlage herangezogen, so ergibt sich ein Organisationsgrad von 0,5 %. Würden die mitgliedsberechtigten Nicht-Staatsbürger einbezogen, wären es sogar nur 0,4 %. Die lettischen Parteien sind also nicht in der Bevölkerung verwurzelt. Dies erklärt z.T. auch die schwankenden Wahlergebnisse und das wechselnde Parteiensystem nach nationalen Wahlen.

In Litauen sieht die Situation etwas besser aus. Insgesamt sind ca. 85.000 Menschen Parteimitglieder. Die Parlamentsparteien verfügen aber über weit weniger, nämlich nur 48.503 Mitglieder²⁹³. Der effektive Organisationsgrad ist also deutlich geringer. Auf die gesamte Parteienlandschaft gerichtet beträgt der Organisationsgrad also 3,2 v.H. und auf die im Parlament vertretenen Parteien entfällt ein effektiver Organisationsgrad von 1,6 %.

²⁹⁰ Baltic News Service (BNS) vom 4.4.2006.

²⁹¹ In Estland dürfen nicht-Staatsbürger und einige andere genau bestimmte Gruppen nicht Mitglied einer Partei sein, weshalb ein Bezug auf die Staatsbürgerschaft möglich wäre.

²⁹² Auers, Dannis / Ikstens, Janis: The democratic role of political parties, in: Mezaraups, Imants (Ed.): How democratic is Latvia? Audit of democracy, S.90-98, Latvian University, Riga 2005, S.90.

²⁹³ <http://www.lrs.lt> Stand lt. Berichterstattung der litauischen Parteien.

In Litauen besteht ein institutioneller Zwang die Parteiorganisationen und die Mitgliedschaft auszubauen. Die untergeordneten Bezirksvertreter (Rayon) müssen Mitglieder einer Partei sein, um wählbar zu sein. Ein derartiges Gesetz gibt es in Lettland erst seit 2000 in eingeschränkter Form²⁹⁴ und in Estland überhaupt nicht. Die Schlussfolgerung aus Sicht der Parteien muss in Litauen und eingeschränkt in Lettland entsprechend lauten, sich aktiv um neue Mitglieder zu bemühen, um die Positionen auf der Rayon-Ebene auszufüllen. In Estland und Lettland gelingt es lokal organisierten Gruppen (ähnlich den kommunalen Wählergemeinschaften in Deutschland) Erfolge zu erzielen, die sie auf nationaler Ebene nicht erreichen könnten.

Der Organisationsgrad hängt nicht zwingend mit der allgemeinen Parteiidentifikation zusammen. In Estland können sich nur knapp 32 v.H., in Litauen sogar nur 27 v.H. mit einer Partei identifizieren, während es in Lettland erstaunliche 37 v.H. sind²⁹⁵. Lettland ist insofern überraschend, weil die Wähler überspitzt ausgedrückt jede nationale Wahl bisher dafür genutzt haben, die Parteienlandschaft neu zu gestalten. Allerdings sind einige Parteien auch schon seit längerer Zeit vertreten. Wichtig für die Parteien ist es also, eigenständige Organisationsstrukturen aufzubauen. Hilfreich beim Aufbau dieser Strukturen war und ist die staatliche Parteienfinanzierung bzw. die staatliche Zuwendung für Abgeordnete und ihre Fraktionen, die anders genutzt werden konnten als vorgesehen²⁹⁶. Aber auch die parteinahen Stiftungen der bundesdeutschen Parteien stehen beim Aufbau fester Parteistrukturen ihren Partnern vor Ort zur Verfügung²⁹⁷. Pinto-Duschinsky folgend unterstützen die meisten Stiftungen aber keine Parteien, sondern betreiben Informationskampagnen für Journalisten, Angehörige des öffentli-

²⁹⁴ Smith-Sivertsen, Hermann: Why bigger party membership organisations in Lithuania than in Latvia 1995-2000?, in East European Quarterly, Vol. 38, No.2, 2004, S. 215-259, S.246ff.

²⁹⁵ Vgl. Choe, Yonhyok: Cleavage structure and party support in the Baltic states, in: Loftson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.76-87, S.81ff. Die Differenz zu Holmbergs oben genannten Identifikationswerten konnte nicht erklärt werden, weshalb hier beide Werte in der Arbeit verwendet werden, obwohl sie voneinander abweichen. (R.W.).

²⁹⁶ Mackow, Jerzy: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden 2005, S.126.

²⁹⁷ Während eines Forschungsaufenthaltes in der Friedrich-Naumann-Stiftung (Tallinn) wurden verschiedenste Möglichkeiten der Unterstützung der Parteiarbeit betrachtet. Insbesondere die Jugendarbeit der Parteien erhält Unterstützung durch die FNSt.(R.W.)

chen Diensts oder sind thematisch orientiert (Minderheitsprobleme, Korruption)²⁹⁸. Dies ist nicht vollständig zutreffend. Die deutschen Parteistiftungen unterstützen im Baltikum durchaus die Parteien, indem sie ihnen bei der politischen Fortbildung, der Nachwuchsrekrutierung und Ausbildung unterstützen. Diese Tätigkeiten sind nur ein Ausschnitt, sie übernehmen auch Tätigkeiten, die Pinto-Duschinsky genannt hat²⁹⁹.

In Estland verfügen alle Parteien über Strukturen, die sich über das Land erstrecken und sich an den Bezirksgrenzen orientieren. Bei den lokalen Organisationen wird verstärkt auf ehrenamtliche Mitglieder gesetzt³⁰⁰, in Litauen sind die Parteien auf lokale Organisationen angewiesen, um die gesetzliche Pflicht zur Ämterbesetzung in den Kommunen zu gewährleisten. Für Lettland liegen keine Ergebnisse vor, es kann aber vermutet werden, dass die Untergliederungen nur sehr schwach ausgeprägt sind.

Es stellt sich die Frage, ob eine größere Mitgliedschaft eine bessere Voraussetzung für ein stabiles Parteiensystem ist. Zu Beginn der 1990er Jahre vermochten es nicht alle mitgliederstarken Parteien, in das Parlament zu gelangen. In Litauen hingegen war es genau umgekehrt und hält bis heute weitgehend an. Die einzige Mitgliederpartei Lettlands, die in das Parlament einzog, verlor anschließend einen Großteil seiner Mitgliederbasis. In Lettland dominierten also die Honoratiorenparteien³⁰¹. Wenn man die Verwerfungen des Parteiensystems bei den Wahlen 2000 unberücksichtigt lässt, dann sind mitgliederstarke Parteien eine gute Voraussetzung für stabile Parteiensysteme. Allerdings müssen hierbei auch Ausnahmen betrachtet werden. Die in den 1990er Jahren dominierende Lettlands Weg verfügte kaum über Mitglieder und hielt sich doch bis 2002 im Parlament³⁰². Ein direkter Zusammenhang lässt sich hier m.E. nicht erkennen.

²⁹⁸ Pinto-Duschinsky, Michael: Supporting new democracies, in: Naßmacher, Karl-Heinz (ed.): Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S. 297-320, S.303-309.

²⁹⁹ Schlussfolgerungen entstanden durch einen Forschungsaufenthalt des Verfassers bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Tallinn (August-Oktober 2004) und gelegentlichen Gesprächen mit Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. und der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

³⁰⁰ Interviews mit Vertretern der Parteien Reformpartei, Zentrumspartei, Res Publica, Volkunion, Sozialdemokratische Partei Estlands.

³⁰¹ Smith-Sivertsen, Hermann: Why bigger party membership organisations in Lithuania than in Latvia 1995-2000?, in East European Quarterly, Vol. 38, No.2, 2004, S. 215-259, S.224.

³⁰²Ebd., S.224.

Mitte der 1990er Jahre verzeichnete Smith-Sivertsen durchschnittliche Mitgliedswerte für Parlamentsparteien in Litauen und Lettland. Durchschnittlich 4600 waren es in Litauen, während es in Lettland nur wenig mehr als 900 waren. Er sieht folgende Gründe für eine höhere Partizipationsbereitschaft in Litauen: Die Mitgliedsbeiträge in Lettland stellen für potentiell Interessierte teilweise eine Hürde dar; es gibt eine höhere Politisierung in Litauen und der religiöse Aspekt ist für Mitglieder bedeutsamer als in Lettland sowie die benötigten Personalressourcen durch die notwendige Besetzung kommunaler Ämter fördert den Beitritt zu litauischen Parteien³⁰³. Gleichzeitig stellt er eine Entwicklung fest, die einem Aufholprozess lettischer gegenüber litauischen Parteien erkennen lässt, ohne dass sich die Werte absolut angleichen³⁰⁴.

In den osteuropäischen Transformationsstaaten verfügen die gewendeten kommunistischen Parteien, die sich meist Sozialdemokraten nennen, über die besten Parteistrukturen und die höchsten Mitgliederzahlen. Erst wenn sie dauerhaft keinen Erfolg haben und die Transformation voranschreitet, werden diese Parteien geschwächt werden. Die litauische KP hat bis 1994 über 70.000 Mitglieder verloren, gleichwohl sie sich an der Macht halten konnte, bzw. gewählt wurde³⁰⁵. Trotzdem blieb sie die organisatorisch dominierend und die mitgliederstärkste Partei im Baltikum. Einen positiven Effekt kann dies wohl in Litauen gehabt haben, indem die Nachfolgepartei der KP Litauens zwingendes Vorbild wurde, an der sich andere Parteien orientieren, um bestehen zu können³⁰⁶.

Dieser Mitgliederschwund weist erneut auf die opportunistische Grundhaltung hin, unter der die ehemaligen führenden Staatsparteien litten. Es war ein Prozess der Selbstreinigung nach 1989/90.

³⁰³Ebd., S.225.

³⁰⁴ Ebd., S.227f.

³⁰⁵ Dauderstädt Michael / Gerrits, André / Márkus, György G.: Troubled transition. Social democracy in East Central Europe, Amsterdam 1999, S.79ff.

³⁰⁶ Smith-Sivertsen, Hermann: Why bigger party membership organisations in Lithuania than in Latvia 1995-2000?, in East European Quarterly, Vol. 38, No.2, 2004, S. 215-259, S.240.

Insgesamt sind die organisatorischen Möglichkeiten der meisten Parteien nicht so gut, wie es in westlichen Parteiendemokratien der Fall ist. Gerade durch die fehlenden Organisationsstrukturen sind Parteien teilweise darauf angewiesen, mit bekannten Persönlichkeiten und populistischen Tönen Wahlkampf zu machen, um aufzufallen und Stimmen zu gewinnen³⁰⁷. Etablierte Parteien wie die estnischen Sozialdemokraten müssen sich im Wahlkampf aus finanziellen Gründen sehr stark auf die Unterstützer ihrer Partei und deren Mitglieder verlassen, um erfolgreich zu sein³⁰⁸. Allerdings ist die Beteiligung der freiwilligen Mitglieder einer Partei in Wahlkampfzeiten auch positiv zu bewerten, werden diese durch vielfältige Aktionen in die Partei integriert und an die Partei gebunden, was zu einer stabilen Basisunterstützung und Identifikation führen kann.

In den baltischen Ländern haben sich so gut wie keine Massenparteien entwickelt, sondern vornehmlich Honoratiorenparteien (cadre-parties: Smith-Sivertsen)³⁰⁹. Die fehlende Mitgliederbasis liegt u.a. an der tendenziellen Abgeschlossenheit der Parteien in Lettland und Litauen³¹⁰. Smith-Sivertsen sieht zwar keinen Zusammenhang zwischen dem Auswahlverfahren und der Mitgliedschaftsgröße, doch scheint es mir für meine Fragestellung ausreichend bei dieser Lage festzuhalten, dass administrative Mitgliederselektion ein Grund für die schwache Verankerung der Parteien zu sein scheint. Für Estland ist dieser Fall nicht bekannt, dort scheint es auszureichen, einen Mitgliedsantrag auszufüllen³¹¹.

Es wirkt befremdlich, wenn Parteien auf Verfahrensweisen zurückgreifen, die aus kommunistischen Parteien des ehemaligen Ostblocks stammen. In

³⁰⁷Choe, Yonhok, Elections and party systems, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.32-61, S.60f.

³⁰⁸ Gespräch mit dem Abgeordneten Jarno Laur (ESDP) im Riigikogu, 10. März 2005 in Tallinn (R.W.). Laur verwies in diesem Gespräch auf die schlechte Finanzausstattung der Partei für die bevorstehenden Kommunalwahlen im Oktober 2005. In den Wochen vor den Kommunalwahlen war der Verfasser in Tallinn und kann den Rückgriff auf die Parteibasis im Wahlkampf subjektiv bestätigen.

³⁰⁹ Smith-Sivertsen, Hermann: Why bigger party membership organisations in Lithuania than in Latvia 1995-2000?, in East European Quarterly, Vol. 38, No.2, 2004, S. 215-259, S.218.

³¹⁰Ebd., S.228f / S. 236.

³¹¹ Meinung des Verfassers nach Ansicht der Internetauftritte der estnischen Parteien (R.W.).

liberalen Demokratien sollte jeder Wahlberechtigte auch die Möglichkeit haben einer Partei beizutreten, von der er glaubt seine Interessen am besten zu vertreten zu sehen und nicht auf die positive Empfehlung eines anderen Mitgliedes angewiesen zu sein.

3.6 Politische Partizipation in den baltischen Staaten

Menschen partizipieren in unterschiedlichster Weise an der Politik. Viele engagieren sich in Parteien, Andere spenden Geld und Zeit an Parteien während des Wahlkampfes, wieder Andere beteiligen sich an der Willensbildung durch Wahlbeteiligung, schreiben an ihre Politiker oder an Zeitungen. Die Vielfalt der Beteiligungsmöglichkeiten besteht natürlich auch in den baltischen Ländern, weshalb in diesem Abschnitt geklärt werden soll, welches die gängigsten Wege sind, die von den Bürgern eingeschlagen werden. Die Standardfragen, die in der Politikwissenschaft hierzu gestellt werden sind: wer beteiligt sich wann und wie an der Politik?

Die meisten Bürger nehmen über Wahlen an der politischen Willensbildung teil, wobei der Anteil der jeweiligen Bürger von Norden nach Süden zunimmt. Überraschenderweise sind Spenden die zweithöchste Beteiligungsform in allen drei Ländern, an denen sich bis zu einem Fünftel aller Berechtigten beteiligen. Auch die Kontaktaufnahme mit öffentlichen Institutionen wird als Beteiligungsmöglichkeit häufig herangezogen. Die Beteiligung erfolgt neben den Wahlen besonders durch besser ausgebildete und in Estland auffallend mehrheitlich durch Männer, während in Estland Frauen häufiger wählen gehen. Gleichzeitig beteiligen sich auch die indigenen Bevölkerungen stärker als die nicht-baltischen Gruppen³¹². Es trifft also in den baltischen Ländern zu, was sich auch in anderen Demokratien wiederfinden lässt, dass mit dem Bildungsgrad die Beteiligung an der politischen Willensbildung zunimmt. Die höheren Beteiligungsraten von Staatsbürgern lassen sich durch die Gesetzgebung erklären, nach der z.B. in Estland nur Staatsbürger wählen dürfen oder einer Partei beitreten dürfen.

³¹² Choe, Yonhyok / Ahlqvist, Anders: Political participation in the Baltic states, in: Loftson, Elftar / Choe, Yonhyok (Eds.): Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.62-75, S.68ff.

Die von Choe / Ahlqvist herangezogenen Befragungen offenbaren aber auch eine Bestandsaufnahme, nach der Viele sich nicht an Wahlen beteiligen, weil sie wie oben bereits angedeutet entweder nicht das Recht dazu haben oder weil sie der Ansicht sind, ihre Stimmabgabe würde an der Politik nichts ändern³¹³. Diese Entwicklung wäre besorgniserregend, könnte man die Zahl derer quantifizieren und feststellen, ab wann sich Wahlenthaltung in Demokratien destabilisierend auswirkt. Derartige Werte gibt es in der Demokratietheorie aber nicht. Einzig die Legitimation wird durch eine höhere Wahlbeteiligung verbessert. Die Zahl derer, die sich durch keine Partei angesprochen fühlen liegt in Litauen und Estland bei etwa 10 Prozent, während es in Lettland nur 5 Prozent sind³¹⁴. Wie zutreffend solche Zahlen tatsächlich sind kann hier nicht beantwortet werden. Es sei aber darauf hingewiesen, dass diese Aussage auch durch andere Faktoren herbeigeführt werden kann. Wer möchte sich schon als uninformiert zu erkennen geben, wenn es um Politik geht. Jeder hat eine Meinung. Nur sich über Parteien zu informieren kostet Zeit, also ist die Antwort der „fehlenden Partei“ auch eine Ausflucht aus einer möglicherweise als unangenehm empfundenen Situation.

3.7 Personen statt Programme!?

In den baltischen Ländern ist zu konstatieren, dass die Wähler den Parteien als solche wenig Vertrauen entgegenbringen. Insbesondere in der Anfangszeit verzichteten die Parteien auf den Parteizusatz im Namen, um ihre Wahlchancen nicht zu riskieren. Diese Einstellung findet sich besonders in Lettland bis heute, während sie in Litauen und Estland nicht mehr so stark verbreitet ist, wie zu Beginn der 1990er Jahre. Die Wähler orientieren sich auch nicht primär an Parteiprogrammen, sondern an Persönlichkeiten, die eine Partei repräsentieren. Besonders Lettland ist hier hervorzuheben. In Litauen ist dieses Verhalten ebenfalls zu beobachten³¹⁵. Während eines Aufenthaltes in Tallinn bestätigten Prof. Helme und der damals in Berlin

³¹³ Ebd., S.73.

³¹⁴ Ebd., S.74.

³¹⁵ Vgl. Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004, S.181f.

amtierende Verteidigungsattaché Terras die Bedeutung der Person auf die Wahlentscheidung in Estland gegenüber dem Verfasser³¹⁶. Die Folge der Personenfokussierung ist eine Ermutigung populärer Persönlichkeiten zur Gründung eigener Parteien mit z.T. deutlichen Erfolgschancen. Außerdem wird die innerparteiliche Struktur von Parteien durch Einzelpersonen und die sie umgebenden Gruppen in die Lage versetzt die Parteienlandschaft durch Abspaltungen zu verändern. Sehr gut zu beobachten ist dies in Lettland³¹⁷. In Estland fand dieser Prozess bis Mitte der 1990er Jahre statt. In Litauen gibt es ebenfalls Beispiele, von denen das Beispiel Rolandas Paksas am auffälligsten ist. Er war ursprünglich in der TS-LK aktiv und für sie als Bürgermeister in der Hauptstadt Vilnius, danach trat er 2000 der bis dahin erfolglosen Vereinigung der Liberalen Litauens bei. Nach dem Ende seiner Minderheitsregierung und dem anstehenden Präsidentschaftswahlkampf gründete der populäre Paksas seine eigene Partei (Litauische Liberaldemokraten), um 2004 mit einer neuen Vereinigung anzutreten³¹⁸.

Auf der anderen Seite sind bekannte Personen in Umbruchzeiten bedeutsam, um eine neue Partei überhaupt zum Erfolg zu bringen. Das sich diese Persönlichkeiten verhielten wie ein Wanderzirkus ist allerdings negativ für ein Parteiensystem, weil keine Kontinuität entstehen kann und die programmatische Etablierung hierdurch gestört wird, den Wählern keine programmatischen Alternativen sichtbar aufgezeigt werden können, weil die Parteien ebenfalls zu sehr auf die Person konzentriert sind.

Die Konsequenzen der Personalisierung sind aber auch in der Regierungsbildung wiederzufinden. Parteiführer, die nicht miteinander arbeiten können gehen auch keine Koalition ein bzw. nur für kurze Zeit, um diese wegen persönlicher Querelen zum Platzen zu bringen. Auf der anderen Seite finden Koalitionsbildungen statt, die ideologisch nicht kombinierbar erscheinen, in denen sich die Führungspersonen aber kennen und schätzen. Die Kompromissbildung wird hierdurch stark behindert und stattdessen die Konfrontation bevorzugt. Besonders in Litauen und Lettland fallen diese Einstellungen

³¹⁶ Gespräch mit Rein Helme und Riho Terras im August 2003 in Tallinn.

³¹⁷ Vgl. Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004, S.181f.

³¹⁸ Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2 / 2005, S. 326-348, S.338.

auf³¹⁹. In Estland sind die bekannten Persönlichkeiten der Politik inzwischen in den verschiedenen Parteien angekommen, und es besteht die Möglichkeit dem Parteiensystem mehr Stabilität zu verleihen. Daraus ist aber nicht zwingend abzuleiten, dass sich das Parteiensystem jetzt dauerhaft festigen muss. Das estnische Parteiensystem hat gegenwärtig nur eine bessere Ausgangsposition zur Verbesserung der Stabilität des Parteiensystems als z.B. Lettland.

3.8 Zusammenfassung

Die Parteienlandschaft in den drei Ländern ist sehr vielfältig. In Estland lässt sich erkennen, dass seit 1994 nur noch zwei wirklich neue Parteien entstanden sind, wobei nur die Res Publica sich 2002 erstmalig als Partei definierte, während die Reformpartei ein Abspaltungsprodukt von Pro Patria ist. In allen drei Ländern verläuft weiterhin ein Fusionsprozess in der Parteienlandschaft, dessen Ende noch nicht absehbar ist. In Estland ist er am weitesten vorangeschritten sein, gefolgt von Litauen. In Lettland ist ein Ende des Fusions- und Neubildungsprozesses noch nicht absehbar. In Litauen ist die Entwicklung der Parteienlandschaft erst 1999 wieder verstärkt eingetreten und erreichte den vorläufigen Scheitelpunkt 2004. In Estland fusionierten Parteien aus dem Parlament meist mit anderen Parlamentsparteien und kleineren Parteien. In Lettland werden eher neue Parteien gegründet und in Litauen finden sich beide Optionen der Fusion und der Neugründung wieder. Im Wesentlichen sind es zwei Parteien, die sich während der Unabhängigkeitsbewegung parallel zur Volksfront organisierten und bis heute in anderer Form weiterbestehen. Dies sind die Parteien TB-LNNK (Lettland) und die Partei Res Publica, die sich aber erst 2002 als Partei konstituierte. Die litauische LDDP bestand als KP Litauen bereits vorher. Alle anderen Parteien, die sich während der Unabhängigkeitsbewegung gründeten sind in verschiedenen anderen Parteien aufgegangen oder von der politischen Bühne verschwunden. Die ehemaligen kommunistischen Parteien Estlands und Lettlands sind bedeutungslos geworden, während die litauische KP es durch

³¹⁹ Vgl. Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004, S.182ff.

die Popularität Brazauskas und der nationalen Ausrichtung schaffte, sich im Parteiensystem zu etablieren und seit der Unabhängigkeit eine wichtige Konstante im litauischen Parteiensystem zu bilden.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich ethnische Parteien dauerhaft etablieren können, weil die Minderheiten viel zu heterogen sind. Es gibt die ethnischen Minderheiten aus der Zwischenkriegszeit, Zugewanderte seit 1940, die sich integrieren konnten, und Integrationsunwillige etc. Jubulis konstatiert für Lettland dieses Faktum³²⁰ und es erscheint logisch, dass dies auch auf Estland zutrifft. Diese Heterogenität führt zu einer unterschiedlichen Interessenlage die sich nicht an der ethnischen Zugehörigkeit orientiert und damit den ethnischen Konflikt entschärft und nicht destabilisierend wirken kann.

Die Demokratie als Regierungsform wird in allen drei Ländern vor anderen, insbesondere autoritären Regimes, bejaht. Obwohl Viele von der allgemeinen Entwicklung enttäuscht sind, sehen Mehrheiten in allen baltischen Ländern die Alternativen aus historischen Gründen noch schlechter an. Außerdem hoffen die Menschen auf eine bessere demokratische Zukunft³²¹. Auf der anderen Seite besitzt die Alternative eines ‚starken Mannes an der Spitze‘ besonders in Litauen und Lettland eine recht hohe Popularität, die allerdings nicht mehrheitsfähig ist, weil die Demokratie parallel dazu bejaht wird. Gleichzeitig gehören die Parteien zu den Institutionen, denen das geringste Vertrauen entgegengebracht wird. Auf der anderen Seite erkennen die meisten Bürger in den baltischen Staaten das Prinzip der Parteiendemokratie durchaus an. Von der schlechten Institutionenbewertung ist der Staatspräsident, weil er keine Erwartungen enttäuschen, kann ausgenommen.

Die Akzeptanz der Marktwirtschaft ist in Estland am Höchsten. Die Werte Lettlands und Litauens sind deutlich niedriger, wobei Litauen keine sichere Mehrheit aufweisen kann.

³²⁰ Jubulis, Mark, A.: Nationalism and democratic transition, Lanham / Oxford 2001, S.189. Bestätigt auch durch ein Gespräch mit Rein Helme, geführt im August 2003 mit dem Verfasser (R.W.).

³²¹ Vgl. Nörsgaard, Ole / Johannsen, Lars (ed.): The Baltic states after Independence, 2nd Edition, Cheltenham 1999, S.97f.

Die Konfliktlinien in den baltischen Ländern sind für das Wahlverhalten nur teilweise zuordnungsfähig bzw. nicht in allen Fällen ausschlaggebend für die Formierung und Stabilisierung der Parteiensysteme. In Estland und Litauen sind zwar Konflikte den Parteien zuordnungsfähig, aber diese gesellschaftlichen Konflikte haben keinen ausreichenden Einfluss auf die Parteiensysteme, um diese zu stabilisieren bzw., um als grundlegende Konfliktlinie zu gelten. Ausnahmen hiervon sind der Stadt-Land-Konflikt und der Konflikt Gewinner vs. Verlierer der Transformation. Ursächlich für die schwache Ausprägung der Konflikte ist das Agenda-setting der Parteien, die kurzfristige Konflikte thematisieren, um Erfolg zu haben und die längerfristigen Konflikte vernachlässigen³²². In Lettland sind die Konflikte nur sehr schwer bis gar nicht zuordnungsfähig, was auf die regelmäßige Entstehung neuer Parteien entlang persönlicher Präferenzen und kurzfristiger Probleme zurückzuführen ist.

Die baltischen Parteien lassen sich entgegen des Urteils von Reetz³²³ durchaus in ein Links-Rechts-Schema einordnen. Allerdings muss hier einschränkend festgehalten werden, dass es keine Einteilung ohne Probleme geben kann, wenn sich die Parteien in einzelnen Punkten von der Schematisierung abheben. In Lettland allerdings ist die Einteilung nur schwierig zu bewerkstelligen, weil die zahlreichen neuen Parteien nur über ein schwaches ideologisches Fundament verfügen. Lettland bildet in diesem Sample aber eine Ausnahme.

Wie sehr es besonders im Bereich der Parteiensystemforschung an eindeutigen Erkenntnissen mangelt und wie schwer die letztendliche Urteilsfindung sein kann, ist am Beispiel Litauens exemplarisch zu erkennen. Loftsson / Choe gehen davon aus, dass gerade die durch das Wahlsystem bedingte Fragmentierung des litauischen Parlaments ein Zeichen von fehlender Stabilität ist³²⁴, während andere Wissenschaftler bis zu den Wahlen 2000 von einem

³²² Vgl. Jurkynas, Mindaugas: Emerging cleavages in new democracies: The case of Lithuania, in: Journal of Baltic Studies (JBS), Vol. 35, Nr. 3 (Fall 2004), S. 278-296, S. 293f.

³²³ Vgl. Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004, S.138.

³²⁴ Choe, Yonhyok: Elections and party systems, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.48-61 S.61.

tendenziell bipolaren Parteiensystem und einer vergleichbar hohen Stabilität sprachen³²⁵.

Gemessen am Organisationsgrad sind die baltischen Parteiensysteme sehr unterschiedlich. Den höchsten Organisationsgrad erreicht Estland mit über vier Prozent, gefolgt von Litauen und Lettland am Schluss. Besonders gesetzliche Vorgaben scheinen die Mitgliederwerbung in Estland und Litauen zu fördern. In Lettland gibt es bisher keine wirkungsvollen Vorgaben, die die Parteien dazu bringen könnten, Mitglieder zu werben. Möglicherweise ist dies in Lettland aber auch gewollt. Mitgliedsbeiträge sind zwar in allen Ländern für Viele sicherlich zu hoch, aber in vielen Parteien müssten sie auch nichts zahlen, womit die Mitgliedsbeiträge als Grund für niedrige Mitgliedszahlen im Allgemeinen ausfallen.

Die lettischen Parteien verfügen über kaum vorhandene Wurzeln im Elektorat, worin sicherlich ein wichtiger Aspekt der fehlenden Stabilisierung zu erkennen ist. Litauen würde selbst nach 2000 und 2004 weiterhin zu den stabilen Parteiensystemen gerechnet werden müssen, entspricht der Organisationsgrad doch in etwa dem Frankreichs³²⁶. Der Organisationsgrad alleine ist also auch nicht ausreichend, um einem Parteiensystem Stabilität zuzuerkennen, besonders, wenn die mitgliederstärksten Parteien nicht in ein Parlament einziehen, wenn man als Vorgriff an das litauische Parteiensystem bis 2000/2004 denkt, als diesem Stabilität unterstellt wurde. Insgesamt dominieren in den drei Ländern Honoratiorenparteien oder quasi-Honoratiorenparteien. Weitere Faktoren müssen also berücksichtigt werden.

4. Wahlen in den baltischen Ländern

Es besteht Konsens in der Überzeugung, Wahlen seien das bestimmende Element für die Konfiguration eines Parteiensystems. Vor der Demokratisierung prägte das in der Sowjetunion gebräuchliche Mehrheitswahlrecht die osteuropäische Staatenwelt. Dieses absolute Mehrheitswahlrecht verlor aber

³²⁵ Vgl. Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004, S.120f.

³²⁶ Smith-Sivertsen, Hermann: Why bigger party membership organisations in Lithuania than in Latvia 1995-2000?, in: East European Quarterly, Vol. 38, No.2, 2004, S. 215-259, S.231.

zunehmend an politischer Zustimmung, und ein Wandel hin zum Verhältniswahlrecht begann. Bereits die Gründungswahlen in den Transformationsstaaten fanden unter dem Vorzeichen der Verhältniswahl statt³²⁷.

Wahlen und die Ausgestaltung des Wahlrechts haben Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Partizipation der Staatsbürger und der damit verbundenen Legitimation eines politischen Systems. Wahlen sind Bestandteil eines Institutionensets, das Entscheidungsmuster impliziert und gesellschaftliche Konflikte und Richtungen determiniert. Sie zeigen außerdem an, ob sich Demokratien beginnen zu stabilisieren bzw. stabilisiert sind. Je häufiger Wahlen in regelmäßigen Abständen stattfinden, desto wahrscheinlicher ist die Konsolidierung eines politischen Systems festzustellen. Junge Demokratien benötigen aber nicht zwingend eine hohe Partizipation um sich als Demokratie zu konsolidieren. Zu Beginn des Transformationsprozesses sind die Wahlbeteiligungen traditionell relativ hoch, um dann aus einer zunehmenden Enttäuschung wieder zurückzugehen. Dieser Rückgang an Partizipationsbereitschaft der Wähler ist nicht gleichbedeutend mit einer fehlenden Konsolidierung des Systems³²⁸.

4.1 Wahlsysteme

Seit der Unabhängigkeitsbewegung gab es in den Wahlsystemen der drei hier zu untersuchenden Länder massive Veränderungen. In allen Ländern hat sich ein Einkammersystem etabliert. Proportionale Repräsentation gilt in allen drei Ländern.

Litauen hat sich 1992 für ein kombiniertes Wahlsystem ausgesprochen. Hiernach werden 70 Mitglieder des Seimas durch Verhältniswahl und 71 Abgeordnete durch Mehrheitswahl bestimmt (Grabenwahl). Das litauische Wahlgesetz lässt grundsätzlich zu, dass Einzelkandidaten sich selber zur Wahl stellen können, wenn sie die nötigen Unterschriften in Höhe von 1000 beibringen können. Das Alter für das passive Wahlrecht liegt in Litauen

³²⁷ Beyme, Klaus von: Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.23-56, S.29.

³²⁸ Huntington, Samuel P.: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1991, S.265.

abweichend von Estland und Lettland (21 Jahre) bei 25 Jahren³²⁹. Vor den Wahlen 2004 wurde das Wahlgesetz geändert, um die Arbeitspartei von Uspaskich nicht zu erfolgreich werden zu lassen. Entsprechend des neuen Gesetzes müssen Direktkandidaten neuerdings die absolute Mehrheit erhalten (bei einer Mindestbeteiligung von 40 Prozent), um gewählt zu sein. Bei einer geringeren Beteiligung wird die zweite Wahlrunde erreicht, wenn die Kandidaten mindestens 20 Prozent im Wahlkreis erhielten³³⁰. Einzelkandidaten sind meist nicht sehr erfolgreich. Bei der Wahl von 1996 konnten nur 5 Einzelkandidaten ein Abgeordnetenmandat erlangen.

Litauen kennt in seinem Wahlrecht zwei Sperrklauseln. Die erste ist die 5 %-Hürde für Parteien und 7 % für Wahlbündnisse bestehend aus mehreren Parteien³³¹. Eine Regelung vergleichbar der bundesdeutschen 3-Mandate-Regel kennt das litauische Wahlsystem nicht. Bei kleineren Parteien sorgte die Einführung einer Sperrklausel und deren Erhöhung von 4% auf 5% für Aufregung, sie sahen sich in ihrer politischen Chancengleichheit bedroht. Um die parlamentarische Effizienz und Regierungsbildung zu verbessern sind die Hürden in Litauen unabdingbar, will man nicht Gefahr laufen, polnische Verhältnisse mit seinem Vielparteiensystem zu bekommen. Das Wahlsystem Litauens bleibt auch mit Hürden ein demokratisches Wahlsystem³³². Seit 1996 kann der Wähler die Reihenfolge der Listenkandidaten selber durch Streichung bestimmen³³³. Die politischen Parteien können dadurch keine sicheren Listen erstellen. Als Mittel gegen die in Litauen verbreitete Parteienverdrossenheit mag dies positiv zu vermerken sein, verkompliziert aber das Wahlsystem.

³²⁹Choe, Yonhyok: Democratic institutionalisation and the electoral systems in the Baltic states, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.32-47, S.33.

³³⁰ Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2/2005, S.326-348, S.341.

³³¹ Sileikis, Egidijus: Das Wahlrecht in Litauen, in: Manssen, Gerrit, Banaszak, Boguslaw: Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1999, S.43-63 S.49.

³³² Sinkevicius, Vytautas: Entwicklung des Wahlsystems zum Seimas der Republik Litauen, in: Manssen, Gerrit, Banaszak, Boguslaw: Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1999, S.65-71, S.70f.

³³³ Sileikis, Egidijus: Das Wahlrecht in Litauen, in: Manssen, Gerrit, Banaszak, Boguslaw: Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1999, S.43-63, S.50.

Eine weitere Hürde sieht vor, dass zur Gültigkeit einer Wahl mindestens 25 % aller Wahlberechtigten gewählt haben müssen³³⁴.

In Estland wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Die 101 Abgeordneten werden in elf Mehrpersonenwahlkreisen nach der d'Hondt Methode gewählt. Die Zahl der in den Wahlkreisen zu vergebenden Mandate variiert entsprechend der Bevölkerungsgröße.

Abb.1 Wahlbezirke und Mandatsverteilung in Estland



Quelle: Informationsbroschüre des Riigikogu (2003): Weiß= Anzahl der Mandate, Schwarz /=Wahlkreis

Wie in Litauen gibt es in Estland eine 5%-Klausel für Parteien, aber keine für Wahlbündnisse. Das Ergebnis war die Bildung von Wahlallianzen, die nach den Wahlen auseinander brachen und eigene Fraktionen bildeten. Diese Umgehungsmöglichkeit der Wahlhürden wurde vor den Wahlen 1999 aufgehoben³³⁵. Die Wahl erfolgt nicht nach starren Listen, sondern mit Einzelstimmgebung. Gewählt ist, wer die einfache Wahlzahl erreicht. Die Reststimmen werden entsprechend der Parteien auf Wahlkreisebene addiert.

Erreicht in diesem Schritt ein Kandidat die Wahlzahl, so gilt er als gewählt.

³³⁴Sinkevicius, Vytautas: Entwicklung des Wahlsystems zum Seimas der Republik Litauen, in: Manssen, Gerrit, Banaszak, Boguslaw: Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1999, S.65-71, S.69.

³³⁵Fitzmaurice, John: The parliamentary election in Estonia, March 1999, in: Electoral Studies, Vol. 20, 2001, Nr. 1, S.141-146, S.142 und Lagerspetz, Mikko / Maier, Konrad: Das politische System Estlands, in: Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.69-107, S.85.

In einem dritten Schritt werden die verbliebenen Stimmen auf nationaler Ebene addiert. Für die Vergabe der Restmandate wird die 5%-Klausel berücksichtigt, bzw. ob eine Partei drei Direktmandate in der ersten Auszählung erreicht, und nach einem modifizierten d'Hondt-Verfahren auf die Kandidaten verteilt. Ein Wahlkreismandat kann nur erlangt werden, wenn der Kandidat mindestens 10 % der abgegebenen Stimmen erzielen konnte. Die meisten Mandate werden über die nationalen Listen verteilt³³⁶.

In Lettland wird das Parlament ebenfalls durch Verhältniswahl zusammengestellt. Das Land wurde durch das Wahlgesetz in 5 Wahlbezirke aufgeteilt. Die lettische Hauptstadt Riga ist wegen ihrer Größe ein eigener Wahlbezirk. Neben Riga gibt es noch die Bezirke Semgallen, Livland, Kurland und Lettgallen. Wie in Estland und Litauen gibt es in Lettland keine starren Listen. Die lettischen Bürger können bei der Wahl ihnen genehme Kandidaten ankreuzen und nicht gewünschte Kandidaten durchstreichen, ohne Begrenzung: Allerdings gilt dies nur für die Kandidaten der Partei, die sie wählen. Bis 1995 gab es in Lettland eine 4%-Hürde. Zu den Wahlen 1995 wurde diese auf 5 Prozent erhöht.

Lettland bietet aber zusätzliche Besonderheiten des Wahlsystems. Die Wähler sind nicht an ein bestimmtes Wahllokal gebunden, sondern können ein beliebiges Lokal aufsuchen, um dort zu wählen. Zudem sind die Kandidaten nicht auf Wahlbezirke festgelegt, sondern können auf allen Listen der Partei in den Wahlbezirken auftreten³³⁷. Sollte ein Kandidat also in mehreren Bezirken gewählt worden sein, so muss er sich für einen Sitz im Saeima (Parlament Lettlands) entscheiden. Die übrigen Sitze werden an andere Kandidaten vergeben. Das Zählverfahren erfolgt nach der Methode Saint Lague³³⁸.

³³⁶ Nohlen, Dieter/Kasapovic, Mirjana: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, Opladen 1996, S.62. Dort findet sich auch eine ausführliche Darstellung der praktischen Auswirkungen des Wahlsystems ohne 10 % Voraussetzung. Zu den Wahlen 1995 wurde ein Kandidat mit nur 98 Personalstimmen in den Riigikogu gewählt, während der ehemalige Außenminister Luik mit 4573 die meisten Stimmen seiner Liste erhielt, wegen des niedrigeren Listenplatzes aber nicht gewählt wurde.

³³⁷ Schmidt, Thomas: Das politische System Lettlands, in: Ismayr, Wolfgang: Politische Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.109-147, S.130.

³³⁸ Davies, Philip John / Ozolins, Andrejs Valdis: The 1998 parliamentary election in Latvia, in: Electoral Studies, Vol. 20, 2001, Nr.1, S.135-141, S.136.

In allen Ländern dieser Region müssen Kandidaten eine Kautions hinterlegen, um die Ernsthaftigkeit ihrer Kandidatur zu beweisen. In Estland sind es ca. 75 \$, in Lettland 1000 Lati (1500 Euro) und in Litauen 20 Durchschnittslöhne. Unter bestimmten ergebnisorientierten Bedingungen wird diese Kautions zurück erstattet³³⁹. Loftsson / Choe sehen in dieser Praxis keine Diskriminierungen. Dieses Urteil kann für Lettland und Litauen aber nur eingeschränkt gelten. Alle drei Länder haben nicht sehr hohe Durchschnittslöhne. Der BIP-Pro-Kopf-Anteil in Lettland liegt bei 3400 Euro, was einem ungefähren Monatsschnitt von 280 €entspricht³⁴⁰. In Litauen liegt der Wert gar nur bei 260 Euro pro Monat³⁴¹. Mit 20 multipliziert muss ein Kandidat in Litauen mindestens 5200 Euro aufbringen, um zu kandidieren, dies entspricht also fast zwei Jahreslöhnen. Dieses Beispiel macht deutlich, dass nur eine bestimmte Gruppe kandidieren darf/kann. Die Elitenbildung wird bereits durch die Wahlgesetzgebung begünstigt und ist wenigstens zu hinterfragen. Ein negativer Einfluss auf die Konsolidierung eines politischen Systems kann hierdurch aber nicht festgestellt werden.

4.2 Wahlen seit 1991

4.2.1 Wahlen zu den nationalen Parlamenten

Alle baltischen Länder haben seit der Unabhängigkeit 1991 vier Wahlen durchgeführt. Alle Wahlen hatten fragmentierte Parlamentszusammensetzungen zum Ergebnis. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden in die Tabellen nur die Parteien einbezogen, die die jeweilige Sperrklausel überwunden haben. Die verbleibenden Parteien wurden als Einzelkandidaten bzw. Sonstige verwertet.

³³⁹ Choe, Yonhyok: Democratic institutionalisation and the electoral systems in the Baltic states, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.32-47,S.33f.

³⁴⁰ Meyer, Dagmar: Lettland im Überblick, in: Der Bürger im Staat, Jg.54, Heft 2/3, 2004, S. 132-133, S.132.

³⁴¹ Meyer, Dagmar: Litauen im Überblick, in: Der Bürger im Staat, Jg. 54, Heft 2/3, 2004, S.154-155, S.155.

Tab. 1 Wahlen zum Riigikogu in Estland

Parteien	1992	1995	1999	2003
Vaterland /Isamaa	22 % / 29	7,9 % / 8	16,1 % / 18	7,3 % / 7
Sichere Heimat	13,6 % / 17	-----	-----	-----
Volksfront	12,2 % / 15	-----	-----	-----
Gemäßigte	9,7 % / 12	6,0 % / 6	15,2 % / 17	7,0 % / 6
Est. Nat. Unabhängigkeitspartei	8,7 % / 10	-----	-----	-----
Unabhängige Royalisten	7,1 % / 8	-----	-----	-----
Estnische Bürger	6,8 % / 8	-----	-----	-----
Reformpartei	-----	16,2 % / 19	16 % / 18	17,7 % / 19
Zentrum	-----	14,2 % / 16	23,4 % / 28	25,4 % / 28
Rechte	-----	5,0 % / 5	-----	-----
Sammlungspartei	-----	32,2 % / 41	7,6 % / 7	-----
Unser Heim ist Estland	-----	5,9 % / 6	-----	-----
Landvolkpartei	-----	-----	7,3 % / 7	-----
Vereinigte Volkspartei	-----	-----	6,1 % / 6	-----
Estonian people's Union - Volksunion	-----	-----	-----	13,0 % / 13
Res Publica	-----	-----	-----	24,6 % / 28
Sonstige	19,9 % / 2	12,6 % / 0	8,3 % / 0	5 % / 0

Quellen: <http://www.vvk.ee> Anteil in Prozent / Anzahl der Mandate

Die Wahlen zum estnischen Parlament weisen auf den ersten Blick auf eine starke Zersplitterung des estnischen Parteiensystems hin. Dieser Eindruck ist aber nur bedingt richtig. Im estnischen Parteiensystem findet ein Konzentrationsprozess statt, was zur Folge hat, dass zahlreiche, im Parlament vertretene Parteien mit anderen fusionierten.

Betrachtet man die „Sonstigen“, so lässt sich eine deutliche Abnahme seit Wiedergründung der estnischen Republik feststellen. Waren es 1992 noch 15 % der abgegebenen Stimmen, so sank dieser Anteil auf 5 % bei den letz-

ten Wahlen im Jahre 2003 (1995: 12,6 %; 1999: 8,3 %). Die Wähler scheinen sich ihre Stimmabgabe besser zu überlegen. Ein Wert von 5 Prozent für die „Sonstigen“ ist z.B. auch in der Bundesrepublik nicht ungewöhnlich. Weiter haben sich im Laufe der Zeit verschiedene kleine Parteien miteinander verbunden und damit die Parteienzahl reduziert (Pro Patria, Zentrums-
partei, Gemäßigte). Dieser Fusionsprozess ist immer noch im Fluss. Es bildeten sich jedoch seit der Unabhängigkeit einige Konstanten heraus. Zentrums-
partei, Pro Patria und Sozialdemokratische Partei Estlands sind (teilweise unter neuen Namen) seit 1993 immer im Parlament vertreten ge-
wesen. Den Abschluss des Fusionsprozesses kann man auf die Zeit vor den letzten Wahlen 2003 legen, als nur noch eine neue Partei (ohne jegliche Er-
fahrung) in das Parlament einzog.

Auch in Lettland und Litauen findet weiterhin ein Konzentrationsprozess im Parteiensystem statt.

Tab. 2 Wahlen zum Saeima in Lettland

Partei	1993	1995	1998	2002
Lettlands Weg (LC)	32,3 % / 36	14,6 % / 17	18,1 % / 21	4,88 % / 0
Lettlands Natio- nale Unabhän- gigkeitsbewe- gung (LNNK)	13,4 % / 15	6,1 % / 8		
Eintracht für Lettland (TSP)- Wiedergeburt der Volkswirt- schaft (ab 1995 nur noch TSP)	12 % / 13	5,6 % / 6	14,1 % / 16	
Lettlands Bau- ernbund (LZS)	10,6 % / 12	6,1 % / 7	2,5 % / 0	
Gleiche Rechte	5,8 % / 7			
Für Vaterland	5,4 % / 6	11,6 % / 14		

und Freiheit (TB)				
Lettlands Christ- demokratische Union (LKDS)	5 % / 6		2,3 % / 0	
Demokratische Zentrumspartei (DCP)	4,8 % / 5			
Demokratische Partei Saimnieks (DPS)		15,3 % / 18	1,6 % / 0	
Volksbewegung für Lettland (Siegerist)		15 % / 16	1,7 % / 0	
Lettlands Ein- heitspartei (LVP)	0,1 %	7,2 % / 8	0,5 % / 0	
Volkspartei (TP)			21,2 % / 24	16,6 % / 20
Vereinigung TB / LNNK			14,7 % / 17	5,38 % / 7
Vereinigung der Sozialdemokra- ten Lettlands (LSDA)			12,8 % / 14	
Neue Partei (JP)			7,3 % / 8	
Neue Zeit				23,9 % / 26
Erste Partei				9,54 % / 10
Bauernpartei / Grüne (Listen- vereinigung)				9,4 % / 12
Für die Rechte des Individuums in einem intgrierten Lett-				19 % / 25

land (PCTVL)				
Sonstige	10,7 %	18,5 %	11,8 %	11,2 %

Quellen: <http://www.web.cvkk.lv> und Schmidt, Thomas: Das politische System Lettlands, in: Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.109-147, S.121.

Die „Sonstigen“ bilden in Lettlands Wahlergebnissen eine sehr hohe Summe. Dieser hohe Anteil an ‚Papierkorbstimmen‘ lässt Rückschlüsse auf die Schwäche des Parteiensystems zu, dass Parteien in Lettland immer noch nicht in der Bevölkerung verwurzelt sind und die Wähler neuen Parteiangeboten gegenüber ungefestigter sind. Auch die regelmäßige Umformierung des Parteiensystems durch die Wahlen machen für die Zukunft wenig zuversichtlich. Die einzigen Konstanten bei Wahlen sind uneingeschränkt die konservative TB-LNNK und eingeschränkt Lettlands Weg, die Grünen und die Bauernunion sowie die Volkspartei. Diese vier Parteien erhalten aber zu wenige Stimmen, und so kommen immer wieder neue Parteien mit zum Teil sehr guten Ergebnissen in das lettische Parlament (z.B. Siegerist-Bewegung, PCTVL).

Tab. 3 Wahlen zum Seimas in Litauen

Partei	1992	1996	2000	2004
Litauische Demokratische Arbeitspartei (LDDP)	42,6 % / 67	9,5 % / 12 (10)	31,1 % 51 (28)	*20,6 % / 31 (15)
Vaterlandsunion / Litauische Konservative (TS/LK)	20,5 % / 18	29,8 % / 69 (33)	8,6 % / 9 (8)	14,7 / 25 (14)
Christdemokratische Partei Litauens	12,2 % / 9	9,9 % / 16 (11)	3,1 % 2 (0)	
Lit. Soz.dem.Partei (LSDP)	5,5 % / 8	6,6 % / 12 (7)		
Zentrumsvereinigung Litauens (LCS)	2,4 % / 2	8,2 % / 13 (9)	2,9 % / 2 (0)	9,2 % / 18 (11)
Wahlbündnis der Polen Litauens	2,8 % / 4	2,9 % / 1	2 % / 2 (0)	3,8 % / 2 (2)

Vereinigung der Liberalen Litauens		1,8 % / 1	17,3 % / 34 (16)	
Neues Bündnis Sozialliberale			19,6 % / 29 (18)	s. LDDP
Vereinigung der Inhaftierten und Vertriebenen Litauens	3,5 % / 5	1,5 % / 1		
Unabhängige	7	6	3	6
„Für Ordnung und Gerechtigkeit“				11,4 % / 10 (1)
Arbeitspartei				28,4 % / 39 (17)
Union der Bauernpartei und neuer Demokratie				6,6 % / 10 (5)
Sonstige	14 %	31,3 %	15,4 %	5,2

*Die LDDP (Demokratische Partei der Arbeit) ging in den Einzelwahlkreisen ein Bündnis mit der Neuen Union – Sozialliberale ein³⁴². Unterschiede entstanden durch Rundungen der Ergebnisse.

Quellen: <http://www.vrk.lt> und Tauber, Joachim: Das politische System Litauens, in: Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.149-184, S.169.

Die Wahlergebnisse in Lettland und Litauen zeigen sehr deutlich, wie sehr die Stimmen der Bürger auf die verschiedensten Parteien verteilt werden. Die Folge ist ein sehr hoher Anteil an ergebnislosen Stimmen, die z.T. ein Drittel der abgegebenen Stimmen betreffen (Litauen 1996). Die gewendete Kommunistische Partei in Litauen (LDDP) und die TS/LK sind die einzigen Parteien, die in allen drei Parlamenten vertreten waren. In Litauen ist der Anteil der sonstigen Parteien erst mit dem Wahljahr 2004 auf ein ‚normales‘ Niveau gesunken, allerdings sind gleich mehrere neue Parteien in das Parlament eingezogen, so dass hier im Gegensatz zu Estland nicht unbedingt von einem stabilisierten Parteiensystem ausgegangen werden kann, das die Wählerstimmen auf sich vereinigen kann.

Die Wahlen 2000 und 2004 in Litauen zeigen aber, wie schnell neue oder zuvor bedeutungslose Parteien an Stimmen gewinnen können. Dies weist in

³⁴² Vgl. Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen, in: ZParl, Heft 2 / 2005, S.326-348, S.343.

erster Linie auf eine noch sehr schwache Parteienidentifizierung hin. Die fehlende Identifikation hängt eng mit der Sicht auf Parteien und Politiker zusammen. Um diese Einschätzung zu verifizieren kann auch ein Aspekt der politischen Kultur in den baltischen Ländern herangezogen werden, nämlich die Einstellung der Bürger gegenüber den Parteien und der Demokratie als Regierungsform. Lettland weist in den 15 Jahren seit Beginn des Systemwechsels und des Konsolidierungsprozesses ein Phänomen der ‚Dritten Welle‘ auf. Die Unzufriedenheit der Wähler mit den regierenden Parteien erstreckt sich auch auf die parlamentarische Alternative, also die Opposition. Statt dieser nun zur Regierungsmehrheit zu verhelfen, neigen insbesondere Lettlands Wähler dazu, politischen Newcomern oder Außenseitern ihre Stimme zu geben. Dieses Phänomen zeigt sich eigentlich primär in Transformationsstaaten bei den zweiten Wahlen, wenn die erste Regierung die Erwartungen enttäuschte³⁴³, und nicht bei nahezu jeder nationalen Wahl. Die litauischen Parlamentswahlen 2000 resultierten aber auch aus den Versäumnissen der Parteien auf die gesellschaftlichen Entwicklungen zu reagieren; mit dem Ergebnis einer Änderung der Wählerpräferenzen³⁴⁴. In Litauen zeigt sich am Beispiel der liberalen Parteien, dass ein Zusammenschluss von zwei Parteien nicht zwangsläufig zu einer Summierung beider Stimmenpakete führen muss³⁴⁵. Loftsson und Choe sehen in Litauen das Problem, dass unabhängige Kandidaten durch das Wahlsystem begünstigt werden, sofern sie über eine entsprechende Anhängerschaft verfügen und erklären hieraus die Existenz zahlreicher kleinerer Gruppen³⁴⁶. Dies ist nur bedingt zutreffend, zeigt sich doch, dass die meisten Direktkandidaten zu den erfolgreichen Parteien gehen. Die Existenz der polnischen Minderheit als eigenständige Partei erklärt sich über die Befreiung von der Sperr-

³⁴³ Huntington, Samuel P.: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1991, S.266.

³⁴⁴ Vgl. Novagrockiene, Jurate: Elections to the Seimas 2000: Party system evolution or its transformation?, in: Jankauskas, Algimantas (Ed.) Lithuanian Political Science Yearbook 2000, Vilnius 2001, S.138-150, S.149.

³⁴⁵ Vgl. Sikk, Allan: How unstable? Volatility and the genuinely new parties in Eastern Europe, in: European Journal of political research, Vol. 44, No. 3, May 2005, S.391-412, S.393f. und: Der Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die baltischen Länder, Manfred Wiechmann, warnte im Vorfeld die Kooperationspartner vor diesem Schritt. Gespräch mit Manfred Wiechmann während des Forschungspraktikums in Tallinn August-Oktober 2004.

³⁴⁶ Choe, Yonhyok: Elections and party systems, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.48-61, S.56.

klausel, die heute allerdings nicht mehr besteht sowie die Konzentration in bestimmten Gebieten Litauens, die der organisierten Minderheit bis zu zwei Mandate bringt.

4.2.2 Europaparlamentswahlen 2004

Knapp einen Monat nach ihrem Beitritt zur Europäischen Union wurden die wahlberechtigten Bürger Litauens, Lettlands und Estlands zu den Wahlen gerufen. Das Europaparlament wird seit 1979 für eine Legislaturperiode von fünf Jahren in allgemeiner und direkter Wahl gewählt. Jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union wird eine bestimmte aber nicht an der Ländergröße orientierte Zahl an Abgeordneten zugestanden. Hierdurch kommt eine demographische Disproportion zustande³⁴⁷. Estland stellt mit sechs Mandatsträgern die wenigsten EP-Abgeordneten der drei Länder³⁴⁸. Lettland erhält neun Abgeordnete³⁴⁹ und Litauen dreizehn Abgeordnete³⁵⁰. Lettland und Estland wählen ihre Repräsentanten in Einerwahlkreisen (Lettland)³⁵¹ und Einwahlkreisen mit nationaler Liste (Estland)³⁵². In Lettland haben die Wahlberechtigten zusätzlich die Möglichkeit jeden einzelnen Kandidaten mit einer Plus- oder Minusstimme zu versehen³⁵³. Es gibt keine Sperrklauseln, d.h. die Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl sind gewählt.

Die geringe Wahlbeteiligung in nahezu allen EU-Staaten war auch in den baltischen Republiken zu erkennen und lässt auf Gleichgültigkeit und Skepsis gegenüber der Europäischen Union schließen³⁵⁴. Aber auch mangelnde Informiertheit bei der Bevölkerung ist ein Faktor für eine starke Wahlenthaltung; zusätzlich ist auch die geringe öffentliche Bedeutung der Wahlen

³⁴⁷ Vgl. Woyke, Wichard: Europäische Union: Erfolgreiche Krisengemeinschaft. Einführung in Geschichte, Strukturen, Prozesse und Politiken, München, Wien 1998, S.129f.

³⁴⁸ <http://www.riigikogu.ee>

³⁴⁹ <http://web.cvk.lv> (Central-Election-Commission of Latvia)

³⁵⁰ <http://www.lrs.lt>

³⁵¹ <http://web.cvk.lv> (Central-Election-Commission of Latvia)

³⁵² <http://www.riigikogu.ee>

³⁵³ Wüst, Andreas M. / Stöver, Philip: Anhang 2: Die Wahlsysteme einzelner Länder zur Wahl des Europäischen Parlaments, in: Niedermayer, Oskar / Schmitt, Hermann: Europawahl 2004, Wiesbaden 2005, S.167-169, S.168.

³⁵⁴ Altrichter, Helmut / Bernecker, Walther L.: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2004, S. 389.

zum Europäischen Parlament als second-order-election zu berücksichtigen³⁵⁵.

Wie in vielen anderen Ländern der EU, mussten besonders Regierungsparteien teilweise sehr große Stimmenverluste erleiden. Oppositionsparteien konnten sich ebenfalls gegen die Regierungsparteien profilieren. In Estland konnte die Sozialdemokratische Partei Estlands (SDE, früher: Möödukad), in Lettland die konservative TB-LNNK sowie in Litauen die neue sozialdemokratische / sozialistische Partei von Viktor Uspashkish deutliche Gewinne verzeichnen (vgl. Tab.???), während in Estland die regierende konservative Res Publica, in Litauen die dominierende Sozialdemokratische Partei von Brazauskas deutliche Stimmenverluste zu verzeichnen hatten³⁵⁶.

Tab. 4 Wahlen zum Europaparlament 2004

Estland (26,7 % - Wahlbeteiligung)	Lettland (46,2 %)	Litauen (43 %)
Pro Patria (10,5 % - 1)	Neue Zeit (19,7 % - 2)	Arbeitspartei (31,6 % -5)
Sozialdemokratische Partei Estland (36,8 % - 3)	Volkspartei (6,6 % -1)	Bauernunion (7,8 % - 1)
Reformpartei (12,2 % - 1)	PCTVL (10,7 - 1)	Vaterlandsunion (TS-LK) (12,2 % -2)
Zentrumspartei (17,5 % - 1)	TB-LNNK (29,8 % - 4)	Sozialdemokraten (14,7 % -2)
	Lettlands Weg (6,5 % -1)	Liberale und Zentrumsunion (9,9 % -2)
		Liberaldemokratische Partei (6,8 % - 1)

Quelle: Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, 2 % 2005, S.326-348, S.341.Stimmenanteil / Mandate

³⁵⁵ Marsh, Michael: The results of the 2004 European Parliament elections and the second order model, in: Niedermayer, Oskar / Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004, Wiesbaden 2005, S.142-158, S.142ff.

³⁵⁶Ebd., S.153.

In allen drei Ländern erhielten nur Parteien Europaparlamentsmandate, die bereits in den nationalen Parlamenten vertreten waren. Litauen bildet hierbei eine Ausnahme. Die Arbeitspartei Viktor Uspaskichs und die Liberaldemokratische Partei erhielten die meisten Stimmen, obwohl beide Parteien nicht im Parlament waren. Die EP-Wahlen fungierten in Litauen als „Vorbereitungswahl“ sowie als Stimmungstest für die im Herbst 2004 stattfindenden Wahlen zum litauischen Parlament.

Auf der einen Seite könnte der Befund auf eine Stabilisierung der Parteiensysteme bei sehr hoher Volatilität lauten. Auf der anderen Seite war die Wahlbeteiligung insbesondere in Estland so niedrig, dass eine Bewertung nur schwer möglich ist und es wurde seitdem auch nur in Litauen eine Parlamentswahl durchgeführt. Für die Wahlen im Juni 2004 kann demnach festgehalten werden, dass sich ein markantes Muster von Wahlen im Baltikum fortsetzt, nämlich, dass die Wähler sich nicht fest an einzelne Parteien binden und in ihrem Wahlverhalten sehr schwankend sind.

4.2.3 E-Voting

In Estland wurde bei den Kommunalwahlen im Herbst 2005 ein neues Wahlverfahren eingeführt: das so genannte E-Voting. Dieses Verfahren soll die Bürger wieder verstärkt an die Wahlurne führen. Aus Sicht der Fragestellung nach Stabilisierung ist dieses Verfahren wenigstens als Form des Exkurses angemessen es vorzustellen, auch wenn die Premiere noch keine eindeutigen Entwicklungen aufzeigen kann.

Aus partizipationstheoretischer Sicht ist die Entwicklung zur Nutzung technischer Möglichkeiten innerhalb einer Demokratie relativ unumstritten, können diese Entwicklungen doch in den Bereichen Technologie und Kommunikation bisherige Hindernisse für eine verstärkte Partizipation beseitigen helfen. Es entsteht der Eindruck, eine permanente Direkte Demokratie sei möglich.³⁵⁷ Durch die Virtualisierung des Raumes können Bürger wieder verstärkt am Regieren respektive Entscheiden teilnehmen. Eine Ver-

³⁵⁷Fuchs, Dieter: Partizipatorische, Liberale und Elektronische Demokratie, in: Kaiser, André / Zittel, Thomas (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden 2004, S. 19-53, S.39.

änderung von Demokratien durch die technischen Fortschritte besonders im Bereich der Kommunikation erscheint unausweichlich³⁵⁸. Durch E-Voting können zuerst die Kosten der Wahlen gesenkt werden, d.h. ein ökonomischer Rationalisierungsprozess kann eintreten. Schließlich müssen keine Stimmzettel mehr gedruckt werden, weniger Wahlhelfer müssen rekrutiert und auch weniger Wahllokale organisiert werden³⁵⁹. Auch das Auszählverfahren kann durch Computerisierung erleichtert werden. Birkenmaier führt hier das Baden-Württembergische Kumulieren und Panaschieren an, es lässt sich aber auch auf das estnische Wahlsystem anwenden³⁶⁰.

Der Prognose einer unausweichlichen Veränderung muss mit einer gewissen Skepsis gegenübergetreten werden. Die Befürworter der E-Democracy übersehen zu viele Hindernisse auf dem Weg zu einer partizipatorischen Demokratie. Durch technische Manipulationen und andere Probleme kann die E-Democracy sogar hinter das heutige Niveau zurückfallen³⁶¹. Dies ist jedoch nicht vorhersehbar, sondern ließe sich nur durch Trial-and-Error-Verfahren verifizieren.

Beim estnischen E-voting sollen die Wahlberechtigten in Estland mittels ihrer ID-Card (vergleichbar mit dem Personalausweis, nur in EC-Karten Format) ihre Stimme abgeben können. Ursprünglich war dieses Verfahren bereits ab 2002 geplant, musste angesichts der Mehrheitsverhältnisse und der daraus resultierenden Bedeutung von Rahvalit (Volksunion) aber auf 2005 bzw. die nächsten nationalen Wahlen 2007 verschoben werden. Rahvalit sah eine Benachteiligung der ländlichen Bevölkerung durch das neue System und fürchtete als ländlich orientierte Partei Stimmenverluste. Zielsetzung dieses neuen Verfahrens soll es sein, das Image Estlands als eines modernen und innovativen Landes zu verbessern, die Wahlbeteiligung zu

³⁵⁸ Ebd., S.40.

³⁵⁹ Birkenmaier, Philipp: E-Democracy. Der Wandel der Demokratie durch das Internet, Berlin 2004, S.51.

³⁶⁰ Ebd., S.52.

³⁶¹ Fuchs, Dieter: Partizipatorische, Liberale und Elektronische Demokratie, in: Kaiser, André / Zittel, Thomas (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden 2004, S. 19-53, S.48f.

erhöhen und damit die Demokratisierung des Landes kontinuierlich zu verbessern³⁶².

E-voting in Estland zeigt auch die Verbindung von Politik und Wirtschaft. In diesem Falle hoffen die handelnden Politiker u.a. auf eine Verbesserung des Selbstbildes als High-Tech-Standort und Innovationsbereitschaft sowie eine bessere Verankerung des demokratischen Prinzips in einem Schritt. Die Akzeptanz und die Auswirkungen auf nationaler Ebene können erst ab 2007 (reguläres Wahljahr) ausgewertet werden. Thesen, die Birkenmaier für die Bundesrepublik Deutschland aufgestellt hat, sind empirisch bisher nicht belegt, d.h. es ist nicht bekannt, ob Nichtwähler tatsächlich vermehrt wählen würden. Auch ist bisher unbestätigt, ob die jüngere Generation durch die Computerisierung der Wahl wieder oder insgesamt an die Politik herangeführt werden kann und sie deshalb wählen gehen³⁶³. Ob die Wahl flexibler wird durch E-voting, wie Birkenmaier es sieht, lässt sich nur erahnen³⁶⁴. Er geht mit dieser These z.B. über das estnische Verfahren hinaus, dass mehr an eine elektronische Briefwahl erinnert. Das E-voting befindet sich noch in der Anfangsphase. Erste Erfahrungen müssen erst gemacht werden, um danach empirische Ergebnisse zu befördern und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen. Bei den Kommunalwahlen 2005 gaben ca. 74.000 von 500.000 Wählern ihre Stimme elektronisch ab – eine bemerkenswerte Größe. Besonders die Reformpartei wurde gewählt (32,7 %), während die Volkunion, die gegen diese Abstimmungsform argumentiert, nur 6,9 % erreichte³⁶⁵.

Das E-voting wirft aber verschiedenste meist theoretisch relevante Probleme auf. Madise hat sicherlich recht, wenn sie feststellt, dass Misstrauen in die Technik des Internets nur ein vorgeschobenes Argument sei, wenn ein Großteil der Bevölkerung ihre Bankgeschäfte per Internet erledigen und diesem System vertrauen. Allerdings muss ihr entgegengehalten werden, dass der Wahlakt einer grundsätzlichen Geheimhaltung unterliegt, während

³⁶² Drechsler, Wolfgang / Madise, Ülle: E-voting in Estonia, in TRAMES, Vol. 6, Nr. 3, Tallinn 2002, S.236-243. Drechsler und Madise bemängeln die fehlende öffentliche Diskussion um dieses Verfahren und beklagen die Elitenkonzentrierung des gesamten Entwicklungs- und Entscheidungsprozesses (R.W.).

³⁶³ Birkenmaier, Philipp: E-Democracy. Der Wandel der Demokratie durch das Internet, Berlin 2004, S.52f.

³⁶⁴ Ebd., S.54.

³⁶⁵ The Baltic Times, Vol. 10, 13.-19. Oktober 2005, S. 1 und Postimees 17. Oktober 2006, S.4.

der Staat unter gesetzlich festgelegten Gründen heutzutage auf die Bankaktivitäten der Bürger blicken darf. Wie zahlreiche Fälle zeigen, ist die Technik insgesamt auch bei Bankgeschäften anfällig für E-Kriminalität. Folgerichtig kann auch Wahlmanipulation betrieben werden. Um nicht gleich das Schlimmste zu prophezeien, soll nur die theoretische Möglichkeit aufgezeigt werden, dass eine Regierung sich illegal Zugriff auf die Wählerdaten verschaffen könnte und auf lokaler Ebene je nach Person Nachteile entstehen können. Die Kommunalwahlen 2005 zeigten aber auch, wie sehr das neue System vom Kenntnisstand der Bevölkerung abhängig ist, die zudem ein entsprechendes Bewusstsein ausgebildet hat. Im Vorfeld der Kommunalwahlen kam es insbesondere im „russischen“ Bereich Estlands (Nordosten) zu Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung des E-voting. Arbeitgeber haben in mehreren Städten Arbeitnehmer aufgefordert ihre ID-Karte mit Passwort auszuhändigen und den Arbeitgebern dadurch ermöglicht in ihrem Sinne zu wählen³⁶⁶.

4.3 Wahlbeteiligung und Wählervolatilität

4.3.1 Wahlbeteiligung

In allen Ländern ist die Wahlbeteiligung rückläufig, seit die Unabhängigkeit wieder hergestellt wurde. Es ist umstritten, welches die Gründe hierfür sind. Zutreffend ist wohl die These von Nikolic, dass bei einem größeren Teil der Nichtwähler sich Resignation und eine Abkehr vom politischen Alltag entwickelte³⁶⁷. Die Beteiligung an Wahlen bildet allerdings ein wichtiges Element der Legitimation der Repräsentanten und des gesamten politischen Systems. Auf der anderen Seite wird Beteiligung zwar als systemstabilisierend benannt, gleichzeitig gibt es aber keine Definition, ab welchem Wert ein System nicht mehr durch Wahlen ausreichend legitimiert wird. Dieser Wert muss sich bei deutlich unter 50 % ansiedeln. Wie auch meine Angabe, wären andere Werte ebenfalls willkürlich. Es gibt noch keine Ergebnisse über die Frage, ob sinkende Wahlbeteiligung einher geht mit steigender Be-

³⁶⁶Ebd., S.3.

³⁶⁷ Nikolic, Milos: Zwölf Merkmale der Transformation zu Demokratie, Zivilgesellschaft und moderner Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa (1989-1997), in: Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zur Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel, Münster o.J., S.135-178, S.136.

tätigung in NGO's, Schreiben an Politiker etc., was den Schluss einer Amerikanisierung der baltischen Länder zulassen würde³⁶⁸.

Tab. 5 Wahlbeteiligung in Prozent

Wahl / Land	Estland	Lettland	Litauen
1. Wahl	67	89	75,3
2. Wahl	69,2	71,9	52,9
3. Wahl	57,4	71,9	58,6
4. Wahl	58,2	71,5	44,3

Quelle: Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme der baltischen Staaten, in: Der Bürger im Staat, 54. Jg. Heft 2/3 2004, S.110-119, S.115ff. und Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, 2 % 2005, S.326-348, S.341.

Die sehr geringe Wahlbeteiligung bei estnischen Parlamentswahlen ist u.a. aus der Distanz der Bevölkerung zu erklären. Ungefähr 30 Prozent äußern, keine feste ideologische Richtung oder Parteipräferenzen zu besitzen³⁶⁹. Ähnlich dürfte es sich in Litauen verhalten. In Lettland spricht wohl weniger Zufriedenheit aus der vergleichsweise hohen Beteiligung, sondern vermutlich eher ein Pflichtgefühl wählen zu gehen.

4.3.2 Wählervolatilität

In der Politikwissenschaft gilt Wählervolatilität wie oben bereits angemerkt als Variable, um Stabilität zu diagnostizieren. Die Volatilität in Osteuropa ist insgesamt deutlich höher als in etablierten Demokratien Westeuropas. Hieraus kann aber per se keine Instabilität abgeleitet werden. In einigen Transformationsstaaten ist die Volatilität kaum über dem westeuropäischen Durchschnitt. In Litauen und Lettland ist dieser Wert aber am höchsten, also extreme Wählervolatilität vorhanden³⁷⁰. Auf Litauen bezogen kann die hohe Volatilität nicht als Ausdruck von Instabilität bewertet werden, ging die

³⁶⁸Choe, Yonhyok: Democratic institutionalisation and the electoral systems in the Baltic states, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.32-47, S.44f.

³⁶⁹Toots, Anu / Vetik, Raivo: Estland vor dem EU-Beitritt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5-6 / 2004, S.35-40, S.38.

³⁷⁰Sikk, Allan: How unstable? Volatility and the genuinely new parties in Eastern Europe, in: European Journal of political research, Vol. 44, No. 3, May 2005, S.391-412, S.395.

Meinung der Politikwissenschaft doch dahin, dass bis 2000 in Litauen ein bipolares Parteiensystem mit regelmäßig alternierenden Regierungen existierte, was damit durchaus als stabil angesehen wurde³⁷¹.

Zieht man die Wahlen in Litauen und Estland heran, fällt auf, dass es zwar eine hohe Wählervolatilität gibt, sich diese aber überwiegend auf die bereits im Parlament befindlichen Parteien verteilt. Die Schwankungen sind also kurzfristiger Natur und Ausdruck wechselnder Wählerneigungen, nicht etwa einer langfristigen Parteibildungsdynamik³⁷². Sikk orientiert sich bei seiner Analyse der Volatilität an der Wählervolatilität zugunsten neuer Parteien, die zuvor nicht im Parlament (oder länger nicht vertreten) sind. Gleichzeitig verweist er auf ein für die Untersuchung osteuropäischer Transformationsstaaten typisches Problem. Parteien mit neuen Namen entstanden teilweise aus dem Zusammenschluss mehrerer Parteien, also bereits alten Parteien³⁷³. Die Ergebnisse von Sikks Studie zeigen einen allgemeinen Rückgang der Volatilität bezüglich neuer Parteien. Ausnahmen bilden hier Lettland und Litauen³⁷⁴. Ausschlaggebend waren hierfür die Wahlen 2000 und 2004. Allerdings muss auch Estland herangezogen werden, erlangte doch die bisher nicht an Wahlen teilnehmende Res Publica ca. ¼ aller Stimmen und zeigte so einen hohen Volatilitätswert bezüglich neuer Parteien auf. Auch die mittelfristige Betrachtung der Etablierung dieser neuen Parteien deutet auf eine Kurzlebigkeit hin, denn die wenigsten Parteien verbleiben dauerhaft im Parlament. Einige, wie Litauens Neue Union (Sozialliberale), vormals von Rolandas Paksas (Ex-Staatspräsident) geführt, blieben aber erfolgreich und stellen eine wichtige Partei im Parteiensystem dar³⁷⁵. Diese neuen Parteien, die für eine Legislaturperiode in ein Parlament einziehen, sind allgemein nicht dauerhaft und haben die Halbwertszeit von erfolgreichen Protestparteien in Deutschland³⁷⁶. Wenn neue Parteien keine dauerhaften Verbleibsaussichten in den jungen Demokratien Osteuropas haben, dann scheinen die

³⁷¹ Vgl. Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004, S.120f.

³⁷² Vgl. Sikk, Allan: How unstable? Volatility and the genuinely new parties in Eastern Europe, in: European Journal of political research, Vol. 44, No. 3, May 2005, S.391-412, S.396f.

³⁷³ Ebd., S.397ff.

³⁷⁴ Ebd., S.401.

³⁷⁵ Ebd., S.406.

³⁷⁶ Als Beispiele seien hier angeführt: Die Statt-Partei in Hamburg, die DVU in Sachsen-Anhalt.

Parteiensysteme soweit kartellisiert zu sein, dass sie neue Wettbewerber dauerhaft erfolgreich fernhalten können.

Einen anderen Ansatz, der für die hohe Volatilität in der Anfangszeit der neuen Demokratien herangezogen werden kann, ist wirtschaftlich begründet. Arbeitnehmer, die im noch nicht verstaatlichten Sektor arbeiten, werden eher gewillt sein, Parteien zu wählen, die ihnen weiterhin staatliche Arbeitsplatzgarantien geben, als Angestellte im Privatsektor, die eher zu liberalen Parteien bzw. Reformparteien neigen³⁷⁷. Es zeigt sich, dass besonders in der Anfangsphase reformorientierte Parteien einen insgesamt hohen Wählerzuspruch erfuhren (Pro Patria, Lettlands Weg).

Eine Erklärung für hohe Wählervolatilität in Lettland mag durch Auers auf den Punkt gebracht werden: „Latvians think left but vote right“³⁷⁸. Die lettische Wählerschaft sehnt sich also nach den klassischen Versprechungen der Linken (Wohlfahrt, soziale Absicherung etc.), misstraut den linken Parteien dabei aber sehr, weil die vorhandenen das Image von Sowjetnostalgikern und Russlandfreunden haben - also wählen sie rechts und immer wieder neu, in der Hoffnung ihre linken Wünsche doch noch erfüllt zu sehen. Hierin sieht Auers einen Grund für die Instabilität Lettlands – es gab noch keine Linksregierung auf nationaler Ebene³⁷⁹, die die Wähler enttäuschen musste. In Litauen ist die Volatilität im Wesentlichen an den beiden Blöcken um die LDDP / LSDP (neu) und Vaterlandsunion TS-LK begrenzt. Hier bewirkt die Volatilität alternierende Regierungen bei vorhersehbaren Koalitionswahrscheinlichkeiten. Ausgehebelt wurde dieses System erst nach den Wahlen von 2000 und 2004, als zusätzlich neue Parteien hinzutraten und die LDDP Konkurrenz in ihrem Lager durch die Arbeitspartei erhielt. Bis 2000 war die Volatilität zwar hoch aber nicht Instabilität indizierend, weil der Opposition ihre demokratische Rolle zugewiesen wurde – Alternative zur Regierungsmehrheit zu sein.

In Estland gab es bei den zwei letzten Wahlen bereits Konstanten. Zentrumspartei und Reformpartei veränderten ihre Ergebnisse kaum und erreichten zusammen ca. 40 % der gültigen Stimmen. Die Wechselwähler konzent-

³⁷⁷ Wunner, Norbert: The political economy of transition. International trade, factor market imperfections and structural adjustment, Wiesbaden 2000, S.131.

³⁷⁸ Vgl. Auers, Daunis: Latvia's 2002 elections – dawn of a New Era?, in: East European constitutional review, Fall 2002/Winter 2003, S. 106-110, S.108.

³⁷⁹ Ebd., S.108.

rieren sich auf die Sozialdemokraten (Möödukad), Volkunion und Pro Patria. Die Wählervolatilität ist auf das gesamte Spektrum der Parlamentsparteien bezogen rückläufig und deutet auf ein sich stabilisierendes Vielparteiensystem hin.

4.4 Partizipationseinschränkungen der ethnischen Minderheiten als Faktor der Stabilisierung

Grundsätzlich stehen Wahlen und Kandidaturen für jeden Staatsbürger offen. In den baltischen Ländern werden, wie auch in anderen Demokratien, unter bestimmten Voraussetzungen Personengruppen ausgeschlossen. In Lettland wird eine Gruppe grundsätzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen: Bezahlte Angehörige der ehemaligen Besatzungsmacht und seiner Sicherheitsdienste dürfen nicht partizipieren. Die lettische Regelung ist angesichts der Besetzung des Landes und seiner Folgen verständlich, wird international aber als Diskriminierung angesehen³⁸⁰. Allerdings hat diese Regelung den positiven Effekt, dass die alten Machthaber nicht in vollem Umfang den weiteren Entwicklungspfad aktiv gestalten können und so den Transformationsprozess auf der politischen Ebene nicht gefährden konnten, also Konsolidierungsfördernd wirkte³⁸¹.

Neben der völkerrechtlich fehlenden Legitimität der Anwesenheit der russischen Zivilisten (nach 1940 angesiedelt)³⁸² waren die demographischen Veränderungen die wichtigste Ursache für die rechtliche Diskriminierung der zugewanderten Menschen. Die Angst der Titularnation zu einer Minderheit im eigenen Land zu werden und sich durch die Vergabe der estnischen und lettischen Staatsbürgerschaft eine mögliche ‚5.Kolonie‘ in die Entscheidungsprozesse zu holen³⁸³. Dieses Gefühl der Bedrohung der eigenen Staatlichkeit ist auch in Litauen, das allen Einwohnern die Staatsbürger-

³⁸⁰Choe, Yonhyok: Democratic institutionalisation and the electoral systems in the Baltic states, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.32-47, S.33f.

³⁸¹ Vgl. Beichelt, Timm: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen, Opladen 2001, S. 40f.

³⁸² Vgl. Garleff, Michael: Die baltischen Länder, Regensburg 2001, S.193.

³⁸³ Litauen gab die Staatsangehörigkeit an alle aus. Vgl.: Lange, Falk: Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Die Erfahrungen der baltischen Staaten, in: Conrad, Christoph / Kocka, Jürgen (Hrsg.): Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und Debatten, Hamburg 2001, S.279-289, S.281ff.

schaft verlieh, spürbar, was auch an der größeren Zustimmung der polnischen Minderheit in Litauen gegenüber der UdSSR begründet wird³⁸⁴. In Lettland können Ausführungen prominenter Lettland-Russen, die für Abspaltungen eintraten³⁸⁵, genauso wie Abspaltungsversuche in der Republik Estland herangezogen werden, die dieses Gefühl der Titularnation vermitteln³⁸⁶. Eine Stabilisierungschance für die baltischen politischen Systeme besteht also in der Exklusion der Minderheit, die durch einen assimilierenden Modernisierungsprozess eine neue Identität ausbilden sollen³⁸⁷, ohne ihre Herkunft verleugnen zu müssen.

Es sei erwähnt, dass Litauen die Null-Lösung, also die Vergabe der litauischen Staatsbürgerschaft an alle Einwohner 1991, in einer Situation implementierte, als die Oppositionsbewegung Sajudis noch nicht an der Macht beteiligt war und die Situation keine anderen Lösungen zuließ³⁸⁸.

Volkov kam 1996 zu dem Schluss, dass die russischsprachige Bevölkerung in großen Teilen noch nicht den gedanklichen Weg zum lettischen Staat geschafft habe³⁸⁹. Inzwischen gibt es aber Tendenzen, die auf eine eigenständige russische Kultur, welche sich auch von Russland unterscheidet, hindeutet und den lettischen Minderheitenansatz akzeptiert³⁹⁰.

Ist die Exklusion der russischsprachigen Minderheiten tatsächlich demokratiegefährdend oder zumindest eine Gefahr für den Stabilisierungsprozess, den Estland und Lettland durchmachen, oder ist es umgekehrt?

Elfarsson/Choe sehen in der Anwendung des Staatsbürgerschaftsprinzips prinzipiell keine Gefährdung der Demokratisierung, gilt dieses Prinzip doch weltweit. Allein die Schwierigkeiten des Erwerbs der Staatsbürgerschaft

³⁸⁴ Ajnenkiel, Andrejz: Der Einfluß der Geschichte auf die Beziehungen zu den Nachbarn. Einige Bemerkungen zu den polnisch-litauischen Beziehungen, in: Chwalba, Andrejz: Polen und der Osten, Frankfurt a.M. 2005, 446- 455, S.452.

³⁸⁵ Volkov, Vladislav: Political awareness of the Russian community in Latvia, in: Humanities and social sciences. Latvia: Minorities in Latvia (the 1990s) 3(12), 1996, S.46-57, S.48.

³⁸⁶ Vgl. Wistinghausen, Henning von: Im freien Estland. Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991-1995, Köln 2004, S.405ff.

³⁸⁷ Vgl. Lange, Peer H.: Das Baltikum als eine Aufgabe für die integrative Gestaltgebung Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/98, S.3-13, S.6.

³⁸⁸ Vgl. Jubulis, Mark, A.: Nationalism and democratic transition, Lanham / Oxford 2001, S.111.

³⁸⁹ Volkov, Vladislav: Political awareness of the Russian community in Latvia, in: Humanities and social sciences. Latvia: Minorities in Latvia (the 1990s) 3(12), 1996, S.46-57, S.55.

³⁹⁰ Vgl. Kronenfeld, Daniel A.: Ethnogenesis without entrepreneurs: The emergence of a Baltic Russian identity in Latvia, in: Brüggemann, Karsten: Narva und die Ostseeregion – Narva and the Baltic Sea Region, Narva 2004, S. 339-363, S.358-362.

besonders in Lettland werden als problematisch angesehen³⁹¹. Doch auch hier muss festgehalten werden, dass die so genannte Fenster-Lösung, also der Zugang für bestimmte Gruppen zu bestimmten Zeiten, auf Vorschlag der OSZE zustande kam, die später dieses Verfahren, also sich selbst kritisierte³⁹².

Falk Lange macht in einem Aufsatz deutlich, dass eine übereilte Einbürgerung der russischen Minderheit weniger zu einer Verbesserung der Situation führen würde, sondern vielmehr den gesamten Transformationsprozess gefährden könnte. Besonders deutlich wird dies bei der Betrachtung der Wahlerfolge der PCVTL, die als Partei der russischen Minderheit gilt. Durch einen sehr starken Schub der Naturalisation gelang es ihr mehr Stimmen zu erhalten und knapp 25 % der Sitze im Parlament zu erringen³⁹³. Sie ist eine isolierte Fraktion im Parlament, weniger wegen ihrer ethnischen Komposition, sondern wegen ihrer russlandfreundlichen Position und der früheren Ablehnung (bis 2004) des NATO-Beitritts. Letzteres stellt einen für die Sicherheitsinteressen essenziellen Punkt dar, der von der überwiegenden Mehrheit der Parteien und Bevölkerung unterstützt wird.

Es ist weniger eine Frage des Passes, als viel mehr eine Frage nach der Integrationsfähigkeit der baltischen Staaten gegenüber ihren Minderheiten. Die Überzeugung auf Seiten der Titularnationen ihre Minderheiten anzuerkennen und integrieren zu wollen darf nicht durch den Eindruck verfälscht werden, es geschehe nur durch internationalen Druck. Dies wäre kontraproduktiv³⁹⁴. Bereits nach den ersten Wahlen zum lettischen Parlament 1993 wurde deutlich, wie sehr der Einfluss russischer Gegner durch die Loslösung von der UdSSR dahinschwand. Besonders die kommunistischen Par-

³⁹¹ Choe, Yonhyok: Democratic institutionalisation and the electoral systems in the Baltic states, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.32-47, S.33.

³⁹² Jubulis, Mark, A.: Nationalism and democratic transition, Lanham / Oxford 2001, S.120f.

³⁹³ Vgl. Auers, Daunis: Latvia's 2002 elections – dawn of a New Era?, in: East European constitutional review, Fall 2002/Winter 2003, S. 106-110, S.107f.

³⁹⁴ Vgl.: Lange, Falk: Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Die Erfahrungen der baltischen Staaten, in: Conrad, Christoph / Kocka, Jürgen (Hrsg.): Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und Debatten, Hamburg 2001, S.279-289, S.286.

teilen, die auf die Stimmen der Immigranten angewiesen waren, verloren bei diesen Wahlen – ihre Klientel besaß kein Wahlrecht³⁹⁵.

Das Problem der Einbürgerung der Minderheiten ist inzwischen weniger ein politisches als ein soziologisches Problem. Beide Seiten stehen sich mit unterschiedlichen Vorurteilen gegenüber³⁹⁶. Jubulis macht in seiner Arbeit auf die unterschiedlichen Herangehensweisen aufmerksam, die zu unterschiedlichen Bewertungen führen. Ohne sich eines Nationskonzeptes oder der Historie zu bemächtigen, sehen zahlreiche Wissenschaftler die vollständige Gleichstellung aller in einem Gemeinwesen und damit die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts als grundlegend an. Estland und Lettland können aus dieser Sicht natürlich keine liberalen Demokratien sein³⁹⁷. Zu diesen Vertretern gehören auch Merkel und Croissant, die nur einen demokratischen Universalismus propagieren, ohne sich mit den geschichtlichen Entwicklungen oder Nationskonzept in den Staaten zu beschäftigen³⁹⁸.

Aus der universalistischen Sicht ist die fehlende Wahlberechtigung ein Konsolidierungsproblem. Auf der anderen Seite stehen Analyseergebnisse, die implizieren, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse und damit die eigene ökonomische Situation in den baltischen Ländern individuell positiver bewertet werden als in Russland und diese Vorteile die Forderung nach gleichberechtigter Partizipation überwiegen³⁹⁹. Die Minderheiten sind, wenn sie nicht den Sprachtest ablegen, auf der einen Seite also gezwungen auf das Wahlrecht zu verzichten, auf der anderen Seite ist ihr Interesse daran nicht primär, sondern es gilt der Primat der individuellen ökonomischen Situation und Hoffnung. Es ist kein Argument gegen die universalistische Argumen-

³⁹⁵ Volkov, Vladislav: Political awareness of the Russian community in Latvia, in: *Humanities and social sciences. Latvia: Minorities in Latvia (the 1990s)* 3(12), 1996, S.46-57, S.48f.

³⁹⁶ Lange, Falk: Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Die Erfahrungen der baltischen Staaten, in: Conrad, Christoph / Kocka, Jürgen (Hrsg.): *Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und Debatten*, Hamburg 2001, S.279-289, S.283f.

³⁹⁷ Jubulis, Mark, A.: *Nationalism and democratic transition*, Lanham / Oxford 2001, S.147.

³⁹⁸ Merkel geht in seinen Studien von falschen Zahlen aus, in dem er ein ethnisches Nationskonzept unterstellt, das de jure und de facto weder in Estland noch in Lettland besteht. Einzig der Erwerb und der Nachweis der Amtssprachen estnisch und lettisch ist Grundlage der Staatsangehörigkeit und nicht die Herkunft. Das Übersehen historischer Fakten führt zu einer Erhöhung der ausgeschlossenen Minderheiten, Vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen / Croissant, Aurel / Eicher, Claudia / Thiery, Peter: *Defekte Demokratie*. Band 1: *Theorie*, Opladen 2003, S.153f (Estland), S.157f. (Lettland).

³⁹⁹ Jubulis, Mark, A.: *Nationalism and democratic transition*, Lanham / Oxford 2001, S.165f.

tation, doch zeigt es gleichzeitig die Ambivalenz des demokratischen Wahlrechts – Menschen sind bereit auf dieses Recht zu verzichten, wenn sie der Ansicht sind, es ginge ihnen wirtschaftlich gut bzw. besser als woanders. Das geringe Gewicht des Wahlrechts wird deutlich, wenn berücksichtigt wird, dass die russischen Staatsbürger in Lettland ihr russisches Wahlrecht nur in geringem Umfange wahrnehmen – 1993 und 1995 weniger als 25 %⁴⁰⁰. Gleichzeitig wollen viele Menschen die jeweilige Staatsangehörigkeit gar nicht übernehmen, weil ihnen in der Situation als Staatenlose zahlreiche Vorteile gegenüber den Staatsangehörigen entstehen. So müssen sie keinen Militärdienst leisten, können also nach der Schule direkt an die Universitäten, womit sie einen Altersvorteil erlangen. Zudem benötigen sie für Reisen nach Russland kein Visum⁴⁰¹.

Die russische Minderheit stellt sich, wenn sie die Staatsbürgerschaft Estlands oder Lettlands angenommen hat, nicht als ein homogener Block der Titularnation gegenüber. Bereits während der Unabhängigkeitsbewegung wurde in Lettland sichtbar, dass sich die russische Minderheit in teilweise diametral entgegenstehenden Gruppen wiederfand⁴⁰².

4.5 Regierungsbildung als Ergebnis von Wahlen

Um politische Systeme auf ihre Stabilität hin zu untersuchen bieten sich die Regierungsbildungen geradezu an. In Anlehnung an Peter Mair analysiert Müller-Rommel in einem jüngeren Aufsatz die Stabilität von Parteiensystemen. Die Regierungsbildung ist hiernach der wichtigste Einzelfaktor zur Erklärung von Stabilität. Die Stabilität wird durch kalkulierbare Regierungsbildungen erzeugt. Anders formuliert gilt ein System als stabil, wenn die Regierungsbildung bestimmten Mustern folgt⁴⁰³. In seinen Untersuchungen unterscheidet Mair zwischen kalkulierbaren und innovativen Re-

⁴⁰⁰Ebd., S.169.

⁴⁰¹Ebd., S.180.

⁴⁰² Volkov, Vladislav: Political awareness of the Russian community in Latvia, in: *Humanities and social sciences. Latvia: Minorities in Latvia (the 1990s)* 3(12), 1996, S.46-57, S.47f.

⁴⁰³ Vgl. Müller-Rommel, Ferdinand: Parteienwettbewerb in mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen, in: *ZParl*, Heft 3 / 2005, S.666-679, S.667.

gierungsbildungen, d.h. er differenziert zwischen Koalitionsbildungen, die es schon vorher gab, und neuen Koalitionen. Weiter unterstellt er, dass ein offenes Parteiensystem neue Parteien auch in Regierungsverantwortung integriert und keine Partei ausgeschlossen wird. Unter einem geschlossenen Parteiensystem wird dementsprechend verstanden, dass nur bestimmte Parteien untereinander Koalitionen eingehen und neue Parteien deshalb kaum Chancen auf Beteiligung haben. Demzufolge sind offene Systeme instabiler als geschlossene⁴⁰⁴. Der Ansatz Mairs und Müller-Rommels ist sicherlich bedenkenswert, allerdings ist er m.E. zu eng umfasst, weil er nur die formale Regierungsbildung heranzieht und nicht die Gründe für neue Koalitionen und andere Eigenheiten der baltischen Systeme in die Erklärung einbindet.

Die Wahlergebnisse in den baltischen Ländern lassen meist nur Mehrparteiencoalitionen zu, um nicht als Minderheitenregierung gegen die Mehrheit im Parlament arbeiten zu müssen. Es soll in diesem Kapitel analysiert werden, welche Parteien sich an den Regierungen beteiligen und wie es um die Stabilität dieser Koalitionen bestellt ist. Der Verfasser nimmt die Bildung der ersten Regierung nach den letzten Wahlen zum Obersten Sowjet als Ausgangsbasis.

In den baltischen Staaten fällt die hohe Zahl von Regierungen ins Auge. In allen Transformationsstaaten war eine stabile Regierungskoalition kaum vorhanden. Jakob Lemke hat einen Aufsatz für Litauen entsprechend betitelt: „Zwölf Jahre, zwölf Regierungen“. In Estland gab es seit 1990 mehr als 12 Regierungen, bei nur einer vorgezogenen Neuwahl (1995). In Lettland versuchten ebenfalls mehr als ein Dutzend Koalitionen ihr Glück. Litauen hat auch mehr als 12 Regierungen gehabt. Trotz der hohen Zahl von Regierungen lassen sich Kontinuitäten feststellen, die auch Rückschlüsse auf das jeweilige Parteiensystem als solches zulassen.

Estland fällt durch eine hohe personale Kontinuität aus. Im Riigikogu besitzt fast jeder zweite Abgeordnete Regierungserfahrung⁴⁰⁵. Besser kann die personale Kontinuität in estnischen Regierungen kaum gewährleistet und symbolisiert werden. Die Regierungen Estlands mussten ihre Arbeit meist we-

⁴⁰⁴Ebd., S.668f.

⁴⁰⁵Gaschke, Susanne: Mit Gewürzbier auf die Datenautobahn, in: Die Zeit, 11. März 2004, S.6

gen personaler „Verfehlungen“ beenden. Dem ersten Premierminister Edgar Savisaar wurde fehlende Antizipierung der Rohstoffkrise 1991/92 vorgeworfen wodurch er das Vertrauen der Mehrheit der Volksfront (Rahvarinne) verlor⁴⁰⁶. Später wurde die Zentrumspartei wegen Savisaars Verhalten aus dem Koalitionsbildungsprozess ausgeschlossen⁴⁰⁷. Erst 2005 wurde sie wieder in eine Koalition integriert, also fast 10 Jahre später, obwohl die Zentrumspartei zu den stärksten Fraktionen im Parlament gehört⁴⁰⁸.

Estnische Regierungen werden in erster Linie also durch persönliche Querelen beendet und weniger wegen politischer Unterschiede.

Die meisten Koalitionen in Estland waren Minimal Winning Coalitions (7 seit 1992). In diesen Koalitionen sind mindestens drei Parteien notwendig. In den meisten MWC-Koalitionen waren die später zur Volksunion fusionierten Parteien Koalitionspartei/Landunion, Landvolkpartei und die Reformpartei sowie Pro Patria vertreten. Es lässt sich eine parteipolitische Konstante erkennen, nämlich, dass die Volksunion und die Reformpartei zu den wichtigen Koalitionsmitgliedern gehören.

Minderheitenkabinette einer oder zweier Parteien gab es nur dreimal, und diese zeichneten sich durch Kurzlebigkeit aus, weil entweder neue Mehrheitskoalitionen gebildet wurden, oder es sich nur um Übergangslösungen bis zu den nächsten regulären Wahlen handelte (Regierung Kallas 2002 bis März 2003)⁴⁰⁹.

Meistens werden Minimal-Winning-Koalitionen gebildet. Dies spricht für einen relativ ausgeprägten programmatischen Wettbewerb der Parteien untereinander und die Etablierung eines an Blöcken orientierten Wahlsystems, bei denen Koalitionen mit Parteien verschiedener Blöcke nur schwer miteinander zusammenarbeiten können. Die hohe Zahl der Regierungen seit der Unabhängigkeit lässt sich in Estland also nicht an der Schwäche des Parteiensystems oder fehlender Koalitions- und Fraktionsdisziplin heraus erklä-

⁴⁰⁶ Tiemann, Guido / Jahn, Detlef: Koalitionen in den baltischen Staaten: Lehrstücke für die Bedeutung funktionierender Parteien, in: Kropp, Sabine; Schüttemeyer, Suzanne S.; Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen 2002, S. 271-300, S.284f.

⁴⁰⁷ Ebd., S. 287f.

⁴⁰⁸ Vgl. Müller-Rommel, Ferdinand: Parteienwettbewerb in mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen, in: ZParl, Heft 3 / 2005, S.666-679, S.675.

⁴⁰⁹ Tiemann, Guido / Jahn, Detlef: Koalitionen in den baltischen Staaten: Lehrstücke für die Bedeutung funktionierender Parteien, in: Kropp, Sabine; Schüttemeyer, Suzanne S.; Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen 2002, S. 271-300, S.286.

ren. Vielmehr ist die oben angeführte Argumentation zutreffend. Verstärkt wird dieser Eindruck noch durch die Ergebnisse Müller-Rommels, der für sieben Jahre (1996-2003) festhielt, dass keine neuen Parteien an der Regierung beteiligt wurden, also keine Partei ohne Regierungserfahrung integriert wurde⁴¹⁰.

Die fehlende Stabilität der lettischen Regierungen resultierte im Gegensatz zu Estland aus der instabilen Lagerkonstellation des lettischen Parteiensystems und der fehlenden Bereitschaft zur Kooperation verschiedener Seiten. Der Bruch einer Regierungskoalition erfolgte in Lettland bisher überwiegend aus politischen Richtungsunterschieden und nicht so sehr aus persönlichen Verfehlungen einzelner.

Ein Problem des lettischen Systems ist unwidersprochen das Fehlen von bekannten Führungspersönlichkeiten wie es Landsbergis und Brazauskas in Litauen oder Laar, Savisaar und Kallas in Estland sind⁴¹¹. In Lettland steht die Regierungsbildung anders als in Estland nicht im Voraus fest. Dies liegt u.a. an der hohen Volatilität der Wahlergebnisse⁴¹². In Lettland war die Partei Lettlands Weg die wichtigste regierungsbildende Partei, bis sie bei den Wahlen 2002 abgewählt wurde. Ihre Bedeutung erhielt sie durch die starke Personalisierung der lettischen Parteipolitik. In ihr waren zahlreiche bekannte Persönlichkeiten zusammengefasst, was ihr deutliche Vorteile brachte⁴¹³. Sie war von 1993 bis 2002 immer im Parlament und in jeder Regierung vertreten. Dies spricht für eine große Erfahrung im Regierungsalltag, in dem zahlreiche Kompromisse geschlossen werden müssen. Diese stabile Konstante der lettischen Politik ist gegenwärtig nicht mehr vorhanden⁴¹⁴. Trotz aller optischen Auffälligkeiten lässt sich auch für Lettland eine personelle Kontinuität in der Regierungsbildung nachweisen. Alleine in Kristopans kurzer Regierungszeit waren drei ehemalige Ministerpräsidenten in ihr ver-

⁴¹⁰ Müller-Rommel, Ferdinand: Parteienwettbewerb in mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen, in: ZParl, Heft 3 / 2005, S.666-679, S.675.

⁴¹¹ Vgl. Lange, Peer H.: Das Baltikum, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch, BfpB, Bonn 1999, S.263-274, S.269.

⁴¹² Schmidt, Thomas: Das politische System Lettlands, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme in Osteuropa, Opladen 2002, S.109-147, S.123.

⁴¹³ Tiemann, Guido / Jahn, Detlef: Koalitionen in den baltischen Staaten: Lehrstücke für die bedeutung funktionierender Parteien, in: Kropp, Sabine; Schüttemeyer, Suzanne S.; Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen 2002, S. 271-300, S.290.

⁴¹⁴ Vgl. Auers, Daunis: Latvia's 2002 elections – dawn of a New Era?, in: East European constitutional review, Fall 2002/Winter 2003, S. 106-110, S.107.

treten⁴¹⁵. Die große Schwäche lettischer Regierungen ist die schwierige Koalitionsbildung an sich. Starke, populistische Eintagsparteien, z.B. Siegerist, oder Parteien mit allgemein verhassten Personen identifizierten Parteien (PCTVL - Wahlbündnis) machen es schwierig stabile Mehrheiten zu bilden⁴¹⁶. Ergebnis der schwierigen Koalitionsbildungen sind Zweckbündnisse, die an programmatischen Konflikten zerbrechen.

Der offene Wettbewerb führt zur Aufnahme bisher nicht erfahrener Parteien in eine Koalition. Der Ansatz Müller-Rommels findet in Lettland trotz seiner Begrenztheit Aussagefähigkeit⁴¹⁷. Die schwierigen Konstellationen nach den Wahlen führt in Lettland im Normalfall zu minimal-winning-Coalitions. Allerdings gab es seit der Unabhängigkeit zwei übergroße Koalitionen, die sogar mehr als zwei Jahre Bestand hatten. Seit 1993 gab es weniger Minderheitenkabinette als in Estland, die aber ebenso wie in Tallinn nur Übergangslösungen waren.

In Litauen finden sich andere Regierungsstrukturen, als in den nördlichen Vergleichsstaaten.

Die Regierungen in Litauen unterscheiden sich von den anderen beiden Ländern deutlich. Es gab immerhin sechs Regierungen, die mit einer Partei auskamen, und vier Regierungen, die über eine übergroße Mehrheit verfügten. Minderheitskabinette und kleinst-mögliche-Koalitionen sind in Litauen die Ausnahmen. Die meisten Regierungen scheiterten wie in Lettland an politischen Konflikten. Es bestand aber eine Kontinuität in der Koalitionsbildung, so dass von einer personellen Kontinuität in den litauischen Regierungen gesprochen werden kann. Dies hat Litauen mit Lettland und Estland gemeinsam. In Litauen kommt aber noch der Gegensatz von Staatspräsident und Regierung zum Tragen. An diesem Konflikt scheiterten zwei Regierungen. Obwohl die Regierung nur dem Parlament gegenüber verantwortlich ist, kann eine anerkannte Persönlichkeit im Amt des Staatspräsidenten eine

⁴¹⁵Tiemann, Guido / Jahn, Detlef: Koalitionen in den baltischen Staaten: Lehrstücke für die Bedeutung funktionierender Parteien, in: Kropp, Sabine; Schüttemeyer, Suzanne S.; Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen 2002, S. 271-300, S.293

⁴¹⁶ Reetz, Axel: Wahlen in Lettland: Neue Gesichter. Bessere Politik?, in: Infoblatt Baltische Staaten (Infobalt), Nr.2 / 2002, S.39. Ders.: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2/2005, S.326-348, S.334.

⁴¹⁷ Vgl. Müller-Rommel, Ferdinand: Parteienwettbewerb in mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen, in: ZParl, Heft 3 / 2005, S.666-679, S.675.

Regierung stürzen. Das Beispiel von Rolandas Paksas zeigt aber, dass der umgekehrte Fall möglich ist: Hier stürzte die Regierung bzw. die Parlamentsmehrheit den Präsidenten (2003/2004). Durch die sehr hohe Wählervolatilität in Litauen ist es eigentlich nicht möglich abzusehen, wie sich das Parteiensystem und damit verbunden die Regierungsbildung entwickeln werden. Einzig die zu einer sozialdemokratischen Partei mutierte LDDP und die Vaterlandsunion scheinen konstante Faktoren im litauischen Parteiensystem zu sein.

Diese These wird durch die neueren Untersuchungen Müller-Rommels bestätigt. Er verweist auf die relative Geschlossenheit des litauischen Parteiensystems bis 2000, als es für Koalitionsregierungen kaum Innovationen gab, neue Parteien also aus diesem Wettbewerb weitestgehend ausgeschlossen waren. Müller-Rommel sieht diesen Trend auch nach den letzten Parlamentswahlen von 2004 bestätigt⁴¹⁸, obwohl mit der Partei des Uspaskich eine neue Partei integriert werden musste, die sich im Wahlkampf als sowjetnostalgisch und populistisch gerierte⁴¹⁹. Als stärkste Fraktion stellt die Arbeitspartei aber nicht den Ministerpräsidenten, weil die Ablehnung von Uspaskich in der politischen Szene Litauens zu groß ist. Seit 2004 regiert erneut Brazauskas⁴²⁰.

4.6 Zusammenfassung

Die repräsentative Demokratie ist in allen drei Ländern etabliert. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Wiederentstehung unabhängiger baltischer Staaten haben die politischen Akteure niemals versucht, sich den demokratischen Spielregeln zu entziehen, sondern haben sie im Gegenteil akzeptiert und verinnerlicht. Seit der Unabhängigkeit sind vier Wahlen auf nationaler Ebene erfolgt. Das demokratische Prozedere wurde also internalisiert. Allerdings, und darauf weist Lagerspetz zu Recht hin, sind die Wahl-

⁴¹⁸ Ebd., S.675.

⁴¹⁹ Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2/2005, S.326-348, S.340.

⁴²⁰ Ebd., S.343.

beteiligungen rückläufig bzw. auf niedrigem Niveau⁴²¹. Es ist aber eine andere Frage, ob sich hierin Ablehnung oder Zustimmung widerspiegelt. Die Wahlergebnisse weisen in allen Ländern eine Vielzahl von Parteien aus. In Estland sind zahlreiche Parlamentsparteien aber Fusionen eingegangen, so dass von einer Kontinuität der Parteien mit neuem Namen gesprochen werden kann. In Litauen entstanden insbesondere seit 2000 neue Parteien, die teilweise erfolgreich im Parlament verblieben. In Lettland finden sich mit jeder Parlamentswahl zahlreiche neue Parteien im Parlament wieder; von Kontinuität im positiven Sinne kann also nicht gesprochen werden. Die hohe Wählervolatilität, die sich in allen drei Ländern zeigt, hat verschiedene Ursachen, ist aber kein zwingender Mangel an Stabilisierung. In Estland werden die abgegebenen Stimmen mehrheitlich den im Parlament vertretenen Parteien gegeben: Ein Aspekt, der besonders in der vergleichenden Forschung zu kurz kommt⁴²². Das Jahr 2003 brachte zwar der konservativen Res Publica einen großen Wahlerfolg, an der Tendenz zur Stimmenkonzentration ändert dies aber nichts, wie die Wahlen zum Europaparlament und auch die letzten Kommunalwahlen 2005 zeigten. Die unterschiedlichen Wahlergebnisse können auch aus der von Przeworski dargelegten Unsicherheit demokratischer Prozesse hergeleitet werden, d.h. Wahlen sind in Demokratien Ausdruck von Unsicherheiten, weil keine Partei sicher sein kann zu gewinnen bzw. in welchem Umfang dies geschieht⁴²³. Die Stimmenverteilung kann also zum Teil mit mehr Gelassenheit betrachtet werden und nicht als Zeichen für eine fehlende Stabilisierung der Demokratie in Estland. In Litauen kann ähnliches festgestellt werden, auch wenn die Wahlen 2000 und 2004 zu einem neuen Parteiensystem im Parlament führten. Einzig Lettland bietet noch Anlass zur Sorge und kann unter Berücksichtigung der Wahlen noch nicht als konsolidiert gelten. Dort ist mit jeder Wahl ein neues bzw. neugeordnetes Parteiensystem zu befürchten, das Kontinuität und Verläss-

⁴²¹ Lagerspetz, Mikko: Consolidation as hegemonization: The case of Estonia, in *Journal of Baltic Studies (JBS)*, Vol. XXXII, No.4 (Winter 2001), S.402-420, S.410.

⁴²² Vgl. Beichelt, Timm: Die EU-Osterweiterung: Eine Bürde für Repräsentation und Legitimation in den Beitrittsländern?, in: *ZParl Heft 2/2003*, S. 257-270, S.259f. Beichelt kann als Beispiel angeführt werden, denn er geht wie die meisten Wissenschaftler nur von der Zahl der Parteien an sich aus und berücksichtigt weniger die parteipolitische Zusammensetzung der Parlamente.

⁴²³ Vgl. Przeworski, Adam: *Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S.40ff.

lichkeit auch hinsichtlich der Regierungsbildung nicht fördert und damit die Entscheidungsstrukturen beeinflusst.

Die Wählervolatilität in den baltischen Ländern ist in der Tendenz immer noch höher als in Westeuropa. In Estland finden die Zustimmungsschwankungen aber innerhalb der etablierten Parteien, inklusive der Fusionen, statt, und es gelingt neuen Parteien kaum in das Parteiensystem erfolgreich einzudringen. In Estland war 2003 die Partei Res Publica ein Fall einer neuen Partei. Die Kommunalwahlen 2005 bestätigten aber einen Trend, der sich spätestens seit dem Sommer 2004 andeutete, nämlich einen zunehmenden Bedeutungsverlust der Partei. In Litauen war die Neue Union von Rolandas Paksas und 2004 die Arbeitspartei erfolgreich, in Lettland hingegen wurde kaum eine der neuen Parteien zu einem dauerhaften Bestandteil des Parteiensystems. Hier bestätigt die Volatilitätstheorie den Zusammenhang von Instabilität und hoher Wählervolatilität.

Es scheint auch so zu sein, dass der Ausschluss großer Teile der russischsprachigen Minderheit vom aktiven und passiven Wahlrecht zu einem Teil zur Stabilisierung der Staaten Estland und Lettland beigetragen hat, weil sich keine ethnischen Parteien dauerhaft etablieren konnten bzw. in Regierungsverantwortung gelangen konnten und somit den ethnischen Konflikt weitestgehend kontrollieren und entschärfen konnten. Die Entstehung ethnischer Parteien auf Seiten der russischen Gruppe könnte Folgen haben und die Entstehung weiterer ethnischer Parteien begünstigen⁴²⁴. Im schlimmsten Fall könnten die ethnischen Konflikte destabilisierend wirken.

Regierungen in Estland und Litauen wurden überwiegend gestürzt durch Skandale und Fehlritte einzelner Politiker und weniger wegen ideologischer Streitfälle. Für Lettland gilt aber weiterhin die Aussage von Nissinen:

„Even if all parties saw that it would be more advantageous for everyone to reach any decision than to leave the matter unresolved, they may be unwilling to conciliate“⁴²⁵. Es ist insgesamt noch nicht so weit gekommen, dass

⁴²⁴ Vgl. Jubulis, Mark, A.: Nationalism and democratic transition, Lanham / Oxford 2001, S.218.

⁴²⁵Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke, London 1999, S. 200.

persönliche Befindlichkeiten zeitweise in den Hintergrund treten. Zwar sind Eitelkeiten in der Politik nicht ungewöhnlich, doch werden sie in den meisten Parlamenten und Regierungen nicht in den Vordergrund gedrängt. Andererseits wird deutlich, dass die Regierungssysteme in Estland und Litauen relative Stabilität aufweisen, weil sich meistens immer die selben Parteien an den Regierungen beteiligen und nur selten unerfahrene Parteien integriert werden müssen. Diesbezüglich kann von stabilen Systemen gesprochen werden. Allenfalls Lettland ist noch nicht so weit konsolidiert, dass von Stabilität gesprochen werden kann. Die Regierungsbildungen folgen keinen parteipolitisch kalkulierbaren Mustern, und der Wettbewerb ist sehr offen. Mair folgend kann nur für Lettland von Instabilität gesprochen werden⁴²⁶. In Litauen spielt der Staatspräsident teilweise eine unrühmliche Rolle, wenn er durch seine Popularität und Person versucht einen unliebsamen Regierungschef zu stürzen.

Gemessen an der Gesamtzahl der Regierungen dominieren in Estland Minimal-Winning-Coalitions (MWC), in Lettland sind Minderheitsregierungen und MWC am häufigsten, während in Litauen übergroße Koalitionen sehr häufig auftraten. Übergroße Koalitionen waren bisher aber überall nur Übergangslösungen.

Zieht man Huntingtons These vom zweifachen Regierungswechsel in Betracht, müssen alle Länder als konsolidierte Demokratien gelten, haben sie doch zum Teil ein Dutzend friedlicher Regierungswechsel hinter sich bei nur vier Wahlen. Die Regierungswechsel in Estland fanden entweder durch Wahlen oder Koalitionswechsel statt und nahmen in den letzten Jahren an Häufigkeit ab. In Lettland hingegen hält eine Regierung selten mehr als ein Jahr und scheitert meist an inhaltlichen Fragen. Dies wiederum ist ein Zeichen eines instabilen Parteiensystems und der fehlenden Disziplin einzelner Personen der politischen Elite. In Lettland gibt es also nur eine negative Kontinuität im Parteiensystem, nämlich nach jeder Wahl faktisch ein neues Parteiensystem, so dass die Regierungspartner erst austesten müssen, ob sie miteinander koalieren können oder nicht.

⁴²⁶ Müller-Rommel, Ferdinand: Parteienwettbewerb in mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen, in: ZParl, Heft 3 / 2005, S.666-679, S.679.

In Estland und Litauen wiederum existieren in stärkerem Maße „natürliche“ Koalitionsmöglichkeiten, auch wenn es dort Außenseitern gelingen kann in die Parlamente einzuziehen und in Einzelfällen in die Regierung integriert zu werden. Diese Offenheit der beiden letztgenannten Parteiensysteme ist aber nicht ausschließlich negativ zu bewerten. Es erscheint fraglich, ob andere osteuropäische Staaten einen höheren Stabilisierungsgrad haben, nur weil Regierungen dort für eine Legislaturperiode Bestand haben und dann abgewählt werden⁴²⁷. Deutlich wird nur, dass es an festen Stabilitätskriterien mangelt. Regierungswechsel durch Koalitionswechsel oder Personaltausch erscheint mir nicht zwingend als untrügliches Zeichen von Instabilität. Nur in Lettland ist es bisher vorgekommen, dass einzelne Parteien von der Koalitionsbildung ausgeschlossen werden, weil diese Parteien als nicht gesellschaftsfähig angesehen werden (PCTVL, Siegerist-Bewegung)

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Wahlen in den baltischen Ländern stabile Parteiendemokratien sind, bei gleichzeitig latent instabilen Parteiensystemen. Damit kann auch angezweifelt werden, dass stabile Parteiensysteme zwingend notwendig sind für die Konsolidierung junger Demokratien. Ein gewisses Maß an Instabilität wäre dementsprechend akzeptabel. Wichtiger erscheint die Existenz von antidemokratischen Parteien und deren Erfolge bei Wahlen. M.E. sind instabile Parteiensysteme erst stabilitätsgefährdet, wenn Antisystemparteien die wechselnde Regierungsbildung unmöglich machen.

5. Parteienfinanzierung und die Stabilisierung von Parteiensystemen

Parteien nehmen in westlichen Demokratien eine herausragende Position ein. Aus diesem Grund ist ihre Finanzierung auch für die Konsolidierung von Parteiensystemen von besonderer Bedeutung. In Gesellschaften gibt es verschiedenste Interessen verschiedener Gruppen (Ethnien, Religionsgemeinschaften etc.). Wenn aus diesem Gesamtsystem einige Interessengruppen ausgeschlossen werden, weil die Partizipationschancen sehr ungleich verteilt sind, kann sich hieraus eine Gefährdung der Demokratie ergeben,

⁴²⁷Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: ZParl, Heft 2/2005, S.326-348, S.347f.

was insbesondere in den jungen Demokratien nicht wünschenswert ist. Die unterschiedlichen Partizipationschancen entstehen u.a. durch die ungleiche Finanzierung von Interessenorganisationen beim Wettbewerb um die Macht⁴²⁸. Hierbei kann die Parteienfinanzierung helfen diese Ungleichheiten auszugleichen und damit besonders in den jungen Demokratien Osteuropas für die Stabilisierung der Parteiensysteme und der gesellschaftlichen Konfliktaustragung von Nutzen sein⁴²⁹.

Historisch betrachtet sind Parteien Organisationen, die sich aus sich selbst heraus durch Mitgliedsbeiträge oder Spenden aus den eigenen Reihen finanzierten und natürlich durch Spenden vermögender Individuen, Unternehmen oder auch kleineren Spenden. Doch mit ihrer zunehmenden Bedeutung entwickelte sich auch die direkte staatliche Finanzierung insbesondere seit den 1960er Jahren zu einem wichtigen Finanzierungsinstrument und löste somit die indirekte Unterstützung der Parteien durch den Staat als wichtigste staatliche Transferleistung ab⁴³⁰.

Die zunehmende staatliche Finanzierung kann verschiedene Folgen zeigen, darunter ein Bedeutungszuwachs der Parteizentralen und eine Hinwendung zum Staat und nicht zu der Bevölkerung. Van Biezen sieht hierin u.a. die Entwicklung der Parteien zu einer staatsorientierten Organisation mit öffentlichem Auftrag (Organisierung der Demokratie) – mit der Folge, dass Kartellparteien entstehen können, die sich aus eigenem Überlebenswillen heraus aber auch zu Staatsakteuren entwickeln können⁴³¹.

In diesem Kapitel soll nur Bezug genommen werden auf die Einnahmeseite. Hintergrund ist meine These, dass sich aus den Einnahmen die Ausgaben finanzieren lassen müssen, die neben den Wahlkämpfen auch die Personalkosten beinhalten. Weiter geht meine Arbeitshypothese davon aus, dass stetige Einnahmen den Aufbau von Organisationen erst ermöglichen, auch wenn K.-H. Nassmacher grundsätzlich zuzustimmen ist, wenn er die Ansicht vertritt, die Ausgabenseite sei von größerem Interesse. Des weiteren

⁴²⁸ Vgl. Naßmacher, Karl-Heinz: Introduction: political Parties, funding and democracy ,in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003, S.1-20, S.1.

⁴²⁹ Ebd., S.5.

⁴³⁰ Biezen, Ingrid van: Political parties as public utilities, in: Party Politics, Vol. 10, 2004, No. 6, S.701-722, S.701/706.

⁴³¹ Ebd., S.702.

liegen für diese Arbeit nicht ausreichend Daten zu den Ausgaben der baltischen Parteien vor. Zwar gibt es für Lettland insbesondere durch Ikstens zahlreiche Analysen der Ausgaben von Parteien und auch für Litauen liegen entsprechende Berichte zu den Wahlkämpfen vor, doch lässt sich hieraus nicht erkennen, ob die Parteiensysteme sich stabilisieren indem sie in der Bevölkerung verwurzelt sind. Diese Verwurzelung ist mit der Einnahmeseite besser zu erkennen. Auch entgegen Nassmachers Studien zur wichtigen Bedeutung indirekter Parteienfinanzierung durch die Gewährung freier Zeiten in den Medien und deren zunehmender Wichtigkeit wird in dieser Arbeit auf die indirekte Finanzierung verzichtet, weil hierdurch keine Stabilisierung von Parteiensystemen erfolgen kann, solange allen Parteien im Sinne der demokratischen Chancengleichheit diese Zeiten eingeräumt werden⁴³², was bei instabilen Parteiensystem zu bleibender Instabilität führen kann.

5.1 Parteienfinanzierung in Osteuropa

Die politische Landschaft sah zu Beginn der Demokratie in den osteuropäischen Staaten zahlreiche charismatische Führungspersonen, die kurzfristig auch sehr wichtig waren, doch langfristig sind besonders drei Aspekte bedeutsam: Organisation, ehrenamtliche Tätigkeit von Mitgliedern und Sympathisanten und Geld⁴³³. Um Letzteres handelt es sich in diesem Abschnitt. Das größte Problem der osteuropäischen Parteien ist die Mittelakquirierung. Nach Walecki sind staatliche Gelder und Mitgliedsbeiträge in den meisten osteuropäischen Staaten relativ bedeutungslos, und die Großspender, in aller Regel Unternehmen, sind am Wichtigsten für die Parteien⁴³⁴. Diese Form der Finanzierung wird ursprünglich von konservativen Honoratiorenparteien bevorzugt⁴³⁵. Im Gegensatz zu Westeuropa gibt es in Osteuropa noch kaum Vorfeldorganisationen, die den Parteien Mittel zufließen lassen können,

⁴³² Naßmacher, Karl-Heinz: Introduction: political Parties, funding and democracy ,in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003, S.1-20, S.9.

⁴³³ Ebd., S.3.

⁴³⁴ Walecki, Marcin: Political finance in Central Eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415, S.395f.

⁴³⁵ Naßmacher, Karl-Heinz: Parteienfinanzierung in Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. / Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S.157-176, S.166.

womit eine bedeutende Finanzierungsquelle noch nicht erschlossen ist⁴³⁶. Allerdings beginnen diese Vorfeldorganisationen mit der Unterstützung von einzelnen Parteien. In Estland unterstützen Gewerkschaften z.B. die Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei⁴³⁷.

Folgt man Przeworski, so ist die gleiche Mittelausstattung aber nicht zwingend erforderlich, um eine konsolidierte Demokratie attestieren zu können. Im Gegenteil ist es für Demokratien im Allgemeinen ein normaler Zustand, dass es Parteien gibt, die über mehr Mittel bzw. bessere wirtschaftliche, organisatorische und programmatische Ressourcen verfügen als andere. Hierbei unterstellt Przeworski allerdings auch, dass die bessergestellten oft auch ein besseres Ergebnis in Wahlen einfahren⁴³⁸. Diese These wird von der Forschung als zu allgemein zurückgewiesen. Parteienfinanzierungsregimes sollen in der Hauptsache die „Qualität des Wettbewerbs verbessern“. Um diese Verbesserung durchsetzen zu können, sind verschiedene Instrumentarien denkbar, von der Begrenzung der Ausgaben, Sanktionierung bestimmter Finanzierungsarten und staatlicher Unterstützung⁴³⁹. Problematisch wird eine zu unterschiedliche Ressourcenausstattung erst, wenn nur eine Partei einen deutlichen Vorsprung aufweist und entsprechend Wahlen gewinnen kann. Dann wäre ein mangelnder, nicht zwingend fehlender, Wettbewerb zu konstatieren sein.

In Osteuropa hingegen kann diese Zuordnung nicht mehr gemacht werden. Hier müssen sich Parteien, die sich nicht um eine Verbreiterung ihrer Anhänger- und Mitgliedschaft kümmern, auf Großspender einlassen, um die nötigen Finanzmittel einnehmen zu können⁴⁴⁰. Diese Abhängigkeit von Großspendern gefährdet aber gleichzeitig das demokratische Prinzip „One man, one vote“, weil ein übermäßiger Einfluss entstehen kann und die Parteien sich mehr an den Interessen des Geldgebers orientieren als an den

⁴³⁶ Naßmacher, Hiltrud: Parteiensysteme und Parteifinzen in West-Europa, in Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Nr.1 2004, S.29-51, S.33.

⁴³⁷ Gespräche des Verfassers mit den Abgeordneten des Riigikogu Jarno Laur / ESDP und Evelyn Sepp (Zentrum).

⁴³⁸ Przeworski, Adam: Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991, S.10f.

⁴³⁹ Naßmacher, Hiltrud: Parteiensysteme und Parteifinzen in West-Europa, in Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Nr.1 2004, S.29-51, S.30.

⁴⁴⁰ Walecki, Marcin: Political finance in Central Eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415, S.398f.

zahlreichen Interessen der weniger Begüterten⁴⁴¹. Dies wäre eine Wettbewerbsverzerrung, die es zu vermeiden gilt. Ein Zustand, der mit Westeuropa vergleichbar wäre, ist in den Transformationsstaaten Osteuropas noch nicht erreicht worden. Allerdings müssen auch westeuropäische Parteien sich bei sinkender Aktivität ihrer Mitglieder darauf konzentrieren ihre Anhängerschaft zum Spenden zu mobilisieren⁴⁴².

Begünstigt wird die Entwicklung zur Abhängigkeit von Großspendern durch die verwendeten Kommunikationswege im Wahlkampf. Je kommerzialisierter der Wahlkampf durch die Benutzung von Medien wie Fernsehen, Zeitungen, Plakaten, Meinungsumfragen wird, desto größer ist das Bedürfnis nach Geld⁴⁴³. In diesem Streben nach Geld sind einige Parteien angesichts dramatisch steigender Kampagnenkosten benachteiligt, was im Extremfall zu Wettbewerbsverzerrungen, Korruption (Entscheidungen gegen Geld) und eine begrenzte Personalrekrutierung für die Parlamente, die weniger wohlhabende Bürger trifft⁴⁴⁴.

Allerdings muss wenigstens für die erste Zeit nach Beginn der Demokratisierung berücksichtigt werden, dass zahlreiche Parteien, besonders auf dem Gebiet ehemaliger Sowjetrepubliken, vorher nicht existierten und im Gegensatz zu den Reformkommunisten, über keine Basis verfügten. Es ist keine zwingende Konsequenz, dass sich Parteien nicht um Mitgliederaufbau kümmern, es dauert eine gewisse Zeit. Die Gefahren, die von einer übermäßigen Abhängigkeit von Großspendern ausgehen resp. Einfluss auf konkrete Entscheidungen oder Spenderorientierte Politik dürfen aber nicht vernachlässigt werden. Die politischen Einflussmöglichkeiten von reichen Unternehmern oder Unternehmen sind besonders in schwach ausgebildeten Parteiensystem groß. In diesen Parteiensystemen können sie eigene Parteien gründen (Skele in Lettland, Uspaskich in Litauen) und so unter Umständen

⁴⁴¹ Vgl. Naßmacher, Karl-Heinz: Introduction: political Parties, funding and democracy ,in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003, S.1-20, S.5.

⁴⁴² Naßmacher, Hiltrud: Parteiensysteme und Parteifinzen in West-Europa, in Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Nr.1 2004, S.29-51, S.33f.

⁴⁴³ Vgl. Walecki, Marcin: Political finance in Central Eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415, S.407.

⁴⁴⁴ Snipe, Arta: Financing of political parties: Effectiveness of regulation – the Latvian example. Master`s thesis, Riga Graduate School of Law, 2003, S.16.

an die Macht gelangen. Kommt zusätzlich Medienmacht und Abgeordnetenimmunität hinzu, wird die Problematik deutlicher⁴⁴⁵.

Ob Wahlerfolge käuflich sind, wie es Studien über westliche Staaten nahe legen, ist für Osteuropa noch nicht abschließend verifiziert worden⁴⁴⁶. Es erscheint aber im Bereich des Möglichen, dass Parteien, die bereits im Parlament vertreten sind und damit oft über mehr Geld verfügen als kleinere Parteien, sich so ihren Wahlerfolg gegenüber diesen eher finanziell sichern können⁴⁴⁷.

Die Spenden von ausländischen Unternehmen oder natürlichen Personen mit fehlender Staatsangehörigkeit sind in den meisten Transformationsstaaten Osteuropas verboten. Allerdings gibt es teilweise Unterschiede in der Handhabung der ‚Ausländer‘.

Nach dem Kalten Krieg waren besonders osteuropäische Staaten skeptisch gegenüber der angebotenen Hilfe aus dem Westen, befürchteten sie nach jahrzehntelanger Bevormundung eine unerwünschte Einmischung in ihre eigenen Belange. Wie H. Naßmacher registrierte, haben die meisten osteuropäischen Länder ausländische Parteienfinanzierung verboten. Dennoch findet auch dort ausländisches Geld oder geldwerte Leistungen seinen Weg in die Parteien – westliche NGOs sind der bevorzugte Weg, u.a. auch deutsche Parteistiftungen. Diese Hilfe ist wichtig, um den neu entstehenden Parteiensystemen bei der Demokratisierung ihrer Gesellschaften zu helfen und den Parteien bei der Alltagsarbeit Hilfestellung zu gewähren. Unterstützung von Dritten ist besonders in osteuropäischen Staaten vonnöten, verfügt der Staat dort noch nicht über die Mittel, die benötigt würden, um die Parteien aus der Abhängigkeit von Großsponsoren zu ziehen und eine Massendemokratie gemäß westlichen Vorstellungen zu errichten. Mitgliedsbeiträge sind offensichtlich für die geringsten Einnahmen verantwortlich, was eine deutliche Unterscheidung zu westeuropäischen Parteien darstellt, haben Mit-

⁴⁴⁵Walecki, Marcin: Political finance in Central Eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415, S.400.

⁴⁴⁶ Ebd., S.410.

⁴⁴⁷ Naßmacher, Hiltrud: Parteiensysteme und Parteifinzen in West-Europa, in Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Nr.1 2004, S.29-51, S.30.

gliedsbeiträge dort doch eine wichtigere Bedeutung zur Parteienfinanzierung. Einzig die reformierten Machthaber der kommunistischen Parteien scheinen diesbezüglich über bessere Verhältnisse zu verfügen⁴⁴⁸. Zunehmende Bedeutung erhalten in einigen osteuropäischen Staaten anscheinend die Parteisteuern⁴⁴⁹.

Die staatliche Finanzierung erlangt in den jungen Demokratien Osteuropas zunehmend eine wichtigere Rolle als in den etablierten Demokratien Westeuropas. Möglicherweise überspringen die osteuropäischen Parteien verschiedene Entwicklungen in Westeuropa und beginnen schneller die von van Biezen unterstellte neue Funktion von Parteien und ihres Verhältnisses zum Staat einzunehmen, d.h. öffentliche Einrichtungen zu werden, die neben den klassischen Funktionen der Parteien auch die staatlichen Interessen verfolgen müssen⁴⁵⁰. Staatliche Direktfinanzierung von Parteien verstärkt die Position von Parteien in politischen Systemen und verbindet sie enger mit dem Staat. Es wird dadurch auch ihre bedeutende Stellung im System hervorgehoben und verdeutlicht. Dies kann ihre Legitimität als Akteur sogar noch verstärken⁴⁵¹ und durch die Bevölkerung zunehmend anerkannt werden, was besonders in jungen Demokratien von Bedeutung ist. Parteien sind in Demokratien inzwischen unerlässlich geworden und prägen diese, woraus der Staat die Konsequenz ziehen kann diese herausgehobene Position der Parteien in der Demokratie zu unterstreichen, indem Parteien vom Staat unterstützt werden.

Osteuropäische Staaten begannen sehr früh nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes staatliche Parteienfinanzierungsgesetze zu erlassen und konzentrierten sich anfangs auf die indirekte Finanzierung durch zur Verfügung stellen von freier Medienzeit zu Wahlkampfzwecken. Die frühe Etablierung indirekter und direkter staatlicher Unterstützung ist in der Schwäche der jungen Parteien zu sehen, die den Wettbewerbsvorteil der alten Kommunis-

⁴⁴⁸ Naßmacher, Karl-Heinz: Democracy building: Aims and options, in: Naßmacher, Karl-Heinz (ed.): Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.287-292, S.290ff.

⁴⁴⁹ Walecki, Marcin: Political finance in Central Eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415, S.398.

⁴⁵⁰ Biezen, Ingrid van: Political parties as public utilities, in: Party Politics, Vol. 10, 2004, No. 6, S.701-722, S.702.

⁴⁵¹ Ebd., S.704.

tischen Parteien und ihrer Strukturen und gleichzeitig fehlenden Mitteln auszugleichen suchten⁴⁵². Die ersten Versuche mit staatlicher Unterstützung geschahen also aus rein finanziellen Gründen, um gravierende Wettbewerbsnachteile ansatzweise auszugleichen.

Die meisten sozialdemokratischen Parteien Osteuropas erdulden ein ähnliches Schicksal wie die anderen Parteien auch. Sofern sie aus der Oppositionsbewegung heraus entstanden sind, konnten und können sie weniger Mitglieder anwerben und sind finanziell nicht sehr gut ausgestattet⁴⁵³.

5.2 Parteienfinanzierung und Stabilität

In der Transformationsforschung ist der Bereich der Parteienfinanzierung ein nahezu unbeschriebenes Blatt. Dies ist um so erstaunlicher, handelt es sich doch um einen bedeutsamen Punkt. Walecki beschreibt es folgendermaßen:

„A successful transition to democracy does not mean a successful consolidation of democracy. It is in this particularly problematic stage of consolidation that the issue of political finance is playing an important [...] role“⁴⁵⁴.

Die Finanzierungsweisen von Parteien können auf die Stabilität von Parteiensystemen Auswirkungen haben, allerdings wird dieser Aspekt nur selten für Parteiensysteme herangezogen. Für Osteuropa seltener als für Westeuropa⁴⁵⁵.

Staatliche Finanzierung der Parteien war zu Beginn der Transformation in kaum einem Land vorgesehen. Nach relativ kurzer Zeit begann aber die par-

⁴⁵² Ebd., S.708f.

⁴⁵³ Dauderstädt, Michael / Gerrits, André / Márkus, György G.: Troubled transition. Social democracy in east central europe, Amsterdam 1999, S. 74.

⁴⁵⁴ Walecki, Marcin: Political finance in Central Eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415, S.393.

⁴⁵⁵ Naßmacher, Hiltrud: Parteiensysteme und Parteifinzen in West-Europa, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Nr.1 2004, S.29-51, S.29.

tielle Alimentierung der Parteien⁴⁵⁶. Diese verzögerte Einführung hängt vermutlich mit der Belastung der Parteiendemokratie durch die Zeit des Sozialismus zusammen, d.h. Parteien an sich waren nach den politischen Umbrüchen seit 1989 unbeliebt und misstrauisch beäugt, hatten die Bürger doch jahrzehntelange Erfahrung mit Parteien bzw. einer Partei. Von Interesse für diese Arbeit ist aber vor allem eine These, die trotz gegenteiliger Erfahrungen, immer noch im Umlauf ist. Die Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung verfestigt die bestehenden Parteiensysteme und schließt sie gegenüber neuen aufstrebenden Parteien ab. Zwar weist Nassmacher auf Studien hin, die diese These eben nicht bestätigen⁴⁵⁷, doch handelt es sich hierbei um Analysen, die für die westlichen Demokratien diese These falsifizieren. Für Osteuropa im Allgemeinen und die baltischen Länder im Besonderen liegen keine diesbezüglichen Ergebnisse vor. H. Naßmacher weist in ihrem Aufsatz darauf hin, dass Parteienfinanzierungsskandale in einigen Ländern auf fehlende Ressourcen zurückzuführen sind und dass deren Auswirkungen zum Teil verheerend sein können (Italien). Um diese illegale Finanzierung zu unterbinden wurde die staatliche Alimentierung eingeführt⁴⁵⁸. Schlechte finanzielle Ausstattung der Parteien dürfte in den meisten osteuropäischen Transformationsstaaten die Begründung für Subventionen gewesen sein. Skandale sind besonders in noch nicht verfestigten Parteiensystemen eine Gefahr, erzeugen sie unter Umständen eine Volatilität, die in Verbindung mit dem Wahlsystem zum Ausschluss einer Partei führen kann. Auch weist H. Naßmacher auf die Verbindung von starker Mitgliederfinanzierung und geringer Wählervolatilität hin⁴⁵⁹. Dies mag auf Westeuropa zutreffen, erscheint mir aber für Osteuropa irrelevant, weil in Osteuropa eine ähnliche Entwicklung besteht wie in Westeuropa. Die Menschen sind weniger bereit sich in Parteien zu engagieren, so dass die Geldspenden für die Parteien immer wichtiger werden. Die Parteien in den Transformationsstaaten haben niemals einen solchen Zustand mit geringer Wählervolatilität

⁴⁵⁶ Walecki, Marcin: Political finance in Central Eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415, S.401f.

⁴⁵⁷ Nassmacher, Hiltrud / Nassmacher, Karl-Heinz: Major impacts of political finance regimes, in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.181-196, S.191.

⁴⁵⁸ Naßmacher, Hiltrud: Parteiensysteme und Parteifinanzien in West-Europa, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), 51. Jg., Nr.1 2004, S.29-51, S.31f.

⁴⁵⁹ Ebd., S.34.

erlebt, wie es in Westeuropa der Fall war. Es ist auch nicht abzusehen, dass in den nächsten Jahren dramatische Veränderungen eintreten. Berücksichtigt man die These von der Verfestigung der Parteiensysteme durch die Einführung der staatlichen Subventionen, so wäre dies für Osteuropa sogar positiv zu bewerten, denn hierdurch würde vermieden werden können, dass sich ständig neue Parteien, die z.T. erst kurz vor den Wahlen entstehen, im Parlament finden und dadurch eine Verstetigung und Verständigung z.B. bei der Regierungsbildung verhindern, weil die möglichen Koalitionspartner nicht genau wissen, ob sie miteinander arbeiten können. Auf der anderen Seite ist die staatliche Unterstützung positiv zu bewerten, weil diese Parteien helfen kann sich aus der Abhängigkeit von Großspendern zu befreien, um sich hoffentlich dem Ideal der Mitgliederpartei zu verpflichten⁴⁶⁰. Öffentliche Finanzierung führt nicht zwingend zu einer Verfestigung der bestehenden Strukturen. H. Naßmacher hat für Westeuropa eher einen gegenteiligen Befund ermittelt, der unter Berücksichtigung anderer Variablen anzeigt, dass neue Parteien durchaus Chancen haben, wenn eine öffentliche Finanzierung stattfindet. Die Parteienfinanzierung ist also kein monokausaler Ansatz zur Frage nach der Verfestigung von Parteiensystemen⁴⁶¹. Aber es ist eine Variable, die es zu berücksichtigen gilt, denn die Parteienfinanzierung kann als eines der wichtigsten Themen der Parteienforschung bezeichnet werden. Um in den baltischen Ländern ein in seinen Grunddaten stabiles System zu erhalten, müsste aber tatsächlich der Verfestigungseffekt eintreten. Es ist die Frage, ob dies durch öffentlich Finanzierung der Fall ist.

5.3 Methodische Vorgehensweise

Für die Analyse der drei baltischen Staaten wurden hauptsächlich Daten herangezogen, die im Internet verfügbar sind und entweder von staatlichen Stellen oder den Parteien selbst veröffentlicht wurden. Es stellte sich aber heraus, dass trotz teilweise sehr guter Quellenlage in Einzelfällen kaum Daten vorhanden waren. Dies ist auch für den Verfasser ein unbefriedigender Zustand, doch lässt er sich nicht ändern. In Einzelfällen ist es dem Verfasser gelungen zusätzliche Daten zu erhalten. In Estland ist die Datenlage zwar

⁴⁶⁰Ebd., S. 35.

⁴⁶¹Ebd., S.49f.

relativ gut und eindeutig geregelt, doch sind besonders hier Lücken zu finden, nichtsdestotrotz soll auch hier der Schwerpunkt auf Estland liegen. Es ist gelungen nicht mehr im Internet verfügbare Daten von einigen Parteien zu erhalten. Zwar gab es, je nach Gestaltung die Möglichkeit Bilanzen einzusehen, allerdings fanden sich nicht für alle Parlamentsparteien Bilanzen, um Vergleiche anzustellen. Insgesamt ist die Rechenschaftslegung in Estland von Partei zu Partei unterschiedlich. Einige Parteien veröffentlichen mehrere Berichte mit einer unterschiedlichen Anzahl an Einnahmen, mal unter Berücksichtigung von staatlichen Zahlungen an die Fraktion, mal ohne. Die fehlende Einheitlichkeit ist teilweise ein Problem gewesen, doch sind die vorhandenen Daten ausreichend, um ein Urteil zu ermöglichen. Litauen hat ein wahlorientiertes und jährliches Veröffentlichungsprinzip. Nach den Wahlen müssen die Parteien einen Einnahme- und Ausgabenbericht erstellen, der kurze Zeit später im Internet veröffentlicht wird. Leider erfolgt die Veröffentlichung im Internet noch nicht sehr lange, weshalb nur zwei Wahlen zum Staatspräsidenten, eine Parlamentswahl und die Wahlen zum Europaparlament berücksichtigt werden konnten. Dasselbe gilt für die jährlichen Rechenschaftsberichte. Letztgenannte wurden wegen fehlender Sprachkenntnisse nur teilweise berücksichtigt. Doch auch mit dieser anscheinend schwachen Materialbasis lassen sich Tendenzen bezüglich der Stabilität von Parteiensystemen aufzeigen, weil man sich an der Verteilung der Einnahmen orientieren kann.

Für Lettland wurden nur die Spendenberichte berücksichtigt, die im Internet veröffentlicht wurden. Zwar gibt es auch hier Rechenschaftsberichte, die auch die Ausgabe Seite berücksichtigen, doch sind diese Berichte mit diversen Problemen behaftet, auf die ich an anderer Stelle eingehen werde. Wegen der Probleme der Datenlage insbesondere in Lettland wird der Schwerpunkt auf die Einnahmen der Parteien gelegt. Hierdurch wird auch eine Vergleichbarkeit der drei Länder hergestellt. Die Einsicht in detaillierte Spendenberichte war notwendig, um festzustellen, ob die Parteien nur von wenigen Großspendern finanziert werden, oder ob sie es geschafft haben größere Summen durch kleinere Einzelspenden zu erzielen, was Rückschlüsse auf die Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung zulassen könnte und damit zu einer wenigstens partiellen Stabilisierung führen kann. Als

vorläufiges Fazit kann aber bereits hier angedeutet werden, dass die Rechenschaftslegung in allen drei Ländern verbessert werden kann. Ein weiteres Kapitel wird der Entstehung des aktuellen Parteienfinanzierungsgesetzes in Estland gewidmet sein. Es basiert im Wesentlichen auf Interviews, die der Verfasser in der ersten Märzhälfte 2005 vor Ort geführt hat. Ziel war es, mit jeder im Parlament vertretenen Fraktion ein Interview zu führen. Es ist aber trotz starker Bemühungen nicht gelungen einen Vertreter der Pro Patria Fraktion zu einem Gespräch zu bewegen⁴⁶².

5.4 Parteienfinanzierung im Baltikum

Die baltischen Staaten sind für einen Vergleich der Parteienfinanzierungsregimes besonders geeignet, weil sie ähnliche Wahlsysteme haben (Verhältnismahl, außer Litauen, das auch einen Mehrheitswahlanteil hat). Wahlsysteme gelten als die wichtigste Zugangsregelung zum Parlament. Es ist nicht Ziel dieser Arbeit eine intensive Kritik an den Parteienfinanzierungswegen zu üben, die durch die baltischen Länder in den vergangenen zehn Jahren implementiert wurden, sondern unter Berücksichtigung der allgemeinen Finanzierungsregeln festzustellen, ob die Regelungen in ihren unvermeidlichen Auswirkungen einen Beitrag leisten konnten zur Konsolidierung der Parteiensysteme, oder ob es keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen Finanzierung und Stabilisierung gibt.

Parteien benötigen für ihre Organisation, den Wahlkampf und andere Parteiaufgaben Gelder. In etablierten Demokratien hat die Entwicklung gezeigt, dass der Staat immer mehr in die Finanzierung dieser Aufgaben von privaten Organisationen mit großer gesellschaftlicher und staatlicher Bedeutung einbezogen wird. Es gibt im Wesentlichen drei große Einnahmequellen von Parteien, die unterschiedliche Bedeutung haben:

- organisationsinterne Ressourcen (Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit
- Spenden juristischer und natürlicher Personen

⁴⁶² Der Isamaa / Pro Patria Vertreter im Verfassungsausschuss war nicht vor Ort. Hilfestellungen durch das Brüsseler Büro Tunne Kelams (Parteivorsitzender) blieben leider erfolglos und auch Anfragen vor Ort konnten trotz regulärer Parlamentssitzungen nicht positiv beantwortet werden (R.W.).

- staatliche Mittel⁴⁶³.

Im Gegensatz zu den westlichen Demokratien ist die erstgenannte Finanzquelle für Parteien in den baltischen Staaten unbedeutend. Die Mitgliedsbeiträge in den drei Ländern werden z.T. gar nicht erhoben bzw. befinden sich auf einem sehr niedrigen Niveau. Dies ist bedeutsam, weil sich viele Interessierte eine Parteimitgliedschaft nicht leisten können, auch wenn die Beiträge sehr niedrig sind⁴⁶⁴. Die Auswertung vorhandener Rechenschaftsberichte wird diese Einschätzung bestätigen.

Bei der Parteienfinanzierung im Allgemeinen kann es zu verschiedenen Problemen kommen, die einer Lösung bedürfen und auffallend auch auf die baltischen Staaten zutreffen:

- Ungleichheit der Ressourcen durch mehrheitlich arme Bevölkerungen und dem Fehlen einer breiten Mittelschicht.
- Mangel an Geldern, die zu unerwünschten oder illegalen Finanzierungsformen führen können.
- Übergewicht interessen geleiteten Geldes durch juristische oder natürliche Personen⁴⁶⁵.

Für die Parteienfinanzierung in den baltischen Staaten lassen sich folgende Fragen herausarbeiten: Verhilft die staatliche Unterstützung von Parteien zur Stabilisierung der Parteiensysteme? Welche auch in Westeuropa festgestellten Tendenzen hinsichtlich Etatisierung, Kommerzialisierung und Kapitalisierung lassen sich im Baltikum feststellen?

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie die Finanzierung der Parteien in den baltischen Staaten aussieht und wichtiger, ob sie Möglichkeiten erkennen lässt, dass sie ein Mittel ist, um die Parteiensysteme zu stabilisieren.

⁴⁶³ Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000, S.127f.

⁴⁶⁴ Aus Gesprächen mit verschiedenen Parteifunktionären und Abgeordneten in Estland hat sich dieser Eindruck entwickelt (R.W.)

⁴⁶⁵ Naßmacher, Karl-Heinz: Introduction: political Parties, funding and democracy ,in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003, S.1-20, S.8.

Die wichtigste Frage ist, wie sich die Parteien in den drei Ländern überhaupt finanzieren. Können Stabilisierungstendenzen an Hand der Parteienfinanzierung überhaupt erkannt werden?

Estland, als Schwerpunktland dieser Arbeit, erhält einen zusätzlichen Abschnitt. Im Jahre 2003 wurde ein neues Gesetz zur Finanzierung der politischen Parteien verabschiedet. Durch Interviews mit Abgeordneten des Verfassungsausschuss im Riigikogu und Vertretern der Parteien soll die Entstehung dieses Gesetzes und die Probleme nachgezeichnet werden. Zusätzlich wird ein Interview mit einer Beraterin des Verfassungsausschusses mit ausgewertet.

Die Datenlage zur Parteienfinanzierung in den baltischen Staaten ist relativ dünn. Der Hauptgrund liegt in der späten Organisierung der staatlichen Parteienfinanzierung bzw. der Veröffentlichungsfrist und deren tatsächlicher Umsetzung sowie der Herstellung des Zugangs zu diesen Daten. Außerdem sind die veröffentlichten Daten entweder unvollständig zugänglich oder inhaltlich von unzureichendem Wert bzw. zeitlich begrenzt.

5.4.1 Gesetzliche Grundlagen in den baltischen Ländern

5.4.1.1 Rechenschaftsberichte der Parteien in den baltischen Ländern – ein Nachtrag zur Vorgehensweise

Die Rechenschaftslegung in Estland ist einfachgesetzlich geregelt. Die Parteien sind zur Offenlegung ihrer Einnahmen und ihrer Ausgaben verpflichtet. In der Praxis wird dieses Gesetz auch weitestgehend beachtet, allerdings scheinen die Parteien es mit der Gestaltung ihrer Rechenschaftsberichte nicht verbindlich zu befolgen, d.h. die gestalterische Veröffentlichung ist selten mehr als eine Liste von Spenden, staatlichen Subventionen, die nicht in jedem Quartal bei jeder Partei identisch ist⁴⁶⁶. Die aus Deutschland bekannte Ordnung fehlt in Estland⁴⁶⁷ - in Lettland aber noch mehr. Dort müs-

⁴⁶⁶ Vgl. die Quartalsberichte der Sozialdemokratischen Partei Estlands 2002 (damals noch Möödukad).

⁴⁶⁷ Obwohl die Berichte seit einiger Zeit im Internet veröffentlicht werden müssen, das Dokumentationszentrum des Justizministeriums diese Berichte teilweise ab 2002 veröffentlicht, ist es schwierig genaue Zahlen besonders zu den Ausgaben zu erhalten, verstecken sich diese in einer gesonderten Bilanz, die nicht identisch ist mit den Einnahmeberichten. Hierdurch wird die Quellenlage sehr unterschiedlich, weshalb eine Fokussierung auf die Einnahmen vorgenommen wird (R.W.).

sen die Spender zeitnah veröffentlicht werden. Eine Bilanz ist jährlich zu erstellen. Die Qualität dieser Veröffentlichungen ist aber nur mäßig⁴⁶⁸, weil z.T. Angaben fehlen, die Schrift nicht zu lesen ist, weil die Berichte handschriftlich verfasst wurden und andere störende Einflüsse mehr. In Litauen sind Rechenschaftsberichte überwiegend nur in litauisch zu erhalten. Berichte über Wahlkämpfe sind teilweise in englischer Sprache vorhanden. Ohne Sprachkenntnisse sind diese Berichte kaum auszuwerten.

Lettland hat die Offenheit seiner Spendenberichte (sofern sie zutreffend sind) am weitesten vorangebracht. Die zeitnahe Veröffentlichung bringt Lettland in die Nähe des Ideals, dass Rechenschaftsberichte als mögliche Informationsquelle für den interessierten Wähler bereits vor den Wahlen dienen können. Auch Estland ist mit seinen vierteljährlichen Berichten in der Nähe dieses Ideals. Litauen⁴⁶⁹ scheint sich seit Neuestem ebenfalls in diese Richtung zu bewegen⁴⁷⁰.

Da sich die Forschung noch in den Anfängen befindet, werden die drei Länder getrennt analysiert, um am Ende zu einem Ergebnis vergleichender Art zu gelangen. Eine weitgehend getrennte Analyse bietet sich auch wegen der unterschiedlichen Datenlage an. Dort, wo es Möglichkeiten gibt zu vergleichen, wird dies auch getan.

5.4.1.2 Gesetzliche Regelung der litauischen Parteienfinanzierung

Die Parteien sind nach Artikel 24 des Gesetzes über Parteien dazu verpflichtet ihre Einnahmen, Ausgaben und ihr Vermögen offenzulegen und zu veröffentlichen. Zusätzlich wird den Parteien ein Recht auf staatliche Zahlun-

⁴⁶⁸ Dem Verfasser liegen leider keine vollständigen Daten vor. Dies liegt an der uneinheitlichen Veröffentlichungspraxis im Internet, der Organisation der Veröffentlichung durch den Staat.

⁴⁶⁹ Der Verfasser dieser Arbeit spricht kein Litauisch und muss sich auf den Kontext der Veröffentlichungen im Internet und darin angegebene Jahreszahlen verlassen, um diese Einschätzung zu rechtfertigen (R.W.).

⁴⁷⁰ Naßmacher, Karl-Heinz: Introduction: political Parties, funding and democracy ,in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003, S.1-20, S.11. Naßmacher kritisiert hier die Verzögerung der Rechenschaftsberichte, die es den Wählern im Voraus so gut wie unmöglich machen ihre Wahlentscheidung durch die Heranziehung der Rechenschaftsberichte zu beeinflussen. Die technischen Entwicklungen scheinen die Möglichkeiten, das Ideal zu erreichen aber zu verbessern (R.W.).

gen aus dem Haushalt zuerkannt (Art. 23)⁴⁷¹. Diese Parteien müssen aber eine Fraktion bilden können und nicht nur aus einem einzigen Abgeordneten oder zwei bis drei bestehen. D.h. Parteien, die nur mit Direktmandaten vertreten sind, werden nicht berücksichtigt, weil diese Parteien eindeutig nicht über eine landesweite Organisation verfügen bzw. nur regionale Bedeutung haben. Eine Einbeziehung würde den Rahmen zu stark ausweiten. Nur wo es zur Erklärung benötigt wird, werden die anderen Parteien bzw. die kleinen mit Direktkandidaten im Parlament vertretenen Parteien herangezogen.

In Litauen erhalten die Parteien einen per Gesetz festgelegten Anteil des Staatshaushalts – insgesamt 0,1 % des jährlichen Etats. Auf staatliche Alimentierung haben Parteien Anspruch, die eine 3-Prozent-Hürde bei den Wahlen zum nationalen Parlament und den Lokalparlamenten übersprungen haben. Die Verteilung erfolgt erfolgsproportional und darf die Summe von 0,1 Prozent am jährlichen Staatsjaushalt nicht überschreiten. Zusätzlich haben in Litauen die Parteien und Präsidentschaftskandidaten die Möglichkeit freie Sendezeiten in öffentlichen Medien zu beanspruchen. Die Sendetermine sind so platziert, dass eine faire Verteilung erfolgt und das Prinzip der Chancengleichheit in diesem Bereich nicht verletzt wird. Die Produktionskosten für solche Medienauftritte müssen aber von den Kandidaten bzw. Parteien übernommen werden.⁴⁷²

Bei der Finanzierung von Parteien gibt es im Allgemeinen keine Obergrenze. Allerdings hat Litauen eine Obergrenze für Parlamentskandidaten eingeführt⁴⁷³. Eine derartige Obergrenze kann verhindern, dass ein Kandidat durch ein Unternehmen oder eine Einzelperson aufgestellt wird. Reiche Bürger können sich natürlich immer noch zur Wahl stellen und ihren Wahlkampf aus der eigenen Schatulle finanzieren.

⁴⁷¹ Law on political parties and political organisations (Stand: 20.6.1995 / 2005)
http://www3.lrs.lt/pls/inter2/dokpaieska.showdoc_e?p_id=39737&p_query=

⁴⁷² Walecki, Marcin: Political finance in Central Eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415, S.404ff.

⁴⁷³Ebd., S.407.

5.4.1.3 Gesetzliche Regelungen der lettischen Parteienfinanzierung

Snipe stellt für Lettland fest, dass zahlreiche Gesetze der Regierungen als Erziehungsinstrument verwendet werden sollen, um erkannte Probleme einer Lösung entgegenzubringen. Diese Einstellung seitens der Politik führt oft zu unerwünschten Entwicklungen, die vom Gesetzgeber nicht entsprechend gesehen wurden⁴⁷⁴. Hieraus ergibt sich zwangsläufig die Vermutung, dass auch die Regelungen der Parteienfinanzierung Probleme aufweist. Nach Snipe wird das lettische Finanzierungssystem durch zwei Gesetze geprägt: Parteienfinanzierungsgesetz von 1995 und das Gesetz zur Wahlkampfführung (2002), das einen Zusatz zum Wahlgesetz von 1995 bildet. Erst durch den Zusatz von 2002 wurde die Gesetzgebung zur Parteienfinanzierung strukturierter und verlor den überaus freizügigen Umgang hinsichtlich der Finanzierung der Parteien⁴⁷⁵.

Um dem interessierten Bürger die Einnahmequellen zu offenbaren und andere Effekte, wie Vermeidung illegaler Spenden zu ermöglichen, müssen Regelungen zur öffentlichen Rechenschaftslegung aufgestellt werden. In Lettland werden die Rechenschaftsberichte an eine staatliche Aufsichtsbehörde (Justizministerium) gesandt und von dieser dann veröffentlicht. Diese Berichte müssen seit 2002 Einnahmen und Ausgaben enthalten. In Lettland ist die Umwegfinanzierung, wie sie in Deutschland mit der ‚Staatsbürgerlichen Vereinigung‘ existierte nicht gestattet, eine legale Umgehung ist also theoretisch nicht möglich. Verstöße gegen die Rechenschaftspflicht können nach einer Abmahnung überraschend schwer geahndet werden – bis hin zur Auflösung der Partei durch Gerichtsbeschluss. Auf der einen Seite sind die möglichen Strafen bei Vergehen gegen das Gesetz existenzbedrohend für eine Partei, auf der anderen Seite gibt es bisher keinen aktenkundigen Fall einer solchen Strafe⁴⁷⁶. Vielmehr scheint es so zu sein, dass die Berichte

⁴⁷⁴ Snipe, Arta: Financing of political parties: Effectiveness of regulation – the Latvian example. Master`s thesis, Riga Graduate School of Law, 2003, S.10. Im weiteren wird auf die Arbeit von Snipe Bezug genommen, weil es bisher keine Übersetzung der entsprechenden Gesetze aus dem Lettischen gibt (R.W.).

⁴⁷⁵ Ebd., S.19.

⁴⁷⁶ Ebd., S.24f.

(Spendenregistrierung erfolgt im Internet sehr zeitnah) nicht sehr aussagekräftig sind. Eine Durchsicht der vom Verfasser gesichteten Berichte zeigt ungefähr folgende Ergebnisse:

- Berichte sind teilweise handschriftlich und kaum lesbar,
- die Berichte enthalten kaum Angaben,
- es gibt kein einheitliches System⁴⁷⁷.

Insgesamt sind die jährlichen Berichte für den interessierten Bürger oder Wissenschaftler eher wertlos als erkenntnisbringend. Die fehlende Aussagekraft und sonstige Mängel der Rechenschaftsberichte sind die Ursache, warum ich mich auf die Auswertung der Einnahmen der lettischen Parteien konzentriere und auf die Ausgabenseite nur eingehe, wenn halbwegs gesicherte Zahlen vorhanden sind.

Das Verbot der Umwegfinanzierung über entsprechende Einrichtungen ist in der Praxis kaum durchzusetzen. Um nicht in der Liste der Spender zu erscheinen, und es gibt immer Spender, denen Anonymität sehr wichtig ist, gibt es die Möglichkeit den Spender zu verschleiern, indem ein Sritter die Summe spendet. Dieses Problem wird von Snipe an Hand der sogenannten lettischen ‚Oligarchen‘ benannt. Obwohl diese über erhebliche finanzielle Ressourcen und politischen Einfluss verfügen, tauchen sie nie als Spender auf⁴⁷⁸. Dies ist tatsächlich ein sehr realistischer Hinweis auf verdeckte Spendentätigkeit, denn selbst wenn nicht jeder ‚Oligarch‘ spenden muss, weil er entsprechende Kontakte und andere Leistungen anbieten kann (Vergünstigungen für Einzelne, Posten in der Privatwirtschaft etc.) ist das völlige Fehlen dieser Personen erstaunlich.

Neben der Anstrengung eines Auflösungsverfahrens ist die kontrollierende Behörde berechtigt Geldstrafen zu verhängen, wenn der Rechenschaftslegung nicht vollständig nachgekommen wird. Diese Geldstrafen sind gestaffelt und am Vergehen orientiert. Bei einfachen Verstößen gegen die Publikationspflichten sind Strafen zwischen 50 und 250 Lats (80-400 €), bei Ü-

⁴⁷⁷ Ich beziehe mich auf Rechenschaftsberichte, die ich der Internetseite des Justizministeriums entnommen habe <http://www.knab.gov.lv>.

⁴⁷⁸ Snipe, Arta: Financing of political parties: Effectiveness of regulation – the Latvian example. Master’s thesis, Riga Graduate School of Law, 2003, S.33f.

berschreitungen der maximalen Spendenhöhe 500-10.000 Lats (800-16.000 €). Zusätzlich zu dieser Strafe muss, vergleichbar mit Deutschland, die illegal eingeworbene Spende an den Staat abgeführt werden.⁴⁷⁹

Unternehmerische Aktivitäten sind lettischen Parteien gestattet. Snipe sieht diese Möglichkeit sehr negativ und verweist auf Möglichkeiten verdeckter Finanzierungswege⁴⁸⁰ i.S. einer zwischengeschalteten Organisation, die Gelder anonymisiert weiterleitet.

Eine Begrenzung der Wahlkampfausgaben wird als wirkungslos bzw. nicht zu implementieren bewertet. Von einer Einführung einer solchen Obergrenze zur Begrenzung des Geldhungers der Parteien wird abgeraten⁴⁸¹. Eine solche Obergrenze kann in der Praxis so gut wie nicht funktionieren, weil es eine Einschränkung der Meinungsfreiheit im politischen Wettbewerb darstellen kann und zweitens die Obergrenze nicht an den reichsten Parteien orientiert sein kann, wenn der Wille mehr Gelder einzunehmen gebrochen werden soll. Ob es angesichts des instabilen Parteiensystems sinnvoll ist eine Obergrenze einzuführen erscheint fraglich, würden vermutlich mehr Parteien auf einem niedrigeren Level miteinander um Wählerstimmen konkurrieren und dadurch nicht zur Stabilisierung beitragen können und drittens kann eine Partei des eigenen Vorteils wegen die Obergrenze illegal überschreiten⁴⁸².

5.4.1.4 Gesetzliche Regelung der estnischen Parteienfinanzierung

Die Finanzierung der estnischen Parteien wurde ab dem 16. Juni 1994 durch den „Political Parties Act“ geregelt. In den folgenden Jahren wurde dieses Gesetz, das auch grundsätzliche Aussagen zu Parteien und ihren Aufgaben macht, mehrfach geändert⁴⁸³. Die gesetzliche Regelung der Parteienfinanzierung wurde durch die konservative Regierung Mart Laars eingeführt.

⁴⁷⁹Ebd., S.31.

⁴⁸⁰Ebd., S.33.

⁴⁸¹Ebd., S.36.

⁴⁸² Hier wird wiederum ein Zusammenhang von finanziellen Möglichkeiten und Wahlerfolg unterstellt.

⁴⁸³ Vgl.: Political Parties Act, Offizielle Übersetzung ins englische durch die Republik Estland. Zu finden unter <http://www.legaltext.ee>.

Der „Political Parties Act“, der am 16.12.2003 verabschiedet wurde und ab dem 1.1.2004 Gültigkeit erhielt, enthält drei Formen der Parteienfinanzierung:

- 1.) Mitgliedsbeiträge
- 2.) Staatliche Zuweisungen
- 3.) Zuwendungen *natürlicher* Personen

Untersagt sind entsprechend folgende Zuwendungen:

- a) Die Spenden juristischer Personen wurden mit diesem Gesetz vom 16.12.2003 ab 1.1.2004 als illegal benannt.
- b) Anonyme und versteckte Spenden sind untersagt.
- c) Zuweisungen an eine Partei in Form von Gütern, Dienstleistungen, Immobile oder Mobile Rechte⁴⁸⁴.

Welche weiteren Regelungen bestehen nun im estnischen Parteiengesetz hinsichtlich von Spenden? Illegale Spenden juristischer Personen, die Parteien zugeführt werden, müssen innerhalb von zehn Tagen an den Spender zurückgegeben werden. Sollte dies nicht möglich sein, z.B. bei anonymen Spenden, so sieht §123 (4) vor, fließen die Spenden in den Staatshaushalt, um den Haushaltsposten für die Parteienfinanzierung aufzufüllen und bei der nächsten Ausschüttung an die Parteien weiterzuleiten. Sollte eine Partei sich nicht an diese gesetzlichen Vorgaben halten, so drohen ihr Strafen. Bei Vergehen durch juristische Personen drohen Strafen bis zu 50.000 EEK (~3330 €). Ansonsten werden im Gesetz Strafen bei Vergehen gegen die Publizitätspflicht, illegaler Spendenannahme mit Einheiten angegeben, die bei 300 „fine units“ liegen. Diese Strafeinheiten orientieren sich an den Einkommensverhältnissen des Betroffenen und nicht an fixen Maßstäben⁴⁸⁵. Die Strafeverfolgung erfolgt im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland nicht durch die Bundestagsverwaltung resp. Bundestagspräsidenten, sondern durch eine Sondergerichtsbarkeit in Form einer Polizeiabteilung, die das Verfahren überwacht. Die Bezirks- und Stadtgerichte Estlands sind die juristische Instanz für Anhörungen in diesen Verfahren.

⁴⁸⁴ Political Parties Act, Chapter 21 §121, (1)-(3). §123 (4). Offizielle Übersetzung ins englische durch die Republik Estland. Zu finden unter <http://www.legaltext.ee>.

⁴⁸⁵ Erklärung durch Aive Kalev aus dem Estnischen Finanzministerium. Näheres konnte sie leider nicht mitteilen (R.W.).

Das Gesetz zur Parteienfinanzierung bleibt offen, wenn es um maximale Spendenhöhen geht, die Höhe der staatlichen Alimentierung oder Höchstgrenzen staatlicher Zuwendungen. Spenden durch Ausländer sind verboten, wenn es sich nicht um Exil-Esten handelt.

Staatliche Mittel:

Der Staat stellt den Parteien per annum eine bestimmte, im Political Parties Act nicht festgelegte Summe zur Verfügung. Die Verteilung orientiert sich in erster Linie am Wahlerfolg der Parteien. Zum 1. Januar 2004 wurde die Verteilung der staatlichen Gelder neu geregelt. Erhielten bis dahin nur Parlamentsparteien staatliche Gelder, so werden ab 2005 nahezu alle Parteien in die Berechnung einbezogen:

- Parteien, die mindestens 1 v.H. der abgegebenen Stimmen erhielten bekommen 150.000 EEK (~10.000 €).
- Parteien, die mindestens 4 % der Stimmen erhielten, aber die Wahlhürde nicht überspringen konnten, erhalten 250.000 EEK (~16.700 €).
- Die Parteien, die mehr als fünf Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, werden durch ein umständlich anmutendes System alimentiert:

Die Hälfte der vom Staat bereitgestellten Gelder wird an die Parteien verteilt, die sich erfolgreich an der Wahl zum Riigikogu beteiligen. Die nicht im Parlament vertretenen Parteien erhalten die oben genannten Zahlungen. Der Verteilungsschlüssel für die Parlamentsparteien orientiert sich an den erzielten Sitzen im Parlament. Die andere Hälfte misst sich am Erfolg bei den letzten Kommunalwahlen. An der zweiten Teilzahlung sind allerdings nur die Parteien berechtigt teilzunehmen, die auch auf nationaler Ebene die 5-Prozenthürde genommen haben⁴⁸⁶.

⁴⁸⁶ Political Parties Act, §12 5, (1) und (2).

5.4.1.4.1 Die Finanzierung der estnischen Parteien vor der am 1.1.2004 in Kraft getretenen Änderungen

Im vorherigen Gesetz konnten die Parteien noch Einkünfte aus Eigentum, Bankguthaben und Erträgen aus dem Verkauf von parteibedingten Produkten erzielen. Spenden oder andere Formen der Zuwendung aus dem Ausland waren nicht gestattet⁴⁸⁷. Barspenden durften nur bis zu einer Höhe von 10.000 EEK (~660 €) je Person und Jahr angenommen werden.

Als illegal bezeichnete Spenden waren alle, die von Institutionen, Organisationen oder Unternehmen mit staatlicher Beteiligung oder juristischen Personen des öffentlichen Rechts, sowie Spenden von der Kulturautonomie unterworfenen Minderheiten⁴⁸⁸.

5.4.1.4.2 Staatliche Mittel gemäß dem Parteiengesetz bis zum 31.12.2003

Der Verteilungsschlüssel für die estnischen Parteien war im Vergleich zur seit 2004 bestehenden Fassung sehr einfach. Nur Parteien, die bei den nationalen Parlamentswahlen erfolgreich waren, kamen in den Genuss der staatlichen Subventionen. Maßgebend war die Zahl der erworbenen Mandate⁴⁸⁹. Diese Regelung galt von Mai 2002 bis zum 31.12.2003. Über die Höhe der staatlichen Leistungen schwieg sich das Gesetz aus.

5.4.2 Die Entstehung der aktuellen estnischen Parteienfinanzierungsregelung

Dieses Kapitel bezieht sich auf eine Reihe von Interviews, die ich in der ersten Märzhälfte des Jahres 2005 mit Abgeordneten des Verfassungsausschusses des Riigikogu führte. Die Reformpartei wurde durch Arto Aas vertreten, der nicht im Parlament sitzt, aber sehr hilfreich Auskunft geben

⁴⁸⁷ Political Parties Act, §§12 2, (1) , 12 3 (1)-(4). Dieses Gesetz war der Vorläufer bis 31.12.2003, bei zukünftiger Verwendung nur noch Political Parties Act - Alt

⁴⁸⁸ Political Parties Act – Alt, §12 11, (1) 1)-7).

⁴⁸⁹ Political Parties Act - Alt, §§12 6, (1).

konnte⁴⁹⁰. Der Vertreter der Volkunion bat seinen Fraktionskollegen Janno Reiljan um die Übernahme dieses Gesprächs⁴⁹¹. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses Urmas Reinsalu (Res Publica) erklärte sich kurzfristig vor Ort zu einem Gespräch bereit⁴⁹². Die Vertreter der parlamentarischen Opposition wurden durch Ausschussmitglieder repräsentiert: Evelyn Sepp (Zentrumspartei, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses) und Jarno Laur (Sozialdemokraten)⁴⁹³. Ein abschließendes Interview führte ich mit Ülle Madise. Sie ist Beraterin des Verfassungsausschusses gewesen⁴⁹⁴.

Für mich war folgende Frage von großer Bedeutung: Warum wurden die Spenden juristischer Personen verboten? Die dazugehörige These lautet: Geld findet immer seinen Weg. Deshalb erscheint es sinnvoller die Zuwendungen der Wirtschaft öffentlich zu machen, anstatt eine graue (rechtlich möglicherweise zulässig) oder eine schwarze (illegale) Finanzierung zu provozieren.

Aus dem Verbot ergibt sich, trotz einer deutlich erhöhten staatlichen Alimentierung die Frage, wer die Gewinner dieses Gesetzes sind.

Wer die Idee für die Novellierung es Gesetzes hatte, konnte schnell ermittelt werden und wurde deshalb nicht in allen Interviews verfolgt.

Welche Probleme sehen die einzelnen Parteien bezüglich des Gesetzes?

Warum wurde die Novellierung aber dennoch vorgenommen?

⁴⁹⁰ Mit Aas war ein Gespräch zur Kampagnenfinanzierung geplant. Die Verbindung zur Parteienfinanzierung war also gegeben.

⁴⁹¹ Koit Prants sitzt im Verfassungsausschuss. Mit Herrn Reiljan führte ich bereits im Herbst 2004 ein Gespräch und suchte ihn im März 2005 erneut auf. Die Übernahme des Gesprächsthemas von Prants bot sich an.

⁴⁹² Herr Reinsalu war für mich anfangs nur schwer erreichbar, weshalb ich seine Fraktions- und Ausschusskollegin Siiri Sisask um ein Gespräch bat, die aber an Herrn Reinsalu verwies.

⁴⁹³ Auch die Gesprächstermine mit Frau Sepp und Herrn Laur konnten erst vor Ort vereinbart werden. Es stellte sich als relativ zeitaufwendig und schwierig heraus, von Oldenburg aus Termine zu vereinbaren (Ausnahme: Arto Aas). Die Präsenz vor Ort ist hilfreich.

⁴⁹⁴ Ülle Madise wurde mir bereits vor Beginn der Forschungsreise von Prof. Richter als interessante Gesprächspartnerin in einem anderen Sektor empfohlen. Sie stand aber bereits vorher als potentielle Gesprächspartnerin in meiner Planung. Die Interviews fanden in der ersten Märzhälfte 2005 statt und werden im Anhang genannt.

5.4.2.1 Ursprung des neuen Gesetzes

Der Vorschlag, Spenden juristischer Personen zu verbieten, ist durch Res Publica verbreitet worden. Grundlage für dieses Ansinnen ist der Wahlkampf der jungen Partei gewesen, die sich den Kampf gegen Korruption auf die Fahnen geschrieben hat (Aas, Reinsalu). Mit den Koalitionspartnern bis März 2005 - Volksunion und Reformpartei - wurde dieses wahlpolitische Versprechen im Sinne Res Publicas, im Koalitionsvertrag beschlossen.

Dieser Gesetzentwurf musste in den Verfassungsausschuss. Hier bildete sich eine neue Koalition – Res Publica und Zentrumspartei, die auch die größten Gewinner der Reform sind (Madise). Diese beiden Fraktionen, so der Eindruck aus verschiedenen Interviews, trieben das Gesetz voran. Die zwei Koalitionspartner von Res Publica wurden aber weiterhin integriert. Hier zeigt sich, wie stark die Konsensbildung im Bereich der Parteienfinanzierung über die Koalitionsgrenzen hinaus sein kann⁴⁹⁵. Allerdings konnte die Opposition – besonders die Sozialdemokraten⁴⁹⁶ und vermutlich auch Isamaaliit – sich nicht so stark einbringen, wie es der Zentrumspartei gelang, die eine stille große Koalition mit Res Publica einging.

Eine externe Beratung von ausländischen Organisationen oder Wissenschaftlern aus diesem Bereich fand nicht statt (Sepp, Madise).

5.4.2.2 Probleme des neuen Gesetzes

Das größte Problem des neuen Gesetzes ist zweifelsfrei das Verbot von Spenden juristischer Personen. Dieses Verbot provoziert geradezu Umwegfinanzierungen der Unternehmen. Auch die Initiatoren des Gesetzes sehen es so (Reinsalu). Alle Interviewpartner sagten mir sehr freimütig, dass ihre

⁴⁹⁵ Dieser breite Konsens findet sich z.B. auch in der Bundesrepublik Deutschland; vgl. Boyken, Friedhelm: Die neue Parteienfinanzierung. Entscheidungsprozeßanalyse und Wirkungskontrolle, Baden-Baden 1998; Nassmacher; Hiltrud / ders. Karl-Heinz: Parteienfinanzierung: Ein Gesetz entsteht, in: <http://www.admin.uni-oldenburg.de/presse/einblick/22/finanz.html> (Stand: 9.9.1997).

⁴⁹⁶ Aussage von Jarno Laur.

Parteien bzw. die Parteien allgemein weiterhin Geld aus der Wirtschaft erhalten werden. In Zukunft geschieht dies durch Dienstleistungen und andere Formen der materiellen Förderung (anmieten von Veranstaltungsräumen etc.). Ein Problem aus Sicht der Parteien besteht u.a. auch darin, dass nahestehende Organisationen (z.B. Gewerkschaften, NGOs) ebenfalls nicht mehr spenden dürfen⁴⁹⁷. Sepp wies mich auf eine parteipolitische Komponente des Verbots juristischer Spenden hin. Spenden europäischer Parteiorganisationen, die nicht durch das neue Gesetz erfasst werden, dürfen keine Zahlungen mehr geben. Verwandte Parteien aus dem Ausland dürfen keine Unterstützungszahlungen mehr leisten. Obwohl mir keine derartigen Zahlungen an die Zentrumsparteien bekannt sind, scheint es sie verdeckt doch zu geben.

Nur die starke Erhöhung der staatlichen Gelder trösten über diese Situation hinweg. Eine Form der Umwegfinanzierung z.B. von NGOs liegt in der Tätigkeit der politischen Stiftungen⁴⁹⁸.

Auf der anderen Seite wird die Einbeziehung der Kommunalwahlen allgemein als positiv bewertet. Die Einbeziehung der Kommunalwahlen wird aber nach einem Urteil des Staatsgerichtshofes möglicherweise wieder kassiert, nachdem das Gericht Wahlbündnisse wieder zugelassen hat.

Angesichts der hohen Wählervolatilität bei einigen Parteien ist dieser Optimismus aber ein Wechsel auf eine gute Zukunft. Das Verbot für Staatsunternehmen an Parteien zu spenden ist positiv zu bewerten, weil sich Regierungsparteien durch ihren Einfluss auf diese Unternehmen nicht mehr dem Verdacht aussetzen können, sich zusätzliche Einnahmen verschafft zu haben.

Ein Ende der Möglichkeiten plutokratischer Finanzierung ist durch das einseitige Verbot der Unternehmensspenden aber nicht gelungen, weil Bürger im Rahmen ihrer Grund- und Partizipationsrechte unbegrenzt spenden dür-

⁴⁹⁷ Besonders Zentrumsparterei und Sozialdemokraten monierten diese Regelung. (d. Verf.)

⁴⁹⁸ Die politischen Stiftungen können hier Kosten übernehmen und diese dann als politische Förderung der Demokratie oder Ähnliches deklarieren. Die Jugendarbeit der Reformparterei in Estland wird sehr stark durch die deutsche FNSt finanziert (R.W.).

fen. Das Problem der Grosspenden ist also nur auf einer Seite eingegrenzt worden⁴⁹⁹.

5.4.2.3 Profiteure und Verlierer

Angesichts der starken Konsensbildung im Ausschuss und der breiten parlamentarischen Unterstützung dürfte keine der beteiligten Parteien zu den Verlierern zählen. Einzig Jarno Laur (Sozialdemokraten) hat die Möglichkeit eines finanziellen Minus eingeräumt. Da das Gesetz erst im Herbst 2005 nach den Kommunalwahlen in Estland seine volle Wirkung entfalten soll, konnten noch keine exakten Zahlen genannt werden. Die Reformpartei erwartet keine Verluste, aber auch keine richtigen Zuwächse (Aas). Madise hingegen, die im Ausschuss auf die mögliche Verfassungswidrigkeit der geplanten Veränderungen hingewiesen hat, weil die Verdreifachung der Auszahlungen aus dem Staatshaushalt und deren Verteilung aufgrund bereits bestehender Machtverhältnisse die Chancengleichheit beeinträchtigen könnten, geht von einem Gewinn für die Parteien aus. Ihrer Ansicht nach hatten die estnischen Unternehmen vor, auf breiter Front weniger zu spenden als zuvor, d.h. ein Einnahmeminus der Parteien wäre die Folge gewesen. Durch die neue Regelung werden die Spenden juristischer Personen aufgewogen und die Parteien werden andere Wege finden, Geld von Unternehmen zu erhalten (Madise). Dieser Schlussfolgerung ist insgesamt zuzustimmen, denn die Vertreter der Parteien gaben freimütig zu, Finanzierungsmethoden anzuwenden, die vom Parteiengesetz nicht als illegal bewertet werden, auch wenn sie sich in einem Graubereich befinden werden. Die Arbeit politischer Stiftungen muss in diesen Bereich der möglichen Umwegfinanzierung eingeordnet werden. Sie unterstützen die Parteien durch verschiedene Veranstaltungen und helfen ihnen dadurch z.B. beim Aufbau von Strukturen und geben erprobtes Know-How an die Parteien weiter. Auch helfen sie dadurch bei der „Ausbildung“ des politischen Personals. Zwar wurden diese Tätigkeiten zuvor nicht in den Berichten der Parteien genannt, weil die Unterstützung durch nicht-monetäre Leistungen er-

⁴⁹⁹ Vgl. Naßmacher, Karl-Heinz: Introduction: political Parties, funding and democracy, in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003, S.1-20, S.8.

bracht wurde, doch bietet sich hier ein gewisses Potential an anderen Unterstützungsmöglichkeiten.

5.5 Finanzierung baltischer Parteien

Für die Stabilisierung der Parteiensysteme interessieren hier in erster Linie die Einnahmen der Parteien, weil an ihnen erkennbar werden kann, wie sehr sie in der Bevölkerung verwurzelt sind und welche Gruppen sie ansprechen (Unternehmen und / oder natürliche Personen).

5.5.1 Gesamteinnahmen

5.5.1.1 Estland - Gesamteinnahmen, Staatliche Mittel und Sonstige Einnahmen

Die Rechenschaftsberichte können unterteilt werden in die Zeit vor dem Verbot der Annahme von Spenden juristischer Personen und der Zeit danach (ab 1.1. 2004). Bei der Analyse werden nur die Einnahmen der Parteien berücksichtigt, weil die Ausgabenstruktur in geringerem Umfang zugänglich ist. Die Analyse der Einnahmeseite wurde eingegrenzt auf die staatliche Finanzierung, Spenden und Mitgliedsbeiträge. Einkommen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Mieten und ähnlichen Einnahmen werden gesondert aufgeführt, wenn sie höhere Beträge ausweisen⁵⁰⁰. Für einige Parteien liegen noch Zahlen vor, die vor dem Jahr 2002 verbucht wurden. Um die Einheitlichkeit zu wahren wird auf diese Daten nur einmal verwiesen, um Entwicklungen aufzuzeigen. Der Schwerpunkt für Estland liegt aber auf den Jahren 2002-2005.

⁵⁰⁰ Bei der Durchsicht vorhandener Bilanzen und Quartalsberichten ist der sehr geringe Anteil Sonstiger Einnahmen unübersehbar.

Tab. 6 Gesamteinnahmen der estnischen Parteien und staatliche Zuwendungen in Euro

	2002	2003	2004	2005
Pro Patria	592.590,86 / 227.754,38	489.216,61/ 123.366,96	282.919,74 / 264.384,92	319.563,64 / 264.384,92
Res Publica	481.694,84	1.637.352,56 / 265.713,48	1.323.400,9 / 1.057.539,68	1.221.248,56 ⁵⁰¹ / 1.057.539,68
Volksunion	444.777,06 / 143.625,43	767.716,17 / 161.326	496.492,9 / 491.000,89	618.195,14 / 491.000,89
Reformpartei	865.472,01 / 234.081,53	1.379.670,8 / 240.407,41	962.665,05 / 717.616,17	1.254.422,89 / 717.616,17
Sozialdemokraten	461.069,27 / 215.101,41	308.488,5/ 110.713,93	268.390,93 / 226.615,65	255.711,25/ 226.615,65
Zentrumspartei	1.114.125,88 / 328.535,27	1.334.897,66 / 354.283,96	1.192.659,68 / 1.057.539,62	1.326.549,43/ 1.057.539,62

Eigene Berechnungen auf Grundlage der vorhandenen Spendenberichte und der staatlichen Teilfinanzierung. Umrechnung: 15,65 EEK = 1 € Der erste Wert gibt die Gesamtsumme an, der zweite Wert die staatlichen Zuschüsse (R.W.).

Die Gesamteinnahmen umfassen alle in den Quartalsberichten aufgeführten Einnahmen. Angaben, die sich nicht in den Tabellen finden werden einzeln angegeben. Diese Daten sind z.T. Einzelfälle und in ihrer Größe nicht ausschlaggebend genug.

Alle Parteien außer Pro Patria und der Sozialdemokratischen Partei Estlands konnten im Wahljahr 2003 eine Steigerung ihrer Gesamteinnahmen vermelden. Dieser Rückgang ist zunächst einmal wegen der ausgebliebenen Wahlerfolge der entsprechend geringeren staatlichen Teilfinanzierung geschuldet. Andererseits konnten Reformpartei, Zentrumspartei und besonders die Volksunion ihre Einnahmen bei konstanten Transferzahlungen des Staates deutlich erhöhen. Es muss also bei den Sozialdemokraten und Pro Patria

⁵⁰¹ Die Gesamteinnahmen enthalten die monatlichen, im Internet veröffentlichten Berichte der Partei 2005. Es fehlen aber aus unerklärlichen Gründen die Monate Juli und Dezember. Eine Nachfrage bei der Partei ergab keine Erklärung hierfür (R.W.).

von einer geringeren Attraktivität bei den Wählern und Geldgebern ausgegangen werden. Ansonsten wäre das für Wahljahre atypische Einnahmepattern kaum zu erklären. Alle Parteien finanzierten sich 2002 und 2003 mehrheitlich aus nicht-staatlichen Quellen. Leider liegen nicht für alle Einnahmearten einheitliche Daten vor, weshalb im Folgenden Mitgliedsbeiträge und andere Arten nur genannt werden.

5.5.1.1.1 Pro Patria und Res Publica

Für die Partei Pro Patria / Isamaaliit liegen Daten seit 2001 vor⁵⁰². Im Jahr 2001 erhielt die Partei 227.754,38 € als staatliche Finanzierungsmittel zugeteilt. Im Wahljahr 2003 waren es wegen der Niederlage nur noch 123.366,96 €

Im Jahr 2001 nahm die Partei durch Mitgliedsbeiträge 6.637 € im Folgejahr 2002 11.419,81 € und 2003 12.432,97 € ein. Im Rechnungsjahr 2004 gingen der Partei Mitgliedsbeiträge in Höhe von 9.618,85 € zu. Ab dem Jahr 2005 wurden Mitgliedsbeiträge zu Gunsten von Spenden abgeschafft⁵⁰³. Die Einnahmen aus der staatlichen Teilfinanzierung umfassen seit 2004 mehr als 80 % der Gesamteinnahmen der Partei. Im Jahr 2002 finanzierte sich Pro Patria zu 38,4 % aus staatlichen Mitteln. Die Wahlen zum Riigikogu führten zu vermehrten Einnahmen und senkten die Staatsquote auf 25,2 %. Das Verbot der Unternehmensspenden und die drastische Erhöhung staatlicher Transferleistungen erhöhten die Bedeutung des Staates für die Partei. In den Jahren 2004 und 2005 lag der Anteil des Staates an der Finanzierung bei 93,4 Prozent bzw. 82,7 Prozent.

Inwieweit die Fusion mit der Partei Res Publica daran etwas ändern wird kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die wesentlichen Strukturmerkmale, also einer überwiegenden Staatsfinanzierung, verändert werden, denn die Einnahmestruktur des neuen Partners hat sich seit 2004 ebenfalls deutlich verändert.

⁵⁰² Die Daten wurden durch Merike Soosalu (Pro Patria) per E-Mail vom 14.1.2006 zur Verfügung gestellt (R.W.).

⁵⁰³ Die Daten wurden den Angaben von Merike Soosalu (Pro Patria) entnommen (E-Mail an den Verfasser).

Noch 2003 finanzierte sich die Partei Res Publica überwiegend aus Spendengeldern und in einem geringeren Umfang auch von Mitgliedsbeiträgen und zu einem wichtigen Teil auch durch die staatliche Finanzierung.

Im Jahr 2002 erhielt die Partei keine staatlichen Mittel, weil sie nicht im Parlament vertreten und damit noch nicht berechtigt war. Im Erfolgsjahr 2003 lag der Anteil der staatlichen Finanzierung an den Gesamteinnahmen bei 16,2 Prozent, und erreichte damit den geringsten Staatsanteil aller Parteien in diesem Jahr, während sich 2004 dieser Anteil auf 79,9 % erhöhte. Im letzten Untersuchungsjahr lag der Staatsanteil an der Finanzierung bei mindestens 86,6 Prozent. Die Monate Juli und Dezember 2005 lagen zwar nicht vor, doch kann davon ausgegangen werden, dass sie den hohen Wert von über 80 Prozent nicht signifikant ändern könnten.

Die niedrige Staatsquote im Wahljahr 2003 ist auch Beleg für die anfängliche Popularität dieser Partei in der Bevölkerung und der Wirtschaft. Im gleichen Jahr nahm die Partei Kredite in Höhe von 3 Millionen EEK auf. Auch wenn diese später zurückgezahlt werden müssen, werden sie wegen ihres Adressaten als Einnahme charakterisiert⁵⁰⁴.

2003 flossen der Partei Mitgliedsbeiträge in Höhe von 57.991.57 € zu. In diesem Jahr gelang sie erstmals in das Parlament und war gerade ein Jahr als Partei konstituiert, und doch übertraf sie die anderen Parteien hinsichtlich der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen. Weitere Daten sind den Quartals- bzw. Monatsberichten nicht zu entnehmen gewesen. Im Jahre 2004 nahm die Partei 43.749,77 € durch Mitgliedsbeiträge ein, wobei für das vierte Quartal keine Mitgliedsbeiträge angeführt wurden.

Die Mitgliedsbeiträge sind seit dem stetigen Anstieg bis zum 3. Quartal 2003 wieder rückläufig. Dies resultiert genauso wie bei den rückläufigen Einnahmen aus Spenden natürlicher Personen, die am ehesten eine Verwurzelung in der Bevölkerung aufzeigen würden, am Ansehensverfall der Partei. Bereits die Wahlen zum Europäischen Parlament zeigten diesen Ansehensverlust, als Res Publica nicht ein einziges Mandat gewann, obwohl sie ein Jahr zuvor einen Sieg bei den Parlamentswahlen einfahren konnte. Die Ereignisse um die Errichtung eines Denkmals in Lihula unterstützte den

⁵⁰⁴ Die Summen sind eigene Berechnungen von R.W., die ihre Grundlage in den Quartalsberichten der Partei Res Publica haben. Die Berichte finden sich bei <http://www.respublica.ee>.

Abwärtstrend⁵⁰⁵. Die deutlich erhöhte Unterstützung durch den Staat bewirkt bei dieser Partei keine Konsolidierung auf hohem Niveau. Sie fusionierte 2006 mit der Partei Pro Patria und wird dadurch wieder von der politischen Bühne abgehen. Die These, dass Geld auch Erfolg bei Wahlen erbringt, kann bei Res Publica nicht erbracht werden, weil sie nur einmal zu einer nationalen Parlamentswahl antrat. Auch wird deutlich, wie sehr das von Res Publica entwickelte neue Gesetz zur Parteienfinanzierung die Partei in die Abhängigkeit des Staates gebracht hat.

5.5.1.1.2 Volksunion

Die Volksunion erzielte 2002 zusätzliche Einnahmen aus Krediten (25.559,11 €), Zinsen (63,19 €) und Kautionen, die für die Kandidatur zur Kommunalwahl entrichtet werden mussten, wurden an die Partei zurückgezahlt und als Einnahme der Partei gewertet (21.974,44 €). Im Jahr 2003 erhielt die Partei ebenfalls Kautionen wegen der Parlamentswahl zurück und sie generierten weitere Einnahmen durch Zinsen und Forderungen. Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen wurden nicht aufgeführt⁵⁰⁶.

Die genannten Einnahmearten Kautionen, Zinsen und Kredite sind unterschiedlich zu bewerten. Von den gezahlten Zinsen in Höhe von weniger als 80 Euro pro Jahr kann keine Parteiarbeit finanziert werden und sind deshalb zu vernachlässigen. Kreditfinanzierte Parteiarbeit und Wahlkämpfe sind mit Vorsicht zu genießen, weil die Kreditgeber (Unternehmen, Banken oder Privatpersonen) bei dauerhafter Kreditvergabe in die Lage versetzt werden können, die Programmatik der Partei zu beeinflussen. Kautionen hingegen, stammen entweder von der Partei und werden dem Kandidaten, der sie entrichten muss, um die Ernsthaftigkeit seiner Kandidatur zu belegen oder sie gehören dem Kandidaten, der sie dann als Spende an die Partei weiterleitet.

⁵⁰⁵ Im August 2004 wurde in der Stadt Lihula ein Denkmal errichtet, das an die estnischen Soldaten erinnern sollte, die gegen die Rote Armee und die deutsche Wehrmacht kämpften. Die Errichtung dieses Denkmals sorgte für starke innenpolitische Auseinandersetzungen und Proteste der Regierung Putin, weil der dargestellte Soldat eine deutsche Uniform trug und der Eindruck entstand, hier sollte der estnischen Waffen SS gehuldigt werden, und der gewaltsamen Entfernung des Denkmals, die dem damaligen Ministerpräsidenten Juhhan Parts angelastet wurde. Der Verfasser war in diesem Zeitraum in Tallinn.

⁵⁰⁶ Während eines Aufenthaltes in Tallinn im August 2003 reagierte eine Angestellte der Partei überrascht, als nach der Höhe der Mitgliedsbeiträge gefragt wurde. Offensichtlich verzichtet die Partei auf den Einzug von Beiträgen, obwohl es in ihren Statuten steht. (R.W.). Vgl. Estonian People's Union. Constitution – Programme, S. 4 (R.W.).

Im ersten Fall wäre es ein kostenneutrales Verfahren und damit für die Partei nicht gewinnbringend, also mit verzerrenden Auswirkungen auf die Einnahmeseite der Partei.

Die Volkunion erzielte im Jahre 2003, als die letzten Parlamentswahlen stattfanden, Gesamteinnahmen in Höhe von 750.144,28 € Hierin sind die staatlichen Zahlungen, die Spenden juristischer und natürlicher Personen, sowie die genannten kleineren Eingänge durch Kautionen, Zinsen und erledigte Forderungen enthalten. Die Partei erhielt im ersten Quartal des Jahres 2003 37.959,04 € staatlicher Beihilfen, um in den folgenden Quartalen eine erhöhte Pauschale, wegen des Wahlerfolgs, in Höhe von 41.086,26 € zu erhalten. Die Pauschale wurde gestückelt monatlich überwiesen.

Wie bei Pro Patria und Res Publica ist auch bei der Volkunion eine deutliche Verschiebung der Finanzierung hin zu einer überwiegend staatlichen Finanzierung zu erkennen. Im Jahre 2002 waren 32,3 v.H. staatliche Mittel. Der Anteil sank 2003 deutlich auf 21 % und ist durch die in Wahljahren üblichen Einnahmesteigerungen durch Spenden zu erklären. Seit 2004 lässt sich bei der Volkunion eine „Verstaatlichung“ der Einnahmestrukturen erkennen. Im ersten Jahr der Reform war die Partei faktisch eine Partei im staatlichen Besitz, denn 98,9 % der Gesamteinnahmen waren staatliche Mittelzuweisungen. Im Jahr der Kommunalwahl (2005) sank dieser Anteil wegen erhöhter Spendenzahlungen zwar, lag mit 79,4 aber immer noch sehr hoch. Aus der vermeintlichen Abhängigkeit einzelner Großspender ist die Volkunion in die Abhängigkeit des Staates geraten. Die Partei wird fast komplett vom Innenministerium finanziert. Versuche einer Verbesserung der Einnahmesituation durch die Erhebung von Parteisteuern ab November 2004 müssen daher als ein Tropfen auf den heißen Stein bewertet werden, zumal die monatliche „Steuer“ nur 31,95 € je Mandatsträger des Riigikogu beträgt⁵⁰⁷.

⁵⁰⁷ Die Parteisteuer wurde von der Fraktion im Oktober 2005 eingeführt, als der Verfasser mit dem Abgeordneten Janno Reiljan ein Interview führte.

5.5.1.1.3 Reformpartei

Die Einnahmen der Reformpartei konnten am weitesten zurückverfolgt werden⁵⁰⁸. Die Gesamteinnahmen der Jahre 1999-2001 beliefen sich auf: 471.613,23 €(1999), 236.330,1 €(2000) und 335.850,16 €(2001). Die staatliche Finanzierung stieg in jedem Jahr an: 97.393,55 € (1999), 182.294,7 €(2000) und 227.754,38 €(2001). Der Anstieg der staatlichen Gelder an die Reformpartei und natürlich auch die an die anderen Parteien resultiert aus einem Anstieg der bereitgestellten Mittel durch das Parlament. Die Entwicklung der Mitgliedsbeiträge in dieser Zeit waren sehr stark schwankend. Im Jahr 1999 wurden Einnahmen in Höhe von 1.265,18 € verzeichnet. In den Jahren 2000 und 2001 entsprachen die Mitgliedsbeiträge dem Wert von 6.766,58 € und 4.949,07 €. In den Jahren 2002 und 2003 flossen 9.983,07 € bzw. 7.602,62 € in die Kassen der Reformpartei. Seit der Reform der Parteienfinanzierung ab 2004 veränderte sich die Finanzierungsstruktur der Partei dramatisch. Im Jahre 2002 kamen 27 Prozent der Gesamteinnahmen aus dem jährlichen Staatshaushalt. Im Wahljahr 2003 sank dieser Anteil wegen des erhöhten Spendenaufkommens auf 17,4 %, um im Jahr 2004 auf 74,5 % zu steigen und 2005 wieder auf 57,2 % zurückzugehen. Obwohl 2004 die Wahlen zum Europaparlament stattfanden war das Spendenaufkommen 2005 (Kommunalwahlen) deutlich höher (vgl. Abschnitt über Einnahmen durch Spenden). Nichtsdestotrotz kann festgestellt werden, dass die Parteienfinanzierungsreform zu massiven Veränderungen der Einnahmestrukturen geführt hat.

5.5.1.1.4 Sozialdemokratische Partei Estlands

Die Sozialdemokratische Partei Estlands erhielt 2002 noch Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen (826,26 €) und im Jahr 2003 (14.962,94 €). Sogenannte sonstige Einnahmen umfassten 300,32 €. In den für 2003 angegebenen staatlichen Überweisungen sind noch 18.979,49 € eingefügt, die aus unbestimmten Gründen gezahlt wurden. Eine einmalige Einnahme gab es 2002. Dort wurden 10.775,34 € durch eine schwedische, sozialdemokratisch orientierte

⁵⁰⁸ Für die Jahre 1999-2002 beziehe ich mich auf Daten, die mir Arto Aas von der Reformpartei am 14.3.2005 per E-Mail mitteilte.

tierte Stiftung überwiesen⁵⁰⁹. Weitere 6.932,91 € erhielt die Partei direkt vom Parlament für ihre Parlamentsmitglieder.

Außer im Wahljahr 2003 lagen die staatlichen Zuwendungen an die Partei bei knapp 223.000 € (2003: 108.000 €). Diese Schwankungen sind auf die ausbleibenden Wahlerfolge der Partei und die kompensierend wirkende drastische Erhöhung der Zuwendungen zurückzuführen. In den zwei Jahren vor der Parteienfinanzierungsreform, die hier angeführt werden, lag der Anteil der staatlichen Gelder bei 46,7 % bzw. 35,9%. Auch die Sozialdemokraten erlebten den Effekt vermehrter Spendeneinnahmen auf den Anteil der staatlichen Teilfinanzierung. Ab 2004 lag der Anteil der staatlichen Mittel an den Gesamteinnahmen aber bei 84,4 v.H. (2004) und 88,6 Prozent (2005). Die estnischen Sozialdemokraten und die Partei Res Publica wichen im Jahr 2005 allerdings vom Standard ab. Der staatliche Anteil an den Gesamteinnahmen wuchs im Gegensatz zu den anderen Parteien im Jahr der Kommunalwahlen sogar noch an.

5.5.1.1.5 Zentrumspartei

Die Zentrumspartei nahm im Jahre 2000 insgesamt 347.907,1 € ein. Hiervon kamen 283.569,39 € vom Staat. Zusätzlich nahm die Partei 15.635,53 € aus dem Verkauf ihrer eigenen Zeitung ein und 14.471,88 € kamen durch Mieteinnahmen zustande. Sonstige Einnahmen beliefen sich auf 1.853,04 €. Das Jahr 2001 setzte sich aus anderen Werten zusammen. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 475.706,33 €. Den größten Anteil besaßen Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung mit 354.284,6 € Erträge aus dem Zeitungsverkauf bildete die zweitwichtigste Einnahmequelle mit 69.208,82 €. Die Einnahmen der Mitgliedsbeiträge betragen 17.426,39 €, Parteisteuern der Mitglieder des Riigikogu betragen 11.453,23 €. Durch die Mitglieder kamen der Partei 2002 nur 3.787,03 € zu. Der Zeitungsverkauf ist trotz der

⁵⁰⁹ Der korrekte Name dieser Stiftung konnte wegen der schlechten Qualität des Quartalsberichts (4) nicht genau entziffert werden. Im Namen der Stiftung ist aber der Name des ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme zu erkennen gewesen, woraus sich die sozialdemokratische Orientierung der Stiftung ableiten lässt.

insgesamt niedrigen Anteile mit 106.878,72 € nicht zu unterschätzen⁵¹⁰. Die Einnahmen aus dem Zeitungsgeschäft machten im Wahljahr 2003 insgesamt 38.073,39 € aus. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen summierten sich auf 10.073,99 €⁵¹¹. Sonstige Einnahmen beliefen sich auf 19.344,89 €. Weiter erhielt die Partei Kredite in Höhe von 228.881,79 € aus der Wirtschaft. Eine ungewöhnliche Spende wurde der Partei im IV. Quartal 2003 zu Teil. Sie erhielt 17.293,29 € von den Liberaldemokraten aus Großbritannien als Unterstützung der Partei.⁵¹² Der Einfachheit halber wurde diese Spende unter Sonstiges subsummiert, weil es sonst die Einnahmestruktur der ‚estnischen‘ Spenden verzerrt hätte, weil es sich hierbei um eine Mittelzuweisung aus dem Ausland handelt und z.B. nicht dazu verwendet werden kann, die Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung anzuzeigen. Im Jahr des EU-Beitritts Estlands kamen durch den Verkauf ihrer Zeitungen der Partei Einnahmen in Höhe von 59.770,22 € zustande⁵¹³.

4.4.1.2 Lettland

In Lettland erhalten die Parteien keine direkten staatlichen Transferleistungen. Die Parteien sind also auf Spenden ihrer Sympathisanten, Unternehmensspenden und Mitgliedsbeiträge sowie wirtschaftliche Tätigkeiten angewiesen. Die Hauptquelle für diese Untersuchung sind die Spendenberichte der lettischen Parteien, die summiert gleichzeitig die Gesamteinnahmen widerspiegeln. Die Spenden werden hingegen in einem späteren Kapitel behandelt, weshalb auch die lettischen Parteien erst dort wiedergegeben werden.

Die ideale Parteienfinanzierungsmethode durch Mitgliedsbeiträge ist in Lettland kaum vorhanden. Mitgliedsbeiträge der lettischen Parteien machen

⁵¹⁰ Die Daten für das Jahr 2002 wurden entnommen aus: Majandusaasta Aruanne – Eesti Keskerakond 2003 (Wirtschafts- oder Haushaltsbericht der estnischen Zentrumspartei, eigene Übersetzung).

⁵¹¹ Ab dem vierten Quartal wurden keine Mitgliedsbeiträge verzeichnet (R.W.).

⁵¹² Die Werte ergeben sich aus der Summierung der Quartalsberichte: Aruanne erakonnale laekunud vahendite kohta I-IV unter <http://www.keskerakond.ee>. Die Spende der Liberaldemokraten fand sich in Quartalsbericht IV (R.W.).

⁵¹³ Bilanz für das Jahr 2004 der Zentrumspartei. <http://www.keskerakond.ee>.

nur 0-6 % der Einnahmen⁵¹⁴ aus und fallen damit als wichtiges Finanzierungsinstrument aus.

5.5.1.3 Litauen – Gesamteinnahmen der Wahlen zum nationalen und Europaparlament und die Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten

Die Möglichkeiten, die Gesamteinnahmen der Parteien außerhalb von Wahlkämpfen zu analysieren und zu vergleichen sind gegenwärtig relativ schlecht, weil die Veröffentlichungen der zuständigen Wahlkommission erstens überwiegend in Litauisch erscheinen und zweitens nicht alle Daten geliefert werden. Aus diesem Grund können hier nur die Jahre 2002 und 2003 herangezogen werden, allerdings lassen sich auch hieraus Rückschlüsse ziehen.

Die Partei mit den höchsten Gesamteinnahmen über ein Jahr ist immer die gewendete Kommunistische Partei Litauens (LDDP, heute Sozialdemokratische Partei Litauens, LSDP) gewesen. Sie nahm auch im Jahr 2003, als kein Wahlkampf herrschte, über 2 Millionen Litas ein und im Jahr zuvor nur geringfügig weniger. Interessant ist allerdings, dass die LDDP 2002 nicht in der Lage war u.a. wegen der Präsidentschaftswahlen höhere Einnahmen zu erzielen als im Folgejahr 2003. Alle Parteien nahmen 2002 mehr ein als 2003. Dies kann aber selbstverständlich auch daran liegen, dass die LDDP sich bereits 2002 auf sehr hohem Einnahmenniveau befand und die anderen Parteien keine vergleichbar stetigen Einnahmen besitzen. Hierfür sprechen auch die starken Schwankungen der anderen Parteien. Die Christdemokraten spürten ihren Bedeutungsverlust bereits 2003 in ihren Kassen und können wegen ihrer geringen Einnahmen von unter 50.000 € in den zwei Vergleichsjahren als ärmste Parlamentspartei gelten.

⁵¹⁴ Snipe, Arta: Financing of political parties: Effectiveness of regulation – the Latvian example. Master's thesis, Riga Graduate School of Law, 2003, S.40f.

Tab.7 Gesamteinnahmen der Parteien Litauens in den Jahren 2002 – 2003 in Euro

Partei	Gesamtein.2002	Spenden	Gesamtein.2003	Spenden
LDDP	555.606,96	311.609,28	678.626,38	401.260,29
Vaterlandsunion	271.684,93	162.414,46	188.188,7	52.850,43
Christdemokraten	50.777,39	36.643,48	18.559,42	14.474,78
Neue Union - Sozialliberale	236.413,04	165.847,25	136.149,86	56.774,78
Liberale und Zentrumsunion	-----	-----	85.928,7	-----
Liberale Union	151.969,28	30.724,64	96.479,71	12.394,2
Zentrumsunion	86.167,83	32.952,17	28.202,32	-----
Bauernunion	62.577,1	52.423,19	33.374,2	1.829,57

Quellen: <http://www.lrs.lt> Die Umrechnung erfolgte folgendermaßen: 3,45 Litas = 1 €

Die Christdemokratische Partei ging mit einem Verlustübertrag in das Rechnungsjahr 2003, woraus sich die Differenzen ergeben, wenn weiter unten auf die staatlichen Transferleistungen eingegangen wird. Des Weiteren haben alle Parteien einen größeren Anteil an „Sonstigen Einnahmen“, die aber inhaltlich nicht zugeordnet werden können sowie Mitgliedsbeiträge, die aber auch nur einen Bruchteil der Gesamteinnahmen darstellen und an dieser Stelle vernachlässigt werden können. Die Beitragseinnahmen sind bei der Sozialdemokratischen Partei Litauens (Reformkommunisten) mit 14 Prozent (2003) am höchsten. Der Anteil liegt bei den meisten Parteien unter 10 Prozent.

Das Spendenverhalten der Bevölkerung entspricht auch in Litauen den üblichen Gepflogenheiten: Wenn keine Wahlen stattfinden wird auch weniger gespendet. Reich ist in Litauen keine Partei. Die zwei „reichsten“ Parteien Vaterlandsunion und LDDP können zwischen 180.000 € (Vaterlandsunion 2003) und 690.000 € (LDDP 2003) für den Betrieb ihrer Parteiorganisationen einkalkulieren. Alle anderen Parteien haben deutlich weniger zur Verfügung. Berücksichtigt man den institutionellen Druck auf die Parteien landesweite Organisationen aufzubauen, so sind sie in unteren Parteigliederun-

gen auf ehrenamtliche Tätigkeit angewiesen und auf nationaler Ebene auf einen kleineren und effizient arbeitenden Apparat.

5.5.1.3.1 Die Wahlen 2000 zum nationalen Parlament – Seimas

Für die Analyse der Wahlen zum litauischen Parlament 2000 wurden die Daten herangezogen, die Jelinskaite in ihrer Magisterarbeit verwendete. Ihre Quelle ist die litauische Wahlkommission, die entsprechende Daten im Internet veröffentlichte, die aber seit mindestens 2004 nicht mehr verfügbar sind.

Jelinskaite zog die sechs Einnahmestärksten Parteien und Bündnisse für ihre Arbeit heran, weshalb die Ergebnisse auch hier verwendet werden.

Tab. 8 Gesamteinnahmen der Litauischen Parteien für den Wahlkampf 2000 in Euro

Partei	Gesamteinnahmen	Sonstige Einn.
Zentrumsunion	202.705,51	14.406,09
Neue Union – Sozialliberale	364.875,07	28.671,3
Liberales Union Litauens	310.588,99	96,23
Litauische Christdemokratische Partei	44.625,8	29.988,12
Vaterlandsunion	177.486,38	48.662,32
Sozialdemokratische Partei Litauens (Ex-LDDP) ⁵¹⁵	243.869,86	18.944,64

Quelle: Jelinskaite, Jurgita: Public funding of parties. The Lithuanian perspective, Masters thesis, University of Bergen 2001, S.112.

⁵¹⁵ Es handelt sich hierbei um ein Bündnis aus vier Parteien, deren Führungspartei aber die Reformkommunisten der ehemaligen LDDP ist (heute: Litauische Sozialdemokratische Partei). Daten wurden entnommen aus: Jelinskaite, Jurgita: Public funding of parties. The Lithuanian Perspective. Masters thesis, University of Bergen 2001, S.112.

Es gab im Jahr 2000 nur zwei Parteien, die die Grenze von 290.000 € übertrafen. Die drei folgenden Parteien und das sozialdemokratische Wahlbündnis nahmen für ihren Wahlkampf nur zwischen 174.000 € und 244.000 € ein. Auffallend sind die geringen Einnahmen der Christdemokratischen Partei, die immer wieder als wichtige litauische Partei angeführt wird, obwohl sie nicht im Parlament vertreten ist und letztmalig vor den Wahlen 2000 im Seimas repräsentiert war. Möglicherweise ist die geringe Einnahmesituation ausschlaggebend für den ausbleibenden Erfolg in den Wahlen 2000 gewesen, aber es gibt noch andere Faktoren, wie das Auftauchen der Neuen Union – Sozialliberale, das zu einem Stimmenverlust der Christdemokraten führte. Ob in diesem Zusammenhang wirklich von der Zulässigkeit der These, wonach Geld gleichzusetzen ist mit Wahlerfolg, zu sprechen ist, kann an dieser Stelle wegen unzureichender Daten nicht mehr verifiziert werden. Wenn man von der Liberalen Union Litauens absieht, haben alle Parteien ‚Sonstige Einnahmen‘ zu verzeichnen, die bei Jelinskaite nicht weiter untersucht werden und Parteizuschüsse, Kredite u.a.m. enthalten können. Insbesondere die Christdemokratische Partei finanzierte ihren Wahlkampf überwiegend aus ‚Sonstigen Einnahmen‘. Alle anderen Parteien mussten bzw. haben sich auf Spendeneinnahmen konzentriert.

5.5.1.3.2 Die Wahlen zum Seimas 2004

Für diese Parlamentswahlen wurden die Einnahmen von Vaterlandsunion, Arbeitspartei, Sozialdemokratischer Partei Litauens, Liberale und Zentrumsunion, Neue Union – Sozialliberale herangezogen.

Tab.9 Gesamteinnahmen litauischer Parteien für den Wahlkampf 2004

In Euro

	Gesamteinnahmen	Eigenmittel
Arbeitspartei	1.073.171,29	266.356,03
Vaterlandsunion	267.659,26	212.926,32
Sozialdemokraten	555.846,28	503.701,59
Neue Union – Soziali- berale	402.474,43	274.060,72
Liberale und Zent- rumsunion	448.910,26	259.258,08
Bauernunion	224.197,91	115.717,1

Quelle: <http://www.lrs.lt>

Die erfolgreichste Partei bei diesen Wahlen war die Arbeitspartei, weil sie vorher nicht im Parlament war und einen vergleichsweise hohen Stimmenanteil für sich gewinnen konnte. Sie verfügte gleichzeitig über die höchsten Gesamteinnahmen, wobei ein Viertel aus eigenen Mitteln stammte. Die Reformkommunisten, die sich inzwischen Sozialdemokratische Partei Litauens nennen hatten, mit knapp 580.000 € die zweithöchsten Einnahmen. Die meisten Einnahmen der für den Wahlkampf verwendeten Mittel waren Eigenmittel, nur 52.173,91 waren offiziell Spenden. Die Partei weist damit den höchsten Anteil an Eigenmitteln aus. Liberale und Zentrumsunion verfügten über eine vergleichbare Summe für den Wahlkampf. Die Eigenmittel waren bei der Neuen Union – Sozialliberale aber höher als bei Liberale und Zentrumsunion. Die niedrigsten Einnahmen von unter einer 290.000 € verzeichnete die konservative Vaterlandsunion und die Bauernunion – Neue Demokratie, deren Einnahmen sich aber auch zu einem sehr hohen Anteil aus Eigenmitteln zusammensetzten. Die Bauernunion bestritt dabei mit etwas mehr als 50 Prozent ihren Wahlkampf aus Eigenmitteln während es bei der Vaterlandsunion deutlich mehr war (ca. 80 v.H.).

Den Berichten ist für die Wahlen zum Parlament, genau wie den noch folgenden Wahlen zum Europaparlament und zum Amt des Staatspräsidenten nicht zu entnehmen, wie die Finanzierung tatsächlich erfolgte. D.h. sind die Eigenmittel Spenden, staatliche Transferleistungen, die vor dem Wahlkampf

an die Partei gingen und erst im Wahlkampf verwendet wurden und es sich dadurch entsprechend um einen Akt der Buchhaltung handelt diese Mittel dann als Eigenmittel zu deklarieren muss hier leider ungewiss bleiben. Es scheint aber bei den Seimas-Wahlen 2004 so gewesen zu sein, dass die Parteien ihren Wahlkampf nicht kurzfristig aus Spenden finanzieren konnten und so auf die Transferleistungen der Partei angewiesen waren.

Staatliche Mittel konnten den Rechenschaftsberichten anlässlich der Wahlen nicht entnommen werden.

Vergleicht man die Gesamteinnahmen des Jahres 2004 mit den Einnahmen der vorherigen Wahl 2000 so fällt ein Aufholen der anderen Parteien auf, deren Einnahmen deutlich angewachsen sind. Insgesamt nahmen die Parteien für den Parlamentswahlkampf 2004 deutlich mehr ein, als noch vier Jahre zuvor, selbst wenn die exorbitanten Einnahmen der Partei von Rolandas Paksas ausgeklammert werden. Ursächlich hierfür sind vermutlich steigende Kosten für den Medieneinsatz während des Wahlkampfes und der Druck auf die Parteien immer professioneller zu arbeiten, um sich Wettbewerbsvorteile zu erkaufen, wodurch neben den Kosten für Wahlwerbung auch zusätzliches Personal benötigt wird, mehr Werbematerial gekauft wird etc.

5.5.1.3.3 Die Wahlen zum Europaparlament 2004 in Litauen

Für die Europawahlen mussten 12 Parteien einen Rechenschaftsbericht vorlegen. Für die Analyse wurden die Parlamentsparteien und die Arbeitspartei von Uspaskich ausgewählt: Vaterlandsunion (TS-LK), Arbeitspartei, Liberale Zentrumsvereinigung, Litauische Sozialdemokratische Partei, Neue Union⁵¹⁶.

Die Parteien erhielten für die Führung des Wahlkampfes keine direkten staatlichen Zahlungen, die aus den Berichten hervorgingen.

Die Einnahmen und Ausgaben der fünf genannten Parteien sind relativ ausgeglichen. Nur die 2004 im Aufstieg befindliche Arbeitspartei des russisch-

⁵¹⁶ Bei denen im Fließtext angegebenen Zahlenwerten handelt es sich um Rundungen, die der besseren Lesbarkeit halber angestellt wurden. Die genauen Werte finden sich in der Tabelle (R.W.).

stämmigen Millionärs Uspaskich verzeichnete ein größeres Minus in Höhe von ca. 23.000 € und fällt damit etwas aus der Reihe.

Tab. 10 Gesamteinnahmen der litauischen Parteien für die Europawahlen 2004 in Euro

	Gesamt	Sonst. Einn.	Partei
Arbeitspartei	207.710,14	-----	7.002,9
Vaterlandsunion	208.760,98	551,59	12.610,9
Neue Union – Sozialliberale	266.990,01	1,68	33.721,01
Sozialdemokraten (ex-LDDP)	151.507,09	2,63	81.388,51
Liberale und Zentrumsunion	144.768,08	1,59	64.057,97
Bauernunion	95.104,64	1.820,29	12.588,7

Quelle: Eigene Berechnungen gemäß den Berichten der litauischen Parteien zu den Europaparlamentswahlen 2004, <http://www.lrs.lt>.⁵¹⁷

Keine der untersuchten Parteien meldete der Wahlkommission sonstige Einnahmen in signifikanter Höhe. Nur die Vaterlandsunion fiel mit 551,59 € und die Bauernunion mit 1.820,29 € aus dem Rahmen des obigen Samples. Dieselben Parteien haben zusammen mit der Arbeitspartei auch den geringsten Anteil an für den Wahlkampf verwendeten Eigenmitteln zu verzeichnen. Die Neue Union – Sozialliberale musste auch nur zu einem geringen Anteil (12,5 %) den Wahlkampf aus eigenen Mitteln bestreiten. Die Sozialdemokraten hingegen mussten den Wahlkampf zu über fünfzig Prozent aus eigenen Geldern bestreiten, während die Liberale und Zentrumsunion fast die Hälfte (44,2 %) der Einnahmen für den Wahlkampf aus eigenen Mitteln finanzierte. Der Eigenanteil kann verschiedene Ursachen haben. Zum Einen kann es wie im Falle der Arbeitspartei an der bis dahin nur kurzen Existenz der Partei liegen, dass nicht mehr Eigenfinanzierung stattfand, zum Anderen, dass die Parteien nicht in der Lage waren, aus Spenden heraus den

⁵¹⁷ Es gibt mehrere Berichte auf der angegebenen Internetseite. Ich beziehe mich auf die veröffentlichten Listen mit detaillierten Angaben zu Einzelspendern und Ausgaben. Die Abweichungen zu dem zusammengefassten Bericht sind nicht signifikant. Ursache für die Unterschiede können neue Daten an die Wahlkommission sein, oder Fehler seitens der Wahlkommission bei der Berechnung.(R.W.).

Wahlkampf in einer Weise zu führen, wie er ihnen angemessen erschien, oder, als dritte Möglichkeit, dass Spenden erst über Umwege in den Wahlkampf flossen, nämlich als Bestandteil der genannten Eigenfinanzierung. Werden die Gesamteinnahmen betrachtet, so fällt die Neue Union- Sozialliberale mit den deutlich höchsten Einnahmen ins Auge, während die anderen Parteien mit ~145.000 € bis 209.000 € den Wahlkampf bestritten. Keine der etablierten Parteien war aber in der Lage einen professionellen Wahlkampf mit nur einer Einnahmeart zu betreiben, sondern alle waren (außer der Arbeitspartei) auf eine Eigenfinanzierung angewiesen.

5.5.1.4 Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten

5.5.1.4.1. Wahlen 1997 / 1998

Für die Darstellung der Wahlen von 1998 beziehe ich mich auf die Angaben von Jelinskaite. Ihre Daten stammen zwar von offiziellen litauischen Internetseiten, konnten aber später nicht mehr wiedergefunden werden, was ein deutlicher Nachteil rein internetbasierter Datengrundlage ist, in manchen Fällen aber leider nicht zu vermeiden ist.

Insgesamt traten sieben Kandidaten bei der Wahl an, aus der Adamkus vor Arturas Paulauskas als Sieger aus der Stichwahl hervorging. Die unten genannten Einnahmen entsprechen tendenziell den Ausgaben der Kandidaten, die quasi „von der Hand in den Mund“ kandidierten.

Von diesen sieben Kandidaten verfügten zwei über weniger als 14.500 € (Pavilionis) bzw. weniger als 4.300 € (Smetona). Beide Kandidaten erhielten jeweils 0,9 (Pavilionis) und 0,4 v.H. der abgegebenen gültigen Stimmen.

Tab. 11 Gesamteinnahmen der Kandidaten zur Wahl des litauischen Staatspräsidenten 1997 in Euro⁵¹⁸

Kandidat (Ergebnis 1. Runde in %)	Einnahmen
Adamkus (44,7)	414.635,36
Paulauskas (27,6)	568.551,88
Landsbergis (15,7)	702.901,45
Andriukaitis (5,6)	29.583,77
Bobelis (3,9)	119.055,07
Pavilionis (0,9)	12.707,25
Smetona (0,4)	4.108,98

Bobelis hingegen und Landsbergis investierten mehr Geld bzw. nahmen mehr ein, als die Ergebnisse der Wahl zeigen. Bobelis hatte höhere Gesamteinnahmen als Andriukaitis, konnte aber nicht so viele Stimmen auf sich vereinigen. Landsbergis erzielte die höchsten Gesamteinnahmen aber konnte dadurch dennoch nicht in die Stichwahlen gelangen, obwohl er bei einem Eintreffen der These vom „gekauften Erfolg“ eigentlich hätte gewinnen müssen. Auch die Stichwahl hätte bei einem Zutreffen der These eigentlich von Paulauskas gewonnen werden müssen.

Wenigstens für die Wahlen zum Staatspräsidenten 1997 ist die These nicht vollständig zutreffend. Es ist allerdings nicht zu bestreiten, dass nur die Kandidaten zählbaren Erfolg hatten, die auch viel investierten. Dies liegt aber in der Natur moderner Wahlkämpfe. Die Kandidaten müssen sich bei den Wählern bekannt machen und die Kommunikation dieser beiden Gruppen kostet viel Geld.

Der Staat stellte den Kandidaten vor der Wahl eine Unterstützung der Kandidatur in Höhe von jeweils 2.898,55 € zur Verfügung⁵¹⁹. Der Kandidat Smetona finanzierte also fast den kompletten eigenen Wahlkampf aus staatlichen Mitteln, während Landsbergis, Adamkus, Paulauskas diese Unterstützung kaum spürten und faktisch auch nicht benötigten. Eine Wettbewerbsverzerrung durch staatliche Unterstützung findet bei der Gleichbe-

⁵¹⁸ Die folgenden Daten wurden entnommen aus: Jelinskaite, Jurgita: Public funding of parties. The Lithuanian Perspective. Masters thesis, University of Bergen 2001, S.100 und 102. Die Umrechnung erfolgte wie bereits genannt 3,45 Litass = 1 €

⁵¹⁹ Ebd., S.100.

handlung der Kandidaten nicht statt. Es findet aber auch kein Ausgleich finanziell benachteiligter Kandidaten statt. In Litauen sind Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten auf Unterstützung aus der Bevölkerung und der Wirtschaft angewiesen. Andere Einnahmearten, abgesehen von Spenden natürlicher und juristischer Personen, scheint es nicht gegeben zu haben. Möglicherweise wird die finanzielle Unterstützung und sonstige Einnahmen bei Jelinskaite auch in den Spenden verbucht⁵²⁰.

5.5.1.4.2 Wahlen 2002

Zu den vorletzten Wahlen zum Amt des litauischen Staatspräsidenten traten 16 Kandidaten an. Drei dieser Kandidaten (Veselka, Sustaukas, Matulevicius [II]) gaben deutlich weniger als zehntausend Lt. als Gesamteinnahmen an. Selbst wenn die These nicht zutrifft, dass Geld Wahlerfolge verschafft, kann bereits an dieser Stelle festgehalten werden, dass mit solch kleinen Summen ein Wahlkampf nicht zu führen ist. Für zwei weitere Kandidaten trifft ebendieses zu. Sie (Serenas, Dagys) nahmen für ihren Wahlkampf weniger als 5.700 € ein. Sechs weitere Kandidaten (Petraitis, Matulevicius [I], Bobelis, Bernatoni, Glaveckas, Gentvilas) nahmen zwischen 29.000 € und 128.000 € für Wahlkampfzwecke ein. Der Abstand zwischen Petraitis (127.000 €) und Andrikaitis (129.000 €) war aber nur sehr gering. Die „reichsten“ fünf Kandidaten nahmen also zwischen 129.000 € und 950.000 € ein. Im Folgenden soll eine entsprechende Tabelle die Einnahmesituation bei der Wahl 2002 darstellen:

⁵²⁰Ebd., S.100.

Tab. 12 Gesamteinnahmen der Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten 2002 in Euro

Kandidat (Stimmenanteil in % 1. Runde ⁵²¹)	Gesamteinnahme
Paksas (19,66)	952.826,64
Adamkus (35,53)	541.597,18
Prunskiene (5,04)	305.115,39
Paulauskas (8,31)	157.217,85
Andriukaitis (7,3)	129.476,14
Sonstige:	357.779,95

Quelle: <http://www.lrs.lt> Eigene Berechnungen auf Grundlage der auf der genannten Homepage zur Verfügung stehenden Daten (R.W.).

Die Ergebnisse der Wahlen 2002 hatten nach einer Stichwahl zwischen Paksas und Adamkus den später abgesetzten Paksas zum Sieger. Die oben angegebenen Kandidaten entsprechen nicht vollständig der Rangliste nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, sondern spiegeln die Kandidaten mit den höchsten Einnahmen wieder. An den Wahlergebnissen gemessen, müsste statt Prunskiene der Kandidat Serenas aufgeführt werden, der wiederum weniger als 3.478 € an Einnahmen verzeichnen konnte. Serenas ist ein Beispiel dafür, dass neben Geld auch persönliche Bekanntheit und Popularität vonnöten sind, um erfolgreich zu sein. Die Einnahmen der Kandidaten zeigen allerdings, dass es von Vorteil ist über hohe Mittelzuflüsse zu verfügen, um einen professionellen Wahlkampf führen zu können. Die beiden erfolgreichsten Kandidaten verfügten auch über die meisten Gelder. Es ist aber nicht möglich, eine bestimmte Summe festzulegen, mit der ein bestimmtes Ergebnis erreicht werden kann. Paulauskas verfügte nur über ein Sechstel der Einnahmen von Paksas, erreichte aber gemessen am Mitteleinsatz pro Prozentpunkt ein besseres Ergebnis als Paksas. Paksas Stimmen waren „teuer erkaufte“. Kein Kandidat 2002 investierte so viel Geld in den Wahlkampf wie Paksas. Adamkus konnte neben hohen Einnahmen sicher auch auf den Amtsbonus des amtierenden Staatspräsidenten zählen, als es um die Wahl ging.

⁵²¹ Ergebnisse stammen von der litauischen Wahlkommission. <http://www.lrs.lt>.

Ob für die Wahlen 2002 staatliche Transferleistungen erfolgten, konnte anhand der vorliegenden Berichte nicht festgestellt werden. Dafür konnten andere Einnahmearten ermittelt werden. Die Einnahmen durch ‚sonstige‘ Quellen und Transferleistungen durch die aufstellende oder den Kandidaten unterstützende Partei sind in den meisten Fällen aber nur sehr gering im Vergleich zu den Gesamteinnahmen. Nur Andriukaitis ließ sich seinen Wahlkampf überwiegend aus Mitteln seiner Partei finanzieren. Mit 92.753,62 € von etwas mehr als 128.000 € ist sein Wahlkampf überwiegend parteifinanziert. Hinzu kommen noch 1.614,49 € aus persönlichen Mitteln und 6,31 € aus sonstigen Einnahmen. Paulauskas erhielt von seiner Partei die zweithöchsten Mittel nach Andriukaitis mit 21.971,01 €. Auch er gab aus seiner eigenen Schatulle 1.613,04 € zu seinem Wahlkampf. Die sonstigen Einnahmen sind mit 4,8 € auch bei ihm sehr gering. Im Gegensatz zu Andriukaitis wurde sein Wahlkampf aber bereits überwiegend aus Spenden finanziert. Der später siegreiche Kandidat Paksas erhielt durch die ihn unterstützende Partei nur 1.119,25 €. Sonstige Einnahmen beliefen sich auf 114,41 €. Im Vergleich zu seinen Gesamteinnahmen von über 870.000 € sind die anderen Einnahmearten neben Spenden nur marginal. Die verbleibenden zwei Kandidaten Adamkus und Prunskiene erhielten keine Unterstützungszahlungen durch eine Partei. Beide steuerten aus ihrem eigenen Vermögen die höchsten Beträge bei. Adamkus gab 37.681,16 € und Prunskiene 5.913,04 € zu dem eigenen Wahlkampf. Auch die Einnahmen aus sonstigen Quellen sind bei beiden Kandidaten am höchsten, gemessen an den Gesamteinnahmen aber nicht bedeutsam. Adamkus erhielt 575,21 € und Prunskiene 5.941,51 € aus diversen Quellen.

5.5.1.4.3 Wahlen 2004

Die Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten im Jahre 2004 mussten wegen des erfolgreichen Impeachmentverfahrens gegen den Amtsinhaber Rolandas Paksas vorzeitig erfolgen. Die Kandidaten und die sie unterstützenden Parteien mussten nun im Jahr der regulären Parlamentswahlen erneut versuchen ihren Wahlkampf zu finanzieren.

Zu den vorgezogenen Wahlen für das Amt des litauischen Staatspräsidenten 2004 traten fünf Kandidaten an (Adamkus, Austrevicius, Jursena, Prunskiene, Blinkeviciute). Adamkus war bereits eine Legislaturperiode Staatspräsident. Austrevicius war Generalstaatsanwalt und Prunskiene war Ministerpräsidentin zu Beginn der Unabhängigkeit. Jursena und Blinkeviciute erreichten weniger als 12 bzw. 16 % der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang. Austrevicius und Prunskiene waren mit 19 bzw 21 % relativ gleichauf. Adamkus erhielt im ersten Wahlgang mit Abstand die meisten Stimmen (30 %). Zieht man für die These des Zusammenhangs zwischen vorhandenen Wahlkampfmitteln und Erfolg die Gesamteinnahmen heran, so ergibt sich folgende Rangfolge (reales Ergebnis): Austrevicius (19%), Adamkus (30 %), Prunskiene (21 %), Jursena (12 %), Blinkeviciute (16 %).

Tab. 13 Gesamteinnahmen der Kandidaten im Jahre 2004 in Euro

Kandidat	Gesamteinnahmen (in Lt.)
Austrevicius	473.491,79
Adamkus	408.023,81
Prunskiene	351.050,66
Jursena	284.885,81
Blinkeviciute	249.982,84

Quelle: <http://www.lrs.lt> Eigene Berechnungen auf Grundlage der auf der Homepage wiedergegebenen Daten (R.W.)

Die Gesamteinnahmen der Kandidaten für das höchste offizielle Amt in Litauen liegen zwischen 250.000 € und 463.768,11 €. Drei Kandidaten (Austrevicius, Adamkus und Prunskiene) konnten mehr als 290.000 € einsammeln, während Jursena und Blinkeviciute knapp unter der Grenze von 290.000 €

Wie verhält es sich nun mit der Hypothese, dass viel Geld gleichzusetzen ist mit Wahlerfolg? Träfe diese These unter außer Achtlassung anderer genannter Einflussfaktoren zu, hätte Austrevicius Staatspräsident werden müssen und Adamkus wäre der Zweitplatzierte. Doch obwohl Austrevicius beinahe doppelt soviel Geld zur Verfügung hatte wie Blinkeviciute erhielt er nur ca. 3 Prozent mehr der abgegebenen Stimmen. Werden die Einnahmen aber insgesamt betrachtet, so zeigt sich, dass die meisten Stimmen der Wähler

auf Kandidaten verteilt wurden (ca. 65 %), die auch am meisten Geld zur Verfügung hatten. Dies macht die These wiederum wahrscheinlicher. Es könnten andere Faktoren (Ansehen etc.) eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Die Wahlen 2004 machten deutlich, dass als erfolgversprechender Mitteleinsatz die Grenze 290.000 € überschritten werden sollte, um wenigstens in die Stichwahl zu gelangen.

Auch 2004 ließ sich wie zuvor 2002 keine staatliche Unterstützung für den Wahlkampf feststellen. Die anderen Einnahmearten sind in Bezug gesetzt auf die Gesamteinnahmen erneut nur marginal. Der spätere Gewinner der Wahlen steuerte im Gegensatz zu 2002 keine eigenen Mittel bei. Die Einnahmen aus sonstigen Quellen beliefen sich auf 665,928 € und damit unwesentlich mehr als 2002. Bei Prunskiene beliefen sich die sonstigen Einnahmen auf kaum feststellbare 0,59 €. Nur der Einsatz privater Gelder ist deutlich größer als zwei Jahre zuvor – 32.470,36 € und damit mehr als fünfmal soviel wie bei den vorangegangenen Wahlen. Die Gesamteinnahmen stiegen um nur ca. 43.000 €. Der Löwenanteil der zusätzlichen Einnahmen stammte also aus dem privaten Vermögen der ehemaligen Ministerpräsidentin. Der Kandidat Austrevicius erhielt 104,77 € aus sonstigen Quellen und finanzierte seinen Wahlkampf mit zusätzlichen 28,74 €, also besteht auch hier eine überwiegende Fremdfinanzierung. Die verbleibenden zwei Kandidaten Jursena und Blinkeviciute fallen durch hohe Unterstützungszahlungen durch ihre Parteien auf. Jursena erhielt zusätzliche 102.023,64 € und nur 4,23 € an sonstigen Einnahmen. Blinkeviciute bekam von ihrer Partei 52.173,91 € und aus sonstigen Quellen 2,94 €. Es sind die einzigen der fünf Kandidaten mit den höchsten Einnahmen, die Gelder durch ihre Parteien erhielten.

Eine Besonderheit fiel in diesem Wahlkampf allerdings auf. Während in den zwei davor liegenden Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten die Einnahmen und Ausgaben der Kandidaten relativ ausgeglichen⁵²² waren, verschuldete sich Austrevicius 2004 mit 223.979,64 € zusätzlich.

Es zeigt sich also bereits an dieser Stelle, dass weder staatliche Transferleistungen, Parteiunterstützung (Ausnahme Andriukaitis) und sonstige Einnahmen sowie private Mittel den Hauptanteil bei der Finanzierung von Wahl-

⁵²² Eigene Berechnungen und Jelinskaite, Jurgita: Public funding of parties. The Lithuanian Perspective. Masters thesis, University of Bergen 2001, S.100 und 102.

kämpfen für das Amt des Staatspräsidenten ausmachen, sondern Spenden. Die staatliche Unterstützung 1997/1998 war so gering, dass sie bei den meisten ernst zu nehmenden Kandidaten kaum auffiel.

5.5.1.5 Staatliche Alimentierung litauischer Parteien

Wie oben bereits dargelegt erhalten Parteien in Litauen insgesamt 0,1 v.H. der Summe des jährlichen Staatshaushaltes und damit potentiell jährlich steigende Mittel. Leider war die Datenlage nicht immer günstig und Sprachschwierigkeiten verhinderten teilweise die Analyse. Deshalb werden hier nur gesicherte Daten verwendet. Die lückenhafte Dokumentation ist jedoch kein zwingender Nachteil, weil sich trotzdem Erkenntnisse gewinnen lassen.

Wie bereits dargestellt erhielten die Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten 1998 jeweils 2.898,55 € Diese Zahlungen erfolgten vor der Neuregelung der Parteienfinanzierung in Litauen im Jahr 2000. Die folgenden Wahlen zum Staatspräsidenten 2002 und 2004 beinhalteten scheinbar keine staatliche Unterstützung.

Den Parteien wurden seit 2000 direkte staatliche Mittel durch den Staatshaushalt zugewiesen⁵²³. Die hier verwendeten Daten bilden keine zeitlich zusammenhängende Reihe, sondern sind unterbrochen durch fehlende Daten. Wie im Folgenden zu erkennen sein wird, sind die fehlenden Daten kein weitreichendes Problem, denn die Bedeutung staatlicher Zuweisungen an die Parteien lässt sich auch mit wenigen vorhandenen Daten erkennen und analysieren; vollständige Datensätze wären erfreulicher gewesen, konnten aber ohne Kenntnisse der litauischen Sprache nicht gefunden werden.

Es liegen die Daten von drei nicht fortlaufenden Jahren vor; diese Jahre sind: 2000, 2002 und 2003. Die Jahre 2001, 2004 und 2005 fehlen entsprechend. Es liegen seit Einführung der direkten staatlichen Parteienfinanzierung also nur die Hälfte aller möglichen Datensätze vor. Die vorhanden Da-

⁵²³ Im Internet gibt es unter der Adresse <http://www.lrs.lt> zahlreiche Berichte litauischer Parteien in Englisch und Litauisch. Wegen fehlender Kenntnisse des Litauischen wurden nur Daten herangezogen, denen auch ohne Sprachkenntnisse entnommen werden konnte, wie hoch die jährlichen staatlichen Direktleistungen an die Parteien waren. Zwar gibt es inzwischen mehrere Rechenschaftsberichte der Parteien der Jahre 2005 und 2006, doch sind die für den Verfasser nicht lesbar gewesen.

ten beziehen sich auf die Legislaturperiode 2000-2004. Die aus dieser Zeit stammenden Daten können trotzdem Aufschluss über die Bedeutung der staatlichen Mittel für die Parteien geben. Im Weiteren werden alle Parteien, die in den Genuss staatlicher Zuschüsse kamen angeführt, auch wenn sie im aktuellen Parlament nicht mehr vertreten sind.

Tab.14 Staatliche Finanzierung litauischer Parteien in Euro

Partei	2000	2002	2003
Wahlaktion der Polen	13.134,31	-----	-----
LDDP	39.262,52	35.768,12	38.347,83
Zentrumsunion	29.954,52	11.130,43	5.739,13
Neue Union – Sozialliberale	8.115,94	30.260,87	28.028,99
Liberale Union	9.275,36	28.000	14.492,75
Christdemokraten Litauens	41.496,5	8.000	9.217,39
Vaterlandsunion	111.502,89	15.304,35	16.000
Bauernpartei / od. Bauernunion)	6.376,81	6.364,06	8.434,78
Sozialdemokratische Partei Litauens	25.666	-----	-----
Liberale und Zentrumsunion	-----	-----	19.739,13

Quelle: <http://www.lrs.lt> Jelinskaite, Jurgita: Public funding of parties. The Lithuanian Perspective. Masters thesis, University of Bergen 2001, S.105.

Die staatliche direkte Parteienfinanzierung begann nach langen Diskussionen⁵²⁴ im Jahre 2000. Die staatlichen Gelder werden halbjährlich an die Parteizentralen überwiesen. Die zusammenfassenden Berichte der Jahre 2002 und 2003 weisen allerdings nur die Gesamtsumme aus, weswegen die fusionierten Parteien Litauische Zentrumsunion und Liberale Union Litauens (heute: Liberale und Zentrumsunion) insgesamt dreimal in den Zusammenfassungen auftauchen.

⁵²⁴Ebd., S.55ff.

Die staatlichen Leistungen variierten in diesen drei Jahren deutlich. Die Erklärung der signifikanten Unterschiede insbesondere zwischen 2000 und 2002 ist in den Modalitäten des Gesetzes im Jahr 2000 zu finden. Die Parteien sahen sich finanziellen Engpässen angesichts kommender Parlamentswahlen auf nationaler und lokaler Ebene im selben Jahr ausgesetzt und erst später wurde die neue Regelung wie geplant implementiert⁵²⁵. Jelinskaite folgend wurden 2000 insgesamt 284.057,97 € an die Parteizentralen in Raten je 142.028,99 € Lt. überwiesen. Die Gesamtsumme der direkten Finanzierung erfolgte wie oben dargestellt am jährlichen Staatshaushalt orientiert in halbjährlichen Zahlungen. Im Jahre 2002 wurden 134.653,91 € überwiesen und 2003 insgesamt 140.000 €

Die ausbleibenden Zahlungen 2002 / 2003 an die Wahlaktion der Polen ist mit dem Unterschreiten der 3%-Hürde zu erklären, erreichte die Partei doch nur knapp 2 % bei den entsprechenden Wahlen. Die Sozialdemokratische Partei Litauens verlor ebenfalls an Bedeutung und fiel somit aus der staatlichen Direktfinanzierung heraus. Die mehrfachen Zahlungen an die Liberale Union Litauens und die Zentrumsunion sind durch die Fusion beider Parteien zu erklären. Die Neue Union – Sozialliberale hat 2003 durch intern bedingte Probleme weniger staatliche Gelder erhalten als 2002. Erklärbar ist dies u.a. auch durch notwendige Nachwahlen zum Parlament (By-Elections) und Abgeordnetenwechsel. Die dramatischen Einbußen bei der Vaterlandsunion sind nur durch schlechte Wahlergebnisse zu erklären.

Insgesamt halten sich die jährlichen Zahlungen an die litauischen Parteien in Grenzen. Die Summen sind nicht hoch genug, um Wahlkämpfe und Parteiorganisationen gleichzeitig zu bewältigen. Die Gelder scheinen sich ausschließlich für die Parteiorganisationen verwenden zu lassen und sind als unterstützende Zahlungen zu verstehen (vgl. die Gesamteinnahmen der Parteien Litauens bei Wahlen).

⁵²⁵Ebd., S.68. Es kann sich aber auch schlicht um einen Fehler in der Arbeit Jelinskaites handeln bzw. um eine unglückliche Ausdrucksweise. Sie schreibt in ihrer Arbeit, der Haushalt 1999 hätte 7 Millionen Litas betragen und hiervon stünden den Parteien per Gesetz 0,1 % zu. Dies wären 7.000 Litas. Eine Zuweisung an die Parteien können die sieben Millionen auch nicht sein, weil die Zahlen 2000 deutlich geringer gewesen waren (980.000 Lt.) Es ist davon auszugehen, dass die folgenden Zahlen ab 2002 vollständig und zutreffend sind (R.W.).

5.6 Einnahmen aus Spenden

Nachdem festgestellt werden kann, dass Mitgliedsbeiträge für Parteien in den baltischen Staaten keine existenzsichernden Ressourcen sind – unternehmerische Tätigkeit sichert in keinem Land Parteien ihre Existenz und ihre Arbeit – sind Spenden der ausschlaggebende Faktor zur Wahrnehmung parteipolitischer Arbeiten und Aufgaben.

Für Estland werden die Parteien Pro Patria und Res Publica gemeinsam behandelt, weil sie sich zum Zeitpunkt der Anfertigung dieser Arbeit in der Endphase ihrer Fusionierung befanden und die gemeinsame Betrachtung deshalb sinnvoll erscheint.

5.6.1 Estland

5.6.1.1 Pro Patria und Res Publica

Für die Partei Pro Patria fehlt leider eine Aufgliederung in Spenden juristischer und natürlicher Personen. Entsprechend anderer Staaten ist deshalb nur zu vermuten, dass die Spenden juristischer Personen eine höhere Bedeutung haben als Spenden von Staatsbürgern. Diese These ist auch durch die Entwicklung der Spendeneinnahmen seit 2001 zu erkennen. In diesem Jahr nahm die Partei 14.554,12 € an Spenden ein. Wie der Tabelle zu entnehmen ist, stiegen die Einnahmen im Jahr 2002 deutlich an, um überraschenderweise im Wahljahr 2003 wieder deutlich abzusinken. Seit dem Verbot der Unternehmensspenden gelang es der Partei nicht, neue Spender(n)strukturen aufzubauen. Lediglich der Kommunalwahlkampf führte wieder zu einem erhöhten Spendenaufkommen, allerdings nur bei ca. 15 % des Standes von 2002. Mit dem Verbot von Unternehmensspenden sanken die Einnahmen durch Spenden dramatisch ab. Auch dies unterstützt die These der höheren Bedeutung von Unternehmensspenden für die Partei in den Jahren vor dem Verbot.

Im Jahr der Europawahlen (2004) verbuchte Pro Patria nur noch Spendeneinnahmen in Höhe von 8.915,97 €. Im Jahr 2005 fielen die Mitgliedsbeiträge zu Gunsten allgemeiner Spendentätigkeit von Mitgliedern weg. Hier-

aus könnten sich die erhöhten Einnahmen durch Spenden erklären lassen. Eine monokausale Erklärung kann aber nicht absolut gesichert sein. Obwohl in den Jahren, für die hier vollständige und vergleichbare Datensätze vorliegen, zwei Kommunal- eine Parlaments- und eine Europawahl stattfanden, gelang es Pro Patria nicht in deutlich erhöhtem Umfang Spendengelder für sich einzuwerben und damit einen entsprechenden Wahlkampf zu führen. Nimmt man die Spendenbereitschaft der Bevölkerung als Maßstab, so entsteht der Eindruck, dass die Partei es gegenwärtig nicht schafft mit ihren Themen bei der Wählerschaft zu punkten. Pro Patria hat die geringsten Fähigkeiten Spenden aus der Bevölkerung und der Wirtschaft (2002/2003) zu erhalten. Der Abstand zur Estnischen Sozialdemokratischen Partei ist zwar nur gering, aber besonders im Jahr 2005 sehr deutlich. Ob sich durch die Fusion mit ResPublica daran etwas ändern kann muss an dieser Stelle dahingestellt sein, weil auch die Partei Res Publica von einem in der Bevölkerung breiten Ansehensverlust betroffen ist.

Tab.15 Einnahmen der Parteien aus Spenden in Euro

Partei / Jahr	2002	2003	2004	2005
Pro Patria ⁵²⁶	353.416,68	237.134,31	8.915,97	55.178,72
Res Publica	219.725,38 / 239.541,34	130.763,68 / 961.655,73	38.756,81	100.511,5
Volksunion ⁵²⁷	64.353,61 / 189.201,28	29.288,24 / 550.981,34	5.492,01	127.194,25
Reformpartei	13.418,53 / 607.988,88	139.091,37 / 992.568,69	245.048,88	529.793,69
Sozialdemokraten	82.875,85 / 164.386,84	22.670,92 / 140.733,1	35.410,22	29.095,46
Zentrumspartei	674.924,86 ⁵²⁸	149.938 / 534.301,63	75.349,84	269.009,81

⁵²⁶ Die Daten stammen von Merike Soosalu (Pro Patria) und wurden dem Verfasser am 20.1.2006 per E-Mail mitgeteilt (R.W.).

⁵²⁷ Im Jahr 2002 fand die Fusion zur Volksunion statt. In den Quartalsberichten 1 + 2 desselben Jahres sind die Zuwendungen gemeinsam aufgeführt worden (R.W.).

⁵²⁸ Die zugrundeliegenden Berichte machen für das Jahr 2002 keine Unterschiede zwischen Spenden juristischer und natürlicher Personen. Es ist aber davon auszugehen, dass die Unternehmen einen deutlich höheren Anteil an der Gesamtspendensumme hatten. Diese

Die Daten stammen aus Internetveröffentlichungen der Parteien und der Republik Estland und E-Mails. Der erste Wert gibt die Spenden natürlicher Personen und der zweite Wert die Spenden durch juristische Personen. Ab 2004 durften keine Spenden durch juristische Personen erfolgen.

Im Jahr 2002 sammelte Res Publica 481.694,83 € ein. Dies ist deutlich mehr als z.B. die Sozialdemokraten Estlands erhielten - ihre staatlichen Zuschüsse einbezogen. Neben der Gesamtsumme ist die Verteilung der Einnahmen von Interesse. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2002 konnte die Partei nur knapp weniger als 64.000 € aus der Wirtschaft einsammeln. Im letzten Quartal 2002, als die Wahlen näher rückten und die Partei bekannter und in Umfragen populärer wurde, spendeten Unternehmen mehr als das Dreifache der ersten drei Quartale. Ähnlich verhält es sich bei den Spenden natürlicher Personen, nur dass dort der erste Sprung von 100.000 € im ersten auf 510.000 € im zweiten Quartal ein halbes Jahr früher stattfand, als bei den Spenden juristischer Personen. Insgesamt erhielt die Partei Res Publica von den Unternehmen 239.541,34 €. Durch natürliche Personen wurden immerhin noch 219.725,38 € gespendet. Dieses Verhältnis zeigt eine relative Ausgewogenheit an. Bei der Durchsicht der Quartalsberichte fällt auf, dass es Res Publica gelang zahlreiche Kleinspenden einzutreiben. Allerdings fallen Großspenden von Einzelpersonen, die leicht mehrere hunderttausend Kronen ausmachen können, stärker ins Gewicht. Profitiert haben dürfte die Partei durch zahlreiche prominente Unterstützer. Darunter der ehemalige Parteivorsitzende Rein Taagepera, der ehemalige Präsident der Staatsbank Rein Otsason oder die Sängerin Siiri Sisask, die heute für die Partei im Parlament sitzt und u.a. erwartungsgemäß durch ihre Verwandten unterstützt wurde. Durch Spenden juristischer Personen gelangten im Jahre 2003, als Res Publica Regierungspartei wurde, 961.655,73 € und durch natürliche Personen 130.763,68 € an den Schatzmeister. Res Publica finanzierte sich also 2003 nur zu einem geringen Teil aus Mitgliedsbeiträgen und Parteiveranstaltungen – 57.991,57 €. Im ersten Jahr der von Res Publica initiierten Parteienfinanzierungsreform sanken die Einnahmen durch Spenden dramatisch und summierten sich auf 38.756,81 € durch natürliche Personen. Im zweiten Jahr nach dem Verbot der Unternehmensspende erzielte die Partei 100.511,5

Schlussfolgerung ergibt sich aus den Strukturen der anderen Parteien und wird deshalb analogisiert (R.W.).

€aus Spenden⁵²⁹. Seit dem Bekannt werden der deutlichen Erhöhung der staatlichen Zahlungen auf insgesamt 3.833.865,81 € sind auch die Einnahmen der Partei durch Spenden natürlicher Personen deutlich zurückgegangen. Scheinbar war die Partei sicher, weiterhin die größte Partei zu bleiben und durch die staatlichen Mittel weiterhin Wahlerfolge kaufen zu können und bemühte sich möglicherweise deshalb nicht um eine stärkere Akzeptanz und Unterstützung durch die leicht zu enttäuschende Bevölkerung⁵³⁰. Im letzten Wahljahr 2005 konnte die Partei nicht mehr an ihre früheren Erfolge bei der Spendeneinwerbung anknüpfen. Diese Schwäche resultierte sicherlich auch aus den Fusionsgerüchten mit der Pro Patria, die gemäßigte Konservative abschreckte und aus dem Ansehensverlust der Partei, der sie in Umfragen an die fünf Prozent-Hürde brachte.

5.6.1.2 Volksunion

Der Partei der Volksunion gelang es insbesondere im Jahr 2003 Spenden aus der Wirtschaft einzuwerben. Im Vergleich zum Jahr 2002 verdreifachten sich die Zuwendungen von Unternehmen. Spenden aus der Bevölkerung können nur vor wichtig erscheinenden Wahlen eingesammelt werden, wobei dies etwas zu relativieren ist. Die Kommunalwahlen 2002 fanden im Herbst statt, die Parlamentswahlen 2003 im Frühjahr, d.h. die Spenden durch natürliche Personen 2002 waren auch eine Unterstützung für die Parlamentswahlen. Die Summe der eingegangenen Spenden 2005 waren fast doppelt so hoch wie 2002 und lagen bei 130.000 €. Im Jahr der Europawahlen (2004) gelang es der Partei faktisch nicht, Spenden durch Sympathisanten einzuwerben. Der größte Anteil kam 2004 aus den eigenen Reihen der Partei. Die trotz

⁵²⁹ Der Verfasser hat für 2005 keine Angaben über staatliche Überweisungen durch das Innenministerium gefunden und zog deshalb die staatlichen Gelder, die bereits 2003 und 2004 an Res Publica überwiesen wurden bis zum dritten Quartal als Datengrundlage heran. Ab dem vierten Quartal musste auf Angaben verzichtet werden, weil gemäß Parteiengesetz die Kommunalwahlen in die Zuweisungen der staatlichen Mittel eingerechnet werden müssen und es nicht möglich war diese genau zu bestimmen. Es wurden keine Summierungen der Mitgliedsbeiträge gefunden (R.W.).

⁵³⁰ In einem im Oktober 2004 geführten Gespräch mit Jaak Pölluaas (Res Publica) wurde immer wieder auf die Größe der Partei verwiesen aber nicht über konkrete Mitgliederrekrutierung. Die Partei ist finanziell auf die Zentrale ausgerichtet gewesen und auf überwiegend ehrenamtliche Tätigkeit in den untergeordneten Parteigliederungen. Es ist ein „natürlicher“ Reflex von Parteien ihre Schwächen nicht offenbaren zu wollen. Wenigstens ist beim Verfasser der Eindruck entstanden, Res Publica ginge von einer Kontinuität ihrer Erfolge 2003 aus (R.W.).

des geringen Anteils eingegangenen Spenden 2003 sind durch den frühen Zeitpunkt der Wahlen zu erklären (März 2003). Nach der Wahl ebten die Spendeneingänge deutlich ab.

Das letzte Quartal 2003 war allgemein der Beginn des Europawahlkampfes. Diese Einschätzung wird durch das starke Ansteigen der Spenden durch juristische Personen verstärkt. Durch diese Spendergruppe floss der größte Teil der Einnahmen an die Partei. Insgesamt 744.201,79 € spendete die Wirtschaft der Partei. Davon ca. 485.000 € im ersten Quartal und 170.000 € im vierten. Der Mittelzufluss durch natürliche Personen ist nur sehr begrenzt. Im Wahlkampfquartal konnte die Partei nur 34.591,76 € requirieren. Insgesamt gelangten 38.233,93 € durch Spenden an die Partei.

Bei der Quartalsbetrachtung fällt aber auf, dass es gerade die Wahlen sind, die ein verzerrtes Bild der Eigenfinanzierung erstellen. Im 2. und 3. Quartal hat die Partei nur Spenden aus den eigenen Reihen erhalten. Und im vierten Quartal konnten nur 18,75% von außerhalb der Parteispitze eingeworben werden (191,69 €). Durch Parlamentsabgeordnete erhielt die Rahvalit 945,69 € im 1. Quartal zusätzlich.

Im Jahre 2004 erzielte die Volksunion durch Spenden 5.492,01 €. Hiervon wurden 4.581,47 € im vierten Quartal eingeworben, die zu großen Teilen aus der Fraktion (Villu Reiljan) stammten. Dieses Einnahmemuster (Finanzierung durch die Partielite) scheint in Estland weit verbreitet zu sein und nur bei wichtigen Wahlen (Riigikogu) außer Kraft zu treten. Auffallend im Jahr 2003 war deshalb natürlich das starke absinken der Einnahmen nach der Parlamentswahl im März 2003.

Der große Unterschied zwischen den Jahren 2004 und 2005 kann nur durch die Wahrnehmung der Bevölkerung erklärt werden, die der Europawahl in Estland nur eine geringere Bedeutung zusprachen als den Kommunalwahlen 2005. Möglicherweise hat sie auch die deutliche Erhöhung der staatlichen Teilfinanzierung realisiert und die Partei als Bestandteil der Koalition abgestraft. Es muss an dieser Stelle offen bleiben, warum der Spendenzufluss solchen Schwankungen unterlag, obwohl es sich um zwei Wahlkampfjahre handelt.

5.6.1.3 Reformpartei

Die Einnahmen durch Spenden natürlicher und juristischer Personen war starken Schwankungen ausgesetzt. Im Wahljahr 1999 spendeten Staatsbürger 109.590,48 € im folgenden Jahr waren es nur noch 34.511,63 € und 2001 erzielte die Partei 16.741,15 € durch Spenden von natürlichen Personen. Anders als bei den Unternehmensspenden stieg der Beitrag der natürlichen Personen 2002 nicht, sondern ging auf 13.418,53 € zurück.

Die Einnahmen durch Unternehmensspenden waren bis 2003 schwankend. Im Wahljahr 1999 erhielt die Partei 263.364,03 €. Im folgenden Jahr sanken die Einnahmen dramatisch auf 12.757,19 € um 2001 wieder auf 86.405,56 € zu steigen und einen vorläufigen Höhepunkt 2002 zu erklimmen, als die Partei 607.988,88 € einnahm. Im Prinzip verhält es sich mit Spenden natürlicher Personen ähnlich.

Im letzten Jahr, als Unternehmensspenden noch gestattet waren, ergab sich folgendes Bild:

Unternehmen gaben der Partei 2003 hauptsächlich für ihren Wahlkampf 992.568,69 € und Bürger spendeten 139.091,37 €, also deutlich mehr als 2002 aber immer noch weniger als 1999 vor der vorangegangenen Parlamentswahl⁵³¹. Hierbei zeigte sich, dass der Mittelzufluss ab dem 2. Quartal 2003 deutlich zurückging, weil die Wahlen am Ende des ersten Quartals stattfanden.

In den Jahren 2004 und 2005 erhielt die Reformpartei aus der Bevölkerung 245.048,88 € sowie 529.793,69 €. Hier zeichnet sich erneut das Muster ab, dass die estnischen Parteien für die ersten Wahlen zum Europaparlament weniger Spenden akquirieren konnten als für die folgenden Kommunalwahlen 2005.

Diese allgemeine Entwicklung könnte die These Madises unterstützen, nach der Unternehmen bereits vor der Neuregelung der Parteienfinanzierung andeuteten nicht mehr so viel zu spenden⁵³².

⁵³¹ Die Werte für 2003 wurden entnommen aus: <http://www.reform.ee>. (15.5.2004)

⁵³² Die Werte für 2003 wurden entnommen aus: <http://www.reform.ee>. (15.5.2004) Und: Gespräch mit Ülle Madise im März 2005.

5.6.1.4 Sozialdemokratische Partei Estlands

Im Jahr 2002 nahm die Estnische Sozialdemokratische Partei insgesamt 247.262,68 € an Spenden ein. Die meisten Spenden gelangten aus der Wirtschaft an die Partei, nämlich 164.386,84 € und nur 82.875,85 € durch Sympathisanten der Partei. Eine Durchsicht des Jahres 2003 zeigte, dass zahlreiche prominente Parteimitglieder und Abgeordnete im Riigikogu zu den Geldgebern gehörten. Das meiste Geld erhielten die Sozialdemokraten durch Spenden und hier besonders von Unternehmen, die 140.733,1 € gaben, während Spenden natürlicher Personen nur 22.670,93 € ausmachten. Die geringe Spendenbereitschaft natürlicher Personen setzte sich in den Jahren 2004 und 2005 fort. Im Jahr der Europaparlamentswahlen kamen nur 35.410,22 € in die Kassen und im folgenden Wahljahr (Lokalwahlen) sogar nur 29.095,46 €. Die Sozialdemokraten waren 2005 die einzige Partei, die nicht in der Lage war, ihre Einnahmen aus Spenden im Vorfeld der im Herbst 2005 stattfindenden Wahlen zu erhöhen.

Parteisteuern der Parlamentsmitglieder an die Partei in Höhe von 31,95 € pro Monat werden in den regelmäßigen Berichten als Spende ausgewiesen⁵³³.

Berücksichtigt man die Wettbewerbsnachteile, die sozialdemokratische Parteien bei Unternehmensspenden traditionell haben, besonders wenn sie nicht mitregieren, ist die Ausweitung der staatlichen Parteienfinanzierung ein gutes Ergebnis für die Partei gewesen. Angesichts des Wahlkampfes 2005 sind die schwachen Einnahmen durch Spenden erstaunlich aber nicht überraschend gewesen, erhielt die Estnische Sozialdemokratische Partei im Wahljahr zuvor nur unwesentlich mehr Spendengelder. Als Konsequenz daraus setzte die Partei im Kommunalwahlkampf 2005 verstärkt auf die direkte Ansprache der Wähler und betrieb Graswurzelarbeit⁵³⁴.

⁵³³ Interview mit Jarno Laur, Mitglied der ESDP-Fraktion im Riigikogu, im März 2005. Die Anzahl der Abgeordneten und der regelmäßig zeitlich aufeinander abgestimmten Zahlungen von 500 EEK im Bericht lassen diesen Schluß zu.

⁵³⁴ Interview mit Jarno Laur, Mitglied der ESDP-Fraktion im Riigikogu, im März 2005.

5.6.1.5 Zentrumspartei

Natürliche Personen gaben 32.377,25 €(2000) an die Partei.

2001 spendeten Unternehmen der Zentrumspartei 9.680,51 €⁵³⁵.

Insgesamt erhielt die Partei mit Blick auf die Wahlen im März 2003 674.924,86 € an Spenden⁵³⁶. Im Wahljahr 2003 stiegen die Einnahmen insbesondere im ersten Quartal und zu Beginn des Europawahlkampfes auch im vierten Quartal. In diesen beiden Quartalen wurden die höchsten Einnahmen erzielt, insgesamt mehr als 510.000 €⁵³⁷ durch Spenden juristischer Personen. Auf das Jahr gerechnet erhielt die Zentrumspartei 534.301,63 € von Unternehmen (im 3. Quartal wurden keine Spenden von Unternehmen registriert), 149.938,01 € wurden durch natürliche Personen gespendet⁵³⁸. Eine ungewöhnliche Spende wurde der Partei im IV. Quartal 2003 zu Teil. Sie erhielt 17.293,29 € von den Liberaldemokraten aus Großbritannien als Unterstützung der Partei⁵³⁹. Der Einfachheit halber wurde diese Spende unter Sonstiges subsummiert, weil sie sonst die Einnahmestruktur der ‚estnischen‘ Spenden verzerrt.

Obwohl im Jahr 2004 das Europäische Parlament gewählt wurde, konnte die Partei kaum Spendengelder akquirieren. Das Einnahmekonto der Partei weist nur Spenden in Höhe von 75.349,84 € aus⁵⁴⁰. Anscheinend konnte die Partei ihre Anhänger und Mitglieder nicht motivieren, nach der estnischen Parlamentswahl 2003 weiter zu spenden, um sie im Folgejahr wegen der Kommunalwahlen erneut zu unterstützen.

Die Einnahmen der Zentrumspartei aus dem Jahre 2005 beinhalten 269.009,81 €⁵⁴¹ an direkten Spenden. Bei der Durchsicht der Spender, die mit Adresse angegeben wurden, fällt die Herkunft der Spenden ins Auge.

⁵³⁵ Die genannten Werte wurden dem Verfasser durch die Generalsekretärin der Zentrumspartei, Kadri Must, per E-Mail mitgeteilt.

⁵³⁶ Die verwendete Datenquelle macht keinen Unterschied zwischen natürlichen und juristischen Personen, weshalb hier leider nur die Gesamtsumme vorliegt.

⁵³⁷ Eigene Angaben, entstanden aus der Summierung der Quartalsberichte 2003 der Zentrumspartei (R.W.).

⁵³⁸ Ab dem vierten Quartal wurden keine Mitgliedsbeiträge verzeichnet (R.W.).

⁵³⁹ Die Werte ergeben sich aus der Summierung der Quartalsberichte: Aruane erakonnale laekunud vahendite kohta I-IV unter <http://www.keskerakond.ee>. Die Spende der Liberaldemokraten fand sich in Quartalsbericht IV (R.W.).

⁵⁴⁰ Bilanz für das Jahr 2004 der Zentrumspartei: <http://www.keskerakond.ee> (12.1.2006).

⁵⁴¹ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Quartalsberichte der Zentrumspartei. In diesen Berichten sind die Einnahmen aus dem Verkauf der Parteizeitungen nicht enthalten.

Die meisten Spenden stammen aus der Parlamentsfraktion und der Zentrale der Partei in Tallinn, so dass es auf dem Papier zahlreiche Spender gibt, die allerdings mehrmals aufgeführt wurden, weil der Spendeneingang entscheidet. Die Partei finanziert sich also überwiegend durch ihre herausragenden Mitglieder (Abgeordnete). In der Spendenliste finden sich zahlreiche Eingänge in Höhe von 1800 EEK (115,02 €) von Abgeordneten. Hierbei handelt es sich um regelmäßig zu bezahlende Parteisteuern, die den Untergliederungen der Partei zugeführt werden und als Spende deklariert werden⁵⁴².

5.6.2 Lettland

Es lagen Zahlen für die Jahre 2002-2005 vor. Grundlage sind die Spendeinnahmen der Parteien. Berücksichtigt werden die im Parlament vertretenen Parteien Lettlands sowie Lettlands Weg die nur knapp an der 5%-Hürde scheiterte und erstmals nach fast 10 Jahren nicht mehr im Parlament vertreten war. Es wurden die Parteien herangezogen, die in dem Spendenbericht aufgeführt wurden und im Parlament eine Fraktion bilden⁵⁴³. Die Liste der Spender enthält Spenden juristischer und natürlicher Personen mit den bereits oben genannten Problemen der Umwegfinanzierung / Anonymisierung wirklicher Spender.

Die mangelnde Qualität der öffentlichen Rechenschaftslegung in Lettland führt zu einer nur eingeschränkt möglichen Analyse der lettischen Parteifinanzien. Die zur Verfügung stehenden Berichte über Einnahmen durch Spenden natürlicher und juristischer Personen sowie in Anspruchnahme von geldwerten Leistungen durch Mitglieder und Sympathisanten werden hierfür als Grundlage herangezogen. Da keine anderen verwertbaren Daten vorliegen, entsprechen die Spendensummen den Gesamteinnahmen der Parteien. Es kann aber sein, dass sich die Finanzstrukturen der Parteien durch Mitgliedsbeiträge und Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit und sonstigen Finanzierungswegen anders darstellen würden. Untersucht werden die Daten der vorhandenen Jahre 2002-2005.

⁵⁴² Interview mit Mart Visitamm (Zentrumspartei) im August 2003.

⁵⁴³ Alle Daten sind eigene Berechnungen. Datengrundlage ist die Liste der Spender unter: http://www.knab.gov.lv/don_list_print.php? Die Daten werden regelmäßig erneuert, deshalb ist ein Zugriffsdatum nicht erforderlich.

Tab. 16 Gesamt- und Spendeneinnahmen der Parteien in Lettland in Euro

Partei / Jahr	2002	2003	2004	2005
Lettlands Weg	450.217,86 / 910.142,16	50.589,44 / 51.151,77	45.272,6 / 8.571,43	134.662,19
Volkspartei (TP)	1.135.828,57 / / 1.021.556,41	151.667,8 / 16.430,39	272.028,87 / /14.285,71	298.650,1 / 285,71
Neue Zeit	545.503,23 / 290.746,63	71.257,03 / 128.939,16	350.383,73 / 44.324,29	454.854,9 / 571,43
Erste Partei	697.321,43 / 24.285,71	108.354,5 / 157,14	160.428,57 / 357,14	304.321,61
TB-LNNK	530.325,47 / 209.571,43	57.000	74.380	122.090,96
Grüne und Bauern	575.176,89 / 106.605,71	21.242,86 / /2.285,71	60.392,85	49.478,57
PCTVL	282.816,43 / 111.725,71	1.785,71	35.000	73.537,14

Die Einnahmen wurden differenziert: Wert 1 = Natürliche Personen, Wert 2 = Juristische Personen in Euro. Nur ein Wert bezieht sich auf natürliche Personen (R.W.)

Quelle: <http://www.knab.gov.lv> . Die Umrechnung erfolgte folgendermaßen: 1 €= 0,7 Lats.

Die Partei Grüne und Bauernunion ist ein Wahlbündnis. Dieses wird allgemein als eigenständige Partei behandelt. Daneben gibt es noch jeweils eine Grüne und eine eigenständige Bauernpartei. Weil in diesem Zusammenhang aber nur die Parlamentsfraktionen herangezogen werden, wird auf die Datennutzung der eigenständigen Parteien verzichtet.

Der knapp verpasste Einzug in das Parlament der Partei Lettlands Weg hatte seit dem Jahr 2002 dramatische Folgen. Die Einnahmen der Partei sanken dramatisch ab und bewegen sich deutlich unter 140.000 € und damit auf etwas weniger als 10 Prozent des Wertes von 2002. Dieses niedrige Niveau war in den Jahren 2003 und 2004 aber konstant und wurde erst 2005 durch die Einnahmen durch natürliche Personen deutlich verändert, ohne dass eine gravierende Veränderung der Einnahmen zustande kam.

Der russischen Partei PCTVL widerfuhr ein ähnliches Schicksal, obwohl sie der Überraschungssieger 2002 war. Die Partei nahm 2003 keinen nennenswerten Betrag ein. Die Einnahmen 2004 waren ebenfalls nur ein Bruchteil des Jahres 2002. Erst das Jahr 2005 brachte eine signifikante Verbesserung im Vergleich zu den Jahren 2003 und 2004, allerdings ist die Partei immer noch weit von den Einnahmen von 2002 entfernt. Eine ähnliche Tendenz lässt sich auch bei der Grünen und Bauernunion sowie der konservativen TB-LNNK feststellen.

Das bereits gezeigte Muster sinkender Einnahmen nach den Parlamentswahlen lässt sich für 2003 bei jeder Partei wiederfinden. Dieses Verlaufsmuster ist in Parteidemokratien aber kein neues Phänomen, sondern findet sich in nahezu jedem politischen System wieder. Auffallend ist nur der dramatische Rückgang bei einzelnen Parteien. Besser dastehen tun allerdings die Parteien Volkspartei, Neue Zeit und Erste Partei. Sie alle konnten im Vergleich mit den anderen einen relativ hohen und stetigen Spendenzufluss verzeichnen.

Unternehmensspenden waren nur im Wahljahr 2002 signifikant zu erkennen und auch da nur bei den Parteien Lettlands Weg, Volkspartei, Neue Zeit und TB-LNNK. Alle anderen Parteien wurden nur sporadisch mit Geldern aus der Wirtschaft bedient.

Es fällt auf, dass die Spendenberichte in Jahren, in denen keine Parlamentswahlen anstanden, aus der Wirtschaft so gut wie keine Spenden aufweisen. Dies dürfte sich 2006 ändern, wenn im Herbst gewählt wird.

5.6.3 Litauen

Die Einnahmen der litauischen Parteien werden im Wesentlichen an den Wahlkämpfen deutlich⁵⁴⁴. Hierbei erfolgt methodisch eine Anlehnung an die

⁵⁴⁴ Diese Daten sind teilweise in englischer Sprache vorhanden gewesen. Sonstige Berichte gab es teilweise in Litauisch, das der Verfasser dieser Arbeit aber nicht spricht.

Magisterarbeit von Jelinskaite⁵⁴⁵. Außerdem wird differenziert zwischen Wahlen zum litauischen Parlament und den Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten. Diese Unterscheidung erscheint aus verschiedenen Gründen sinnvoll. Bei Parlamentswahlen treten entsprechend des Wahlsystems neben der Partei selbst auch deren Einzelkandidaten an bzw. Unabhängige und die Mittel, die einer Partei zufließen, müssen entsprechend verteilt werden, um einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Bei der Wahl zum Staatspräsidenten können die Mittel auf eine Person fixiert werden. Die Wahl zum Staatspräsidenten im Jahre 2000 wurde im nachhinein auch zu einem Testfall der demokratischen Konsolidierung Litauens, als festgestellt wurde, dass der gewählte Rolandas Paksas verfassungswidriges Verhalten an den Tag legte und (einzigartig bisher in Europa) ein erfolgreiches Impeachmentverfahren eingeleitet wurde. Hintergründe dieses Verfahrens lagen auch in der Finanzierung des Wahlkampfes Paksas. Ein dritter Grund für die Differenzierung von Parlamentswahlen und den Wahlen zum Staatspräsidenten ist die Möglichkeit eine in der Politikwissenschaft weit verbreitete These zu verifizieren, dass der Einsatz hoher Geldsummen identisch ist mit Erfolg bei Wahlen.

Die wichtigsten Einnahmen der Parteien für ihre Wahlkämpfe stammen aus Spenden natürlicher und juristischer Personen. Wie oben bereits angezeigt, wird zwischen den verschiedenen Wahlkämpfen differenziert. Es gibt natürlich noch andere Einnahmearten, die jeweils eingearbeitet werden und nur bei Besonderheiten genauer dargestellt werden.

5.6.3.1 Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten 1998 - 2004

5.6.3.1.1 Die Wahlen 1998

Im Wahlkampf 1998 zum Amt des litauischen Staatspräsidenten gab es nur zwei Kandidaten, deren Wahlkampf ausschließlich aus Spenden natürlicher Personen finanziert wurde bzw. überwiegend aus staatlichen Zuschüssen (Smetona, vgl. oben und Bobelis). Des Weiteren gab es nur zwei Kandidaten, deren Wahlkampf überwiegend aus Spenden juristischer Personen fi-

⁵⁴⁵ Jelinskaite, Jurgita: Public funding of parties. The Lithuanian perspective, Masters thesis, University of Bergen 2001.

nanziert wurde (mehr als 50 Prozent = überwiegend). Diese Kandidaten waren Landsbergis und Andriukaitis. Adamkus und Paulauskas, die später in die Stichwahl mussten, erzielten mehr Spendeneinnahmen durch natürliche Personen als durch juristische Personen.

Tab. 17 Spendeneinnahmen der Kandidaten zum Amt des Staatspräsidenten in Litauen 1998 in Euro

Kandidat	Natürliche Pers.	Juristische Pers.
Adamkus	300.229,56	111.507,25
Paulauskas	371.171,01	194.482,32
Landsbergis	129.404,34	570.598,26
Andriukaitis	7.481,74	19.362,32
Bobelis	116.156,52	-----
Pavilionis	5.779,71	4.028,99
Smetona	1.210,43	-----

Quelle: Jelinskaite, Jurgita: Public funding of parties. The Lithuanian perspective, Masters thesis, University of Bergen 2001, S.100. Die Umrechnung erfolgt, wie oben angeführt 3,45 Litas = 1 €(R.W.).

Bei Paulauskas liegt der relative Anteil an den Gesamtspendeneinnahmen bei etwas weniger als 40 v.H., während der Anteil der Unternehmensspenden an Adamkus, gemessen an der Gesamteinnahme durch Spenden, bei nur etwas weniger als 30 Prozent liegt.

Während Bobelis und Smetona nicht in der Lage waren Unternehmensspenden zu akquirieren konnten Landsbergis und Andriukaitis nicht über spendenfreudige Anhänger in der Bevölkerung verfügen. Die populärsten Kandidaten erhielten entsprechend die höchsten Spenden natürlicher Personen und können dadurch eine gewisse Verwurzelung in der Bevölkerung nachweisen, was bei Smetona und Bobelis kaum zutrifft, wenn ihre Einnahmen und Ergebnisse betrachtet werden.

5.6.3.1.2 Präsidentschaftswahlen 2002

Wie oben bereits angesprochen, finanzierten sich die verschiedenen Kandidaten zu einem großen Teil aus Einnahmen durch Spenden natürlicher und

juristischer Personen. Von 16 Kandidaten für das höchste litauische Staatsamt nahmen zehn, die in der unteren Tabelle unter „Sonstige“ aufgeführt sind, insgesamt 84.057,97 € durch Spenden natürlicher Personen und 110.144,93 € durch Spenden juristischer Personen ein. Das sind fast genauso viele Spenden beider Personengruppen, wie Prunskiene an Einnahmen durch Spenden juristischer Personen belegen konnte (188.405,8 €). Alleine hieran wird deutlich, wie ungleich die finanziellen Möglichkeiten auf die gesamte Riege der Kandidaten verteilt war.

Tab. 18 Spendeneinnahmen der Kandidaten zum Amt des Staatspräsidenten in Litauen 2002 in Euro

Kandidat	Natürliche Pers.	Juristische Pers.
Paksas	222.240,52	729.352,46
Adamkus	312.356,79	190.983,77
Prunskiene	105.114,86	188.115,94
Paulauskas	64.144,93	69.484,06
Andriukaitis	29,28	35.072,46
Sonstige	84.275,78	110.423,19

Quelle: <http://www.lrs.lt> (November 2004), eigene Berechnungen

Besonders fällt Andriukaitis auf, der nur 29,28 € an Spenden einnehmen konnte, dafür über 35.000 € durch Spenden juristischer Personen einnahm. Bei ihm ist die Diskrepanz zwischen beiden Spendergruppen am größten. Bei Paulauskas hält sich das Verhältnis zwischen Unternehmensspenden und Bürgerspenden mit einem leichten Überhang zu Gunsten der Unternehmen die Waage. Größere Unterschiede gibt es bei den Kandidaten Prunskiene, Adamkus und Paksas zu beobachten. Insgesamt nahm Prunskiene ca. 290.000 € durch Spenden ein. Hiervon kamen ca. zwei Drittel aus der Wirtschaft und ein Drittel von sympathisierenden Bürgern. Andersherum verhält es sich bei dem 1998 gewählten Adamkus. Bei ihm kamen ca. 60 Prozent der Spenden aus der Bevölkerung und nur 40 Prozent von verschiedenen Unternehmen. Der bei dieser Wahl gewählte Paksas erhielt ca. 75 % von Unternehmen und nur ein Viertel aus der Wahlbevölkerung. Die Spendenberichte für seinen Wahlkampf sind besonders interessant

zu lesen, weil sie für Misstrauen sorgten und in der Folge Enthüllungen und Gerüchte zutage förderten, die zu einem erfolgreichen Absetzungsverfahren in Litauen führten. Paksas erhielt für seinen Wahlkampf Geld von einem Geschäftsmann namens Borisow. Dieser spendete mehr als 290.000 € (darunter eine Einzelspende in Höhe von 289.855,07 €) für Paksas. Diese Summe entspricht ungefähr einem Drittel der gesamten Einnahmen aus Spenden für Rolandas Paksas. Die Folgen waren für Paksas verheerend und stellten durch das verfassungsrechtlich gesicherte Absetzungsverfahren eine schwere Belastungsprobe für das litauische politische System dar⁵⁴⁶. Es muss an dieser Stelle aber festgehalten werden, dass die durch Borisow eingegangenen Spenden gesetzeskonform Eingang in den Rechenschaftsbericht von Paksas' Wahlkampf gefunden hat.

5.6.3.1.3 Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten 2004

Die durch die Affäre Paksas notwendigen Neuwahlen fielen in ein grosses Wahljahr, fanden doch auch die Wahlen zum Europaparlament nach dem erfolgten EU-Beitritt Litauens und reguläre Parlamentswahlen zum Seimas statt.

Bei allen Kandidaten außer Blinkeviciute fällt das Übergewicht von Unternehmensspenden auf. Bei Blinkeviciute dominierten zwar Spenden natürlicher Personen, dennoch hielten sich beide Gruppen ungefähr im Gleichgewicht. Bei den anderen Kandidaten lassen sich größere Unterschiede nachweisen. Besonders auffallend ist das Missverhältnis bei Jursena, der nur 1.094,2 € aus der Bevölkerung erhielt, dafür aber ca. 182.000 € aus der Wirtschaft. Einen Unterschied von knapp 202.000 € gibt es auch bei Adamkus zu verzeichnen, bei dem das Verhältnis 89.275,36 €: 317.971,01 € betrug. Austrevicius erhielt ungefähr zwei Drittel seiner Spendeneinnahmen aus der Wirtschaft und ein Drittel von Sympathisanten.

⁵⁴⁶ Ausführlicher wird auf dieses Ereignis in einem späteren Abschnitt zum Verhältnis von Politik und Geld eingegangen (R.W.).

Tab. 19 Spendeneinnahmen der Kandidaten zum Amt des Staatspräsidenten in Litauen 2004 in Euro

Kandidat	Natürliche Pers.	Juristische Pers.
Austrevicius	145.413,4	327.944,88
Adamkus	89.334,89	318.022,99
Prunskiene	142.782,61	175.797,1
Jursena	1.094,2	181.763,73
Blinkeviciute	104.159,42	93.646,57

Quelle: <http://www.lrs.lt> (November 2005), eigene Berechnungen der Rechenschaftsberichte (R.W.).

Prunskiene erhielt für Wahlkampfzwecke etwas weniger als 50 % aus den Reihen der Wähler und den Rest aus der Wirtschaft.

Es war für alle Kandidaten also sehr wichtig möglichst viele Spenden aus dem Unternehmerlager zu akquirieren, um einen möglichst professionellen Wahlkampf zu führen.

5.6.3.2 Parlamentswahlen 2000 – 2004

5.6.3.2.1 Wahlen 2000

Die vorliegenden Daten für die Wahl zum litauischen Parlament im Jahre 2000 lassen keine Differenzierung von Unternehmensspenden und Spenden natürlicher Person zu. Die Sozialdemokratische Koalition (Wahlbündnis aus vier Parteien unter der Führung der LDDP) erhielt für ihren Wahlkampf 224.925,22 € wobei die LDDP hiervon den Löwenanteil mit 96.811,59 € einsammelte. Die Zentrumsunion sammelte 188.299,42 € ein und die Liberale Union erzielte Einnahmen in Höhe von 310.492,75 €. Rolandas Paksas Partei Neue Union – Sozialliberale konnte die höchsten Spendeneinnahmen in Höhe von 336.203,77 € verbuchen. Die konservative Vaterlandsunion nahm 128.824,06 € ein und die Litauische Christdemokratische Partei verbuchte 14.637,68 € und damit das niedrigste Einzelergebnis als alleinstehende Partei⁵⁴⁷. Die These von steigenden Erfolgsaussichten bei steigenden Einnahmen und der damit verbundenen Möglichkeit mehr auszugeben traf

⁵⁴⁷ Daten wurden entnommen aus: Jelinskaite, Jurgita: Public funding of parties. The Lithuanian perspective, Masters thesis, University of Bergen 2001, S.112.

bei den Wahlen 2000 nur bedingt zu. Zwar konnte die Neue Union – Sozialliberale die höchsten Einnahmen erzielen, doch blieb sie deutlich hinter der Wahlkoalition von Brazauskas zurück. Die Vaterlandsunion, die nur unwesentlich weniger Einnahmen verzeichnete, konnte im Gegensatz zur Zentrumsunion ins Parlament einziehen. Die Liberale Union und die Neue Union waren relativ gleich auf und unterschieden sich tatsächlich entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten in der Rangfolge.

5.6.3.2.2 Wahlen 2004

Die Einnahmen der litauischen Parteien zur Führung ihres Wahlkampfes zum Parlament zeichnen sich nicht durch ein übergroßes Maß an Spendenbereitschaft seitens der litauischen Bürger aus. Außer der neuen Arbeitspartei, die knapp 290.000 €ausgegeben hat, lagen die Einnahmen für den herbstlichen Wahlkampf grundsätzlich unter 29.0000 €pro Partei. Auch bei den Spendeneinnahmen durch juristische Personen dominierte die Arbeitspartei deutlich. Alleine sie nahm in dieser Kategorie ungefähr soviel Geld ein, wie alle anderen Parteien zusammen, nämlich 1.700.000 Lt.

Tab. 20 Spendeneinnahmen der Parteien Litauens 2004

Partei	Natürliche Pers.	Juristische Pers.
Liberale und Zentrumsunion	5.942,03	183.710,14
Sozialdemokratische Partei (Ex-LDDP)	6.359,13	45.785,50
Neue Union – Sozialliberale	11.944,64	116.469,07
Bauernunion	25.727,13	82.753,62
Vaterlandsunion	2.891,03	51.841,92
Arbeitspartei	312.032,65	494,782,61

Quelle: <http://www.lrs.lt> (Stand November 2005)

Die Bauernunion ist auch die einzige Partei neben der Arbeitspartei, die im Vergleich zu den vorherigen Europaparlamentswahlen über Zuwächse bei

den Einnahmen durch natürliche Personen berichten konnte. Alle anderen Parteien mussten im Herbst 2004 Einbußen hinnehmen. Die Einnahmen bei den Europawahlen waren schon nicht gut (vgl. unten), doch zeigten die Entwicklungen 2004, dass entweder die Bevölkerung nicht mehr spenden konnte (drei Wahlkämpfe in einem Jahr auf nationaler Ebene) oder enttäuscht ist von den Parteien.

5.6.3.2.3 Europaparlamentswahlen 2004

Die Wahlen zum Europaparlament in Litauen konnten die Spendenbereitschaft der Litauer nicht animieren. Wenn von der im Jahre 2004 im Aufschwung befindlichen linkspopulistischen Arbeitspartei und der Vaterlandsunion abgesehen wird, konnte keine Partei mehr als 90.000 Lt. einwerben. Dies ist ein deutliches Signal für die Spendenunlust der Bevölkerung, ein geringes Interesse im Sinne einer Wahrnehmung der Wahlen als unwichtig und einer fehlenden Verankerung der Parteien in der Bevölkerung. So verwundert es nicht, dass in jeder Partei die Einnahmen durch Unternehmensspenden sehr wichtig wurden. Auch die Vaterlandsunion konnte hierbei die zweithöchsten Einnahmen erzielen.

Tab. 21 Spendeneinnahmen der Parteien Litauens für die Wahl des Europaparlaments 2004

Partei	Natürliche Pers.	Juristische Pers.
Arbeitspartei	207.536,23	15.246,38
Sozialdemokratische Partei (Ex-LDDP)	20.840,58	24.637,68
Vaterlandsunion	96.091,32	99.507,17
Bauernunion	20.173,91	60.289,86
Liberale und Zentrumsunion	64.057,97	65.507,25
Neue Union – Sozialliberale	25.151,38	208.115,94

Quelle: <http://www.lrs.lt> (Stand November 2005)

Nur die Neue Union – Sozialliberale, die unter neuer Führung antraten konnten mehr Unternehmensspenden akquirieren. Neben der Arbeitspartei konnte auch die regierende Sozialdemokratische Partei unter Brazauskas kaum Einnahmen aus Unternehmensspenden vermelden, was bei ihr darauf hindeutet, dass sie nur hofiert wird, wenn nationale Wahlen anstehen. Die Arbeitspartei gilt in der politischen und wirtschaftlichen Elite wegen ihres Populismus als unseriös, der Nähe zu Moskau und der charismatischen Führung unter dem russischstämmigen Millionär Uspaskich als suspekt und konnte aus diesem Grund kaum Unternehmensspenden einnehmen. Außerdem war die Wahl zum Europaparlament ihr erster größerer Auftritt in der Wähleröffentlichkeit.

5.7 Unerwünschte Parteienfinanzierung in den baltischen Staaten

Unter diesem Begriff soll in diesem Zusammenhang die Finanzierung von Parteien aus dubiosen Quellen, Korruption (Kauf von Abgeordneten für bestimmte politische Entscheidungen) und allgemeine Parteienfinanzierungsskandale fallen. Insgesamt fällt in den drei Ländern die geringe Zahl an Fällen politischer Korruption und Skandalen auf. Insbesondere Lettland ist hier erstaunlich, weisen doch alleine die Rechenschaftsberichte der Par-

teien auf Ungereimtheiten hin, weil die Inhalte der Berichte bei genauerer Analyse von den „normalen“ Entwicklungen in den Vergleichsstaaten und westlichen Staaten abweichen. Gemeint ist das fast vollständige Fehlen von Unternehmensspenden in Lettland und das gleichzeitige Auftreten von Einzelpersonen, die am selben Tag mehrere gleichlautende Beträge an dieselbe Partei überweisen. Eine Verhaltensweise, die vom alltäglichen Verhalten deutlich abweicht. Erst im August 2006 scheint sich zu bestätigen, dass die offiziellen Rechenschaftsberichte (Spendeneingänge und Jahresberichte) nicht vollständig sind. Anders ist es kaum zu erklären, dass „a small notebook“ mit den Partei- und Wahlkampfausgaben für die Finanzpolizei von Interesse sein könnte, bzw. die Notwendigkeit eines Neue Zeit-Funktionärs besteht andere von diesem Fakt explizit zu berichten, wenn doch alles in Ordnung ist⁵⁴⁸.

Und obwohl die litauischen Parteienfinanzierungsregeln eigentlich recht offen sind, kam es ebenfalls im August 2006 zu Ermittlungen gegen Abgeordnete der Neuen Union – Sozialliberale. Ihnen wird vorgeworfen einer estnischen Kasino-Gruppe die Lizenz gerettet zu haben, nachdem es bereits einen Antrag auf Entzug selbiger gab, da sich das Unternehmen verschiedener Verstöße gegen das litauische „Gambling law“ schuldig gemacht hat. Der Preis für die Ablehnung des Antrags, und hier war die Neue Union – Sozialliberale entscheidend, soll bei 20.000 € gelegen haben⁵⁴⁹. Die bekannteste Spende aus dubiosen Quellen ist aber die vom russischen Unternehmer Borisow an den damaligen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten 2002 Rolandas Paksas. Borisow spendete über eine Million Litass (ca. 320.000 €), erhielt später einen Beraterposten bei Paksas, möglicherweise Zugang zu geheimen Dokumenten und die litauische Staatsbürgerschaft ehrenhalber. Die Hilfe soll aus Kreisen des Unternehmens Lukoil stammen⁵⁵⁰. Im Ergebnis musste Paksas sich vor Gericht verantworten und wurde seines Amtes enthoben.

⁵⁴⁸ Vgl. The Baltic Times, Vol. 10, August 17-23 2006, S.3.

⁵⁴⁹ Ebd., S4.

⁵⁵⁰ Sienkiewicz, Bartłomiej: Putins Exportprodukt, in: Chwalba, Andrej: Polen und der Osten, Frankfurt a.M. 2005, S.469-474, S. 471. Leider wurden keine Anmerkungen zu diesem Aspekt gefunden, weshalb die Zuwendungen aus Moskau im Raume stehen bleiben müssen. Zum Thema Paksas vgl. auch: The Baltic Times (Onlineausgabe): 20.11.2003, The Baltic Times (Onlineausgabe): 6.11.2003, The Baltic Times (Onlineausgabe): 17.4.2003, The Baltic Times (Onlineausgabe): 1.4.2004.

Lettlands Wirtschaft ist bis heute belastet durch einen großen Anteil der Schattenwirtschaft. Dieses illegal erwirtschaftete Vermögen fließt in unbekanntem Ausmaß in die lettischen Parteien und deren Rechenschaftsberichte⁵⁵¹. Dieses Verfahren erinnert daran, dass gesetzliche Regelungen nicht unrealistisch werden sollten und nicht dem Prinzip folgen „es kann nicht sein, was nicht sein darf“. Geld findet, wenn es tatsächlichen Einfluß ausüben soll, immer seinen Weg zum Empfänger. Die eine Seite möchte Entscheidungen beeinflussen und die andere Seite benötigt Geld, um Wahlkämpfe zu führen oder sich einfach zu bereichern. Eine Studie der Open-Society-Foundation schätzt für 2002 Spenden in Höhe von 820.000 US-\$ als nicht nachvollziehbar ein, also ca. 10 % der Gesamteinnahmen durch Spenden⁵⁵². Die Bekämpfung dieser illegalen Finanzierung, wie sie in Lettland anscheinend an der Tagesordnung ist, ist sehr schwierig, weil sich neben möglichen individuellen Strafen auch die Einstellungen der Betroffenen ändern muss.

In Estland konnte bis zum Verbot von Unternehmensspenden 2004 ebenfalls der Eindruck entstehen, dass durch gezielte Spenden Gegenleistungen durch die Regierung erbracht wurden. Es handelt sich nur um einen Anschein und nicht um bewiesene Korruption. Der Sicherheitsdienstleiter Falck hat in Estland regelmäßig an die wichtigen Parteien größere Summen gespendet. Falck gehört zu den großen Unternehmen dieser Branche in Estland, weshalb es auch Zufall sein kann, dass das Unternehmen für die Personenkontrollen im Parlament und am Flughafen der Hauptstadt zuständig ist und auch z.B. vor dem Außenministerium patrouilliert und andere öffentliche Einrichtungen wie die Staatsbibliothek bestreift und dortige Aufgaben wahrnimmt⁵⁵³.

⁵⁵¹ Snipe, Arta: Financing of political parties: Effectiveness of regulation – the Latvian example. Master`s thesis, Riga Graduate School of Law, 2003, S.34.

⁵⁵² Vgl. Auers, Daunis: Latvia`s 2002 elections – dawn of a New Era?, in: East European constitutional review, Fall 2002/Winter 2003, S. 106-110, S.109.

⁵⁵³ Festgestellt durch den Verfasser bei gelegentlichen Aufenthalten in Tallinn zwischen 2003 und 2006 und der Sichtung der Rechenschaftsberichte estnischer Parteien zwischen 2002 und 2003 (R.W.).

5.8 Vergleichende Betrachtung der Finanzierung baltischer Parteien und die Auswirkungen auf die Stabilisierung der nationalen Parteiensysteme

Durch Mitgliedsbeiträge ist es in keinem der drei Länder möglich den laufenden Parteibetrieb bzw. deren Organisationen aufrechtzuerhalten. Einzig in Litauen spielen Mitgliedsbeiträge eine größere Rolle, im Vergleich zu Lettland und Estland gelingt es litauischen Parteien bis zu 15 % ihrer jährlichen Gesamteinnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu erwirtschaften womit sie auch im osteuropäischen Vergleich hervorragen⁵⁵⁴. Ob die litauischen Parteien die Mitgliedsbeiträge nur konsequenter einziehen oder die Zahlungsbereitschaft dort einfach höher ist muss allerdings dahingestellt bleiben. Festzuhalten ist an dieser Stelle, die Möglichkeiten der litauischen Parteien sich wenigstens etwas aus sich selbst heraus zu finanzieren, ohne dabei auch nur in die Nähe der idealen Mitgliederpartei zu gelangen.

Die Summe der direkten staatlichen Transferleistungen ist in Estland am höchsten. In Estland verfügen die Parteien auch absolut über die meisten Gelder, obwohl Estland das kleinste Land des Samples ist. Es muss aber berücksichtigt werden, dass die Einkommen, der Lebensstandard dort auch am höchsten sind in den baltischen Staaten. Eine genauere Untersuchung der Ursachen fand aber nicht statt. Eine These für diese Unterschiede kann lauten, dass die Parteien in Estland am besten in der Bevölkerung verwurzelt sind, während in Litauen und Lettland die Verwurzelung der Parteien noch nicht so stark ist. In Estland gelang es den Parteien durch die neue Parteienfinanzierung sich aus der Abhängigkeit von Spenden zu befreien. Allerdings war die Befreiung so erfolgreich, dass inzwischen wieder von Staatsparteien gesprochen werden kann, denn weit mehr als 50 Prozent der Gesamteinnahmen der Parteien entstehen durch die regelmäßigen Zahlungen des Innenministeriums an die Parteien. Litauens Parteien erhalten zwar direkte Zahlungen, aber es ist ihnen nicht möglich mit diesen Geldern Wahlkämpfe zu führen und ihre Organisationen aufrecht zu erhalten. Faktisch sind die staatlichen Subventionen an die Parteien nur ein Zuschuss

⁵⁵⁴ Vgl. Biezen, Ingrid van: Political parties as public utilities, in: Party Politics, Vol. 10, 2004, No. 6, S.701-722, S.712.

zum Unterhalt der Parteiorganisationen, damit die Parteien ihren gesetzlichen und durch die Herrschaftsform zufallenden Aufgaben erfüllen können. Sie sind aber weiterhin abhängig von Spendeneinnahmen und zu einem kleineren Teil von Mitgliedsbeiträgen.

In Lettland gibt es bisher noch keine staatliche Finanzierung. Deshalb sind die Parteien auf Spenden angewiesen, um ihre Organisationen zu betreiben. Allerdings sind die erhobenen offiziellen Daten so fragwürdig, dass eine tiefgehende Analyse der lettischen Parteienfinanzierung derzeit kaum möglich erscheint.

Durch die fehlende staatliche Parteienfinanzierung können in Lettland natürlich auch keine stabilisierende Effekte entstehen.

Diese Effekte treten nur in Estland auf. Dort wird das Parteiensystem gegenwärtig gegen neue Parteien abgeschlossen. Ursache hierfür ist die sehr gute Ausstattung der Parlamentsparteien durch die staatliche Finanzierung, während außerparlamentarische Parteien nur über sehr wenig Geld verfügen. Es erscheint im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Parteiensysteme im Baltikum auch nicht so dramatisch, wenn Parteiensysteme sich für einige Jahre abschließen und die Wähler sich an die ihnen genehmste Partei binden und durch diese Bindung das System stabilisieren und festigen. Nichtsdestotrotz ist es auch in Estland noch möglich neue Parteien erfolgreich zu etablieren, denn trotz der hohen Zahlungen gelang es bei den Europawahlen 2004 einer der „ärmeren“ Parlamentsparteien (Sozialdemokraten) die Wahlen für sich zu entscheiden. Die Wahlbeteiligung war aber sehr niedrig und die Entscheidung auch eine Protestwahl gegen die Regierungskoalition. Aber: Die Möglichkeiten für neue Parteien sind vorhanden, solange die Wähler wechselfreudig sind und bleiben – Res Publica 2003 mag hier ein eingeschränktes Beispiel sein, weil die Parteienfinanzierung erst 2004 massiv ausgeweitet wurde. Die estnischen Parteien sind nicht mehr auf andere Einnahmearten in größerem Umfang angewiesen, seit der Staat 2004 die Finanzierung übernommen hat. Die Folgen in Estland sind eine schwächere Bindung der Parteien zu den Wählern und eine engere Bindung an den Staat⁵⁵⁵. Sie haben von Beginn an eine engere Verbindung zum Staat gehabt und daher teilweise die Bindungen an die Wählerschaft bzw.

⁵⁵⁵Ebd., S.711.

andere Finanzierungsquellen in schwächerem Maße gesucht wie in „alten“ Demokratien und seit 2004 scheint für die estnischen Parteien auch keine Notwendigkeit mehr zu bestehen⁵⁵⁶. Dies ist eine ungünstige Entwicklung, berücksichtigt man Nassmachers These, dass die öffentliche Finanzierung so ausgestaltet sein sollte, dass Spender nicht abgeschreckt werden und Parteien sich immer noch um Spenden bemühen müssen. Da es in Estland keine alles dominierende Partei gibt, entfällt in diesem Zusammenhang auch diese Gefahr, weil keine Partei alleine profitiert und damit keine Dominanz dauerhaft zementiert werden kann⁵⁵⁷. Allerdings bleibt abzuwarten, wie sich die aktuellen Regeln bewähren und sich mittelfristig auf das Parteiensystem auswirken. Gegenwärtig scheint der positive Einfluss zu überwiegen. Das negative Diktum, dass Parteien keine rein öffentlichen Einrichtungen werden sollen bzw. vom Staat abhängig wird hintangestellt, zumal auch außerparlamentarische Parteien (in sehr geringem Maße) von der staatlichen Teilfinanzierung profitieren⁵⁵⁸.

In Litauen hingegen sind stabilisierende Effekte durch die staatliche Finanzierung kaum auszumachen. Die Transferleistungen sind einfach zu gering, um dauerhafte Vorteile für die berechtigten Parteien zu ermöglichen. Die staatliche Parteienfinanzierung ist ein Zubrot für die Parteien, das sicherlich für den Betrieb der Organisation von Bedeutung ist. Hierin wäre der einzige stabilisierende Effekt zu finden, Parlamentsparteien bzw. berechtigten Parteien einen Vorteil gegenüber anderen Parteien gewährt. Im Gegensatz zu Estland ist es den Parteien aber nicht möglich mit den staatlichen Geldern Wahlkampf zu betreiben. Die litauischen Parteien sind im Wesentlichen wie die lettischen auf die Unterstützung aus der Wirtschaft und der Wählerschaft angewiesen und müssen sich entsprechend um deren Gunst bemühen, sofern es keine Parteien sind, die von einem reichen Bürger gegründet wurden und zur Selbstprofilierung und dem individuellen Machterwerb dienen (Uspaskich/Litauen; Skele, Lembergs/ Lettland).

Die Abhängigkeit der litauischen Parteien von Spenden liegt auch in der staatlichen Finanzierung begründet. Neben den vergleichsweise geringen

⁵⁵⁶Ebd., S.717.

⁵⁵⁷ Naßmacher, Karl-Heinz: Introduction: political Parties, funding and democracy ,in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003, S.1-20, S.8.

⁵⁵⁸Ebd., S.14.

Summen versucht Litauen zwischen Zuschüssen zu den Aufgaben einer Partei und dem Wahlkampf zu unterscheiden. Diese Unterscheidung findet in Estland wiederum nicht statt, weil die dortige Politik erkannt hat, dass eine Unterscheidung nicht bzw. nur sehr schwer möglich ist⁵⁵⁹. Besonders die Wahlkämpfe der Parteien und Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten müssen durch Spenden aus der Wirtschaft finanziert werden. Einen Automatismus „wer am meisten Geld einsetzen kann gewinnt auch“ gibt es aber in Litauen nicht, wie die Präsidentschaftswahlen am deutlichsten zeigen. Einzig die Wahrscheinlichkeit auf ein besseres Ergebnis steigt. Die Wahl von Paksas 2002 zeigte in der ersten Runde dieses Ergebnis deutlich an. Allerdings ist eine Tendenz, die die Käuflichkeit von Erfolg bestätigt im Kern vorhanden, sollte aber nicht mit Bezug auf alle Kandidaten angewendet werden, weil der fast fehlende Einsatz von Mitteln im Vergleich zu einem massiven Einsatz von Mitteln unglaublich wird. Um bei Wahlen erfolgreich zu bestehen führt die Suche nach der geeigneten Finanzierung in Litauen wenigstens bei den Präsidentschaftswahlen dazu, dass die Kandidaten aus dem Umfeld einer Partei stammen, die die Kandidaten nicht nur immateriell, sondern auch materiell unterstützen kann, auch wenn Letzteres nicht bei allen Kandidaten der Fall ist. Dies wiederum führt zu einer Fokussierung auf die Parteien und bewirkt dadurch indirekt eine Stabilisierung des Parteiensystems, weil sich bekannte Persönlichkeiten für eine Partei einsetzen bzw. umgekehrt. Einen Zusammenhang mit der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien herzustellen wäre aber überzogen, weil die Unterstützung nur sehr schwach ausfällt.

Besonders ausgeprägt ist die Abhängigkeit von Spenden aber in Lettland. Dort gibt es keine direkten Subventionen und die Parteien müssen wegen ihrer kaum vorhandenen Mitgliedsbeiträge die Verbindung mit der Bevölkerung suchen. Eigentlich müsste hieraus auch eine Stabilisierung des Parteiensystems erfolgen. Wegen der Schwäche der lettischen Rechenschaftslegung und diverser von Snipe angesprochener Ungereimtheiten in den offiziellen Berichten kann ein abschließendes Fazit, in diesem Fall zu Lettland, nicht gezogen werden.

⁵⁵⁹Ebd., S.9.

In Estland ist die Abhängigkeit von Spenden seit 2004 nicht mehr vorhanden. Vor in Kraft treten der neuen Parteienfinanzierung aber waren die estnischen Parteien besonders von Unternehmensspenden abhängig. Diese Spenden überwogen bei allen Parteien. Die Parteien schafften es nicht sich ein stetiges Einkommen durch Spenden ihrer jeweiligen Klientel zu sichern. Einzig die Reformpartei und die Zentrumspartei verfügten über ein entsprechendes Einkommen, das inzwischen aber auch kaum noch Bedeutung hat. Dennoch zeigt es einen gewissen Grad an Verwurzelung in der Wählerschaft an.

5.9 Zusammenfassung

Einzig in Estland ist eine stabilisierende Wirkung der staatlichen Finanzierung zu erkennen. Diese Stabilisierung geschieht aber auf Kosten der Offenheit des Parteiensystems insgesamt. Durch den finanziellen Vorsprung der estnischen Parlamentsparteien wird es neuen Parteien schwer gemacht Erfolg zu haben. Für eine geraume Zeit mag dies akzeptabel sein, zumal es im estnischen Parteiensystem keine dominante Partei gibt. Langfristig müssen sich aber Veränderungen ergeben, um die Parteien wegen ihrer überwiegenden Staatsfinanzierung nicht von der Wählerschaft abzukoppeln. Die direkte staatliche Finanzierung führt in Litauen zu keinem sichtbaren stabilisierenden Effekt. Die Subventionen ermöglichen es den Parteien nur ihre landesweiten Organisationen auf- und auszubauen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Stabilisierung tritt mehr durch die steigenden Wahlkampfkosten ein, die besonders bei Präsidentschaftswahlen auffallen. Reiche Einzelpersonen könnten dieses System aber auch für sich nutzbar machen.

Da es in Lettland keine direkte staatliche Finanzierung gibt, können dort auch keine Stabilisierungseffekte eintreten. Lettland ist insgesamt ein schwieriger Fall, weil die Rechenschaftslegung viele Fragen ob der Korrektheit der Daten aufwirft. Wie in Litauen auch sind die Parteien dort überwiegend auf Spenden angewiesen. Während die offiziellen Berichte kaum Unternehmensspenden verzeichnen, machen diese Spenden aber in Litauen einen Großteil der Spendeneinnahmen in Wahlkampfzeiten aus. In

Estland waren Unternehmensspenden bis Ende 2003 von wichtiger Bedeutung für die dortigen Parteien.

Stabilisierende Effekte können bei einer sehr hohen staatlichen Direktfinanzierung auftreten. Eine moderate Finanzierung hingegen bewirkt kaum Stabilisierungseffekte. Steigende Wahlkampfkosten könnten ebenfalls stabilisierende Effekte auslösen, was aber einer eigenen Studie bedürfte, weil die Datenlage, die einen Vergleich aller drei Länder ermöglicht nicht vorhanden war.

6. Korruption als destabilisierender Faktor

Das Problem der Korruption bezieht sich auf den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sektor. Im wesentlichen soll in diesem Kapitel auf die Bereiche Wirtschaft und Politik eingegangen werden und die Gefahren, die der Korruption immanent sind, dahingehend zu bewerten, ob sie stabilitätsgefährdende Ausmaße besitzen.

Ziel dieses Kapitels ist es auch, die Frage zu klären, wieweit die Korruption in den baltischen Republiken verbreitet ist (Wahrnehmung), und ob sie bereits destabilisierende Formen angenommen hat. Die Grundlagen hierfür sind u.a. der Corruption Perception Index von Transparency International und Gespräche, die ich mit Prof. Sigmar Richter in Tallinn zu diesem Thema geführt habe⁵⁶⁰.

Im politischen Bereich ist Korruption als Machtmissbrauch durch Amts- und Funktionsträger und als Rechtsbruch zu Gunsten des Individuums oder der Partei zu verstehen⁵⁶¹. Als Akteure der Korruption stehen auf der einen Seite (Nehmende) Amts- und Funktionsträger, sowie die Administration. Auf der anderen Seite stehen (Gebenden) Individuen, Unternehmen und Organisationen. Innerhalb der Wirtschaft, d.h. zwischen Unternehmen, gibt es ebenfalls Korruption, die auf Vorteilsgewährung hinausläuft⁵⁶².

⁵⁶⁰ Die Gespräche fanden im März 2005 statt.

⁵⁶¹ Landfried, Christine: Parteifinanzien und politische Macht: Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA, Baden-Baden 1991, S. 173.

⁵⁶² Gabler Wirtschafts Lexikon, 13. überarbeitete Aufl., ungekürzte Wiedergabe der Originalausgabe 1993, Bd.1 A-BH, S. 440.

Im politischen Bereich ist das Vorhandensein eines Amts- oder Funktions-trägers vonnöten. Hierbei spielen rational-choice-Überlegungen auf beiden Seiten eine wichtige Rolle. Der Bestechende erhofft sich oftmals einen kurzfristigen und kalkulierbaren Erfolg z.B. in Form eines staatlichen Auftrages. Ansprechpartner für derartige Handlungen lassen sich überwiegend in der Verwaltung finden, die in der Lage sind, die Implementierung des politischen Willens zu manipulieren und zu umgehen. Die Korrumpierung von Mandatsträgern kann als politische ‚Vorfeldmanipulation‘ bezeichnet werden. Hierbei werden gewählte Repräsentanten bestochen, um Partikularinteressen durchzusetzen oder mitzuwirken und interpretierbare Gesetze zu formulieren.

Die Probleme liegen aus demokratiethoretischer Sicht in der Aushöhlung des Rechtsstaates. Daraus kann der Vertrauensverlust der politischen Elite und der Verwaltung in den Augen der Bevölkerung resultieren. Folge ist die Gefährdung des Aufbaus einer civic culture, die besonders in Transformationsstaaten durch Korruption gefährdet ist.

Je nachdem, wie die Korruption sich ausbreitet, d.h. ob es Einzelfälle bleiben oder Korruption zu einer allgemeinen Struktur wird, kann sie auch den politischen Prozess i.S.v. politischer Kommunikation und Entscheidung erschweren resp. intransparent werden lassen, da sich Amtsträgerbestechung nicht öffentlich vollzieht.

Eine weitere Gefahr, die aus der Korruption hervorgeht, ist die Verzerrung des Wählerwillens, wenn die gewählten Repräsentanten sich bestechen lassen. Durch den privilegierten Zugang zu Entscheidungsträgern werden Entscheidungsfindungen z.T. zu Gunsten der Bestechenden beeinflusst und nicht mehr im Sinne des Gemeinwohls entschieden, weil hierdurch unregelmäßige Partizipationsverfahren entstehen⁵⁶³.

Die politische Korruption findet möglicherweise in einem größeren Umfang im Bereich der Parteienfinanzierung statt⁵⁶⁴. Durch die Parteienfinanzierung

⁴ Vgl. Lauth, Hans-Joachim: Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, Wiesbaden 2004, S.198ff.

⁵⁶⁴ Gerade die nicht vorhandene Öffentlichkeit lässt nur Vermutungen zu, die sich aus Einzelfällen herausfiltern lassen und Verdachtsmomente bieten (d. Verf.). Vgl. Walecki, Marcin: Political finance in Central Eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foun-

ist die Verflechtung von Staat, Parteien und Wirtschaft besonders eng. Erschwerend beim Nachweis der Korruption ist die von beiden Akteuren gewünschte Anonymität. Landfried hat in ihrer Arbeit „Parteifinanzen und politische Macht“ herausgearbeitet, dass die Anonymität zum Teil für den Gebenden bedeutsamer war / ist als z.B. Steuervergünstigung im Falle offener Spenden⁵⁶⁵.

In derselben Studie weist sie nach, dass es sich bei Korruption um Kuppelungsgeschäfte handelt, von denen die Partei oder einzelne Vertreter ebenso profitieren wie der Korruptierende, der seine Ziele erreicht. Das Allgemeinwohl wird hierbei beschädigt. Eine wichtige Rolle bei dieser auch in den baltischen Staaten untersagten Form der Parteienfinanzierung ist die Geisteshaltung des Korruptierten. Ihm / ihr fehlt das Unrechtsbewusstsein und sieht eine Identität zwischen Staat und Partei, d.h. was gut für die Partei ist, kann nicht schlecht für den Staat sein⁵⁶⁶. Können bei inländischen Akteuren noch parteipolitische Präferenzen festgestellt werden, so fehlt der ideologische Aspekt bei internationalen Organisationen / Unternehmen nahezu vollkommen⁵⁶⁷.

Die gesellschaftlichen Folgen sind immer schwer abschätzbar bzw. konkret ermittelbar. Sie können Vertrauensverluste in den Staat, die Politik (Parteien) und ein sinkendes Unrechtsbewusstsein fördern. Neben diesen eher psychologischen Folgen verzeichnet der Staat fehlende Steuereinnahmen und steigende Ausgaben für Konsum- und Investitionsgüter, denn Korruption im Bereich von Staatsaufträgen erhöht die Kosten, durch überhöhte Auftragskosten.

Nach Landfried ist die Korruption besonders gefährlich, wenn der Staat und die Wirtschaft zu eng miteinander verflochten sind⁵⁶⁸. Eine mögliche Konsequenz, um die Verflechtung und Anfälligkeit für Korruption zu verringern, kann eine geringere Wirtschaftstätigkeit des Staates sein. Die Korrup-

dations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415, S.410ff.

⁵⁶⁵ Landfried, Christine: Parteifinanzen und politische Macht. Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA, Baden-Baden 1991, S.216.

⁵⁶⁶ Ebd., S.207, 233.

⁵⁶⁷ Ebd., S.209.

⁵⁶⁸ Ebd., S.244. Sie belegt es durch Beispiele aus Italien.

tion würde hierdurch natürlich nicht verschwinden, sondern vermutlich nur in geringerem Ausmaße stattfinden.

Korruption beschädigt auch die wirtschaftlichen Tätigkeiten in einem Land. Die Auswirkungen liegen in der Rechtsunsicherheit bei in- und ausländischen Investoren, die sich durch ein Übermaß an Korruption abgeschreckt fühlen können⁵⁶⁹ und z.B. ihre Investitionsmittel in den Kapitalmarkt oder in andere Länder umleiten. Korruption beschädigt die Chancengleichheit der Wettbewerber und ist somit unlauterer Wettbewerb. Gerade in den Transformationsstaaten besteht die Gefahr der Korruption im Rahmen der Privatisierung. Je länger die Privatisierungsphase läuft, desto geringer scheint die Gefahr zu werden⁵⁷⁰. Korruption ist ein Bindeglied zwischen Politik und Wirtschaft in verschiedenen Bereichen.

6.1 Korruption in den baltischen Ländern

Mafiotische Strukturen in einem Staat können als demokratie- und wirtschaftstheoretisches Problem nicht vollkommen außer acht gelassen werden. Die Verbindung zwischen organisierter Kriminalität und Politik im Bereich der Korruption ist durchaus vorhanden. Die illegalen Strukturen können durch die Politik unterstützt werden und sich gegenseitig Vorteile verschaffen. Sollten diese mafiösen Strukturen die staatlichen ersetzen, so kann man von einem ‚failed state‘ sprechen. Wie bedrohlich solche Phänomene sein können, kann am Beispiel Russlands veranschaulicht werden. Hier dominiert die Mafia (vertreten durch die sog. ‚Oligarchen‘) bis zu 2/3 der russischen Wirtschaft und gefährdet dadurch auch den Transformationsprozess in Russland⁵⁷¹. Zwar liegen dem Verfasser keine konkreten Informationen über die organisierte Kriminalität in den baltischen Staaten vor, doch wäre

⁵⁶⁹ Vgl. Lauth, Hans-Joachim: Demokratie und Demokratie-messung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, Wiesbaden 2004, S.198ff.

⁵⁷⁰ Die litauische Organisation von Transparency International sieht die Korruption in diesem Bereich als kaum vorhanden an. Vgl. Infoblatt baltische Staaten (Infobalt), Nr.1 / 2002, S.21.

⁵⁷¹ Vgl. Hessinger, Philipp: Mafia und Mafiakapitalismus als totales soziales Phänomen. Ein Versuch über die Beziehung von Moral und Sozialstruktur in zivilen und nicht-zivilen Gesellschaften, in: Kollmorgen, Raj / Schrader, Heiko (Hrsg.): Postsozialistische Transformationen: Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde, Würzburg 2003, S.113-150, S.135, 138, 142.

es illusorisch anzunehmen, dass in einer ehemaligen Sowjetrepublik solche Strukturen nicht vorhanden sein sollten⁵⁷². Der ehemalige Generalstaatsanwalt Litauens und spätere Präsidentschaftskandidat Arturas Paulauskas wies zu Beginn der 90er Jahre darauf hin, dass die organisierte Kriminalität nicht nur Verbindungen in den Westen hergestellt hatte, sondern es bereits geschafft hat, ‚eigene‘ Abgeordnete in das Parlament zu entsenden und die staatlichen Institutionen zu infiltrieren. Die Regierung Lubys gab offen zu, Korruption sei ein Problem, das bis in Regierungskreise reicht⁵⁷³. Diese Beispiele stammten aus dem Anfang der 90er Jahre, ob solch große Ausmaße immer noch vorhanden sind kann hier nicht beantwortet werden, weil keine diesbezüglichen Informationen vorliegen. In den baltischen Staaten lassen sich zahlreiche weitere Einzelfälle finden, in denen Korruption vermutet werden kann oder es bewiesen wurde⁵⁷⁴ oder in denen Folgen bis in das Parteiensystem zu erkennen waren⁵⁷⁵.

Die Korruption war zu diesem Zeitpunkt nicht destabilisierend, sondern hemmend, denn 1992 konnte noch nicht von einem stabilen politischen und wirtschaftlichen System gesprochen werden. In Lettland war die Verflechtung von Politik und Korruption war zu Beginn der Wirtschaftstransformation ebenfalls vorhanden gewesen⁵⁷⁶. Diese Verbindung ist auch mit der sowjetischen Vergangenheit zu begründen, die immer noch zu finden ist. Bestechung war ein stets vorhandenes Faktum in der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft⁵⁷⁷.

6.1.1 Datengrundlage

Die NGO ‚Transparency International‘ hat sich die Bekämpfung der Korruption zum Ziel gesetzt. Sie hat hierfür einen Index erstellt. Die wesentlichen Probleme dieses Index‘ sind durch die Korruption selbst bestimmt. Der

⁵⁷² Die Fernsehdokumentation „Ein Bulle in Tallinn“ (N3) von 1995 zeigt aus Sicht der estnischen Polizei die Schwierigkeiten der Mafia-Bekämpfung.

⁵⁷³ Vgl. Lieven, Anatol: *The Baltic revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the path to independence*, New Haven and London, second edition, reprinted 1999, S.346.

⁵⁷⁴ Rothacher, Albrecht: *Der wilde Osten. Hinter den Kulissen des Umbruchs in Osteuropa*, Hamburg 2002, S.48.

⁵⁷⁵ Ebd., S.87f.

⁵⁷⁶ Nissinen, Marja: *Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy*, Houndsmills, Basingstoke, London 1999, S. 202.

⁵⁷⁷ Vgl. Leonhard, Wolfgang: *Dämmerung im Kreml. Wie eine neue Ostpolitik aussehen müsste*, Stuttgart 1984, S. 58ff.

Index wird durch Befragung erstellt, so dass es hier ein Wahrnehmungsproblem geben kann, ab wann es sich um Korruption handelt. Zweitens kann der Index nicht die tatsächliche Korruption wiedergeben, sondern muss sich auf die öffentlichen Fälle oder die Antworten der Befragten beziehen, so dass dieser Index nur die Wahrnehmung und allenfalls Tendenzen herausarbeiten kann⁵⁷⁸. Am Beispiel Estlands sei dies verdeutlicht. Eine geringe Zahl an Fällen die publik werden, beeinflusst die Wahrnehmung, auf denen die Indizes von TI basieren, z.B. wenn es um die Korruptionswahrnehmung bei der Verkehrspolizei handelt. Im Bereich der Auftragsvergabe ist die Korruption anscheinend ebenfalls weit verbreitet⁵⁷⁹. Trotz allem ist es ein nicht zu vernachlässigenden Index.

6.1.2 Analyse der Daten von Transparency International

Die vorgefundenen Daten von Transparency International (TI) – Corruption Perception Index – reichen in das Jahr 1999 zurück⁵⁸⁰. Da dem Index regelmäßig neue Länder zugefügt werden, kann die Platzierung alleine keine Aufschlüsse über die Wahrnehmung der Korruption in den drei Ländern zulassen. Die erreichten Werte im Index sind von Bedeutung. TI erstellte eine Skala von 0 (starke Korruption) bis 10 (kaum Korruption)⁵⁸¹.

Die Werte für die baltischen Länder sind in der folgenden Übersicht dargestellt und entstammen der Internetseite von Transparency International:

⁵⁷⁸ Vgl. Eigen, Peter: Das Netz der Korruption. Wie eine weltweite Bewegung gegen Bestechung kämpft, Frankfurt a. Main 2003, S.112.

⁵⁷⁹ Phare 2003 Twinning Project „Reducing corruption in Estonia“ EE03-IB-JH-02, S.24, unveröffentlichte Untersuchung.

⁵⁸⁰ Die verwendeten Daten sind dem CPI von TI entnommen worden und wurden gefunden in: <http://www.transparency.de>. Daneben: <http://www.transparency.org/cpi/2002/cpi2002.de.html>, (Zugriff beide am: 16.11.2005).

⁵⁸¹ Vgl. Eigen, Peter: Das Netz der Korruption. Wie eine weltweite Bewegung gegen Bestechung kämpft, Frankfurt a. Main 2003, S.117f.

Tab.: 22 Korruptionsranking

	Estland	Lettland	Litauen	Griechenland	Portugal	Belgien
1999	27 / 5,7	58 / 3,4	50 / 3,8	36 / 4,9	21 / 6,7	29 / 5,3
2000	27 / 5,7	57 / 3,4	43 / 4,1	35 / 4,9	23 / 6,4	25 / 6,1
2001	28 / 5,6	59 / 3,4	38 / 4,8	42 / 4,2	25 / 6,3	24 / 6,6
2002	29 / 5,6	52 / 3,7	36 / 4,8	44 / 4,2	25 / 6,3	20 / 7,1
2003	33 / 5,5	57 / 3,8	41 / 4,7	50 / 4,3	25 / 6,6	17 / 7,6
2004	30 / 6,0	55 / 4,0	44 / 4,6	49 / 4,3	27 / 6,3	17 / 7,5
2005	27 / 6,4	51 / 4,2	44 / 4,8	47 / 4,3	26 / 6,5	19 / 7,4

Der erstgenannte Wert bezeichnet die Platzierung im Gesamtranking. Der zweite Wert bezeichnet den erreichten Wert auf der von TI entworfenen Skala. Quelle:

<http://www.transparency.org>.

Soll den Platzierungen auch nicht übermäßiges Gewicht eingeräumt werden, so lässt sich dennoch eine erste Reihenfolge erkennen. Lettland erscheint in der Platzierung immer hinter Estland und Litauen, was einen ersten Verdacht der verbreiteten Korruption zulässt. Gleichzeitig erscheint Estland als weniger korrupt als Litauen.

In der Analyse der erreichten Werte liegt Estland vor Litauen und Lettland an erster Position. Bei allen untersuchten Ländern lassen sich Verbesserungen in der Skala erkennen. Die erhöhten Werte können als ein Zeichen der Verbesserung im Bereich der Korruptionsbekämpfung bewertet werden, d.h. dass die Wahrnehmung der Korruption in den betreffenden Ländern rückläufig ist, es also weniger Korruption gibt als vorher. Die weitest gehende Verbesserung ist in Litauen zu erkennen. Im Vergleich der Jahre 2000 und 2001 kann festgehalten werden, dass der Wert zwar weiterhin auf einem relative niedrigen Stand liegt, doch eine deutliche Verbesserung von 4,1 auf 4,8 erfolgt ist. In Lettland wurde im Jahre 2004 erstmals ein Wert von 4,0 erreicht. Fünf Jahre zuvor lag der Wert noch bei 3,4. Litauen und Lettland sind aber noch weit entfernt von den Werten, die Estland vorweist. Estland wurde 1999 erstmals in den CPI mit einem Wert von 5,7 aufgenommen und konnte sich bis 2004 auf 6,0 verbessern. Dies ist zwar insgesamt ein schlechter Platz im Mittelfeld aller untersuchten Staaten des CPI, aber dennoch eine Steigerung. Estland ist somit auch das erste Land der drei Staaten,

dass mit Werten über 5,0 den Stand eines „minimal acceptable levels“ erreichte⁵⁸².

Als Vergleich wurden den baltischen Ländern zwei Angehörige der Süderweiterung der EU und ein Gründungsmitglied der EU zur Seite gestellt. Alle drei Vergleichsstaaten gelten als konsolidierte Demokratien mit funktionierenden und stabilen Marktwirtschaften. Es zeigt sich, bei positiver Ausrichtung, dass wenigstens Estland keinen Vergleich zu scheuen braucht; rangiert es doch deutlich vor Griechenland und etwa gleichauf mit Portugal. Litauen wird gegenüber Griechenland besser bewertet. Dieser Vergleich ist sicherlich nicht vollständig aussagefähig, doch lässt sich die Wahrscheinlichkeit herauslesen, dass wenigstens Estland und Litauen im Bereich der Korruption aus einem stabilitätsgefährdenden Bereich herausgekommen. Einzig Lettland ist ein unsicheres Land was eine abschließende Bewertung betrifft. Es rangiert weiter am Ende der Skala der europäischen Staaten, ist aber mit Griechenland insgesamt vergleichbar.

Die Korruption ist in allen drei Ländern ein Problem. Es ist jedoch erkennbar, dass Verbesserungen einsetzen. Besonders Lettland hat ein Problem mit der Korruption. Ende der 90er Jahre galt Lettland als eines der korruptesten Länder Europas⁵⁸³. In Litauen ist die Korruption ein Alltagsproblem. Neben der Verkehrspolizei im besonderen gelten die öffentliche Verwaltung und das Gesundheitssystem als besonders korrupt, das Bildungssystem hingegen gilt als am wenigsten korrupt.⁵⁸⁴ Estland wurde erst im Oktober von einem schweren Korruptionsskandal innerhalb der Verkehrspolizei betroffen.⁵⁸⁵

Wie oben bereits ausgeführt, lassen sich politische und gesellschaftliche Auswirkungen der Korruption nur schwer messen und erkennen. Die von TI gelieferten Werte lassen aber Rückschlüsse darüber zu, dass sich die politi-

⁵⁸² King, Gundar J. / Finnie, Bruce W. / Barnowe, J. Thad / Gibson, Linda: Corruption and economic development on the Baltic littoral: Focus on Latvia, in: Journal of Baltic Studies, Vol. XXXV, No. 4 (Winter 2004), S.329-345, S.331.

⁵⁸³ Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political Determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke, London 1999, S.205.

⁵⁸⁴ Baltische Rundschau, Jg. 12, Nr.9 (September) 2005, „Freie Fahrt für 50 Litas“, S.2.

⁵⁸⁵ Vgl. The Baltic Times, Vol. 10, October 6-12, 2005, S. 3.

schen und staatlichen Akteure des Problems bewusst sind bzw. zunehmend werden und Veränderungen anstreben⁵⁸⁶.

6.1.3 Korruption während der Privatisierung

Die politische und wirtschaftliche Wende in den baltischen Ländern erzeugte Verbindungen, wie sie oben bereits beschrieben wurden. Es gingen Gerüchte um, dass sich Regierungen und andere Akteure in korrumpierender Art zusammentaten. Zu privatisierende Unternehmen wurden spontanen Privatisierungen ausgesetzt, d.h. in Einzelfällen hat das Management eigene Firmen gegründet, verwertbares Material aus den Staatsunternehmen herausgeführt (Diebstahl, symbolische Preise), teilweise wurden Konkurrenten bedroht und eingeschüchtert, damit diese nicht an Privatisierungsaktionen teilzunehmen. Bei diesen Methoden fiel auf, dass in vielen Fällen Personen sich beteiligt und bereichert haben, die als Nicht-Balten bezeichnet werden können, d.h. Russen. Der hohe Anteil liegt an der Dominanz der ethnischen Minderheit im Management während der Besatzungszeit⁵⁸⁷. Unternehmen mussten Schutzgeld zahlen, um ihr Geschäft weiterführen zu können⁵⁸⁸. Die Staaten haben versucht, die ‚wilde‘ und kriminelle Privatisierung zu unterbinden, indem sie neue Methoden der Privatisierung einführten⁵⁸⁹. Die Korruption führte im Bereich der Privatisierung staatlicher Unternehmen zu einer Verzerrung des wirtschaftlichen Geschehens. Die Ausgangslage war für die Menschen sehr ungleich. Auch der Einsatz krimineller Methoden führte zu Verzerrungen. Insgesamt waren die Kriminellen und solche mit guten Verbindungen die anfänglichen Profiteure der wirtschaftlichen Transformation. Es ist leider nicht möglich zu sagen, welches Ausmaß diese ‚wilde‘ Privatisierung angenommen hat. Eine Untersuchung der Korruption in Estland lässt aber den Eindruck zu, es habe während der Privatisierungen

⁵⁸⁶ Gundar, Finnie, Barnowe und Gibson verweisen in ihrem bereits genannten Artikel auf ähnliche Erkenntnisse der Weltbank bezüglich der Korruption in den baltischen Staaten. Vgl. King, Gundar J. / Finnie, Bruce W. / Barnowe, J. Thad / Gibson, Linda: Corruption and economic development on the Baltic littoral: Focus on Latvia, in: Journal of Baltic Studies, Vol. XXXV, No. 4 (Winter 2004), S.329-345, S.338.

⁵⁸⁷ Vgl. Lieven, Anatol: The Baltic revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the path to independence, New Haven and London, second edition, reprinted 1999, S.338ff.

⁵⁸⁸ Ebd., S.344ff.

⁵⁸⁹ Ebd., S.339ff.

ein höheres Maß an Korruption gegeben als 2004⁵⁹⁰. Die Korruption wurde nach der politischen Wende begünstigt durch fehlende Rechtssicherheit und Privatisierungen. Methoden, die heute als illegal bezeichnet würden, waren damals noch legal⁵⁹¹.

6.1.4 Verbreitung der Korruption

Der von TI erstellte Index weist leider nicht aus, in welchen Bereichen Korruption stattfindet. Ich möchte daher am Beispiel Estland die Ergebnisse einer Analyse im Rahmen eines EU-Projektes vorlegen⁵⁹². Ausgehend von den TI Indizes halte ich Estland als Beispiel am besten geeignet, denn das Problem der Korruption ist in Estland von allen drei Ländern am geringsten. Der vorliegende Bericht basiert auf Interviews mit Korruption beschäftigter Personen in Estland z.B. Staatsanwälte, Polizisten, Vertretern der Bürokratie.

In diesen Interviews wurde die Kommunale Selbstverwaltung als am schwersten von Korruption betroffen bewertet. Genannt wurden u.a. die Bereiche der öffentlichen Auftragsvergabe, des Zollwesens und der Verkehrspolizei⁵⁹³. Dies hat sicher verschiedene Gründe, die im einzelnen nicht nachprüfbar sind, weshalb allgemein anerkannte Ansätze ausreichen sollte. Gros und Steinherr gehen davon aus, dass gerade die notwendige Übernahme alter Beamter, die nicht gewohnt waren, dem Staat und seinen Bürgern zu dienen, bei gleichzeitig sehr schlechter Bezahlung, kaum resistent gegen Bestechung waren. Gleichzeitig stellen sie aber auch fest, dass die Korruptionsproblematik, also auch im öffentlichen Dienst, deutlich zurückgegangen sei⁵⁹⁴. Dieser Rückgang wird durch die Befragungen von Transparency International in ihrer Tendenz bestätigt.

⁵⁹⁰ Phare 2003 Twinning Project „Reducing corruption in Estonia“ EE03-IB-JH-02, S.6, unveröffentlichte Untersuchung.

⁵⁹¹ Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political Determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke, London 1999, S.202f.

⁵⁹² Dieser Bericht ist ohne Beteiligung von Transparency International zustande gekommen und bildet somit eine Quelle eigenen Charakters (d. Verf.).

⁵⁹³ Phare 2003 Twinning Project „Reducing corruption in Estonia“ EE03-IB-JH-02, S.8ff. Unveröffentlichte Untersuchung.

⁵⁹⁴ Gros, Daniel / Steinherr, Alfred: Economic transition in central and eastern europe. Planting the seeds, Cambridge 2004, S.143ff.

Ähnlich wie in Estland erwartet auch die lettische Polizei einen ‚Obolus‘ von Verkehrsteilnehmern (ca. 10 US-\$). Im lettischen Gesundheitswesen sind ‚Geschenke‘ auch keine ungewöhnliche Begebenheit⁵⁹⁵. Die größte Gefährdung lag / liegt aber in Litauen vor. Ende 2003 wurden Erkenntnisse bekannt, wonach Paksas (damals noch Staatspräsident) und einer seiner engsten Vertrauten enge Kontakte mit Personen und Gruppen pflegten, die der organisierten Kriminalität zugeordnet werden und teilweise in offiziellen Listen als persona non grata geführt wurden⁵⁹⁶. Die Gefahr geht in Litauen aber weniger von Korruption im allgemeinen Sinne aus, sondern von einer veränderten Struktur der organisierten Kriminalität in Litauen. Über das Ausmaß in Lettland und Estland liegen mir keine Informationen vor und deshalb wäre es ein zuviel an Spekulationen. Realistisch ist die Existenz organisierter Kriminalität auch in den nördlichen Nachbarländern. Welchen realen Einfluß diese Gruppen auf die Politik haben ist aber unbekannt. In Litauen ist die Organisierte Kriminalität dahingehend mutiert, dass sie ihre Anfang der 90er Jahre erwirtschafteten illegalen Gewinne legalisierte und die Möglichkeiten der Marktwirtschaft nutzte und die Gewinne auch durch Gesetze gesichert wissen wollte. Die Bedrohung der Stabilität liegt nun in den Netzwerken, in die man wegen der geringen Größe der baltischen Länder insgesamt relativ schnell eintreten kann. Hieraus resultiert die Gefahr für Stabilität und Wachstum. Die neu entstandenen Netzwerke versuchen sich selber durch illegale Methoden legal zu bereichern⁵⁹⁷.

Die allgemeinen Rahmenbedingungen zur Korruptionsbekämpfung in Estland werden durch die Projektleiter zwar als sehr gut bezeichnet, allerdings bemängeln sie den nicht angemessenen Ausbildungsstand der mit Korruptionsbekämpfung beschäftigten Beamten⁵⁹⁸.

In Lettland werden vor allem höherrangige Funktionsträger aus Politik und Verwaltung angehalten ihre wirtschaftliche Situation offen zu legen⁵⁹⁹. Die-

⁵⁹⁵ King, Gundar J. / Finnie, Bruce W. / Barnowe, J. Thad / Gibson, Linda: Corruption and economic development on the Baltic littoral: Focus on Latvia, in: Journal of Baltic Studies, Vol. XXXV, No. 4 (Winter 2004), S. 329-345, S.333f.

⁵⁹⁶ Juska, Arunas / Johnstone, Peter: The symbiosis of politics and crime in Lithuania, in Journal of Baltic Studies, Vol. XXXV, No. 4 (Winter 2004), S.346-359, S.346f.

⁵⁹⁷ Ebd., S.351-357.

⁵⁹⁸ Phare 2003 Twinning Project „Reducing corruption in Estonia“ EE03-IB-JH-02, S16. Unveröffentlichte Untersuchung.

⁵⁹⁹ Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political Determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke, London 1999, S.206.

ser Weg wird z.B. auch in Estland gegangen und könnte ein Baustein in der Korruptionsbekämpfung sein⁶⁰⁰.

Aus dem letzten Skandal heraus hat die Verkehrspolizei in Estland angekündigt, durch Schulungen und elektronische Absicherungen gegen Korruption dieses Problem insbesondere bei der Verkehrspolizei zu bekämpfen⁶⁰¹.

Die offiziellen Ankündigungen lassen zwar auf Anti-Korruptionsmaßnahmen hoffen, doch bleibt unklar, warum eine neue Kommission eingesetzt werden musste, denn im April 2005, also sechs Monate vorher wurde das Phare-Projekt, dessen Ergebnisse hier verwendet wurden, in Estland abgeschlossen. Es lagen also bereits konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Korruptionsvermeidung und -bekämpfung vor⁶⁰².

6.2 Zusammenfassung

Am Ende muss einschränkend konstatiert werden, dass es nicht möglich ist, endgültig zu definieren, von welchem Zeitpunkt Korruption das wirtschaftliche und politische System in seinen Grundlagen gefährdet ist. Festzustellen ist aber gleichwohl, dass der weitest gehende Abschluss der Privatisierung einen sinkenden Einfluss politischer Kräfte auf die wirtschaftlichen Aktivitäten hatte, d.h. die anfangs verbreitete Günstlings- und Vetternwirtschaft wurde eingeschränkt bis nahezu unmöglich gemacht⁶⁰³. Für Estland lässt sich die Hypothese aufstellen, Korruption hat keinen objektiv nachweisbaren bedeutenden Einfluss auf die Stabilität der politischen Landschaft bzw. die Politik im allgemeinen Sinne⁶⁰⁴. Zwar wird augenscheinlich besonders in der kommunalen Selbstverwaltung Korruption betrieben, doch ist

⁶⁰⁰ In Estland werden im Riigi Teataja Lisa die Einkommensverhältnisse aufgeführt (d. Verf.).

⁶⁰¹ Vgl. The Baltic Times, Vol. 10, October 6-12, S. 3 und The Baltic Times, Vol. 10, October 13-19, 2005, S. 18.

⁶⁰² Vgl. Phare 2003 Twinning Project „Reducing corruption in Estonia“ EE03-IB-JH-02, Tallinn (März 2005), S.32ff. Unveröffentlichte Untersuchung.

⁶⁰³ King, Gundar J. / Finnie, Bruce W. / Barnowe, J. Thad / Gibson, Linda: Corruption and economic development on the Baltic littoral: Focus on Latvia, in: Journal of Baltic Studies, Vol. XXXV, No. 4 (Winter 2004), S.329-345, S.337.

⁶⁰⁴ Vgl. Beichelt, Timm: Parties Matter! Parteipolitische Prägung und Reformprofile in den Beitrittsländern zur Europäischen Union, in: Stykow, Petra / Beyer, Jürgen (Hrsg.): Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik, Wiesbaden 2004, S.197-222, S.199f.

von einer organisierten Kriminalität in diesem Bereich anscheinend nicht die Rede, vielmehr ist die situative Korruption von Bedeutung⁶⁰⁵.

Die Alltagskorruption ist ein langfristiges Problem, besonders für die Akzeptanz des Systems, das auch nur langfristig bekämpft werden kann.

Die Bedrohung der Stabilität liegt in den Netzwerken, die sich die organisierte Kriminalität in den letzten Jahren aufgebaut hat. Hieraus resultiert die Gefahr für Stabilität und Wachstum⁶⁰⁶.

Ob die Korruption allerdings tatsächlich demokratisch und marktwirtschaftlich sein kann, möchte ich aber bezweifeln⁶⁰⁷, schränkt Korruption selbst den Wettbewerb ein und vermindert die Chancengleichheit und Wettbewerbsfreiheit. Die Aussage, der Autoren Gundar, Finnie, Barnowe und Gibson (2004), das wirtschaftliche Wachstum und der ökonomische Aufholprozess gegenüber den alten EU-Mitgliedern könne nur mit einer verstärkten Anti-Korruptionspolitik gewährleistet werden, ist etwas zu weit gegriffen. Die unterschiedlichsten Bedingungen für weniger Korruption zu schaffen, d.h. Fortbildungsmaßnahmen und Erziehung zu einem korruptionsfreien Wettbewerb, sind richtige Voraussetzungen⁶⁰⁸.

Die Auswertung des Korruptionsindex' von Transparency International International hat gezeigt, wie sich in den baltischen Ländern eine positive Wahrnehmung und eine Verringerung der Korruption entwickelt hat. Estland braucht Vergleiche mit den Staaten der südlichen Erweiterungsrunde nicht zu scheuen und kann bei konstanter Entwicklung wohl damit rechnen in den nächsten Jahren bessere Werte zu erzielen. Mit wenigen Abstrichen kann auch Litauen in diese Gruppe einbezogen werden. Einzig Lettland hat weiterhin ein größeres Problem mit der Korruption. Die Ausmaße sind inzwischen aber mit Griechenland vergleichbar.

Eine Gefahr der politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung durch Korruption liegt in allen drei Staaten nicht vor. Die baltischen Länder haben

⁶⁰⁵ Phare 2003 Twinning Project „Reducing corruption in Estonia“ EE03-IB-JH-02, S. 12, unveröffentlichte Untersuchung.

⁶⁰⁶ Juska, Arunas / Johnstone, Peter: The symbiosis of politics and crime in Lithuania, in Journal of Baltic Studies, Vol. XXXV, No. 4 (Winter 2004), S.346-359, S.351-357.

⁶⁰⁷ Beyme, Klaus von: Russland zwischen Anarchie und Autokratie, Wiesbaden 2001, S.70f.

⁶⁰⁸ King, Gundar J. / Finnie, Bruce W. / Barnowe, J. Thad / Gibson, Linda: Corruption and economic development on the Baltic littoral: Focus on Latvia, in: Journal of Baltic Studies, Vol. XXXV, No. 4 (Winter 2004), S. 329-345, S.339ff.

vergleichbare Ausgangsbedingungen vorgefunden, aber unterschiedliche Entwicklungen vollzogen. Die Entwicklung ist insgesamt positiv, aber es gibt noch Verbesserungsbedarf.

7. Wirtschaftliche Stabilisierung in den baltischen Staaten

In diesem Kapitel soll an Hand von wirtschaftlichen Indikatoren geprüft werden, ob sich die baltischen Ökonomien zu stabilen Volkswirtschaften entwickelt haben. Die gesetzte Prämisse hierfür ist die These, dass Litauen, Lettland und Estland seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991 die Rahmenbedingungen geschaffen haben, die für eine funktionierende Marktwirtschaft nötig sind⁶⁰⁹.

Um Stabilität diagnostizieren zu können, müssen sich die Volkswirtschaften auf mittlere Sicht bewähren, um konjunkturelle Strohfeuer auszuschließen. Ab wann kann also von wirtschaftlicher Stabilität gesprochen werden? Haben die baltischen Staaten diese Stabilität schon erreicht? M.E. kann im Allgemeinen behauptet werden, dass von wirtschaftlicher Stabilität gesprochen werden kann, wenn eine Volkswirtschaft einem konstanten Wachstum unterliegt und auch nach schweren Krisen schnell den Stand vor der Krise erreicht und/oder diesen übertrifft. Unter größeren Krisen verstehe ich auch externe Krisen, die von den Ländern nicht selber verursacht wurden. Natürlich erfolgt wirtschaftliche Stabilisierung nicht alleine durch Wirtschaftswachstum, sondern es müssen andere Faktoren berücksichtigt werden⁶¹⁰, allerdings sollten einzelne Indikatoren, auch aus Platzgründen, ausreichend sein, um zu einem Ergebnis zu gelangen.

⁶⁰⁹ Vgl. Böllhoff, Uta: 10 Jahre Systemtransformation in den baltischen Staaten, Freiburg i. Br. 2002. Böllhoff analysiert die makroökonomische Entwicklung der baltischen Länder unter Berücksichtigung der Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen.

⁶¹⁰ Paas, Tiiu: Evaluating the competitiveness of the countries in the Baltic Sea Region, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle (Eds.): Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.19-53, S.31f.

7.1 Indikatoren wirtschaftlicher Stabilisierung

Für die Analyse werde ich folgende Indikatoren heranziehen: Das Bruttoinlandsprodukt als Wachstumsindikator, Inflation, Arbeitslosigkeit.

Zuerst muss untersucht werden, ab wann sich wieder wirtschaftliches Wachstum einstellte, und ob es sich hierbei um ein Strohfeuer handelt. Wachstum ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil nur für die Bevölkerung sichtbares Wachstum ein wichtiger Faktor auch politischer Stabilisierung ist⁶¹¹. D.h., wenn die Bevölkerung Erfolge sieht, ist sie weiterhin bereit, die erfolgten politischen Veränderungen mit zu tragen und nicht in eine Anti-System-Haltung zu verfallen.

In Wirtschaftssystemen, die geschützt bzw. staatlich kontrolliert wurden und Arbeitslosigkeit unerwünscht ist, wird bei Privatisierungszwängen automatisch Arbeitslosigkeit entstehen, weil im Rahmen der Orientierung zu Wettbewerbsfähigkeit die Strukturen verändert und modernisiert werden müssen, was eine Tendenz zur Produktion durch weniger Mitarbeiter beinhaltet. Allerdings ist hohe Arbeitslosigkeit kein zwingendes dauerhaftes Problem, wenn gleichzeitig die Möglichkeiten entstehen u.a. Kleinbetriebe zu eröffnen, die wiederum Arbeitskräfte benötigen und dadurch den Arbeitsmarkt positiv stimulieren⁶¹².

Kádár folgend geht die Wirtschaftswissenschaft von einem Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit aus. Hiernach wird die Arbeitslosigkeit bei durchschnittlich 3 Prozent Wirtschaftswachstum spürbar abgebaut⁶¹³. Ein stetiger Aufschwung müsste dementsprechend gleichzusetzen sein mit verringerter Arbeitslosigkeit und als Folge hiervon wiederum eine stärkere Systemzufriedenheit resp. Systemloyalität auch im politischen Bereich, denn zwischen dem Besitz eines Arbeitsplatzes und der Systemzufriedenheit kann eine Kausalität unterstellt werden. Wer dauerhaft

⁶¹¹ Welfens, Paul J.J.: The growth of the private sector: Privatization and Foreign Direct Investment in Eastern Europe, in: Siebert, Horst: Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.119-166, S.157.

⁶¹² Vgl. Przeworski, Adam: Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991, S.151ff.

⁶¹³ Kádár, Bela: External liberalization: Gradualism or shock approach?, in: Siebert, Horst (ed.): Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.173-188, S.181.

keine Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme sieht, wird unter Umständen geneigt sein, der Politik, also den Parteien, die Schuld zuzuweisen. Ein Rückgang der Output-Legitimation des demokratischen Systems kann die Folge sein. Politik in demokratischen Staaten muss in ihrem Handeln auf die Entstehung von Arbeitsplätzen durch die Setzung von günstigen Rahmenbedingungen ausgerichtet sein, um das demokratische System zu stabilisieren und stabil zu halten.

Nach der wiedererlangten Unabhängigkeit gab es in allen drei Ländern einen massiven Stellenabbau. Um diesem Trend entgegenzuwirken, haben die politischen Akteure auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik gesetzt. Sie versuchten auch ein soziales Netz zu schaffen, das aber noch nicht so weit aufgebaut ist, dass es tatsächlich vor Armut schützt. Bei Privatisierungen wurde durch die Zusage von Jobgarantien versucht Arbeitsplätze zu erhalten⁶¹⁴.

Die Geld- bzw. Währungspolitik hat eine große Bedeutung für die Stabilisierung von Transformationsökonomien. Die einheimische Währung muss kontraktfähig sein⁶¹⁵. Diese Geld- und Währungspolitik kann nicht alleine stabilisierend wirken, sondern muss eingebettet sein in eine Wirtschaftspolitik, die die notwendigen Rahmenbedingungen für marktkohärente Prozesse bietet. Um diesen Teilzustand der Geldpolitik zu erreichen, müssen die entsprechenden Institutionen geschaffen werden, um zu gewährleisten, dass ausländische Unternehmen bereit sind, in einheimischer Währung Verträge zu schließen. Das Ziel der Geldwertstabilität gilt heute als Mainstream der Geld- und Währungspolitik. Dieser Entwicklung können sich auch die Transformationsstaaten nicht entziehen und stehen so vor dem Dilemma, dass eine restriktive und auf Stabilität zielende Geldpolitik negative und politisch unliebsame Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die staatlichen Unternehmen haben kann. Die Politik wird durch die zunehmende Arbeitslosigkeit unter Druck gesetzt und gezwungen die Schulden von Unternehmen zu übernehmen, um kurzfristig Arbeitsplätze zu sichern, was der

⁶¹⁴ OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.151f.

⁶¹⁵ Riese, Hajo: Bausteine einer Makrotheorie der Transformation, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.109-141, S.137.

Politik gleichzeitig wieder Handlungsspielraum für eine innovative Wirtschaftspolitik nimmt. Gleichzeitig sind besonders die Banken von „faulen“ Krediten bedroht (wenn sie Kredite übernommen haben, als sie privatwirtschaftlich ausgerichtet wurden)⁶¹⁶.

Angesichts der unterschiedlichen Ausgangslagen der ehemaligen Sowjetrepubliken und der Entwicklung in Russland war die Einführung einer eigenen Währung zwingend erforderlich. Die baltischen Staaten vollzogen diesen Akt sehr schnell⁶¹⁷.

7.2 Wirtschaftliche Entwicklung in den Transformationsstaaten Osteuropas

Ein Rückgang der wirtschaftlichen Gesamtleistung ist in allen Transformationsstaaten Osteuropas und den Nachfolgestaaten der UdSSR zu beobachten gewesen. Die baltischen Länder waren besonders betroffen, weil sie seit 1991 keine Subventionen aus Moskau erhielten, während andere Länder aus dem zerfallenden Staatenverbund der UdSSR diese Transferzahlungen weiterhin erhielten⁶¹⁸.

Seit Beginn der wirtschaftlichen Transformation gelang es fast allen osteuropäischen Staaten den Rückstand auf die westlichen Staaten der Europäischen Union hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Kapitalausstattung zu verkürzen, ohne jedoch immer eine entsprechende Kaufkraft erreicht zu haben⁶¹⁹.

⁶¹⁶ Tober, Silke: Wirtschaftliche Stabilisierung und Währungsreform in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.142-171, S.143ff.

⁶¹⁷ Vgl. Payandeh, Mehrdad: Wohin treiben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion? Politik und Wirtschaft nach einer Dekade der Systemtransformation, Berlin 2004, S.44f.

⁶¹⁸ Aslund, Anders: The nature of the transformation crisis in the Former Soviet Countries, in: Siebert, Horst: Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.39-56, S.45.

⁶¹⁹ Brücker, Herbert: Konvergenz oder Divergenz? Wachstumstheoretische Überlegungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas, in: Nutzinger, Hans G. (Hg.): Osterweiterung und Transformationskrisen, Berlin 2000, S.13-44, S.21.

7.3 Entwicklung der baltischen Staaten

7.3.1 Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Alle drei Länder erlebten nach 1991 einen dramatischen Einbruch ihrer Wirtschaftsleistung. Neben der schlechten Struktur der Wirtschaft, was sich darin äußerte, dass die produzierten Produkte keine Abnehmer fanden, gab es noch weitere Gründe. Die wegbrechenden Ostmärkte gelten als wichtigster Grund für den Rückgang. Die OECD verweist zusätzlich darauf, dass der Einbruch in anderen Transformationsstaaten nicht so dramatisch war, weil diese bereits vor Beginn der Transformation Westkontakte besaßen⁶²⁰.

Angesichts der Abriegelung der baltischen Staaten von der Außenwelt erscheint diese These sehr begründet. Zusätzlich wird auf die weltweit schwache Konjunktur verwiesen, verbunden mit einem hohen Realzinsniveau, was zu einem starken Rückgang des BIP der Transformationsstaaten führte⁶²¹.

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, dauerte die oben genannte Entwicklung des negativen Wirtschaftswachstums bis 1994, im Fall Lettland sogar bis 1995 an. In diesen Jahren war die Talsohle erreicht, und die baltischen Wirtschaften entwickelten sich seither sehr positiv mit Wachstumsraten, die im Durchschnitt meist höher lagen als 5 Prozent.

Tab.: 23 Entwicklung des BIP im Vergleich zum Vorjahr

Jahr / Land	Estland	Lettland	Litauen
1993	- 8,5	- 14,9	- 16,2
1994	- 1,8	0,6	- 9,8
1995	4,3	- 0,8	3,3
1996	4,4	3,8	4,7
1997	11,1	8,3	7
1998	4,4	4,7	7,3
1999	0,3	4,7	- 1,7
2000	7,9	6,9	3,9

⁶²⁰ OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.38ff.

⁶²¹ Vgl. Westphal, Andreas: Probleme der Geldwertstabilisierung in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hrsg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.49-82, S.50.

2001	6,5	8	6,4
2002	7,2	6,5	6,8
2003	6,7	7,2	10,5
2004	7,8	8,5	7
2005	9,8	10,2	7,5
2006	7,2	7,7	6,2
2007	7,4	7,1	5,8
Durchschnitt: 1993 –2005	4,6	4,1	2,8
Durchschnitt: 1995-2005	6,4	6,1	5,7

Quellen: Borrmann, Christine / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Estland, Lettland, Litauen, HWWA-Report 193, Hamburg 1999, S. 34 (Lettland) und 47 (Litauen).

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996.39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/ecobac/eb012

Eine genaue zeitliche Bestimmung des Eintritts in eine stabile Position der baltischen Wirtschaften kann anhand der Entwicklung des BIP nicht genau benannt werden. Bedeutsam für die Attestierung einer stabilen Wirtschaft ist also das Ende des wirtschaftlichen Abschwungs bis zum Erreichen der Talsohle, die in allen drei Ländern Mitte der 1990er Jahre erreicht wurde. Unter Berücksichtigung der darauf folgenden Jahre zeigt sich, dass sich die Volkswirtschaften aller drei Länder weitestgehend positiv entwickelt haben und durch die mehrjährige Dauer des Aufschwungs von einer stabilen Makroökonomie gesprochen werden kann.

Helena Hannula sieht eine Ursache für den dramatischen Rückgang in Estland in der Passivität der Regierung Laar, die sich in die Restrukturierung der Wirtschaft kaum einbrachte⁶²². Diese Passivität lässt sich aber durch die Marktorientierung der Regierung erklären, die den Marktkräften mehr Vertrauen entgegenbrachte und eine aktive Rolle des Staates auf ein Minimum reduzieren wollte. Es ist insgesamt als problematisch zu betrachten Regierungen, die mit der Aufgabe betraut sind die alten Strukturen hin zu Demo-

⁶²² Vgl. Hannula, Helena: Restructuring the Estonian economy and the role of FDIs in it, in: Varblane, Urmas (ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.91-174, S.101f.

kratie und Marktwirtschaft zu verändern, die alleinige Schuld für unerwünschte Entwicklungen zu geben, weil sich Märkte und Gesellschaften nicht gelenkt entwickeln lassen und externe Einflüsse in ihren Auswirkungen nicht immer vorhersehbar sind. Kontrollierte Transformationen erscheinen nicht vollständig möglich und prognostizierbar. Die Weltbank sah die Talsohle in Estland bereits Ende 1992 als erreicht an und beschrieb die Entwicklung für 1993 bereits als positiv. Zwar gab es kein reales Wachstum, doch waren Signale der Verbesserung bereits unübersehbar⁶²³. Ab 1995 ging die realwirtschaftliche Entwicklung wieder nach oben. Diese Entwicklung hält, mit einem kurzen Einbruch 1999, bis heute an.

Zwar ist aus diesen Werten keine Stabilität per se herauslesen, dennoch lassen sich Tendenzen ableiten. Als gesichert gilt die Überwindung der Talsohle im Jahre 1994/ 95⁶²⁴. Das Boomjahr 1997 ist trotz des Börsencrashes auf eine sehr stark gestiegene Binnennachfrage seitens der Verbraucher und ein sehr hohes Wachstum in einzelnen Branchen (Finanzen, Forstwirtschaft und Industrie) zurückzuführen. Diese Binnennachfrage steigerte das Leistungsbilanzdefizit, und es wurden notwendige Maßnahmen zu einer Begrenzung des Wachstums gefordert⁶²⁵.

Wirtschaftswachstum alleine kann auch negative Effekte haben, sofern das Wachstum zu einer Überhitzung der Wirtschaft oder einer ungewünschten Zunahme der Importe führt. Aufschwungsbremsen führen also auch zu kurzfristig notwendigen Anpassungen der Volkswirtschaft, die hierdurch stabilisiert wird.

Die ersten Wirtschaftsreformen fanden in allen drei Ländern auch in einem breiten parteipolitischen Konsens statt, und auch die Bevölkerung unterstützte mit überzeugenden Mehrheiten die Reformpolitik. Die ersten Refor-

⁶²³ Zirnask, Villu: 15 Years of new Estonian banking. Achievements and lessons of the reconstruction period, Tallinn 2002, S.90.

⁶²⁴ Dulgheru stellt ein ähnliches Ergebnis für Estland und Litauen fest. Lettland wird hierbei nicht erwähnt. Vgl.: Dulgheru, Luoana Santarossa: Macroeconomic stabilization performance and its relation to structural change, institutional policy design, in: Beyer, Jürgen / Wielgoths, Jan / Wiesenthal, Helmut (eds.): Successful transitions. Political factors of socio-economic progress in postsocialist countries, Baden-Baden 2001, S.64-94, S.65.

⁶²⁵ Fritsche, Ulrich / Lösch, Dieter: Estland – Die Rolle des Staates in den Waren und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen sowie in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur, HWWA-Report 175, Hamburg 1998, S.18. Vgl. Borrmann, Christine / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa – Estland, Lettland, Litauen, HWWA-Report 182, Hamburg 1998, S.11., Vgl. Borrmann, Christine / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa – Estland, Lettland, Litauen, HWWA-Report 182, Hamburg 1998, S.21.

men konnten unternommen werden, weil die Menschen noch im Taumel der Unabhängigkeit und zweitens in Unkenntnis über die Unterschiede zwischen Plan- und Marktwirtschaft waren⁶²⁶.

Das Aufkommen populistischer Parteien in der Mitte der 1990er Jahre in Lettland war nicht wie oft befürchtet eine anti-reformerische Reaktion auf soziale Unzufriedenheit. Der Reformkurs hin zu einer funktionierenden Marktwirtschaft wurde weiterhin unter der ersten Regierung Skele fortgesetzt⁶²⁷. Es ist auch nicht die Politik, die in Lettland die Reformen verzögert (nur in wenigen Ausnahmen), sondern die Bürokratie beeinflusst durch im Einzelfall willkürlich erscheinende Entscheidungen die Entwicklung. Zudem behindern lokale Unternehmen durch Korruption und andere Praktiken die Entwicklung von Konkurrenten vor Ort. Derartige Beschwerden werden auch von ausländischen Unternehmern geäußert⁶²⁸.

Obwohl sich die weltwirtschaftliche Gesamtlage 2001 verschlechterte waren die drei Volkswirtschaften kaum von diesen Entwicklungen betroffen, vielmehr hielt der Aufschwung weiter an. Dieser Aufschwung war bei sinkender Außennachfrage durch Investitionen und eine starke Binnennachfrage geprägt. Allerdings ist besonders die IT-Branche durch den nachlassenden Boom betroffen, weil Veredelungsprozesse in diesem Bereich eingeschränkt wurden⁶²⁹.

Im Jahre 2001 war das lettische Wirtschaftswachstum sogar das Höchste aller osteuropäischer Transformationsstaaten. Plötz und Polkowski sehen einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und politischer Stabilität und begründen dies mit der damals seit zwei Jahren regierenden Koalition unter Berzins⁶³⁰. Kurzfristige Entwicklungen müssen aber immer mit Vorsicht betrachtet werden. Allerdings ist die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung nach der Russlandkrise ein eindeutiges Zeichen einer stabilen Wirtschaft in Lettland. Die lettische Wirtschaft wuchs 2000 noch um 6,9 % und steigerte ihre Leistung ein Jahr später noch mal um 8 % gegenüber dem Jahr

⁶²⁶Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke and London 1999, S. 257.

⁶²⁷Ebd., S.262f.

⁶²⁸Ebd., S.72 und S.263ff.

⁶²⁹Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen, Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Report 219, Hamburg 2002, S.13ff.

⁶³⁰Ebd., S.29.

2000. Auch war der Aufschwung im Jahre 2001 ein gesamtwirtschaftlicher Aufschwung, d.h. mit Ausnahme der Fischerei profitierten alle Branchen von dieser Entwicklung. Besonders der Dienstleistungssektor trug und trägt zu diesem Aufschwung bei⁶³¹.

Die litauische Wirtschaft wurde durch das negative Wachstum und wohl auch durch den gradualistischen Reformansatz in einem größeren Maße beeinflusst. Zwar konnte auch sie ab 1994 den positiven Wachstumspfad einschlagen, doch zeigte sich bereits 1999 wie instabil die Wirtschaft noch ist. Das negative Wachstum erscheint als Folge (inkl. Time-lag) der Russlandkrise und der heimischen Bankenkrise. Allerdings war die litauische Volkswirtschaft schon so stabil, dass dieser Schock relativ schnell überwunden werden konnte und das Wachstum sich entsprechend wieder einstellte. Seit dem Ende der Russland-Krise befindet sich auch die litauische Wirtschaft wieder auf einer positiven Linie. Der Wirtschaftsaufschwung 2001 war mit 5,9 % zwar niedriger als in den zwei anderen Ländern, aber im Wesentlichen durch eine erhöhte Binnennachfrage gestützt. Und auch in den folgenden Jahren wird die Binnennachfrage zu den Stützen des Wirtschaftsaufschwunges gehören⁶³²

Der Aufschwung in der litauischen Industrie ist bis heute auf die ausländischen Direktinvestitionen zurückzuführen⁶³³.

Alle drei Wirtschaften erlebten eine Probe ihrer Stabilität durch die Russland-Krise Ende der 1990er Jahre. In Estland war ein deutlicher Rückgang des Wirtschaftswachstums zu erkennen, in Litauen gab es sogar ein negatives Wachstum. Obwohl die estnische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik eine Loslösung aus dem russischen Wirtschaftsbereich anstrebt, ist die geographische Nähe von Bedeutung, die Unternehmen Anreize bieten, ihren Handel auf Russland zu konzentrieren. Die „Russland-Krise“ hat der estnischen und litauischen Wirtschaft aber keinen dauerhaften Schaden zugefügt. Allerdings führte die Russland-Krise zu weiterhin hohen Zinsen in Estland, die

⁶³¹Ebd., S.30f.

⁶³²Ebd., S.46f.

⁶³³ Borrmann, Christine / Plötz, Peter: Litauen. Die Rolle des Staates in den Waren und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen sowie in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur, HWWA-Report 176, Hamburg 1998, S.18.

eine höhere Investitionsquote verhinderte⁶³⁴. Auf der anderen Seite war Estland weniger stark als Litauen von der Russland-Krise betroffen. Dies resultiert hauptsächlich aus den schlechten Beziehungen zwischen Estland und Russland, das Estland (und Lettland) bis heute Menschenrechtsverletzungen vorwirft, weil die russische Minderheit nicht allumfassend die estnische Staatsbürgerschaft erhielt. Ähnliches gilt auch für Lettland, das entsprechend eine vergleichbare Orientierung wie Estland besitzt⁶³⁵. Die Westorientierung der estnischen Wirtschaft, die stärker ist als bei den südlichen Nachbarn verhinderte einen stärkeren Effekt⁶³⁶.

Einzig Lettland konnte seinen Wachstumspfad fortsetzen. Für Lettland kann also durch den Indikator BIP betrachtet von einer stabilisierten Volkswirtschaft gesprochen werden. Aber auch die beiden anderen Staaten verfügen über Volkswirtschaften, die in ihrem Verhalten gegenüber Krisen Stabilität aufweisen. Der Wachstumseinbruch in beiden Staaten war nur von kurzer Dauer, und beide kehrten bereits im darauf folgenden Jahr auf ihren Wachstumskurs zurück. Dies spricht dafür, dass die Ökonomien beider Staaten ein Stabilitätsniveau erreicht haben, das durch extern verursachte Krisen zwar kurzfristig belastet wird, aber mittelfristig die Entwicklung nur kurzfristig hemmt.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist in den baltischen Staaten so stark, dass auch die tiefgreifende Krise in Russland die Entwicklung nicht nachhaltig stören konnte. Die drei Volkswirtschaften sind aber durch große externe Ereignisse beeinflussbar. Dies ist aber kein zwingender Beweis für Instabilität, sondern eine allgemeine Schwäche kleinerer Volkswirtschaften und Ausdruck der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen. Allerdings ist nicht jede externe Krise auch eine Krise für die baltischen Länder insgesamt. In der Folge der „Asien-Krise“ 1997 kam es an den baltischen Börsen zu massiven Kursverlusten. Entgegen möglichen Erwartungen eines Vertrauensverlustes durch die Bevölkerung kam es nicht zu

⁶³⁴ Zirnask, Villu: 15 Years of new estonian banking. Achievements and lessons of the reconstruction period, Tallinn 2002, S.221.

⁶³⁵ Pabriks, Artis / Purs, Aldis: Latvia. The challenges of challenge, in : Smith, David J. / Pabriks, Artis / Purs, Aldis / Lane, Thomas: The Baltic states Estonia, Latvia and Lithuania, London und New York 2002, S.110f.

⁶³⁶ Vgl. Bahovski, Erkki: Sovereignty in the European Union: Case studies relating to Estonia, in: Kasekamp, Andres (Ed.): The Estonian foreign policy yearbook 2005, Tallinn 2005, S.111-133, S.129f.

nachhaltigen Verschlechterungen in der Wirtschaft. Nur die Banken selbst mussten Probleme bearbeiten, ohne dabei in existenzbedrohende Situationen zu geraten. Der Börsencrash 1997 ist vielmehr auch eine notwendige Abkühlung der überhitzten Wirtschaftsentwicklung gewesen⁶³⁷.

Vergleicht man die Entwicklung der drei Länder, so stellt sich heraus, dass die radikalen Wirtschaftsreformen in Estland und in schwächerer Form Lettland gegenüber dem gradualistisch orientierten Litauen größere Wirkung zeigten. Der Wirtschaftsrückgang dauerte in Lettland ein Jahr länger als in Estland. Litauen hingegen begann den Wachstumspfad zeitgleich mit Estland zu betreten. Nach den ersten zehn Jahren der wirtschaftlichen Umgestaltung erreichte Estland etwas mehr als 80 % des BIP-Niveaus von 1990, gefolgt von Litauen (weniger als 80 %) und Lettland (etwas mehr als 65 %). Seit der Mitte der 1990er Jahre, als die schweren Einbrüche der Wirtschaftsleistung überwunden waren, wuchsen die Volkswirtschaften der baltischen Staaten dramatisch⁶³⁸. Hierbei ist das Wachstum in Lettland und Litauen aber genau umgekehrt, d.h. die Reihenfolge des Aufschwungs ist entsprechend Estland, Lettland und dann Litauen, das wegen seiner höheren Staats-tätigkeit, dem Reformansatz und der allgemeinen Wirtschaftsstruktur lang-samer vorankam.

Andererseits machen Ausführungen von Fritsche / Lösch deutlich, dass Wirtschaftswachstum alleine kein ausreichender Indikator für Stabilität sein kann, wenn sie den baltischen Staaten und insbesondere Estland trotz aller Erfolge bei der Transformation attestierten, dass im Jahre 1997 die wichtigste Aufgabe der Regierung Siimann die Stabilisierung der estnischen Wirtschaft gewesen sei. Hieran wird erneut die Schwierigkeit deutlich, die ein einzelner Indikator hervorbringt und eine exakte zeitliche Bestimmung der Stabilisierung nahezu unmöglich macht. Eine Berücksichtigung anderer Indikatoren ist also zwingend notwendig.

⁶³⁷Zirnask, Villu: 15 Years of new estonian banking. Achievements and lessons of the reconstruction period, Tallinn 2002, S.176.

⁶³⁸Tafenau, Egle: Modelling the economic growth of the countries in the Baltic Sea Region, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle (Eds.): Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.54-91, S.63f (Figure 1+2).

7.3.2 Arbeitslosigkeit

Die in diesem Kapitel verwendeten Daten sind allgemeine Daten der Arbeitslosigkeit und spiegeln keine regionalen oder strukturellen Unterschiede wider. Einige Fakten sind jedoch in allgemeiner, ergänzender Form erwähnenswert. Die Arbeitslosigkeit auf dem Lande ist höher als im Modernisierungszentrum Tallinn, Riga oder den anderen großen Zentren der baltischen Länder⁶³⁹. In der estnischen Landwirtschaft sind seit Beginn der Transformation mindestens 100.000 Arbeitsplätze abgebaut worden, mit entsprechenden Problemen für die betroffenen ländlichen Regionen⁶⁴⁰. Eine ähnliche Verteilung der Arbeitslosigkeit lässt sich auch für Lettland festhalten. Während im Zentrum Riga die Arbeitslosigkeit 2001 bzw. 1.Quartal 2002 bei 4 v.H. lag, erreicht die Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Regionen Lettlands sehr viel höhere Werte (Rezekne: 1.Quartal 2002: 27,6 %) ⁶⁴¹. Auch können die offiziellen Daten nicht die verdeckte Arbeitslosigkeit wiedergeben, die zusammen mit der offiziellen Arbeitslosigkeit in Estland für das Jahr 2001 auf ca. 19 % geschätzt wurde⁶⁴².

⁶³⁹ Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen, Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Report 219, Hamburg 2002, S.18.

⁶⁴⁰ Reiljan, Janno / Tamm, Dorel: An analysis of an industry's competitiveness: The case of the Estonian agricultural sector, Tartu 2005, S.31.

⁶⁴¹ Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen, Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Report 219, Hamburg 2002, S.35f.

⁶⁴² Ukrainski, Kadri / Reiljan, Janno: VarjatudTööpuudus Eestis (1989-2001), in: Die Wirtschaftspolitik Estlands auf dem Weg in die Europäische Union, Berlin / Tallinn 2003, S. 401-415, S.412.

Tab.: 24 Arbeitslosenquote in den baltischen Ländern (in Prozent)

Land/Jahr	1993	94	95	96	97	98	99	2000	01	02	03	04	05
Estland	6,6	7,6	9,7	9,9	9,6	9,8	12,2	13	12,6	10,3	10	9,7	7,9
Lettland	5,8	6,5	6,6	20,7	15,2	14,2	14,3	14,4	13,1	12	10,6	10,4	8,7
Litauen	4,4	3,8	6,1	7,1	14,1	13,2	14,6	16,4	17,4	13,8	12,4	11,4	8,2

Quellen:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=STRIND_EMPLOI&root=STRIND_EMPLOI/emploi/em071, <http://www.ep.ee>, Borrmann, Christine / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Estland, Lettland, Litauen, HWWA-Report 193, Hamburg 1999, S. 34 (Lettland) und 47 (Litauen).

Wie in allen Ländern des ehemaligen Ostblocks sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen. Wer nicht als arbeitslos registriert ist, kann auch nicht mitgezählt werden. Erst durch Druck der EU wurde die Arbeitslosenstatistik realistischer bewertet (ILO-Richtlinien)⁶⁴³. Aber auch die nachfolgenden Zahlen sind nicht vollständig übereinstimmend, denn die relativ geringen Transferleistungen des Staates führen dazu, dass viele Arbeitslose sich nicht registrieren lassen. Die Anzahl derjenigen bleibt aber im Dunkeln⁶⁴⁴.

Dieser Berechnungswechsel zeigt sich besonders in Lettland und Litauen in den Jahren 1996 und 1997, als die offiziellen Quoten sprunghaft nach oben schnellten. Insbesondere Litauen ist auffällig, denn es verfolgte eine gradualistische Wirtschaftsreform, um die sozialen Kosten gering zu halten. Ein Urteil über den Erfolg einer der beiden Reformansätze (Big-Bang vs. Gradualismus) ist zwar immer länderspezifisch, doch zeigt der Vergleich Litauen mit Estland einen positiveren Verlauf für Estland. Lettland versuchte einen Weg zwischen den Polen der transformatorischen Wirtschaftspolitiken, tendierte aber zum „Big-Bang“-Ansatz. Estland mit seinen radikalen

⁶⁴³ Fritsche, Ulrich / Lösch, Dieter: Estland – Die Rolle des Staates in den Waren und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen sowie in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur, HWWA-Report 175, Hamburg 1998, S.19f.

⁶⁴⁴ Borrmann, Christine / Plötz, Peter: Litauen. Die Rolle des Staates in den Waren und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen sowie in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur, HWWA-Report 176, Hamburg 1998, S.24.

Wirtschaftsreformen besaß seit Beginn der Transformation eine niedrigere Arbeitslosenquote als seine südlichen Nachbarn. Berücksichtigt werden muss im lettischen Fall aber auch, dass z.B. noch 1997 im öffentlichen Sektor mehr als ein Drittel aller Beschäftigten tätig waren. Mit fortschreitender Privatisierung musste die Zahl der Arbeitslosen zwangsläufig steigen⁶⁴⁵. Ein signifikanter Trend zu weniger Arbeitslosen setzte in Lettland und Estland im Jahr 2000 ein, und die Zahl sinkt seitdem kontinuierlich weiter. In Litauen begann dieser Prozess erst ein Jahr später. Im Jahr 2005 lag die litauische Quote aber bereits unter der Lettlands, was als Erfolg gewertet werden kann.

Sicherlich sind die Arbeitslosenquoten von 8-9 % nicht zufriedenstellend, denkt man aber an die ersten Jahre der Transformation, so ist die Entwicklung als positiv zu bewerten. Das kontinuierliche Absinken der Arbeitslosigkeit kann auch einen positiven Effekt auf die Zustimmung zum politischen System haben, zeigt es doch mittelfristig, dass die Gesetzgebung der Reformen es den Unternehmen ermöglichte zu investieren und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen.

Auffallend bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist der time-lag. Die Jahre 1994/1995 gelten allgemein als Wendepunkt der Wirtschaftsentwicklung in den baltischen Ländern. Die These der Wirtschaftswissenschaftler, dass nur durch ein kontinuierliches Wachstum von mehr als 3 % den Arbeitsmarkt positiv entlastet wird, ist insgesamt zwar zutreffend, doch kann sie nicht eindeutig die Zeitverzögerung benennen.

Allerdings muss einschränkend hinzugefügt werden, dass in den baltischen Ländern ein massiver Rückgang der Beschäftigung stattfand. Dieser Rückgang der beschäftigten Bevölkerung ist unterschiedlich zu erklären. Zum einen verließen Tausende von arbeitsfähigen Russen die Länder Estland und Lettland, des Weiteren emigrierten viele Einheimische in andere Länder, um dort ihr Glück zu suchen. Ebenso spielte die demographische Entwicklung beim negativen Beschäftigungswachstum eine Rolle.

⁶⁴⁵ Borrmann, Christine / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa – Estland, Lettland, Litauen, HWWA-Report 182, Hamburg 1998, S.22f.

In Estland setzte zeitgleich mit dem kontinuierlichen Absinken der Arbeitslosenquote wieder ein Beschäftigungswachstum ein, ähnliches lässt sich für Lettland beobachten. In Litauen begann der erneute Anstieg der beschäftigten Bevölkerung aber erst im Jahr 2003⁶⁴⁶.

In Lettland und Estland findet sich ein weiteres Problem, das auf der einen Seite Konfliktpotential birgt, aber auf der anderen Seite auch stabilisierend wirken kann. Ende der 1990er Jahre (und es spricht nichts gegen die weiterbestehende Gültigkeit dieser Argumentation) war Arbeitslosigkeit in Estland ein russisches Problem. Die Minderheit war überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, besonders in strukturschwachen Regionen wie Narwa (Nord-Ost-Estland). Durch das fehlende Wahlrecht können sich diese Gruppen nur durch die Exit-Option (Emigration) oder die Voice-Option (Demonstrationen) bemerkbar machen. Letzteres wird wegen der existierenden Ressentiments aber kaum wahrgenommen⁶⁴⁷. ‚Schweigen‘ führt zu estnischer Zustimmung gegenüber der allgemeinen Wirtschaftspolitik, so dass es während der gesamten Zeit der Umstrukturierung nur zu graduellen Änderungen kam - schließlich war die estnische Bevölkerungsgruppe meist auf der Gewinnerseite der wirtschaftlichen Transformation. Entsprechend konnten keine reformfeindlichen Parteien in der estnischen und begrenzt in der lettischen Politik Fuß fassen und dadurch den Prozess beschädigen. Allerdings muss das Minderheitenproblem integrativ gelöst werden.

7.3.3 Inflation

7.3.3.1 Währungs- und Geldpolitik der baltischen Länder

Die Einführung einer eigenen Währung ist für die baltischen Länder sichtbares Zeichen gewesen, sich ihrer erneuten Unabhängigkeit zu vergewissern und sich dadurch von der Zwangsgemeinschaft mit der UdSSR und den

⁶⁴⁶ Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2005, S. 108. Das Jahrbuch enthielt nur Daten bis 2003.

⁶⁴⁷ Wielgohs, Jan: Coping with privatisation and employment decline. Three short stories of success, in: Beyer, Jürgen / Wielgohs, Jan / Wiesenthal, Helmut (eds.): Successful transitions. Political factors of socio-economic progress in postsocialist countries, Baden-Baden 2001, S.153-175, S.164. Zum Thema Minderheiten im wirtschaftlichen Transformationsprozess: Vgl. Andersen, Erik Andre: An ethnic perspective on economic reform. The case of Estonia, Aldershot 1999, S.351-366.

Nachfolgestaaten zu distanzieren. Gleichzeitig bildete die Währungsreform auch den Beginn der eigentlichen Umstrukturierung der nationalen Volkswirtschaften. Die Währungsreformen in Estland, Lettland und Litauen bildeten nach Ansicht der OECD „an early achievement of macroeconomic stabilisation“⁶⁴⁸. Aus diesem Grunde sollen die Reformen der baltischen Staaten im Bereich der Währungs- und Geldpolitik dargestellt werden. Da die Währungsreformen bereits zu Beginn der 1990er Jahre durchgeführt wurden, kann hier deskriptiv vorgegangen werden. Die Deskription ist wegen der grundlegenden Bedeutung für den Weg der Konsolidierung zwingend erforderlich, um auch diesen Bestandteil dieses Prozesses einzubeziehen.

Die Einführung des Currency-Board mit der festen Bindung des Wechselkursverhältnis der estnischen Krone an die Deutsche Mark (später EURO) führte innerhalb eines Jahres zur gewünschten Preisstabilität⁶⁴⁹.

Hierdurch erfüllte die Zentralbank ihre wichtigste Aufgabe zur Stabilisierung der gesamten Wirtschaft.

Bei der estnischen Währungsreform handelt es sich jedoch laut Tober nicht um eine inflationsbekämpfende Reform, weil es ihrer Ansicht nach nur ein Symbol der Unabhängigkeit war⁶⁵⁰. Dies ist nicht vollständig zutreffend. Estland war bis zum Zeitpunkt der Währungsreform in die Rubelzone integriert und abhängig von den Entscheidungen der russischen Zentralbank. Der Rubel befand sich in einem Zustand zunehmend schnellerer Entwertung. Entsprechend mussten die baltischen Länder eine eigene Währung schaffen, um eine Möglichkeit zu erlangen dem Dilemma der Abhängigkeit von der russischen Zentralbank und Hyperinflation zu entkommen.

Die Einführung der estnischen Krone (1993) und die relative Wechselkursstabilität hat innerhalb der Bevölkerung sehr schnell zu einem großen Vertrauen gegenüber der Notenbank geführt. Bereits 1996 gaben drei Viertel

⁶⁴⁸ OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.33.

⁶⁴⁹ Gros, Daniel / Steinherr, Alfred: Economic transition in Central and Eastern europe. Planting the seeds, Cambridge 2004, S.97.

⁶⁵⁰ Tober, Silke: Wirtschaftliche Stabilisierung und Währungsreform in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.142-171, S.157.

aller Esten und 61 v.H. aller Minderheiten an, ein großes Vertrauen in die Politik der Notenbank (Eesti Pank) zu haben⁶⁵¹. Dieses Vertrauen war notwendig, um die Existenz der Parallelwährung ‚Finnmark‘ zu eliminieren bzw. die daraus entstehenden Stabilisierungsgefahren zu beseitigen⁶⁵². Estland orientierte sich bei der Einführung der Estnischen Krone (EEK) an westlichen Vorbildern⁶⁵³.

Die Währungen der baltischen Staaten waren allesamt unterbewertet. Die einheimische Währung gezielt abzuwerten war in Osteuropa ein verbreitetes Verfahren. Durch die Unterbewertung der einheimischen Währung wird die Exportseite begünstigt, die Importpreise erhöht und dadurch gleichzeitig die einheimische Wirtschaft etwas vom internationalen Wettbewerbsdruck entlastet⁶⁵⁴. Besonders für den Beginn des Systemwechsels war dieser Schritt von Bedeutung, half er doch Arbeitsplätze in konkursbedrohten Unternehmen zu sichern und den Rückgang der Wirtschaft abgefederter zu gestalten. Gleichzeitig wurde eine neuorientierte Exportwirtschaft begünstigt, ohne die Arbeitslosigkeit auf ein zu hohes Niveau zu bringen.

Die Zentralbanken in Estland, Lettland und Litauen orientieren sich in den ersten zwei Fällen sehr stark am europäischen Primus Deutsche Bundesbank. Die Zentralbanken können entsprechend weisungsungebunden agieren und eine eigenständige Geldpolitik betreiben. Hiermit verbunden ist auch das Verbot der direkten Kreditvergabe der Notenbanken an die jeweilige Regierung als ein positiver Aspekt einer jeden Konsolidierung, weil Regierungen hierdurch nicht Gefahr laufen staatliche Unternehmen, die unrentabel arbeiten weiterhin zu subventionieren⁶⁵⁵.

⁶⁵¹ Lagerspetz, Mikko: Consolidation as hegemonization: The case of Estonia, in *Journal of Baltic Studies (JBS)*, Vol. XXXII, No.4 (Winter 2001), S.402-420, S.409.

⁶⁵² Tober, Silke: Wirtschaftliche Stabilisierung und Währungsreform in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): *Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien*, Frankfurt a.M. 1993, S.142-171, S.151f.

⁶⁵³ Zirnask, Villu: 15 Years of new Estonian banking. Achievement and lessons of the reconstruction period, Tallinn 2002, S.52. Zu den Einzelheiten der Währungsreform vgl. Zirnask, S. 52ff.

⁶⁵⁴ Vgl. Jindra, Vladimir: Die Außenwirtschaftspolitik der CSFR, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): *Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien*, Frankfurt a.M. 1993, S. 324-342, S.337.

⁶⁵⁵ Dulgheru, Luoana Santarossa: Macroeconomic stabilization performance and its relation to structural change, institutional policy design, in: Beyer, Jürgen / Wielgoths, Jan / Wiesen-

Lettland hat die Rubel-Zone nach Einführung einer Zwischenwährung ebenfalls im Sommer 1992 verlassen. Hierdurch errang die lettische Notenbank die für eine auf Stabilität ausgerichtete Währungspolitik nötige Handlungsfähigkeit. Die lettische Währungspolitik war bis zur Einführung der Zwischenwährung „Lettischer Rubel“ von der Geldpolitik der russischen Staatsbank abhängig⁶⁵⁶. Gleichzeitig hat Lettland die Konvertibilität seiner Währung (Lats) freigegeben, ein sehr liberales Währungsregime institutionalisiert und dieses kaum Beschränkungen unterworfen. Auch die lettische Notenbank unterliegt betreffend des Währungshandels keinerlei Restriktionen. Die Währung wurde 1994 an den Währungskorb mit Sonderziehungsrechten (*special drawing rights*) des IWF angeschlossen. Die neue Währung erwies sich als sehr stark und gewann innerhalb des ersten Jahres sogar gegen den Dollar, was allerdings zu Unzufriedenheiten in der Wirtschaft führte, denn ihre Preise erhöhten sich⁶⁵⁷. Die lettische Staatsbank intervenierte sehr häufig zu Gunsten des Lats bis Februar 1994 (SDR, IWF Währungskorb)⁶⁵⁸.

Faktisch betreibt Lettland in der Währungspolitik ein Currency-Board-System⁶⁵⁹, d.h. der Lats ist zu 100 Prozent durch Gold- und Devisenreserven gestützt⁶⁶⁰. Mit dem Beitritt zur EU im Jahre 2004 wurde der Lats an den EURO gekoppelt, was aus lettischer Sicht die Vorstufe zum Beitritt zur europäischen Währungsgemeinschaft ist⁶⁶¹. Dieser Wechsel vom IMF-orientierten Währungskorb mit Sonderziehungsrechten hin zum festen Wechselkurssystem, wie Estland und Litauen es praktizieren, kann die Wechselkursvolatilität gegenüber den wichtigsten Handelspartnern im Ostseeraum (was nahezu gleichbedeutend ist mit dem EU-Ostseeraum) begren-

thal, Helmut (eds.): *Successful transitions. Political factors of socio-economic progress in postsocialist countries*, Baden-Baden 2001, S.64-94, S.78.

⁶⁵⁶ Nissinen, Marja: *Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy*, Houndmills, Basingstoke and London 1999, S.69.

⁶⁵⁷ Dreifelds, Juris: *Latvia in transition*, Cambridge 1996 S.116.

⁶⁵⁸ Gros, Daniel / Steinherr, Alfred: *Economic transition in Central and Eastern Europe. Planting the seeds*, Cambridge 2004, S.73.

⁶⁵⁹ Nissinen, Marja: *Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy*, Houndmills, Basingstoke and London 1999, S.65.

⁶⁶⁰ Ebd., S.69f.

⁶⁶¹ Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: *Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen*, Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Report 219, Hamburg 2002, S.35.

zen und die Integration in den europäischen Wirtschaftsraum zum eigenen Vorteil vertiefen⁶⁶².

Wie Lettland führte auch Litauen eine Zwischenwährung ein (Talonas). Dieser Schritt war die Loslösung vom Rubel. Gleich nach der Einführung des Talonas stand die Währung unter Druck und verlor deutlich an Wert⁶⁶³. Es scheint in der Nachbetrachtung nicht sehr sinnvoll gewesen zu sein, den Talonas einzuführen, denn er verlängerte die Zeit bis zum Beginn der Stabilisierung der neuen Währung, des Litas.

Die litauische Währungspolitik orientiert sich am Currency-Board-System und wechselte 2002 vom US-Dollar zum Euro als Ankerwährung⁶⁶⁴.

Die Bindung der Währungen der drei Länder an westliche Währungen (später nur an den EURO) war nicht nur ein Signal gegen den Rubel und einen möglichen Verbleib im GUS-Verband, sondern zeigte die wirtschaftliche Wendung zu Westeuropa auf. Die Veränderungen der Außenwirtschaftsbeziehungen und der politische Wille der Europäischen Währungsunion mit seiner Währung dem EURO beizutreten, machen die Entscheidung auch 13 Jahre später immer noch sinnvoll. Dieser Beitritt würde den baltischen Staaten wahrscheinlich eine verstärkte Preisstabilität bringen und die Länder vor extern bedingten Schocks der Wirtschaft mehr Sicherheit geben⁶⁶⁵.

7.3.3.2 Inflationsentwicklung in Estland, Lettland und Litauen

Wie alle Transformationsstaaten Osteuropas mussten auch die baltischen Länder mit einer hohen Inflation zu Beginn der 1990er Jahre kämpfen. Die Preissteigerungen resultierten aus der Preisliberalisierung, dem fehlenden Willen der Staatsunternehmen einander zu bezahlen und die in der Folge auf

⁶⁶² Vgl. Lättemäe, Raoul: Analysis of asymmetric shocks among the EU members and accession countries: Can the Baltic Sea cluster be distinguished?, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle: Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.116-137, S.119f.

⁶⁶³ OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.61f.

⁶⁶⁴ Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen, Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Report 219, Hamburg 2002, S.45.

⁶⁶⁵ Vgl. Gros, Daniel / Steiherr, Alfred: Economic transition in central and eastern Europe. Planting the seeds, Cambridge 2004, S.202ff.

eine Ersatzwährung zurückgriffen, ohne sich gleichzeitig an die Budgetrestriktionen zu halten, einem Geldüberhang bei den Konsumenten und dem Wunsch der Arbeitnehmer, die fallenden Reallöhne durch Lohnerhöhungen über die Produktivität hinaus anzuheben⁶⁶⁶.

Ein Ziel der Währungsumstellung war die Bekämpfung der hohen Inflation, die sich in der Rubelzone ausbreitete und Werte über 1000 % erreichte.

Durch eine zu hohe Inflation werden gesamtwirtschaftliche Gefährdungen hervorgerufen, die sich langfristig auch auf die politische Ebene eines Staates auswirken können. Bei einer hohen Inflationsrate wird zuerst das Vertrauen in die eigene Währung untergraben, in der Folge können andere Zahlungsmittel oder Ersatzwährungen durch die Marktteilnehmer verwendet werden. Eine akzeptable Inflation ermöglicht es den Wirtschaftssubjekten vorausschauend zu planen und sich auch in ihrem Verhalten an die Inflationsraten anzupassen⁶⁶⁷. Diese Berechenbarkeit fehlte den Unternehmen und Konsumenten bis Mitte der 1990er Jahre⁶⁶⁸.

Solange die festen Wechselkurse stabil bleiben und dies auch in der Zukunft antizipiert wird, werden verstärkte Kapitalzuflüsse durch Geldströme und Investitionen erfolgen, um bei einer Transferierung in den Markt mit geringerer Inflation einen Zusatzgewinn zu erzielen (Beispiel: Estland-Deutschland/Euro-Raum). Bei fehlendem Vertrauen wird die Währung der höheren Inflation aber Opfer spekulativer Verhaltensmuster, und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wird beschädigt⁶⁶⁹. Auf der anderen Seite bedeutet dies natürlich nicht, Währungssysteme mit flexiblen Wechselkursen seien das Heil für ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Auch hier drohen Gefahren durch ausbleibende oder unzureichende Abwertungen einer Währung⁶⁷⁰.

Ein grundsätzlicher und allgemeiner Kausalzusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Inflation kann eingeschränkt bestätigt werden, auch

⁶⁶⁶Ebd., S.89ff.

⁶⁶⁷ Vgl. Ströbele, Wolfgang: Inflation. Einführung in Theorie und Politik, 4. durchgesehene Auflage, München, Wien 1995, S. 11f.

⁶⁶⁸ Zirnask, Villu: 15 Years of new Estonian banking. Achievement and lessons of the reconstruction period, Tallinn 2002, S.47.

⁶⁶⁹ Ströbele, Wolfgang: Inflation. Einführung in Theorie und Politik, 4. durchgesehene Auflage, München, Wien 1995, S.27f.

⁶⁷⁰Ebd., S.28.

wenn einige Wissenschaftler dies negieren⁶⁷¹. Zwar ist inzwischen die These von einer hohen Inflation, die dem Wirtschaftswachstum abträglich ist, belegt, allerdings resultiert nicht zwingend aus einer geringen Inflation auch ein höheres Wachstum. Hier sind allgemeine Theorien, die auf alle Länder anwendbar sind, kaum zu erstellen, stehen doch in den einzelnen Ländern unterschiedliche Probleme dahinter, die andere Erklärungsansätze benötigen⁶⁷². In Transformationsökonomien kann dies eingeschränkt abgeändert verwendet werden. Für diese Ökonomien ist die Geldwertstabilität der inländischen Währung durchaus für Wirtschaftswachstum maßgeblich. Finden sich keine Investoren, die bereit sind in der inländischen Währung (z.B. estnische Krone) zu investieren, werden sich auch keine Kapitalgeber in der inländischen Währung finden, woraus eine mangelnde Dynamik – ein Bestandteil von Wirtschaftswachstum - resultiert⁶⁷³. Geldwertstabilität ist dringend erforderlich für Vertrauen in die Währung und in Verbindung hiermit als Anreiz zum Investieren.

Tab.: 25 Inflationsraten (Veränderungen in % zum Vorjahr)

Jahr / Land	Estland	Lettland	Litauen
1992	1076	951	1021
1993	90	109	410
1994	48	36	72
1995	29	25	40
1996	23	18	25
1997	9,3	8,1	10,3
1998	8,8	4,3	5,4
1999	3,1	2,1	1,5
2000	3,9	2,6	1,1
2001	5,6	2,5	1,6
2002	3,6	2,0	0,3

⁶⁷¹Ebd., S.30.

⁶⁷² Herrmann-Pillath, Carsten: Ökonomische Transformationstheorie: Quo vadis?, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien 1998, S.203-214, S.206f.

⁶⁷³ Herr, Hansjörg: Stabilisierung und Akkumulation in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hrsg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.19-47, S.21.

2003	1,4	2,9	- 1,1
2004	3,0	6,2	1,2
2005	4,1	6,9	2,7

Quellen:

[http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schma=](http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schma=POR-)

[POR-TAL&screen=detailref&language=de&product=SDI_MAIN&root=SDI_MAIN/sdi/sdi_ed/sdi_ed_inv/sdi_ed1160](http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schma=POR-TAL&screen=detailref&language=de&product=SDI_MAIN&root=SDI_MAIN/sdi/sdi_ed/sdi_ed_inv/sdi_ed1160), Böllhoff, Uta: 10 Jahre Systemtransformation in den baltischen Staaten, Freiburg i. Br. 2002, S.149.

Bis Mitte der 90er Jahre war die Politik und ihre Reformpolitik ein wichtiger Grund für eine zunehmende Inflation. Es handelte sich um staatlich regulierte Preise, die zu einer Preissteigerung in staatlichen Monopolbereichen führten und inflationstreibend wirkten, darüber hinaus wirkten sich staatliche Preissteigerungen z.B. auch auf den privaten Wohnungsmarkt aus, der ebenfalls die Preise erhöhen musste⁶⁷⁴. Inzwischen ist die Inflation in Estland auf ein erträgliches Maß gesenkt worden, auch wenn bis in die heutige Zeit noch einzelne Faktoren zu einer Steigung der Verbraucherpreise führen⁶⁷⁵. Allerdings ist die Entwicklung in Estland schlechter als bei seinen südlichen Nachbarn gewesen. 1997 noch musste das Land eine Inflationsquote von über 10 Prozent aushalten. Nicht nur durch Preissteigerungen wurde die Inflation beschleunigt, sondern auch durch die erhöhte Nachfrage durch die Konsumenten⁶⁷⁶.

Die lettische Inflation wurde ebenfalls durch Einzelfaktoren belastet (Lebensmittel wurden teurer), ansonsten ist die Inflation relativ niedrig (2001: 2,5 %). Die Regierung schlug für die Zeit ab 2002 einen mittelfristigen Korridor von 2-4 % p.a. als tolerierbar auf⁶⁷⁷. Im Jahr 1997 war der Preisauftrieb unter die Marke von 10 Prozent gelangt mit sinkender Tendenz, d.h. die Inflationsgefahr in Lettland wurde immer geringer. Allerdings müssen

⁶⁷⁴ Bolz, Klaus / Polkowski, Andreas: Lettland. Die Rolle des Staates in den Waren und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen sowie in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur, HWWA-Report 174, Hamburg 1998, S.22f.

⁶⁷⁵ Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen, Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Report 219, Hamburg 2002, S.17f.

⁶⁷⁶ Borrmann, Christine / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa – Estland, Lettland, Litauen, HWWA-Report 182, Hamburg 1998, S.11.

⁶⁷⁷ Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen, Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Report 219, Hamburg 2002, S.33f.

Preisveränderungen besonders durch die öffentliche Hand berücksichtigt werden, die Inflationstreibende Effekte implizieren und die Inflation wieder erhöhen können, wie dies in der Vergangenheit befürchtet wurde⁶⁷⁸.

In Litauen war die Senkung der Inflationsquote von Erfolg gekrönt, konnte es den Preisauftrieb doch deutlich bremsen. Ursächlich hierfür sind u.a. das litauische Currency-Board-System⁶⁷⁹ und die Aufwertung der Währung Lit, die Exporte verteuerte und Importe verbilligte. Aber auch für Litauen sind administrierte Preise ein Inflationseffekt, die jedoch nur kurzfristig wirken. Doch nicht nur administrierte Preise sind inflationsfördernd. Auch Einzelereignisse können die Geldentwertung beeinflussen; z.B. lag 2001 die Quote bei 1,6 v.H. hier führten Einzelfaktoren (BSE) zu steigenden Lebensmittelpreisen⁶⁸⁰. Hierbei handelt es sich um kurzfristige Effekte, die eine stabile Währung nicht destabilisieren können. Das Jahr 2003 muss als baltische Ausnahme betrachtet werden. In diesem Jahr kam es in Litauen zu Deflation, also zu einem Rückgang des Preisniveaus.

Die Inflation in allen drei Ländern ist seit Beginn der Transformation zurückgegangen und stabilisiert sich auf einem relativ niedrigen Level, d.h. die Geldpolitik der drei Notenbanken hat ihr Ziel einer stabilen Währung erreicht und leistet so ihren Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft⁶⁸¹. Die Entwicklung der Transformationsstaaten Estland, Lettland und Litauen widerlegt die These Herrs, dass Staaten mit Außenhandelsdefiziten könnten weniger Vertrauen in ihre Währungen generieren⁶⁸². Die Außenhandelsbilanzsalden aller drei Länder sind seit Beginn negativ.

⁶⁷⁸ Borrmann, Christine / Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa – Estland, Lettland, Litauen, HWWA-Report 182, Hamburg 1998, S.22.

⁶⁷⁹ Das Currency-Board-System ist in der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion von einem großen Interesse begleitet, auf das in diesem Zusammenhang aber nicht eingegangen werden soll. Zum Currency-Board-System vgl. OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.74f.

⁶⁸⁰ Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen, Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Report 219, Hamburg 2002, S.49f.

⁶⁸¹ Vgl. OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.57f.

⁶⁸² Vgl. Herr, Hansjörg: Stabilisierung und Akkumulation in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hrsg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.19-47, S.41.

7.4 Ausblick und zukünftige Probleme

Wie die ökonomische Entwicklung sich in Zeiten hausgemachter Probleme verhält, kann gegenwärtig noch nicht beurteilt werden, weil derartige Krisen entweder vor dem Erreichen der Talsohle, also während des „natürlichen“ negativen Wachstums post-sozialistischer Staaten, bestanden und nach Erreichen der Talsohle nur positives Wachstum dominierte. Stagnation als Dauerzustand ist in diesen drei Ländern noch nicht vorgekommen, weshalb eine eindeutige und abschließende Beurteilung nicht erfolgen kann. Bei intern verursachten Krisen kommt es gleichzeitig auf die Problemlösungskompetenzen der Politik an, und die agiert in anderen Kategorien als Wirtschaftsunternehmen.

Estland hat ein Strukturproblem, das in ähnlicher Weise auch auf Lettland zutrifft und in geringerer Form auch auf Litauen. In Estland und Lettland konzentrieren sich die Investitionen besonders auf die Ballungszentren Tallinn und Riga⁶⁸³. In Tallinn und seiner Umgebung sind etwa ein Drittel der Bevölkerung ansässig. Beide Staaten verfügen nicht über die Ressourcen eine eigenständige Strukturpolitik zu betreiben⁶⁸⁴. Im Gegensatz zum Süden Estlands, der eher landwirtschaftlich geprägt ist, ist der Bezirk Ida-Virumaa mit Narva, Kohtla-Järve, Sillamäe etc. sehr stark industrialisiert. Der südliche Landkreis ist also von dem Bedeutungsverlust der Landwirtschaft betroffen, Ida-Virumaa von den Folgen der rückständigen Sowjetwirtschaft. Besonders Ida-Virumaa ist geprägt durch alte Wirtschaftsstrukturen. Der Abbau von fossilen Brennstoffen für die Energiegewinnung, die in diesem Bezirk angesiedelt ist, lässt von einer Mono-Industrie-Region sprechen. Unternehmensansiedlungen aus anderen Bereichen sind die Ausnahme. Durch die Konzentration der Energieindustrie in Ida-Virumaa sind viele Menschen vom Staat abhängig, indem sie in dem noch nicht privatisierten Energiebe-

⁶⁸³ Vgl. Varblane, Urmas: Flows of foreign direct investments in the Estonian economy, in: Varblane, Urmas (Ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.1-30, S.18ff.

⁶⁸⁴ Rand, Sigrid: Die Rolle der Grenze in der regionalen Identitätsbildung aus der Sicht der Regionalelite im Südosten und Nordosten (Setomaa und Ida-Virumaa), in: Brüggemann, Karsten (Hrsg.): Narva und die Ostseeregion, Narva 2004, S. 365-387, S.365.

reich arbeiten. Die Einkommensverhältnisse sind schlechter als im Durchschnitt. Betrachtet man den wirtschaftlichen Raum sozio-geographisch, lässt sich folgendes feststellen: Die Ansiedlungspolitik der UdSSR im Zusammenhang mit industriellen Großprojekten in einigen Regionen des Baltikums hat jetzt zur Folge, dass die ethnischen Minderheiten in ihren Wohnorten schlechtere Chancen haben als z.B. in den prosperierenden Hauptstädten⁶⁸⁵.

Rand geht in ihrer Arbeit in erster Linie auf die Ausbildung regionaler Identitäten ein. In Bezug auf Südestland macht sie deutlich, wie regionale Identitäten helfen sollen, neue Wirtschaftsstrukturen zu schaffen. Ob dies von Erfolg gekrönt wird, ist noch nicht absehbar. Es dominieren weiterhin die Arbeitslosigkeit und die unterdurchschnittliche Entwicklung. Ida-Virumaa hingegen schafft es nicht sich auf eine eigene regionale Identität zu konzentrieren, weil die – wenn auch mehrheitlich russischsprachige – Bevölkerung in sich sehr heterogen ist. Die bedeutendste Industrie ist der Ölschieferabbau, der den größten Teil der estnischen Energie liefert. Die berühmten Kreenholm Werke sind Estlands größter Einzelarbeitgeber (Textilindustrie). Die Region will versuchen, sich dem zunehmenden Tourismus zu öffnen und erhofft sich entsprechende Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung⁶⁸⁶. Gleichzeitig müssen die baltischen Staaten versuchen, in ihre alte Rolle als Brücke zwischen West und Ost, d.h. der EU und Russland (GUS) zu schlüpfen. Angesichts des unberechenbaren Nachbarn erscheint dies schwierig⁶⁸⁷.

Eine Möglichkeit, die Wirtschaftsstrukturen in Estland zu verbessern, d.h. im Wesentlichen eine verbesserte regionale Strukturförderung, bieten die Strukturfonds der Europäischen Union. Cave sieht diese Möglichkeiten aber als unwahrscheinlich an, gibt es in Estland doch noch große verwaltungs-

⁶⁸⁵ OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.144ff.

⁶⁸⁶ Rand, Sigrid: Die Rolle der Grenze in der regionalen Identitätsbildung aus der Sicht der Regionalelite im Südosten und Nordosten (Setomaa und Ida-Virumaa), in: Brüggemann, Karsten (Hrsg.): Narva und die Ostseeregion, Narva 2004, S.365-387, S. 372- 385.

⁶⁸⁷ Der Eindruck der Unberechenbarkeit Russlands gegenüber den baltischen Staaten entstand u.a. während meiner Forschungsaufenthalte in Estland und dem Studium der Tages- und Wochenpresse. In einer freundlicheren Form attestiert dies aber auch die OECD. Vgl. OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.23.

technisch und politisch bedingte Probleme, die es z.B. der Stadt Narva erschweren an diese Fördermittel zu gelangen⁶⁸⁸. Auch ist es fraglich, ob solche Strukturhilfen in Zusammenarbeit mit Russland hilfreich wären. Im Grenzbereich um Narva ist Russland, aber auch Estland im Kleinhandel relativ wichtig, so dass sich grenzüberschreitende Aktivitäten als Mittel der Strukturförderung anbieten würden. Eine derartige Zusammenarbeit ist aber sehr schwierig, weil besonders Russland auf dem Prinzip der staatlichen Souveränität pocht und solche Kooperationsprojekte als Einmischung bzw. Schwächung der Souveränität sieht⁶⁸⁹.

Die estnische Wirtschaft ist soweit in die Weltwirtschaft integriert, dass externe Preisschocks sich nur noch gering auswirken auf die Entwicklung der estnischen Wirtschaft⁶⁹⁰.

Die Kooperation im wirtschaftlichen Bereich zwischen den baltischen Ländern ist nicht sehr ausgeprägt. Besonders während der Russland-Krise 1998 kam es zu protektionistischen Entwicklungen. Obwohl die drei Länder gerne als eine Region betrachtet werden, wird in der ökonomischen Kooperation deutlich, wie sehr sie ihre eigenen Interessen verfolgen. Ob deshalb von einer regionalen baltischen Identität gesprochen werden kann, wie es die OECD tut, erscheint zweifelhaft⁶⁹¹.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen haben für viele inzwischen zu einem verbesserten Lebensstandard geführt. Auf der anderen Seite sind aber besonders die Bürger in den ländlichen Räumen dieser Region und hier besonders ältere Menschen von Armut betroffen⁶⁹² - ein Problem, das sich kurzfristig nicht lösen lassen wird. Auf Dauer kann sich hieraus ein Problem entwickeln, das sich auf die Stabilität des politischen Systems auswirken kann.

⁶⁸⁸ Cave, Andrew: Cross border cooperation and structural funding in the enlarged EU – Opportunities and dangers for Narva, in: Brüggemann, Karsten (Hrsg.): Narva und die Ostseeregion, S.419-436, Narva 2004, S.423f.

⁶⁸⁹Ebd., S.434.

⁶⁹⁰ Meriküll, Jaanika: macroeconomic modelling of the Estonian economy, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle (Eds.): Modelling the economies in the Baltic Sea Region, S.138-166, S.156.

⁶⁹¹OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.9 und S.22f.

⁶⁹²Ebd., S.154.

Estland hat im Vergleich zu Lettland und Litauen bessere Wettbewerbsvorteile. Zwar sind in allen drei Ländern die Werte höherer Schulabschlüsse höher als der Durchschnitt der OECD-Staaten, doch liegt der Wert für Estland mit Hochschulabschlüssen im Gegensatz zu den südlichen Nachbarn höher als der Durchschnitt⁶⁹³. Angesichts der Entwicklung zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft ergeben sich hieraus Potentiale, die genutzt werden können, um hiermit auch in den nächsten Jahren die wirtschaftliche Entwicklung abzustützen.

Die Wettbewerbsfähigkeit besonders in Lettland und Litauen muss weiterhin verbessert werden, rangieren sie in Vergleichen nur vor der Slowakei, Kroatien, Bulgarien, Russland und Rumänien. Estland steht im selben Vergleich direkt hinter Ungarn, Polen und Tschechien, muss seine Wettbewerbsfähigkeit aber auch noch verbessern, um mit westlichen Wirtschaftsnationen konkurrieren zu können. Eine offene Wirtschaft ist zwar eine gute Voraussetzung, aber dauerhaft nicht ausreichend. Berücksichtigt man weitere Vergleichsstudien, zeigt sich die estnische Wirtschaft als am besten ausgebildet. Es besteht sogar die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit der kleineren Ostseeanrainer verbessert, weil sie flexibler auf Entwicklungen der Weltwirtschaft reagieren können⁶⁹⁴.

7.5 Zusammenfassung

In allen drei Ländern wurde in der Mitte der 1990er Jahre der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht. In Lettland fiel der wirtschaftliche Output bis 1995, während die Wende in Estland und Litauen bereits 1994 erreicht war. Dieser Wendepunkt bedeutete aber noch keine Wende zum schnellen Erreichen des Standes von 1989. Bezogen auf das Jahr 1998 hatte Estland jedoch die größten Fortschritte erzielt. Es erreichte 72 %, während Lettland nur 59 % und Litauen 65 % des BIP von 1989 erwirtschaften konn-

⁶⁹³Ebd., S.159.

⁶⁹⁴Paas, Tiiu: Evaluating the competitiveness of the countries in the Baltic Sea Region, in: Paas, Tiiu / tafenau, Egle (Eds.): Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.19-53, S.41-48.

te⁶⁹⁵. Bereits 1998 konnte man also prognostizieren, dass besonders Estlands Wirtschaft sich zu stabilisieren begann, während Lettland weiterhin hinter Estland und Litauen steht. Wie bereits angedeutet durchliefen alle drei Staaten einen tiefgreifenden Strukturanpassungsprozess, der verbunden war mit schweren Einbrüchen der Wirtschaftskraft der jeweiligen Volkswirtschaft. Die Erfolge der drei Länder im wirtschaftlichen Aufholprozess sind enorm. Der Beitritt zur Europäischen Union im Mai 2004 wird diese Entwicklung weiterhin begünstigen. Sie haben im wirtschaftlichen Bereich die notwendigen Institutionen entwickelt. Der Transformationsprozess kann als weitgehend abgeschlossen bewertet werden⁶⁹⁶. Rothacher geht für Estland und eingeschränkt auch für Lettland und Litauen von einer Wiederholung der irischen Erfolgsgeschichte aus, weil diese Länder die notwendigen Struktur-reformen zielstrebig angehen als größere Nachbarstaaten und die ihnen zufließenden Fördermittel besser verteilen, auch weil sie über effizient arbeitende Verwaltungen verfügen⁶⁹⁷. Dies kann natürlich nur eine mögliche Entwicklung sein, allerdings gibt es keine Anzeichen, dass ein gegenteiliger Effekt eintreten wird.

Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in Estland als sehr erfolgreich angesehen werden kann, sind die sozialen Kosten in Form von hohen Armutsraten und sozialer Ausgrenzung am stärksten ausgeprägt⁶⁹⁸. Diese Entwicklung kann nur durch eine weitere positive Entwicklung der estnischen Wirtschaft langfristig beseitigt werden. Gleichzeitig wird Estland durch die feste Bindung der Währung an den EURO und die Zinspolitik, die im Wesentlichen der EURO-Zone entspricht, geschützt. Die heimischen Banken können selbst bei wirtschaftlichen Schocks weiterhin Kredite zu Zinsen vergeben, wie sie in der Eurozone existieren, weil der estnische Finanzmarkt durch die

⁶⁹⁵ Vgl. Gros, Daniel / Steinherr, Alfred: Economic transition in central and eastern Europe. Planting the seeds, Cambridge 2004, S. 108. (Table 4.2. Inflation and output performance in transition economies).

⁶⁹⁶ Ebd., S.326.

⁶⁹⁷ Rothacher, Albrecht: Die EU 25. Chancen und Risiken und politische Folgen der Osterweiterung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5-6 / 2004, S.25-34, S. 27.

⁶⁹⁸ Toots, Anu / Vetik, Raivo: Estland vor dem EU-Beitritt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5-6 / 2004, S.35-40, S.36.

engen Kontakte mit westlichen Finanzmärkten kaum durch inländische Faktoren beeinflusst wird⁶⁹⁹.

Insgesamt sind die drei Länder als wirtschaftlich stabil zu bewerten. Es gibt zwar in Einzelbereichen noch Defizite⁷⁰⁰, diese sind aber nicht mehr ausschlaggebend zur nachhaltigen Stabilisierung der drei Länder. Die drei Staaten werden sich in den folgenden Jahren mit den gleichen Problemen konfrontiert sein, wie ihre westeuropäischen Vorbildstaaten, nämlich der Finanzierung des Sozialstaates, der Arbeitslosigkeit etc. Die wirtschaftlichen Transformationsprozesse sind spätestens nach der Russlandkrise Ende der 1990er Jahre abgeschlossen gewesen, als fest stand, dass die Wirtschaftsreformen (Privatisierung, Hinwendung zum Westen) sich in einer Krise bewährten.

Die Stabilisierung der Wirtschaft zeigt sich auch an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den drei Ländern. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit war in Lettland 1996, in Litauen 2001 und in Estland 2000 erreicht. Allerdings lag die Arbeitslosigkeit in allen drei Ländern lange auf hohem Niveau, so dass von einer Stabilisierung noch nicht gesprochen werden konnte. Erst durch die Entwicklung seit 2000 / 2001 (Litauen) wurde ersichtlich, dass die drei Volkswirtschaften sich dermaßen stabilisiert haben, dass auch die Arbeitslosenquoten sanken. Ebenfalls bis zur Jahrtausendwende war der Trend einer negativen Beschäftigungsentwicklung zu beobachten, die aber seitdem wieder positiv ist. Der Rückgang der Beschäftigung kann mit Emigration und Pensionierungen erklärt werden.

Wie oben bereits dargelegt wurde, sind die Währungsreformen der drei Länder in einem doppelten Sinn erfolgreich gewesen. Zum einen konnten in Verbindung mit einer konsequenten Politik in Estland, Lettland und Litauen die Inflation auf ein tolerierbares Maß gesenkt und die Währungen stabil

⁶⁹⁹ Vgl. Kattai, Rasmus: Analyzing the suitability of the currency board arrangement for Estonia's accession to the EMU, in: Paas, Tiit / Tafenau, Egle: Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.167-205, S.177f.

⁷⁰⁰ Beichelt, Timm: Parties Matter! Parteipolitische Prägung und Reformprofile in den Beitrittsländern zur Europäischen Union, in: Stykow, Petra / Beyer, Jürgen (Hrsg.): Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik, Wiesbaden 2004, S.197-222, S.206f.

gehalten werden. Zum anderen zeigt die Bindung an Leitwährungen, dass die Menschen und Unternehmen Vertrauen in die Währungen gewonnen haben. Was in diesem Fall aber wohl ebenso wichtig ist: Die ausländischen Unternehmen haben ebenfalls Vertrauen in die drei Währungen gewonnen⁷⁰¹; die Effekte förderten die Stabilisierung der drei Ökonomien. Ein zeitlicher Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und geringer Inflation ist nicht erkennbar. Hier besteht allenfalls ein Time-lag. Die Inflationsquoten sind in allen drei Ländern erst einige Jahre nach Erreichen der Talsohle in den einstelligen Bereich übergegangen. Die Einführung fester Wechselkurse führte zu einer Stabilisierung der Inflationsraten auf relativ niedrigem Niveau. Gleichzeitig kann festgehalten werden, dass starke Währungen positive Effekte auf Wirtschaftswachstum und Stabilisierung haben: Damit sind sie ein positiv zu bewertender Faktor für Stabilisierungsprozesse in Transformationsstaaten⁷⁰².

Die erfolgreichen Währungsreformen und die Senkung der Inflationsraten in allen drei Ländern deuten auf einen fehlenden Time-lag hin. Obwohl Estland als erstes seine Währung ohne Vorstufe einführte, war es in der Stabilisierungspolitik nicht führend. Dies hatte gesamtwirtschaftliche Gründe und verweist auf den eingeschränkten, aber weiterhin bedeutenden Stellenwert der Geld- und Währungspolitik. Allerdings ist diese Einschränkung nur für die Anfangszeit zu erkennen. Nach einer längeren Zeitreihe zeigt sich, dass die feste Bindung der baltischen Währungen an Ankerwährungen wichtig für die Stabilisierung der Wirtschaften war. Besonders kleine und offene Marktwirtschaften können von der festen Bindung an eine Ankerwährung in Form von wirtschaftlicher Stabilisierung profitieren⁷⁰³. Dies lässt den Schluss zu, dass auch eine kurzfristige Verspätung der Währungsreform keine mittel- oder langfristigen Folgen haben muss. Wichtiger erscheint die Interdependenz von Währungsreformen und Wirtschaftsreformen. Es gehen

⁷⁰¹ OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.12.

⁷⁰² Vgl. Dulgheru, Luoana Santarossa: Macroeconomic stabilization performance and its relation to structural change, institutional policy design, in: Beyer, Jürgen / Wielgoths, Jan / Wiesenthal, Helmut (eds.): Successful transitions. Political factors of socio-economic progress in postsocialist countries, Baden-Baden 2001, S.64-94, S.76. Dulgheru kommt in seiner Studie zu einem ähnlichen Ergebnis.

⁷⁰³ Vgl. Kattai, Rasmus: Analyzing the suitability of the currency board arrangement for Estonia's accession to the EMU, in: Paas, Tiiu /Tafenau, Egle: Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.167-205, S.174f.

nur Stimuli auf eine restriktive Fiskalpolitik vom Währungsregime aus. Besonders kleine Länder sollten, wenn Währungsstabilität gewünscht ist, ihre eigene Währung an eine stabile Währung anschließen. Die baltischen Staaten bieten hierfür ein geeignetes Beispiel⁷⁰⁴.

In Transformationsprozessen, wie die baltischen Staaten ihn durchlaufen mussten, ist es nicht sinnvoll Zwischenwährungen einzuführen. Erstens ist auch diese Währung von Anfang an eine Zwischenlösung und zweitens, wird als Konsequenz daraus keine Währungs- und Geldstabilität herbeigeführt, die für eine funktionierende und später stabile Wirtschaft benötigt wird.

Bei ähnlichen Politiken der untersuchten Länder ist eine Verzögerung um mehr als ein Jahr nicht gleichbedeutend mit einer verzögerten Konsolidierung. M.a.W. ist der Zeitpunkt der Implementierung einer neuen Währung von geringerer Bedeutung als besonders von der Wirtschaftswissenschaft immer angenommen wurde. Bedeutsamer ist die Konsequenz, mit der die Implementierung durchgesetzt wird. Time-lags in diesem Bereich sind wegen ihrer weitgehend fehlenden Existenz vernachlässigbar.

Die Inflation in allen drei Staaten bewegt sich in kontrollierten Bahnen. Überwiegend Sondereffekte wirken stark erhöhend auf die Preise ein. Bereinigt man die Inflation von externen Einflüssen wie BSE, Steuererhöhungen etc. ist die Preisstabilität in den baltischen Ländern gewährleistet, was ein positiver Faktor für die Konsolidierung der Wirtschaft ist.

⁷⁰⁴Vgl. Gros, Daniel / Steinherr, Alfred: Economic transition in Central and Eastern Europe. Planting the seeds, Cambridge 2004, S.75. und Vgl. Kattai, Rasmus: Analyzing the suitability of the currency board arrangement for Estonia's accession to the EMU, in: Paas, Tiiu /Tafenau, Egle: Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.167-205, S.174f.

8. Ausländische Direktinvestitionen – Ein vernachlässigter Indikator externer Stabilitätsbewertungen

Unter ausländischen Direktinvestitionen (FDI – Foreign Direct Investment) versteht man Kapital und Geldinvestitionen von Gebietsfremden in anderen Wirtschaftsgebieten⁷⁰⁵.

Nach dem Zusammenbruch der osteuropäischen Wirtschaften wurden ausländische Direktinvestitionen als wichtigstes Instrument des Wiederaufbaus des ökonomischen Kapitalstocks gesehen⁷⁰⁶.

8.1 Auswirkungen von FDI auf Transformationsstaaten

FDI sind für Strukturveränderungen ehemaliger Staatswirtschaften notwendig, weil die benötigten Investitionen nicht aus dem vorhandenen Kapital heraus finanzierbar sind. Zu Beginn einer Transformation, wenn die Rechtslage noch unübersichtlich ist und die Zukunftsprognosen ungünstig, gelangen kaum investitive Mittel in einen Transformationsstaat⁷⁰⁷.

In den osteuropäischen Transformationsstaaten generierten die FDI jährlich sogar bis zu 75 % des durchschnittlichen Wachstums seit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes mit anhaltender Wirkung. Insbesondere Neuinvestitionen helfen den Transformationsstaaten, ihr Wirtschaftswachstum und ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu verbessern⁷⁰⁸.

FDI sind für Strukturveränderungen ehemaliger Staatswirtschaften notwendig, weil die notwendigen Investitionen nicht aus dem vorhandenen Kapital heraus finanzierbar sind.

⁷⁰⁵ Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, 13. vollständig überarbeitete Auflage, Bd.1 Wiesbaden 1993, S.268.

⁷⁰⁶ Welfens, Paul J.J.: The growth of the private sector: Privatization and Foreign Direct Investment in Eastern Europe, in: Siebert, Horst: Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.119-166, S.119.

⁷⁰⁷ Vgl. Wunner, Norbert: The political economy of transition. International trade, factor markets imperfections and structural adjustments, Wiesbaden 2000, S.60.

⁷⁰⁸ Vgl. Neuhaus, Marco: Direktinvestitionen. Der Wachstumsmotor in Mittel- und Osteuropa, in: Deutsche Bank Research: EU-Monitor, Nr. 26, 24. Juni 2005, S.14-20.

Dulgheru resümiert, dass FDI dort einen starken Aufschwung zeigen, wo die Privatisierung und die Konsolidierung (Stabilisierung) am weitesten fortgeschritten sind⁷⁰⁹. Ausländische Investoren benötigen aber auch ansprechende Rahmenbedingungen, sonst werden sie ihr Kapital woanders investieren oder am Finanzmarkt anlegen⁷¹⁰.

In Estland, einem Transformationsstaat mit einer der höchsten Pro-Kopf-Rate bei FDI, begannen die Investitionen erst zu fließen, als kurz nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit Gesetze erlassen wurden, die Ausländern das Recht einräumten, erzielte Gewinne aus Estland heraus zu transferieren, die Mehrheit einer Gesellschaft zu halten und vor willkürlicher Enteignung geschützt zu sein; außerdem wurden Steuerbegünstigungen für ausländische Investoren eingeführt⁷¹¹. Entsprechende Rahmen müssen also gesetzt werden, sonst sind Investoren nicht bereit, ihr Kapital zu riskieren.

Für Ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment – FDI) in den Transformationsstaaten liegen drei Hauptmotive zugrunde. Die Erschließung bisher aus politischen Gründen verschlossener Märkte, musste bewerkstelligt werden. Niedrigere Produktionskosten (Arbeitskosten) und Beteiligungsmöglichkeiten an Infrastrukturunternehmen und Projekten (Straßenbau, Telekommunikationsbranche, Energiewirtschaft etc.)⁷¹² sind weitere Motive für Investitionen.

Ausländische Direktinvestitionen sind besonders für kleinere Staaten bedeutungsvoll, diese können nämlich ihre Wirtschaftsstruktur durch FDIs besser

⁷⁰⁹ Dulgheru, Luoana Santarossa: Macroeconomic stabilization performance and its relation to structural change, institutional policy design, in: Beyer, Jürgen / Wielgohs, Jan / Wiesenthal, Helmut (eds.): Successful transitions. Political factors of socio-economic progress in postsocialist countries, Baden-Baden 2001, S.64-94, S.76f.

⁷¹⁰ Vgl. Tiirmaa-Klaar, Heli: International competitiveness and the role of government in the globalised world economy, in: Kasekamp, Andres (Ed.): The Estonian foreign policy yearbook 2005, Tallinn 2005, S.155-174, S.159.

⁷¹¹ Vgl. Vitsur, Endel: Investment policy and development of foreign direct investments, in: Lugus, Olev / Hachey, George A., Jr.: Transforming the Estonian economy, Tallinn 1995, S.208-225, S.211f.

⁷¹² Rothacher, Albrecht: Im wilden Osten. Hinter den Kulissen des Umbruchs in Osteuropa, Hamburg 2002, S.18.

reformieren und die Bevölkerung profitieren lassen, als es z.B. Staaten wie Russland oder der Ukraine möglich wäre⁷¹³.

8.2 FDI als Stabilisierungsindikator

FDIs haben einen doppelten Einfluss auf wirtschaftliches Wachstum. Sie bringen Geld und technologisches Know-how und integrieren die Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft. Gleichzeitig animieren sie die wirtschaftliche Tätigkeit einheimischer Unternehmen in Form von spill-overs zur Steigerung der Produktivität und der Restrukturierung der Unternehmen, um an dem technologischen Transfer zu partizipieren⁷¹⁴. Positive spill-over-Effekte erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit von einheimischen Unternehmen und tragen somit zur makroökonomischen Stabilisierung bei.

Ohne massive Unterstützung des Wachstums durch FDI kann Massenarbeitslosigkeit entstehen, was indirekt die wirtschaftliche Transformation und letztendlich die politische Transformation in Frage stellen bzw. verlangsamen würde⁷¹⁵. Dies wiederum könnte zu einer Destabilisierung des Landes führen können. Ausländische Direktinvestitionen sind für die Restrukturierung von realsozialistischen Planwirtschaften bedeutsam, weil sie den Prozess beschleunigen und die Effizienz, die Wettbewerbsfähigkeit und damit den Stabilisierungsprozess beschleunigen⁷¹⁶.

An Kapitalmärkten wird die Wettbewerbsfähigkeit von einzelnen Industrien besonders deutlich durch den Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen⁷¹⁷. Je mehr Investitionen also in einen bestimmten Sektor gelangen,

⁷¹³ Lagemann, Bernhard: Strukturwandel und Strukturpolitik in osteuropäischen Transformationsländern, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien 1998, S.242-257, S.251.

⁷¹⁴ Vgl. Männik, Katrin: The role of foreign direct investments in technology transfer to Estonia, in: Varblane, Urmas: Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.175-268, S.175ff.

⁷¹⁵ Hannula, Helena: Restructuring the Estonian economy and the role of FDIs in it, in: Varblane, Urmas (ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.91-174, S.150f.

⁷¹⁶ Ebd., S.109ff. Diese These trifft natürlich nicht immer zu.

⁷¹⁷ Reiljan, Janno / Tamm, Dorel: An analysis of an industry's competitiveness: The case of the Estonian agricultural sector, Tartu 2005, S.17.

desto höher erscheint die Wettbewerbsfähigkeit und mit diesem Topos verbunden die Stabilität eines Sektors bzw. der gesamten Wirtschaft und des politischen Systems.

Der Bezug auf ausländische Direktinvestitionen als Möglichkeit den Fortschritt osteuropäischer Staaten ihrer Transformation zu bewerten wurde u.a. bereits von Wagener unter Einbeziehung des tschechischen Beispiels angewendet. Er wies damit nach, dass die Attraktivität der Transformationsstaaten an ihrem Transformationserfolg, d.h. entsprechender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und allgemeiner Stabilität, gemessen werden. Estland lag Ende der 1990er Jahre hiernach unter den ersten fünf, der osteuropäischen Transformationsstaaten⁷¹⁸.

Aber nicht die Produktionskosten alleine sind für westliche Unternehmen ausschlaggebend für ein Investment in den baltischen Staaten. Zahlreiche Faktoren beeinflussen den Strom von FDI in die Transformationsstaaten Osteuropas, von denen hier aber nur die stabilitätsorientierten Faktoren Berücksichtigung finden sollen⁷¹⁹. Die politische und finanzielle Sicherheit sowie die Stabilität zählen zu den wichtigsten Entscheidungskriterien für investitionsbereite Unternehmen⁷²⁰. Aus dem Entscheidungskriterium der politischen und Finanzmarktstabilität lässt sich m.E. die These ableiten, dass ein Transformationsstaat als stabil zu bewerten ist, wenn er über Jahre einen steigenden Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) erhält. Umgekehrt würde die These lauten: Ein Staat und eine Volkswirtschaft, in die nur geringe FDIs fließen, wird von externen Akteuren als nicht stabil angesehen. Die Schwäche dieser These liegt in der fehlenden Eindeutigkeit vorhandener Daten. Die FDIs werden statistisch zwar erfasst, aber sie geben keine Informationen über weitere Motive der Investition – die Daten können

⁷¹⁸Wagener, Hans-Jürgen: Rückkehr nach Europa, in: Nutzinger, Hans G. (Hg.): Osterweiterung und Transformationskrisen, Berlin 2000, S.93-117, S.110ff.

⁷¹⁹ Reiljan führt eine ganze Liste von unterschiedlichen Determinanten für ausländische Direktinvestitionen an. Vgl. Reiljan, Ele: Determinants of foreign direct investment inflows in Estonia, in: Varblane, Ürmas (Ed.): Foreign direct investment in the Estonian economy, Tartu 2001, S.31-90, S.44-61.

⁷²⁰ Larimo, Jorma / Miljan, Mait / Sepp, Jüri / Sorg, Mart: Foreign Direct Investment in Estonia, HWWA-Report 172, Hamburg 1998, S. 23ff.; Vgl. A. Welfens, Paul J.J.: The growth of the private sector: Privatization and Foreign Direct Investment in Eastern Europe, in: Siebert, Horst: Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S. 119-166, S.157.

als Ausdruck der Stabilität nur bedingt herangezogen werden. Angesichts der Schwäche aller Werte ist dies aber zu vernachlässigen, da FDIs nur ein Datensatz sind, um die Stabilität eines politischen und wirtschaftlichen Systems zu bewerten. Allerdings wird Unternehmen nachgesagt, sie handelten sehr rational und gewinnorientiert (Share-Holder-Value-Ansatz). Diese Rationalität unterstellt aber wenigstens die Bedeutung von FDI-Daten. Unternehmen werden nicht aus Solidarität oder Sympathien in den baltischen Ländern investieren, sondern weil sie erfolgreich in einem stabilen Umfeld wirtschaften wollen. Offensichtlich scheinen die baltischen Staaten für ausländische Investitionen sehr anziehend zu sein, denn in den Jahren 1993-1999 erhielten sie gemessen am BIP den höchsten Anteil an FDI der osteuropäischen Transformationsstaaten⁷²¹. In den baltischen Staaten, wie auch in anderen osteuropäischen Transformationsstaaten wie Ungarn oder Polen, waren und sind FDI wichtige Finanzierungsmethoden der Wirtschaftstransformation⁷²².

8.3 FDI im Privatisierungsprozess der baltischen Staaten

In allen baltischen Staaten waren ausländische Direktinvestitionen von Bedeutung für die Restrukturierung und Privatisierung der jeweiligen Volkswirtschaften. Während der Privatisierung waren FDIs besonders in Estland angesiedelt. In einem geringeren Umfang trifft dies auch auf Lettland zu, während in Litauen FDIs eher die Ausnahme statt die Regel waren⁷²³. Bis Ende der 1990er Jahre waren fast 40 % der Investitionen durch Ausländer zustande gekommen (Estland). Diese Investitionen fanden aber nicht nur im Bereich der Großunternehmen statt, sondern insbesondere im kleinen Sektor, um Zugang zu den baltischen Staaten zu erhalten. Die Form der markterschließenden Direktinvestitionen sind ein allgemeines Charakteristikum der Anfangszeit in Transformationsstaaten und begründen sich u.a. mit dem

⁷²¹ Vgl. Garibaldi, Pietro / Mora, Nada / Sahay, Ratna / Zettelmeyer, Jeromin: What moves capital to transition economies?, in: IMF Staff Papers, Vol. 48, Special Issue 2001, S.109-145, S.114f.

⁷²² Sereda, Artur: Key reasons, why investors should invest in Estonia, in: Baltic Horizons. Analyses, chronologies, documents and forecasts on current development in Estonia, Latvia and Lithuania, No. 1 (100), May 2004, Tallinn 2004, S.126-139, S. 137.

⁷²³ OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.129f.

Vorteil des Erstinvestors auf dem entsprechenden Markt⁷²⁴. Aufsehererregender sind aber natürlich die großen Unternehmen. Ähnlich sieht es in Lettland aus, wo allerdings die Hauptinvestitionen in Infrastrukturbereiche flossen. In Litauen gab es besonders in diesem Bereich politisch-ideologische Bedenken gegen einen „Ausverkauf“ an das Ausland⁷²⁵, was wiederum zu einem Rückstand gegenüber Estland und Lettland führte.

8.4 Zufluss von FDI in die baltischen Volkswirtschaften

In den Jahren 1989-1994 gelangten nur relativ wenig Direktinvestitionen in die baltischen Länder. Grund waren neben weltwirtschaftlichen Entwicklungen auch die kleinen Märkte der drei Länder, Unsicherheiten allgemeiner Art, aber sicherlich auch fehlendes Vertrauen in die Stabilität dieser Länder und damit ein zu hoch eingeschätztes Investitionsrisiko. Die hohen Durchschnittswerte Estlands im Vergleich zu Lettland und Litauen sind u.a. auf das Engagement Finnlands und Schwedens in diesem Land zurückzuführen.

Tab.: 26 FDI in Mio. US-\$

	'89-94	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Estland	153	202	151	267	581	305	398	542	284	891	926
Lettland	95	180	382	521	357	348	407	164	254	300	647
Litauen	24	73	152	355	926	486	379	446	732	179	773

Quellen: World Investment Report 2001 (S.321), 2003 (S. 268), 2005 (S.335)⁷²⁶.

In Lettland wurden 1993 erstmals Parlamentswahlen nach der Unabhängigkeit durchgeführt, und damit gab es noch politische Unsicherheiten, in welche Richtung der Weg geht. In Litauen lagen sicherlich ähnliche Gründe vor, regierten dort doch seit 1992 die Reformkommunisten unter Brazaus-

⁷²⁴ Vgl. Reiljan, Ele: Determinants of foreign direct investment inflows in Estonia, in: Varblane, Urmas (Ed.): Foreign direct investment in the Estonian economy, Tartu 2001, S.31-90, S.43f.

⁷²⁵ OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.131f.

⁷²⁶ Zwar gibt es in der offiziellen Berechnung von FDI statistische Unterschiede, doch sind die vorhandenen Daten ausreichend, um Strukturen erkennen und bewerten zu können. Vgl. Borrmann, Christine: Methodological Problems of FDI statistics in accession countries and EU countries, HWWA Report 231, Hamburg 2003, S.11ff., 18f.

kas. Entsprechend kann hier von Richtungsunsicherheiten ausgegangen werden. Die geringen Investitionen sind aber sicher auch durch die damals noch nicht vollendeten Privatisierungen, fehlende Rahmenbedingungen für ausländische Investoren, hohe Inflationsraten etc. zu erklären. Das Bündel an möglichen Erklärungen ist zu vielfältig, um FDI als eindeutigen Indikator heranzuziehen. Dieser Indikator sollte also höchstens unterstützend / begleitend eingesetzt werden.

Weiter lässt die Entwicklung der FDI erkennen, dass Investoren vor einem Engagement in Lettland etwas vorsichtiger waren und sind. Erst mit dem Beitritt zur Europäischen Union erhöhte sich in Lettland die Summe der Direktinvestitionen signifikant. Der EU-Beitritt scheint für ausländische Investoren ein Zeichen für stabile Verhältnisse zu sein und wirkte sich in allen drei Ländern positiv auf die Summe der Direktinvestitionen aus. Durchschnittlich investierten ausländische Unternehmen in Estland zwischen 1995 und 2004 455 Mio. US-\$ pro Jahr. In Litauen waren es 450 Mio. US-\$ und in Lettland nur 356 Mio. US-\$ pro Jahr. Wie gering das Vertrauen in Lettland war, zeigt u.a. auch der Vergleich mit dem nur knapp halb so großen Estland, dass in der Tendenz immer höhere Investitionssummen akkumulieren konnte. Eine weitere Ursache für die Zurückhaltung bei FDI findet sich in der Politik Lettlands. Besonders die LNNK hat lange Jahre die Ansiedlung von ausländischen Unternehmen und FDIs gefährdet. Ihre ablehnende Haltung gegenüber dem freien Grunderwerb⁷²⁷ hielt ausländische Unternehmen davon ab, sich anzusiedeln, bedingt fehlendes Eigentum an Boden doch einen höheren Grad an Planungsunsicherheiten. Es fehlen jedoch Erhebungen, aus denen sich ableiten ließe, warum sich Unternehmen in Lettland niedergelassen haben.

Die Entwicklung der FDI in den baltischen Länder lassen keine eindeutige Beurteilung zu, ab welchem Zeitpunkt die Länder bzw. die Volkswirtschaften politisch als stabilisiert galten. Die wirtschaftliche Stabilisierung ist hingegen einfacher zu identifizieren. In Lettland ist dies spätestens 2004 der Fall gewesen, allerdings lässt sich auch festhalten, dass 2001 der niedrigste

⁷²⁷ Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke, London 1999, S. 183.

Wert der Summe der ausländischen Direktinvestitionen seit 1995 erreicht wurde. Dies kann aber auch als ein andersartig bedingter Einbruch bewertet werden. Sollte dies der Fall sein, kann spätestens ab 2002 von Stabilität gesprochen werden, denn auch in diesem Fall wurde der Wert nicht mehr unterschritten. Es ist aber nicht so eindeutig zu klären wie im estnischen Fall. In Estland ist die wahrgenommene Stabilisierung spätestens ab 1997 eingetreten, denn die Summe der FDI's von 1997 (267 Mio. US-\$) wurde seitdem nicht mehr unterschritten. Für Litauen lässt sich ab 1999 von Stabilität sprechen. Auch hier wurde der Wert nur noch einmal unterschritten. Der Einbruch 2003 mag auch mit der institutionellen Krise Litauens wegen des Impeachmentverfahrens gegen den damals amtierenden Staatspräsidenten Rolandas Paksas zusammenhängen⁷²⁸. Auch muss berücksichtigt werden, dass Unternehmen ihre Investitionen nicht kurzfristig umsetzen, sondern einen Planungszeitraum benötigen. Entsprechend könnte argumentiert werden, dass Unternehmen die Länder bereits vor den von mir genannten Punkten als stabil angesehen haben. Dieser Einwand wäre sicherlich berechtigt, allerdings sind die durchschnittlichen Investitionsvorläufe nicht ermittelbar, und somit sind die Statistiken ein weiterhin geeigneter Maßstab.

Um aber ein genaueres Abbild ausländischer Direktinvestitionen zu erhalten, ist es angebracht, die Pro-Kopf-Daten heranzuziehen. Die Verwendung von Pro-Kopf-Daten erscheint sinnvoll, weil hierdurch die Verteilung der Investitionssumme auf die verschiedenen Länder besser dargestellt werden kann.

Tab.: 27 FDI pro Kopf in US-\$

Land	'89-94	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Estland	113	149	111	196	427	224	292	399	209	655	681
Lettland	40	76	162	221	151	148	173	70	108	127	274
Litauen	7	21	44	102	266	140	109	128	210	51	222

⁷²⁸ Zum Impeachmentverfahren vgl.: Baltic Horizons No.1 (100), May 2004, S.1f.

Eigene Berechnungen. Zugrundegelegte Daten aus vorheriger Tabelle: Der Divisor entspricht der Bevölkerung von Estland (1,36), Lettland (2,36) und Litauen (3,48) aus dem Jahr 2002⁷²⁹.

Durch die Analyse der Pro-Kopf-Daten lässt sich erkennen, dass Investoren Estland den anderen beiden Staaten gegenüber den Vorzug geben, obwohl diese größere Märkte bereithalten. Man kann unterstellen, dass die geringeren Pro-Kopf-Investitionen in Lettland und Litauen auf institutionelle Instabilitäten im wirtschaftlichen und politischen Bereich zurückzuführen sind. Es besteht m.E. sogar eine hohe Wahrscheinlichkeit für meine These. Besonders in den Jahren 2003 und 2004 summierten sich die Pro-Kopf-Investitionen in Estland dreimal so hoch bzw. doppelt so hoch wie in Lettland und Litauen. Alleine diese Tatsache, dass das kleinste Land dieser Analyse die meisten FDI anzieht, deutet auf eine bessere Stabilitätswahrnehmung durch die Unternehmen hin. Es wird aber auch deutlich, dass Litauen in den vergangenen Jahren einen deutlichen Aufholprozess einleiten konnte. Dieser Aufholprozess ist hauptsächlich durch die Verbesserung der Möglichkeiten ausländischer Investoren im Rahmen der litauischen Privatisierung zu erklären⁷³⁰

Werden die einzelnen Jahre für eine Bewertung herangezogen, so zeigt sich, dass Lettland in den meisten Jahren immer einen höheren Pro-Kopf-Anteil hatte als Litauen. Investoren sehen also entsprechend meiner These Litauen als instabiler an. Es ist aber eindeutig, dass Estland unter Berücksichtigung der Pro-Kopf-Werte als der stabilste Staat gelten muss, weil Investoren soviel Vertrauen haben und in dieses Land investieren.

Erstellt man einen Vergleich mit anderen osteuropäischen Transformationsstaaten, so wird das Ergebnis bezüglich Estlands ebenfalls bestätigt. Die kumulierte Summe der Pro-Kopf-Investitionen zwischen 1992 und 1999 lag in Estland bei ca. 1350 US-\$. Nur Tschechien und Ungarn erzielten bessere Werte mit 1500 bzw. 1700 US-\$ im selben Zeitraum. Lettland befand sich

⁷²⁹ Der Bürger im Staat: Die baltischen Staaten, Jg. 54, Heft 2/3 2004, S.87. Durch die Verwendung einer anderen Bevölkerungszahl kann es zu geringfügigen Abweichungen mit anderen Berechnungen anderer Autoren kommen, die sich ebenfalls auf den World Investment Report stützen.

⁷³⁰ Vgl. Böllhoff, Uta: 10 Jahre Systemtransformation in den baltischen Staaten, Freiburg i. Br. 2002, S.83ff.

ungefähr gleichauf mit Polen (769:779 US-\$), während Litauen (559 US-\$) zwischen Slowenien und der Slowakei angesiedelt war (647:395 US-\$).⁷³¹

Sereda führt auf, warum die Region des Baltikums insbesondere Estland für ausländische Unternehmen von Interesse sei und ausländische Unternehmen investieren wollten. Zu den Vorteilen für westliche Investoren wird die Lage zwischen Ost und West genannt. Bedeutender aber sind die gute Ausbildung der (estnischen) Arbeitskräfte und die hohe Produktivität bei gleichzeitig geringen Kosten. Hinzu kommt ein einfaches Steuersystem, das mit seinem linearen Steuersatz sehr einfach ist und die Befreiung von Re-investierten Gewinnen von der Steuer vorsieht⁷³². Die Deutsch-Baltische Handelskammer (AHK) in Tallinn verweist angesichts dieser Vorteile aber darauf, dass die südlichen Nachbarn ähnliche Steuersysteme haben, die sogar noch günstiger sind⁷³³.

Die baltischen Länder insgesamt konnten durch ihre zuvor eher schlechte Struktur nach der wiedererlangten Unabhängigkeit vom schnellen Fortschritt z.B. in der Datenübertragung profitieren und ein neues, modernes Netz aufbauen⁷³⁴.

Ob die baltischen Länder weiterhin so im gleichen Ausmaß FDI einwerben können muss offen bleiben. In Estland gibt es zu viele unerschlossene Grundstücke, die gleichzeitig nur zu hohen Preisen erworben werden können gleichzeitig kommt es zu einer Verknappung von qualifizierten Arbeitskräften⁷³⁵. Trotzdem ist das Klima in allen drei Staaten für ausländische

⁷³¹Reiljan, Ele: Determinants of foreign direct investment inflows in Estonia, in: Varblane, Urmas (Ed.): Foreign direct investment in the Estonian economy, Tartu 2001, S.31-90, S.60.

⁷³²Sereda, Artur: Key reasons, why investors should invest in Estonia, in: Baltic Horizons. Analyses, chronologies, documents and forecasts on current development in Estonia, Latvia and Lithuania, No. 1 (100), May 2004, Tallinn 2004, S.126-139, S. 130ff. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union hat die Zeitschrift eine neue Zählung begonnen. Statt Ausgabe 100 wird wieder bei Nummer 1 begonnen (d. Verf.).

⁷³³in: Baltische Rundschau, Nr. 3, 2005, S.7. Dr. Tischer von der AHK versucht das estnische Steuersystem anschaulich darzustellen und bezeichnet die Steuererklärung auf dem Bierdeckel als estnische Realität.

⁷³⁴Sereda, Artur: Key reasons, why investors should invest in Estonia, in: Baltic Horizons. Analyses, chronologies, documents and forecasts on current development in Estonia, Latvia and Lithuania, No. 1 (100), May 2004, Tallinn 2004, S.126-139., S.137.

⁷³⁵Baltische Rundschau, Nr. 3, 2005, S.7.

Direktinvestitionen als gut zu bezeichnen, besonders da sie durch den EU-Beitritt ihre Wettbewerbsfähigkeit auf diesem Markt ausspielen können.

Die Wettbewerbsfähigkeit Estlands wurde im Forschungs- und Entwicklungsbereich (F&E) besonders durch Spill-Over-Effekte von FDI's verbessert. Hiervon profitierte vor allem die lokale Wirtschaft⁷³⁶. Das wohl bekannteste Beispiel der verbesserten F&E stellt das Estonian Genome Project dar, dessen Ziel, eine im Biotechnologiesektor angesiedelte Hochtechnologie, einer Verbesserung der estnischen Wirtschaft dienen soll. Diese Effekte können aber erst in vielen Jahren sichtbar werden⁷³⁷, obwohl besonders der Hochtechnologiesektor durch ausländische Investitionen beeinflusst ist⁷³⁸.

Es lassen sich aber noch andere Gründe für Investitionen finden. Ausländische Unternehmen können in Transformationsstaaten folgende Aspekte vorfinden: Es gibt Märkte, die durch einen entsprechenden Mitteleinsatz leicht zu monopolisieren sind: Zugang zu Rohstoffen, geringere Lohnkosten, Marktanteile besonders im Zuge des nachholenden Konsums⁷³⁹. Aus einem Gespräch mit dem Abgeordneten des Riigikogu und Professors für Wirtschaftswissenschaften (Janno Reiljan) im Oktober 2005 ging eine entsprechende Motivation westlicher Unternehmen als bestätigt hervor. Unternehmen versuchen, die kleinen baltischen Märkte durch Investitionen zu erobern und verdrängen natürlich dadurch teilweise auch einheimische Unternehmen⁷⁴⁰. Die dominierenden estnischen Banken Ühisbank und Hansapank sind beide mehrheitlich im Besitz schwedischer Banken. Diese FDI haben aber gleichzeitig auch geholfen, den Bankensektor abschließend zu stabilisieren, wenngleich derartige Tendenzen bereits durch die Setzung von

⁷³⁶ Männik, Katrin: The role of foreign direct investments in technology transfer to Estonia, in: Varblane, Urmas: Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.175-268, S.179.

⁷³⁷ Kattel, Rainer / Anton, Riivo: The Estonian Genome project and economic development, in: TRAMES, 2004, 8 (58/53),1/2, S.106-128, S. 123f.

⁷³⁸ Männik, Katrin: The role of foreign direct investments in technology transfer to Estonia, in: Varblane, Urmas: Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.175-268, S.196ff.

⁷³⁹ Hopfmann, Arndt: Transformation zu einem ostmitteleuropäischen Kapitalismus?, in: Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zur Theorie und Empirie mittel- und osteuropäischer Systemwechsel, Münster o.J., S.65-111, S.96f. Der nachholende Konsum ist unübersehbar. Bei bloßer Augenscheinbetrachtung vor Ort fällt die Dominanz westlicher Konsumgüter auf (R.W.).

⁷⁴⁰ Gespräch mit Janno Reiljan, 12.10.2005 im Riigikogu.

Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber präjudiziert waren. Die Bankensysteme in allen baltischen Staaten können als stabilisiert gelten, so dass sie ihre Funktion, die Zusammenführung der Partner des Wirtschaftskreislaufs, gut erfüllen können⁷⁴¹ und gleichzeitig auch ausländischen Unternehmen Stabilität für Investitionen anzeigen.

Ele Reiljan weist auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Stabilität und Zufluss ausländischer Direktinvestitionen hin. Allerdings verkürzt sie diesen Zusammenhang u.a. auf die Inflationsbekämpfung und die Haushaltspolitik. Staaten mit hoher Inflation und unausgeglichenem Haushalt sind hiernach bei der Einwerbung von FDI benachteiligt, weil das Risiko für den Investor zu hoch erscheint und erst mit dem Erreichen eines niedrigen Inflationsniveaus und eines ausbalancierten Haushalts FDI getätigt werden⁷⁴². Allerdings, und dies muss wohl auch für die beiden südlichen Nachbarn Estlands Geltung finden, weisen Umfragen nach, dass ausländische Unternehmen der politischen Stabilität ein großes Gewicht beimessen, und diese ihre Investitionsbereitschaft steigert. In den Jahren 1997-2000 stieg die Bedeutung der politischen Stabilität kontinuierlich an, und auch die Einschätzung der Investoren über die Entwicklung der politischen Stabilität seit 1997 wird überwiegend positiv bewertet. Nur eine geringe Zahl von Investoren attestierte Estland eine Wendung zum Schlechteren⁷⁴³ und macht am Beispiel Estland explizit deutlich, dass ausländische Unternehmen Estland bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre als politisch soweit stabilisiert sahen, dass sich Investitionsrisiken in einem vertretbaren Rahmen bewegten.

Günstige Rahmenbedingungen für ausländische Investoren begünstigen den Kapitalzufluss in Transformationsstaaten wie die baltischen Länder⁷⁴⁴.

⁷⁴¹ Vgl. Zirnask, Villu: 15 Years of new Estonian Banking, Tallinn 2002.

⁷⁴² Vgl. Reiljan, Ele: Determinants of foreign direct investment inflows in Estonia, in: Varblane, Urmas (Ed.): Foreign direct investment in the Estonian economy, Tartu 2001, S.31-90, S.46ff..

⁷⁴³ Ebd., S. 65 und S.70ff.

⁷⁴⁴ Vgl. Garibaldi, Pietro / Mora, Nada / Sahay, Ratna / zettelmeyer, Jeromin: What moves capital to transition economies?, in: IMF Staff Papers, Vol. 48, Special Issue 2001, S.109-145, S.129ff.

Zu den größten ausländischen Investoren in Litauen gehörten internationale Konzerne wie Philip Morris (Altria Group), Statoil, Shell oder Motorola⁷⁴⁵. Obwohl Litauen nur einen vergleichbar geringen Anteil an russischen Einwohnern hat, bestand die Befürchtung durch russische Direktinvestitionen in Abhängigkeit von Russland zu geraten⁷⁴⁶. Es bestehen kaum Gründe, warum dieser Befund nicht auch für Lettland und Estland gelten sollte, deren außenpolitisches Verhältnis mit Russland u.a. wegen der großen Minderheiten gespannt ist. Großinvestitionen im Zuge der Privatisierung führten in den Statistiken zu deutlichen Steigerungen. Die Übernahmen im Bankensektor durch ausländische Unternehmen und in anderen hochpreisigen Segmenten erhöhen natürlich deutlich die Summe der FDI⁷⁴⁷.

„Latvia is faced to build capitalism without capital“⁷⁴⁸. So könnte die ganze Problematik einer heruntergewirtschafteten Volkswirtschaft sowjetischen Typs lauten. Die baltischen Länder brauchten also dringend Investoren, um ihre Wirtschaften auf den modernen Stand zu bringen, ihre Exportchancen zu verbessern und Kapital in das Land zu bringen. International herrscht ein scharfer Wettbewerb für FDIs. Dies war und ist auch der lettischen Wirtschaftspolitik bewusst. Deshalb orientiert sich die Politik an der Attraktivität des Standortes Lettland. Ausländische Investoren können sich, sofern es zwischen beiden betroffenen Staaten Abkommen über den gegenseitigen Schutz von Investitionen gibt, wie lettische Personen (natürliche und juristische) verhalten und unterliegen nur wenigen grundsätzlichen Restriktionen seitens des lettischen Staates⁷⁴⁹. Lettland hat sich frühzeitig daran gemacht, für ausländische Investoren attraktiv zu werden und ist bereit, auf Steuereinnahmen zu verzichten, um über Umwege (Arbeitsplätze, daraus resultierende Steuereinnahmen und Sozialabgaben) die Gesamtsituation zu verbessern. Gleichzeitig versucht Lettland mit einer staatlichen Agentur (Latvian

⁷⁴⁵ Bormann, Christine / Plötz, Peter: Litauen. Die Rolle des Staates in den Waren und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen sowie in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur, HWWA-Report 176, Hamburg 1998, S.35.

⁷⁴⁶ OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assesment, Paris 2000, S.132.

⁷⁴⁷ Vgl. Varblane, Urmas: Flows of foreign direct investments in the Estonian economy, in: Varblane, Urmas (Ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.1-30, S3f.

⁷⁴⁸ Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke and London 1999, S.65.

⁷⁴⁹ Ebd., S. 65ff.

Development Agency), in der alle notwendigen Kompetenzen konzentriert sind, den Investoren den Einstieg in Lettland zu erleichtern, d.h. die Agentur bietet allgemeine Informationen für Interessenten bis zu individueller Begleitung des Investors⁷⁵⁰.

Ein Problem ist jedoch offensichtlich: Die meisten Investitionen gehen und gingen in die Hauptstadt und die nähere Umgebung⁷⁵¹. Das Hinterland gerät somit zunehmend ins Hintertreffen, was einer ländlichen Bewegung in die Stadt besonders der jungen Menschen zur Folge hat und die ländlichen Gebiete vergreisen lässt und technologisch unterentwickelt lässt. Eine Entwicklung, die langfristig gebremst werden muss.

Auffällig sind die ausländischen Direktinvestitionen bei einer regionalen Betrachtungsweise, die auch Auswirkungen auf die Handelsströme (Importe / Exporte) haben. Besonders aus dem Ostseeraum flossen und fließen Direktinvestitionen in die baltischen Länder. Dies führt gleichzeitig zu einer verstärkten wirtschaftlichen Integration der drei Länder in die westliche Wirtschaft und bringt ihnen Know-How und Kapital sowie Produktivitätssteigerungen und erleichterte Marktzugänge in die westlichen Industrienationen⁷⁵².

Am Beispiel Estlands sei gezeigt, wie sehr die baltischen Staaten von ausländischen Kapitalzuflüssen und Investitionen abhängig waren und es auch heute in verschiedener Hinsicht noch sind, um ihre Volkswirtschaften zu stabilisieren. Estland erhielt von verschiedenen Geldgebern (Staaten, Weltbank etc.) Zusagen über 250 Mio. US-\$ (Stand 1994). Diese Mittel wurden benötigt für Infrastrukturinvestitionen sowie Reformen des Kapital- und Finanzmarktes⁷⁵³. Diese finanziellen Zuwendungen hätte Estland kurzfristig nicht aufbringen können, und die wirtschaftliche Transformation wäre vermutlich stark verlangsamt worden, wenn es nicht sogar zu einer Instabilität

⁷⁵⁰ Ebd., S. 67f.

⁷⁵¹ Ebd., S. 68.

⁷⁵² Vgl. Paas, Tiiu / Tafenau, Egle: The Baltic Sea Region's role in trade integration, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle (Eds.): Modelling the economies of the Baltic Sea Region, S.92-115, S.93ff.

⁷⁵³ Vitsur, Endel: Investment policy and development of foreign direct investments, in: Lugus, Olev / Hachey, George A., Jr.: Transforming the Estonian economy, Tallinn 1995, S.208-225, S.222.

des gesamten Systems gekommen wäre. Ein Vergleich mit Albanien wäre für andere Arbeiten vielleicht sinnvoll, liegen doch Gemeinsamkeiten vor (kleine Länder, Transformationsstaaten der Dritten Welle in Osteuropa). Weitere Spekulationen sollen an dieser Stelle nicht gemacht werden, weil sie kontrafaktisch sind. Ein Verweis auf mögliche andere Entwicklungen möge ausreichend demonstrieren, wie bedeutsam FDIs für die Stabilisierung von Transformationswirtschaften sind.

Die Strukturen der jeweiligen Volkswirtschaften wurden besonders in Estland von FDI geprägt. Entsprechend einer allgemeinen Entwicklung flossen die meisten Direktinvestitionen 1997 in den tertiären Sektor (62 %). Dieser Wert für das Jahr 1997 liegt deutlich über den Daten für andere ehemalige Ostblockstaaten (mit Ausnahme Ungarns)⁷⁵⁴. Die Investitionen besonders in diesem Bereich lassen sich durch die Rohstoffarmut Estlands erklären, die weitestgehend auch auf Lettland und Litauen zutrifft.

Ein Grund, warum neben Polen und Ungarn besonders Estland zu den erfolgreichsten Investitionsorten gehört, liegt in der Reformpolitik der ersten freien Regierungen begründet. Ähnlich wie Ungarn schuf Estland sofort günstige Rahmenbedingungen für ausländische Investoren, um die Wirtschaft zu restrukturieren, und begründete hiermit den ersten Schritt auf dem Weg zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Wirtschaft⁷⁵⁵, der in Lettland und Litauen etwas später einsetzte.

Ein ‚Nachteil‘ von FDIs ist die Auswirkung auf die Außenhandelsbilanz. Sie weist in allen drei baltischen Ländern seit Jahren ein Minus auf, d.h. sie importieren mehr als sie exportieren. Der Zustand alleine betrachtet ist negativ, weil Devisen aus dem Land herausgehen. Bei genauerer Betrachtung kann man jedoch feststellen, dass ein Großteil des Defizits durch ausländi-

⁷⁵⁴ Vgl. Varblane, Urmas: Flows of foreign direct investments in the Estonian economy, in: Varblane, Urmas (Ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.1-30, S.16/17.

⁷⁵⁵ Hannula, Helena: Restructuring the Estonian economy and the role of FDIs in it, in: Varblane, Urmas (ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.91-174, S.107f.

sche Direktinvestitionen zustande kommt und sich der Rest in einem vertretbaren Rahmen bewegt⁷⁵⁶

8.5 Zusammenfassung

Ausländische Direktinvestitionen sind in Transformationsstaaten besonders wichtig für die Strukturveränderungen der ehemaligen Planwirtschaften sozialistischen Typs. Die betroffenen Staaten verfügen nicht über entsprechende Finanzmittel und können es aus eigener Kraft nicht schaffen stabile Wirtschaftssysteme aufzubauen, sondern benötigen dringend unterstützende Investitionen⁷⁵⁷. Gleichzeitig müssen sie rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, die auf ausländische Investoren attraktiv wirken. Dies ist inzwischen in allen drei Ländern der Fall. Estland hat aber einen zeitlichen Vorsprung gehabt, weil es sehr früh die Investitionsmöglichkeiten für Ausländer liberalisierte, gefolgt von Lettland und Litauen. Dieser Vorsprung verhalf Estland u.a. zu einem höheren BIP-Pro-Kopf und höheren Investitionsraten als bei den südlichen Nachbarn.

Ausländische Direktinvestitionen sind unverzichtbarer Bestandteil einer Wirtschaftspolitik, die auf Stabilisierung ausgerichtet ist. In allen drei Ländern war diese Politik erfolgreich.

Es lässt sich festhalten, dass Estlands Wirtschaft durch die ausländischen Direktinvestitionen die Ergebnisse erzielte, die von diesen Investitionen erwartet werden. Zudem kann nachweislich für Estland festgestellt werden, dass einheimische Unternehmen seit 1996 begonnen haben, sich durch aktives Investieren auf dem heimischen Markt eine aktivere Restrukturierungsstrategie anzueignen, auch um selber zu bestehen⁷⁵⁸.

Estlands Wirtschaft ist inzwischen so stabil geworden, dass estnische Unternehmen bereits anfangen, statt nur zu exportieren im Ausland Märkte

⁷⁵⁶ Vgl. Vissak, Tiia: The impact of foreign direct investments on host country's exports, in: Varblane, Urmas (ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.269-306, S.282ff.

⁷⁵⁷ Vgl. Vitsur, Endel: Investment policy and development of foreign direct investments, in: Lugas, Olev / Hachey, George A., Jr.: Transforming the Estonian economy, Tallinn 1995, S.208-225, S.216.

⁷⁵⁸ Vgl. Hannula, Helena: Restructuring the Estonian economy and the role of FDIs in it, in: Varblane, Urmas (ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.91-174, S.165ff.

durch Direktinvestitionen zu erschließen. Die Schwerpunkte dieser Investitionen liegen in Lettland und Litauen und hier besonders im Finanzsektor, weil die heimischen Märkte zu klein werden⁷⁵⁹. Zudem begannen sie bereits Ende der 1990er Jahre in Branchen zu investieren, in denen ihnen zahlreiche westliche Unternehmen im Wettbewerb gegenüberstanden⁷⁶⁰. Die estnische Wirtschaft, durch den baltischen Schwerpunkt auch Lettland und Litauen werden hierdurch immer enger aneinandergebunden und auf regionaler in die Weltwirtschaft integriert.

Hinsichtlich der ausländischen Direktinvestitionen war Estland am erfolgreichsten. Zwar weist Litauen eine höhere jährliche Durchschnittssumme als Lettland auf, doch zeigt die Erweiterung des Vergleichs mit kumulierten Pro-Kopf-Summen, wie wenig eigentlich Litauen einwerben konnte.

Die Stabilisierung der baltischen Länder setzte nach diesem Indikator in sehr unterschiedlichen Zeiträumen ein. Estland kann hiernach als am frühesten stabilisiert gelten (1997), während Litauen und Lettland schwieriger zu verorten sind. In Lettland lässt sich die Stabilisierung zwischen 2001 und 2004 verorten, während in Litauen bereits ab 1999 entsprechende Tendenzen zu erkennen waren.

Werden die FDI als Indikator für stabile wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen benutzt, fällt auf, dass Estland die positivste Wahrnehmung bei Unternehmen besitzt. Gefolgt von Lettland und Litauen. Dies überrascht, wenn berücksichtigt wird, dass das lettische Parteiensystem deutlich instabiler als das litauische und Lettland auch als korrupter wahrgenommen wird als Litauen. Es müssen also noch weitere Aspekte berücksichtigt werden. Dennoch lassen sich begrenzt verwendbare Tendenzen hinsichtlich der Stabilität eines Landes erkennen und verwerten. Ein idealer

⁷⁵⁹ Vgl. Varblane, Urmas: Flows of foreign direct investments in the Estonian economy, in: Varblane, Urmas (Ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.1-30, S.21ff.

⁷⁶⁰ Hannula, Helena: Restructuring the Estonian economy and the role of FDIs in it, in: Varblane, Urmas (ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.91-174, S.132f.

Indikator sind FDIs sicherlich nicht, doch lohnt es sich, ihn ergänzend zu berücksichtigen.

9. Vergleichend-analytisches Fazit

Für die Arbeit waren fünf Fragen bedeutsam:

- 1) Ist das demokratische Prinzip „the only game in town“? Und werden die neuen Systeme von der Bevölkerung akzeptiert und unterstützt?
- 2) Haben sich stabile Parteiensysteme ausgebildet?
- 3) Welche Auswirkungen auf die Stabilisierung der Parteiensysteme hat die Parteienfinanzierung?
- 4) Ist die wirtschaftliche Situation stabilisiert?
- 5) Ist ein Zusammenhang zwischen politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung zu erkennen?

Zur Klärung dieser Fragen wurden, wie in der Einleitung dargestellt, verschiedene Einzelaspekte untersucht. Am Ende dieses Vorgehens können die Fragen beantwortet werden.

Ad 1) Im Allgemeinen hat sich das demokratische Prinzip als „the only game in town“ durchgesetzt. Es ließen sich hierbei deutliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten erkennen. Die Demokratie wird in allen drei Ländern des Samples unterstützt. Diese Unterstützung ist aber noch nicht sehr tief verankert. Insbesondere die Akzeptanz einer starken Führungsperson an der Spitze der Politik („Der starke Mann“) erhält in allen drei Ländern relativ hohe Zustimmungsraten, besonders aber in Lettland und Litauen. Diese Einstellung zeigt, dass die Bevölkerung in den baltischen Ländern zuerst einmal unzufrieden mit den Systemleistungen ist aber nicht unbedingt mit der Demokratie selbst. Es zeigt sich an dieser Stelle auch, dass sich die demokratischen Prinzipien noch nicht zur Gänze durchgesetzt haben, es mangels einer akzeptablen Alternative aber keinen erneuten Systemwechsel geben wird, denn nicht nur die Alternative des Sozialismus, sondern auch die Möglichkeit einer Militärdiktatur wird in allen drei Staaten nicht signifikant in Betracht gezogen. Die fehlenden Alternativen helfen Litauen, Lettland und Estland sich zu stabilisieren, allerdings mit einem Bedrohungspotential in

Lettland und Litauen. Die Unterstützung der Demokratie als alternativlose Herrschaftsform könnte sicherlich tiefer verwurzelt sein, würden die Herrschaft ausübenden Parteien in einem besseren Ruf stehen. Die Parteien gehören zusammen mit den Gerichten und der Polizei zu den unpopulärsten Institutionen der drei Länder. Interessanterweise lehnen aber übergroße Mehrheiten der Bevölkerung eine Abschaffung der Parteien ab. Die baltischen Parteien bewegen sich also in einem Bereich, in dem ihnen ein großes Misstrauen entgegengebracht wird, andererseits die Bevölkerung die Interessenvermittlung und Interessenrepräsentation mittels der Parteien akzeptiert. Explizite Werte hierfür lagen zwar nur für Litauen vor, aber Datensätze des New Baltic Barometer weisen diese Akzeptanz in Lettland und Estland implizit ebenfalls auf.

Die politischen Eliten akzeptieren die neuen Regeln ebenfalls. Dieser Umstand ist an den zahlreichen und reibungslos verlaufenden Regierungswechseln seit der Unabhängigkeit 1991 zu erkennen und bedurfte deshalb keiner näheren Untersuchung. Allerdings gibt es gelegentlich Fälle, in denen aufscheint, dass sich einzelne Teile der politischen Elite nicht an diese Regeln halten wollen. Diese Vorfälle sind aber nur sehr selten und gehen nicht über das ‚normale‘ Maß in Demokratien hinaus, wenn Regierungen in ihrer Herrschaftsausübung eingeschränkt sind und dies versuchen zu ändern.

Die baltischen Staaten haben sich also grundsätzlich konsolidieren können, wenn nur die Werte der politischen Kulturforschung herangezogen werden. Auf der anderen Seite fehlt es in diesen Ländern an einer akzeptierten Alternative, womit im Endergebnis stabilisierte Demokratien entstanden sind, die aber einer latenten Gefährdung ausgesetzt sind. Eine Stabilisierung der Parteiensysteme kann in den baltischen Ländern nur begrenzt durch die Einstellungen der Bevölkerung stattfinden, weil das Misstrauen viel zu groß ist. Das Misstrauen hat einen stärkeren Einfluss auf die Stabilisierung als die prinzipielle Anerkennung der Parteiendemokratie, weil sich das Misstrauen in Wählerstimmen ausdrückt, während sich die Akzeptanz der Parteiendemokratie in der Existenz der Demokratie widerspiegelt. Einzig der Staatspräsident besitzt in allen drei Ländern dauerhaft gute Werte. Der Staatspräsident wird von Parteien unterstützt bzw. nominiert und nimmt in allen drei Ländern überwiegend repräsentative Aufgaben wahr. Er kann die Hoffnun-

gen der Menschen nicht enttäuschen, ihnen aber auch keine Ergebnisse anbieten. Hierdurch wird dieses Amt vom allgemeinen Misstrauen ausgenommen.

Die Marktwirtschaft erhält von Süden nach Norden immer höhere Zustimmungsraten. In Litauen erreicht die Zustimmung zur Marktwirtschaft nicht einmal die Hälfte und in Lettland nur etwas mehr als die Hälfte, während in Estland die Zustimmung mit mehr als 70 Prozent am höchsten ist. Erklärungen für diese Unterschiede sind vielfältig und sind nur in einer Bündelung zutreffend, denn der von Gaidys angeführte Erklärungsansatz, der Protestantismus bewirke eine freundlichere Einstellung zur Marktwirtschaft, ist allein stehend nicht ausreichend. Auf der anderen Seite lehnen die meisten Menschen das sozialistische Wirtschaftsmodell ab. Die Menschen wünschen sich offenbar einen ‚Dritten Weg‘ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, den es in der Praxis aber nicht geben kann, weil sich beide Ordnungsmodelle diametral gegenüberstehen.

Ad 2) Es ist nicht möglich ein allumfassendes Fazit zu machen, weil sich die drei Länder zu sehr unterscheiden. Das lettische Parteiensystem konnte sich bisher nicht stabilisieren und es lassen sich auch keine Ansätze erkennen. Mit jeder Wahl wird das Parteiensystem wieder neu formiert. Im Gegensatz zu Estland und Litauen dominieren in Lettland in einem sehr starken Maße populäre Personen mit ihren teilweise selbstgegründeten Parteien. Ein für die Stabilisierung von Parteiensystemen sehr wichtiger Punkt findet sich in den baltischen Staaten. Es gibt dort keine expliziten Anti-System-Parteien, die die demokratische Entwicklung und die Konsolidierung behindern könnten. Nur in Lettland gibt es gegenwärtig eine Partei, die ausgegrenzt wird – die PCTVL. Ihr wird eine zu große Nähe zu Moskau und Russland vorgeworfen und stört damit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsens der Westorientierung.

Alle drei Länder weisen weiterhin die Tendenz auf, dass Personen wichtiger sind als Programme, aber die Ausmaße sind in Lettland am Ausgeprägtesten und in Litauen erst seit den Wahlen 2004 mit der neuen Arbeitspartei des Millionärs Uspaskich und der Neugründung der Partei Ordnung und Gerechtigkeit durch Rolandas Paksas spürbar geworden. In Estland sind popu-

läre Persönlichkeiten weitestgehend in die bestehenden Parteien integriert (Savisaar in der Zentrumspartei, Laar in der Pro Patria)

Während es in Litauen und Estland gesetzliche Regelungen gibt, die die Parteien dazu zwingen sich eine breitere Mitgliederbasis aufzubauen, fehlen solche wirkungsvollen Anreize in Lettland. Aus diesem Grund ist der Organisationsgrad in Lettland auch am Niedrigsten. Litauen hat zwar einen Organisationsgrad von fast zwei Prozent aber der Wert für Estland liegt bei über 4 Prozent und bewegt sich im europäischen Vergleich in einem normalen Rahmen und weist hiermit die besten Voraussetzungen zukünftiger Stabilität auf..

Das litauische Parteiensystem galt bis zu den Wahlen 2000 als ein stabiles bipolares Parteiensystem. In den Wahlen 2000 und 2004 wurde dieses System aber durch neue Parteien auf der Mitte-Rechts und Linken Seite des Systems destabilisiert. Wie die weitere Entwicklung verläuft ist ungewiss. Allerdings sind im wesentlichen nur neue Parteien hinzugekommen, die sich populistisch verhalten und damit kaum Chancen haben sich dauerhaft zu etablieren und bald wieder verschwinden werden, wie es in den Jahren zuvor immer wieder geschah. Die Reformkommunisten der LDDP und die konservative Vaterlandsunion sind weiterhin die wichtigsten Parteien im politischen System Litauens.

Im Gegensatz zu Litauen und Lettland kann Estland als ein stabiles Parteiensystem gelten, wenn auch nur in einer schwachen Lage. Die Namen haben sich zwar mit den Parlamentswahlen geändert, allerdings handelt es sich hierbei überwiegend um Parteifusionen zwischen Parlamentsparteien und die Integration schwacher Parteien in größere Parteien. Einzig die Partei Res Publica konnte 2003 als eine neue Partei in das Parlament einziehen und wird 2006/2007 mit der Pro Patria Partei fusionieren⁷⁶¹.

Die Konfliktlinien, wie sie in westeuropäischen Parteiensystemen wiederspiegelt werden, existieren in den baltischen Ländern noch nicht im gleichen Ausmaß. Ausgeprägte Konflikte sind der Stadt-Land-Konflikt und der zwischen Transformationsgewinnern und Verlierern. Der religiöse Konflikt existiert in den baltischen Ländern faktisch gar nicht. Der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie wird durch die beiden genannten Konflikte aufge-

⁷⁶¹ Der Fusionsprozess war noch nicht abgeschlossen gewesen, als dieses Fazit geschrieben wurde (R.W.).

nommen. Die Struktur der Konfliktlinien lässt partiell eine Stabilisierung der Parteiensysteme zu. Diese Stabilisierungstendenz findet sich auffallend in Litauen und Estland wieder. Der Konflikt zwischen Gewinnern und Verlierern der Transformation lässt besonders in Lettland immer wieder neue Parteien auf der Landkarte erscheinen. Die Siegerist-Bewegung, die sich direkt an die Verlierer des Systemwechsels wandte ist hierfür ein beredtes Beispiel. In Litauen fällt das Grabensystem auf, das insbesondere der regional konzentrierten polnischen Minderheit Direktmandate im Parlament gewährt.

Die ethnischen Konflikte zwischen Titularnation und russischen Immigranten findet sich in den Cleavagestrukturen wieder besitzen aber nicht die Bedeutung, die bei Bevölkerungsanteilen von 33 % (Estland), 40 % (Lettland) und 20 % (Litauen) zu erwarten wäre. Dies liegt auch an der Exklusion der russischen Bevölkerung in Lettland und Estland, sofern es sich nicht um Staatsbürger handelt. Gruppen, die kein Wahlrecht bzw. keine starke Lobby besitzen werden seltener in die Parteiprogramme integriert, weil sie keine Stimmen bringen. Eine stärkere Ausprägung hätte zu mehr ethnischen Parteien führen können und so die Systemstabilität behindern können. Durch die langsamere Integration der Minderheiten verschieben sich auch die Präferenzen, so dass ethnische Parteien in Estland gegenwärtig keine und in Lettland nur begrenzte Chancen haben. Nur in Litauen wird dieser Konflikt deutlich sichtbar durch das Vorhandensein einer polnischen Regionalpartei, die durch das Wahlsystem Kandidaten in das nationale Parlament entsenden kann.

In keinem der untersuchten Länder konnte das jeweilige Wahlsystem dazu beitragen die Parteiensysteme schnell und dauerhaft zu stabilisieren. Dies liegt in erster Linie am gewählten Verhältniswahlrecht. Ein Mehrheitswahlrecht wäre aber für die drei Länder nicht empfehlenswert gewesen, weil die ethnischen Minderheiten sich benachteiligt gefühlt hätten und so Spannungen hätten entstehen können, die es zu vermeiden galt. Wahlsysteme alleine können unter diesen Umständen also nicht stabilisierend wirken. Erst wenn die Parteien in der Bevölkerung verankert sind, lassen sich unabhängig vom Wahlsystem stabile Parteiensysteme erwarten.

Die Wählervolatilität ist in allen drei Ländern weiterhin sehr hoch. Es gibt jedoch zwei Formen der Wählervolatilität. Die eine betrifft die Schwankungen zwischen Parlamentsparteien und neuen Parteien, die in Lettland besonders ausgeprägt und in Litauen seit 2000 / 2004 auffallend höher geworden ist. Die zweite Form der Volatilität ist besonders in Estland festzustellen. Dort finden die Schwankungen mehrheitlich zwischen den Parlamentsparteien statt. Die Volatilität zwischen alten und neuen Parteien schien nur bei den letzten nationalen Wahlen 2003 durch und verhalf Res Publica zu ihrem großen Erfolg.

Die Stimmen, die auf die kleineren Parteien („Sonstige“) entfallen, liegen in Estland und Litauen bei ca. 5 %. Nur in Lettland erhalten die kleineren Parteien insgesamt mehr als 10 % aller gültigen Stimmen. Hieraus ergibt sich dort eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass neue Parteien in das Parlament gelangen als in den zwei anderen Ländern. Ein ausschließlich negativer Effekt kann hoher Wählervolatilität also nicht zugemessen werden, denn demokratischen Wahlen liegt das Prinzip der Unvorhersehbarkeit inne.

Die Regierungsbildungen in allen drei Staaten, die nach Wahlen gebildet werden müssen, folgen dem Prinzip von Kleinstmöglichen Koalitionen. Übergroße Koalitionen und Minderheitenkabinette stellen die Ausnahme dar. Nur in begrenzten Übergangszeiträumen finden diese Zuspruch. In allen Staaten gab es mehr als ein Dutzend Regierungen. Auf den ersten Blick ist es ein Zeichen von Instabilität. Auf den zweiten Blick wird deutlich, dass persönliche Verfehlungen Einzelner oder persönliche Konflikte als Grund für das Ende einer Koalition sind und oft nur ein Personalwechsel stattfand. In Estland haben sehr viele Abgeordnete auch schon Regierungserfahrung sammeln können, was bei Regierungsumstellungen zu einer personalen Kontinuität führt. Ein Problem, von dem besonders Lettland betroffen ist, stellt die Integration neuer Parteien dar. In solchen Fällen muss erst austariert werden, wie die Zusammenarbeit mit neuen Parteien funktioniert. Dadurch erhöht sich das Risiko des Koalitionsbruchs, sollte die Kooperation nicht funktionieren. In Estland und Litauen gelten alle Parteien als Koalitionsfähig bzw. es gibt keine dauerhaften Ausgrenzungen von Parteien. Dies erhöht die Zahl der Koalitionsvariationen und die Wahrscheinlichkeit stabi-

ler Regierungen. In Lettland galt die Siegerist-Bewegung und gilt die PCTVL als nicht koalitionsfähig.

Es erscheint besonders in Lettland schwierig für Parteien sich eine feste Wählerschaft zu erobern und zu halten, wenn gleichzeitig das Vertrauen in Parteien kaum vorhanden ist, das in allen drei Ländern sehr gering. Die Stabilisierung in Estland kann also auch Ausdruck eines estnischen Pragmatismus der Wählerschaft sein, die wissen, dass Parteien notwendig sind und sie sich nicht sehr unterscheiden, d.h. kein Vertrauen besitzen. Ob es einen solchen Pragmatismus wirklich gibt, müssten neue Studien belegen oder ablehnen.

Es ist aber auffallend, dass in dem Land mit dem instabilsten Parteiensystem die Wahrnehmung der Korruption am höchsten ist (Lettland) und in dem Land mit dem vergleichsweise stabilsten Parteiensystem die Wahrnehmung am günstigsten ist. Ein zwingender Zusammenhang ist aber nicht gegeben, weil sich die Werte für Litauen verbessert haben und gleichzeitig das Parteiensystem großen Veränderungen unterworfen wurde.

Ad 3) Im Bereich der Parteienfinanzierung muss unterschieden werden zwischen staatlicher und privater Finanzierung.

Keine Partei im Baltikum kann sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren. Die Kosten für den Medienwahlkampf sind zu hoch und die Einkommen der Mitglieder z.T. zu gering bei gleichzeitig geringen Mitgliederzahlen. Auch Parteisteuern, wie sie in Estland jede Partei erhebt führen nicht zu einer signifikanten Verbesserung der Einnahmen und damit verbunden der Finanzierung von Wahlkämpfen und Parteiorganisationen. Das Ideal einer mitgliederfinanzierten Partei kann also nicht erfüllt werden. In den baltischen Ländern sind Honoratiorenparteien z.T. mit vielen Mitgliedern entstanden.

Einnahmen durch juristische Personen sind in jedem Land von Bedeutung. Für Lettland muss jedoch einschränkend festgehalten werden, dass die Spenden juristischer Personen vermutlich nicht immer angegeben werden, sonder über Umwege an die jeweilige Partei gelangen. Dieser Verdacht ist relativ sicher, wenn die chronologisch veröffentlichten Spendenberichte

identische Zahlungen an eine Partei am selben Tag ausweisen und die so genannten lettischen Oligarchen nicht in den Berichten auftauchen. Juristische Personen sind für die Wahlkampffinanzierung in Litauen außerordentlich wichtig. In Estland sind Spenden juristischer Personen seit 2004 verboten. Bis dahin waren diese Spender besonders in Wahlkampfzeiten von überragender Bedeutung für die Finanzierung. Gleichzeitig führte es zu unregelmäßigen Einnahmen der Parteien, weil Unternehmen primär vor einer Wahl spendeten und nicht in der Zwischenzeit. Zur Kompensation der wegfallenden Spenden juristischer Personen wurde die staatliche Finanzierung massiv erhöht (von 20 auf 60 Mio. EEK / 1,3 Mio. Euro- 4 Mio. Euro). Die Finanzierungsstruktur der estnischen Parteien wandelte sich durch die neue Regelung dramatisch. Es entstanden neue Staatsparteien. Die Parteien im Parlament werden bei der Verteilung der staatlichen Mittel massiv begünstigt, weil erfolglose Parteien im Einzelfall deutlich weniger bekommen und finanziell schlechter gestellt werden. Die Parlamentsparteien hingegen finanzieren sich teilweise zu mehr als 85 Prozent durch staatliche Transferleistungen. Berücksichtigt man die Medialisierung des Wahlkampfes entstanden durch die Regelung von 2004 massive Vorteile durch die Präsentation der Partei im Fernsehen. Auch die ergänzende Regelung des Verbots von Außenwerbung 30 Tage vor dem Wahltag beschleunigt die Mediennutzung im Wahlkampf. Die Werbespots können von nicht vertretenen Parteien kaum so massiv benutzt werden, weil ihnen die Gelder fehlen. Das estnische Parteiensystem wird hierdurch abgeschlossen. Wie es sich im Jahr 2007 verhält, wenn die nächsten Parlamentswahlen anstehen bleibt abzuwarten, es ist jedoch davon auszugehen, dass die jetzt vertretenen Parteien erneut die Parlamentszusammensetzung untereinander ausmachen.

In Estland wurde sehenden Auges ein mehr als problematisches Gesetz beschlossen, das zwar auch einige positiv zu bewertende Ansätze zur Verbesserung der Verwurzelung der estnischen Parteien bietet, aber dennoch in Zukunft zu Skandalen führen wird, die durch die Medien sicherlich verstärkt werden und das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien weiter schädigen können. Es wäre besser gewesen, die alte Regelung der offenen Unternehmensspenden beizubehalten. Ein Blick in die Geschichte der Parteienfinanzierung in Italien, Deutschland oder den USA ist ausreichend, um zu erken-

nen, dass Parteienfinanzierung ein skandalträchtiges Thema ist und bleiben wird⁷⁶².

Die von mir geführten Gespräche ließen bei mir den Eindruck entstehen, dass das letzte Wort im Bereich der Parteienfinanzierung nicht gesprochen ist und bereits in den nächsten Jahren neue Veränderungen eintreten werden. In Litauen gibt es zwar auch eine direkte staatliche Finanzierung, allerdings ist ein Zusammenhang zwischen Stabilisierung des Parteiensystems und den staatlichen Transferleistungen nicht gegeben. Die direkte staatliche Finanzierung an die Parlamentsparteien wurde erst im Jahr 2000 beschlossen, also just in dem Jahr, als die Wahlen ein instabileres Parteiensystem schufen. Dieser Prozess der Neuformierung des litauischen Parteiensystems setzte sich 2004 in den Europa- und Parlamentswahlen fort. Die Subventionierung der Parteien entspricht 0,1 Prozent des jährlichen Haushalts. Die Parteien finanzieren sich nicht überwiegend durch den Staat, sondern können und müssen noch andere Ressourcen nutzen. Insgesamt fällt die staatliche Finanzierung zu gering aus, um das Parteiensystem durch große Finanzmittel vor dem Eindringen neuer Parteien zu schützen.

In Lettland gibt es keine direkten staatlichen Subventionen für die Parteien und damit auch keinen Abschließungseffekt wie in Estland.

Je höher die staatliche Alimentierung der Parteien also ist, desto wahrscheinlicher wird eine Konzentrierung des Parteiensystems auf wenige Parteien. Ursache für diesen Effekt sind die überwiegende Nutzung der Medien für Wahlkämpfe, die viele finanzielle Ressourcen verbrauchen. Diese Gelder können von kleinen Parteien nicht aufgebracht werden und damit fallen sie in der Wählerschaft weniger auf. Wie bedeutend der Faktor Geld sein kann, zeigen die Wahlen zum litauischen Staatspräsidenten. In die Stichwahlen gelangten bei den letzten zwei Wahlen die Kandidaten mit dem größten Mitteleinsatz. Kandidaten mit nur geringen Mitteln erhielten auch weniger Stimmen. Geld alleine ist aber nicht gleichzusetzen mit dem vollständigen Wahlsieg. Am Ende kommt es auf die Person an und nicht auf das Geld. Aber der Zutritt zur Stichwahl, die bei mehreren Kandidaturen notwendig ist, gelingt nur durch einen massiven Einsatz von Geld für Dienstleistungen. Der Sieg Paksas, der zu einer schweren Belastungsprobe für das

⁷⁶² Vgl. die Studie von Landfried, Christine: Parteifinanzien und politische Macht, Baden-Baden 1991.

politische System Litauens wurde⁷⁶³, zeigte, wie wichtig Geld sein kann, auch wenn es aus umstrittenen Quellen stammt. Auf der anderen Seite wurde durch diese Affäre deutlich, dass das politische System Litauens insgesamt stabil ist.

Eine großzügige finanzielle Ausstattung der Parteien mit Mitteln aus dem Staatshaushalt kann stabilisierend auf Parteiensysteme in jungen Demokratien wirken. Hierbei gehen die verantwortlichen Parlamentarier aber das Risiko einer Abwendung der meist ärmeren Bevölkerung von den Parteien und der Demokratie. Es empfiehlt sich also darauf zu achten, dass die erste und zweite Phase der Bildung von Parteiensystemen abgeschlossen sind und die ersten Jahre instabile Parteiensystemen zu akzeptieren.

Ad 4) Die gesamtwirtschaftliche Situation der baltischen Staaten kann als weitgehend stabilisiert gelten. Der Tiefpunkt der Wirtschaft wurde wenige Jahre nach der Unabhängigkeit erreicht. Lettland und Estland erreichten 1994 den Tiefpunkt und Litauen ein Jahr später. Einen ernsthaften Stabilitätstest erfuhren die drei Länder Ende der 1990er Jahre mit der Asien-Krise aber besonders durch die Russland-Krise. Die Russland-Krise ist wegen der wirtschaftsgeographischen Nähe von größerer Bedeutung gewesen. Eine wichtige Leistung der Politik, durch setzen von Rahmenbedingungen, die Wirtschaft in die Lage zu versetzen auch dringend benötigte Arbeitsplätze, zu schaffen wurde aber erst einige Jahre nach dem Erreichen der Talsohle erkennbar. Seit dem Ende des vergangenen Jahrtausends gingen die Arbeitslosenzahlen kontinuierlich zurück. In den drei Ländern bestätigte sich die Theorie von Wirtschaftswissenschaftlern, nach der Arbeitsplätze erst bei einem Wachstum von drei Prozent und mehr entstehen. Aber erst seit 2000 stieg auch die Zahl der Beschäftigten wieder an. Im Idealfall bewirkt diese Entwicklung eine Verbesserung der Wahrnehmung des Kapitalismus und der Politik und führt in der Folge zu einer festeren Verwurzelung und besseren Stabilisierung der Parteien bzw. der Demokratie und ihren politischen Institutionen.

Auch die Inflation ging in den drei Ländern seit der Einführung der eigenen Währung deutlich zurück. Hierbei konnte kein signifikanter Zusammenhang

⁷⁶³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.3.2004.

zwischen dem Zeitpunkt der Währungsreform und dem Rückgang der Inflationsquote festgestellt werden. Zwar sollte im Bedarfsfall eine neue Währung möglichst früh eingeführt werden, doch ist eine leicht verspätet eingeführte Währung kein Hindernis für das Erreichen der Geldwertstabilität. Wichtiger ist die Kompetenz und Unabhängigkeit der Zentralbank. In Lettland und Estland waren die Kompetenzen schon seit Beginn an der Deutschen Bundesbank orientiert. In Litauen besaß die Regierung immer noch weiterreichende Einflussmöglichkeiten. In allen drei Ländern führten insbesondere staatliche Preiserhöhungen für öffentliche Güter und Dienstleistungen zu einer Erhöhung der Inflationsrate und Sondereffekte können in einigen Jahren als Auslöser für eine höhere Inflation gesehen werden. Eine wirtschaftliche Instabilität konnte hierdurch nicht bewirkt werden. Die erfolgreiche Politik der Zentralbanken die Inflation drastisch zu senken führte in der estnischen Bevölkerung sehr schnell zu einer wichtigen Vertrauensbildung in der Bevölkerung. In Lettland konnte dieses Vertrauen sogar in Wahlen wiederentdeckt werden, als der ehemalige Zentralbankpräsident Repse eine erfolgreiche Partei gründete und auch Ministerpräsident wurde. Ihm wurde die Stabilisierung der Preise in Lettland positiv zugeordnet. Ein seltener genutzter Indikator für die Frage nach der wirtschaftlichen und politischen Stabilität der baltischen Länder sind die ausländischen Direktinvestitionen. Dieser Wahrnehmungsindikator beruht auf der These rationalen Handelns von Unternehmen und der Investitionssicherheit. In der externen Wahrnehmung der baltischen Länder ist Estland als stabil anzusehen, weil es pro Kopf die höchste Investitionssumme akkumulieren konnte, obwohl es das kleinste Land des Samples ist. Lettland konnte bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre nicht soviel Investitionen anlocken, weil politische Probleme zu einer deutlichen Zurückhaltung der ausländischen Unternehmen führten. Erst danach stiegen die FDI deutlich an. Litauen konnte ebenfalls erst in den letzten sechs Jahren deutliche Zugewinne bei ausländischen Direktinvestitionen verzeichnen. Auch hier waren politische Unsicherheiten (Regierungsbildung durch die Reformkommunisten) ursächlich. Diese Unsicherheiten verflogen aber und Litauen, aber auch Lettland, wurden durch externe Akteure als stabil bewertet. Auf der anderen Seite sind die Direktinvestitionen aber auch schwierig einzuordnen. Litauen hatte bis 2000 ein

stabileres Parteiensystem als Lettland, dennoch eine schlechter Performanz bezüglich der Akquirierung von FDI. Dieser Indikator kann also nur auf grundsätzliche Stabilität i.S.v. Investitionssicherheit angewendet werden und sonst nur auf Korrelationen warten. Ein sicherer Indikator ist er nicht. Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ist auch die Korruption anscheinend zurückgegangen. Die Werte von Transparency International lassen eine zeitliche Korrelation wenigstens erkennen. Ob sich hieraus nun ergibt, dass in Staaten die Wahrnehmung der Korruption sich positiv verändert, wenn die Wirtschaft in einem Aufschwung ist und umgekehrt, müssten neue Studien zeigen. Die baltischen Staaten haben seit Jahren tendenziell nur Aufschwung erfahren, deshalb kann der Umkehrschluss hier nicht vollzogen werden.

Die Korruption als Bindeglied zwischen Politik und Wirtschaft verstanden, ist seit einigen Jahren in der Wahrnehmung insgesamt rückläufig und ist dort am geringsten, wo die Wirtschaft am erfolgreichsten und die Parteiensysteme am stabilsten sind. Estland hat die beste Entwicklung in diesem Bereich vorzuweisen, während Lettland ein Nachzügler ist, aber ebenfalls eine positive Entwicklung zu verzeichnen ist. Dazwischen liegt Litauen. Allerdings weisen alle drei Länder Werte auf, die auch für ältere EU-Staaten zu finden sind – die baltischen Länder haben sich diesbezüglich also ‚normalisiert‘, auch wenn eine anhaltend positive Entwicklung natürlich wünschenswert ist. Politische Korruption, die für diese Arbeit in das Kapitel der Parteienfinanzierung integriert wurde, findet sich nur vereinzelt, auch wenn berücksichtigt werden muss, dass es immer wieder Enthüllungen in diesem Bereich gibt und geben wird. Das Ausmaß der illegalen Parteienfinanzierung ist im Baltikum schwer einzuschätzen. Vermutlich ist die illegale Parteienfinanzierung in Lettland am stärksten ausgeprägt, während sie in Litauen und Estland zwar präsent ist, aber durch zugängliche Daten kaum zu erkennen ist.

Ad 5) In den baltischen Ländern lässt sich kein offensichtlicher Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilisierung erkennen. Die Parteiensysteme der drei Länder entwickelten sich unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Ökonomien dieser Area-Studie sind alle kon-

solidiert, ohne dass die Parteiensysteme ebenfalls als vollständig konsolidiert gelten können. Das litauische Parteiensystem verlor seine Stabilität zu einem Zeitpunkt, als die Wirtschaft bereits konsolidiert war. Das lettische Parteiensystem war bisher nie stabil, die Volkswirtschaft hingegen schon. Im estnischen Parteiensystem kann eine zeitliche Korrelation erkannt werden. Es ist aber nicht möglich einen inhaltlichen Zusammenhang zu erkennen. Nichtsdestotrotz lässt diese zeitliche Korrelation hoffen, dass sich das estnische Parteiensystem weiterhin stabilisiert hält und sich die Situation verbessert, solange die wirtschaftliche Entwicklung ein konstant hohes Wachstum ausweist. Auch die externe Wahrnehmung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität kann nur auf die politischen Entwicklungen angewendet werden, d.h. die Investoren orientieren sich in erster Linie an der Verlässlichkeit der Politik und nicht an Parteistrukturen. Stabilität kann also festgestellt werden, auch bei instabilen oder latent instabilen Parteiensystemen und häufig wechselnden Regierungen.

Der modernisierungstheoretische Ansatz trifft im Fall der baltischen Länder also nur bedingt zu. Die positive Entwicklung der Wirtschaft kann aber Auswirkungen auf die Einstellungen der Bevölkerung gehabt haben. Der Konjunktiv ist hier notwendig, weil dieser Zusammenhang erstens nicht monokausal ist und zweitens aus den Befragungen des New Baltic Barometer nur indirekt hervorgeht. Auf der einen Seite ist die grundsätzliche Haltung der Bevölkerung zur Demokratie in allen drei Ländern sehr hoch, auf der anderen Seite wird der Kapitalismus, dessen Formen den Wohlstand schaffen sollen, besonders in Litauen kaum unterstützt, während er in Estland sehr gute Werte erhält. Dies ist erstaunlich, mussten doch alle drei Länder von ähnlichen Ausgangsbedingungen starten. Die Modernisierungstheorie kann erwiesenermaßen die Stabilität des Gesamtsystems sichern⁷⁶⁴, aber nicht zwingend zur Stabilisierung von Parteiensystemen beitragen. Nur für Estland lässt sich die Bestätigung des modernisierungstheoretischen Ansatzes diffus erkennen. Zur Stabilisierung von Parteiensystemen müssen also andere Faktoren beitragen, auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung sicherlich einen nicht-erkennbaren Beitrag leisten kann, i.S.v. diffuser, indirekter Unterstützung.

⁷⁶⁴ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999, S. 83f.

Wenn also die wirtschaftliche Entwicklung die Stabilisierung von Parteiensystemen nicht unterstützt, wie es die Modernisierungstheorie eigentlich aussagt, müssen andere Faktoren ausschlaggebender sein, die zu einer Konsolidierung der Parteiensysteme führen. Zuerst wären gesetzliche Regelungen zu treffen, die die Parteien animieren sich um eine Verwurzelung in der Bevölkerung zu bemühen und damit eine loyale Anhängerschaft zu schaffen. Um die Anhängerschaft zu vergrößern müsste aber auch das Image der Parteien besser werden, was nur sehr schwer möglich sein dürfte und langfristiger Zeiträume bedürfte.

Für Transformationsstaaten scheint die staatliche Parteienfinanzierung ein probates Mittel zu sein, die Parteiensysteme durch Geld zu stabilisieren. Hierbei ist auch von Bedeutung festzuhalten, dass die Parteiensysteme mit dieser Finanzierung zwar grundsätzlich offen bleiben müssen, auf der anderen Seite scheint es aber akzeptabel zum Zwecke der Stabilisierung einen Ausschluss anderer Parteien mit deutlich weniger Ressourcen zu tolerieren. Dieser Weg ist nicht ungefährlich, denn die Parlamentsparteien bestimmen über die Finanzierung meistens selbständig und könnten geneigt sein, Parteienwettbewerb auf Dauer auf die Parlamentsparteien zu konzentrieren und dadurch ein Kartell zu schaffen. Neue Staatsparteien sind auf Dauer nicht wünschenswert.

Eine Umstellung der Wahlsysteme auf das Mehrheitswahlrecht kann in ethnisch heterogenen Ländern nur mit dem Risiko ausbrechender ethnischer Konflikte erfolgen, die es zu vermeiden gilt. Veränderungen des Wahlsystems müssen immer vorsichtig vollzogen werden.

Es kann auch festgehalten werden, dass Demokratie und Marktwirtschaft zwar zusammengehören, aber die Wirtschaft nicht unbedingt stabilerer Parteiensysteme bedarf. Unternehmen benötigen, wie dargestellt, Planungssicherheiten, Rahmenbedingungen, Eigentumssicherheit und funktionierende Banksysteme. Es wären kontrafaktische Studien, die belegen würden, dass stabile Parteiensysteme mit konsensualer Wirtschaftspolitik ein höheres Wachstum unterstützen würde und dies war nicht Ziel dieser Arbeit, auch wenn solche Studie sicherlich von Interesse wären.

In der Zukunft sind Studien zur Ausgabenseite der Parteien im Bereich Parteienfinanzierung interessanter werden, kann dann möglicherweise festgestellt werden, dass die Ressource Geld in den baltischen Ländern den Parteienwettbewerb signifikant beeinflusst.

Literaturverzeichnis

Monographien

- Altrichter, Helmut / Bernecker, Walther L.: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2004.
- Andersen, Erik Andre: An ethnic perspective on economic reform. The case of Estonia, Aldershot 1999.
- Beichelt, Timm: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der Institutionen, Opladen 2001.
- Beyme, Klaus von: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000.
- Beyme, Klaus von: Russland zwischen Anarchie und Autokratie, Wiesbaden 2001.
- Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, 2. Aufl., Frankfurt a./M. 1994.
- Birkenmaier, Philipp: E-Democracy. Der Wandel der Demokratie durch das Internet, Berlin 2004.
- Böllhoff, Uta: 10 Jahre Systemtransformation in den baltischen Staaten, Freiburg i. Br. 2002.
- Boyken, Friedhelm: Die neue Parteienfinanzierung. Entscheidungsprozeßanalyse und Wirkungskontrolle, Baden-Baden 1998.
- Brus, Wlodzimierz / Laski, Kazimierz: Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg 1990.
- Dahl, Robert A.: Vorstufen zur Demokratie-Theorie, Tübingen 1976.
- Dahrendorf, Ralf: Reflections on the revolution in Europe – with a new introduction and postscript by the author, New York 2005.
- Dauderstädt Michael / Gerrits, André / Márkus, György G.: Troubled transition. Social democracy in East Central Europe, Amsterdam 1999.
- Dreifelds, Juris: Latvia in transition, Cambridge 1996.
- Eigen, Peter: Das Netz der Korruption. Wie eine weltweite Bewegung gegen Bestechung kämpft, Frankfurt a. Main 2003.

- Ettmayr, Wendelin: Estland. Der Aufbruch nach Europa, Berlin 1999.
- Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit, München 2004.
- Garleff, Michael: Die baltischen Länder, Regensburg 2001.
- Gerhards, Jürgen: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen den Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden 2005.
- Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Regimewechsel, Transition und Demokratisierung im Postkommunismus, Opladen 1994.
- Gros, Daniel / Steinherr, Alfred: Economic transition in central and eastern Europe. Planting the seeds, Cambridge 2004.
- Huntington, Samuel P: The third wave. Democratization in the late twentieth century, Norman 1991.
- Jubulis, Mark, A.: Nationalism and democratic transition, Lanham / Oxford 2001.
- Kaelble, Hartmut: Wege zur Demokratie. Von der französischen Revolution bis zur Europäischen Union, Stuttgart / München, 2001.
- Laar, Mart: Back to the future. 10 years of freedom in Central Europe, Centre-right party leaders meeting in Tallinn, Pro Patria Union and the International Republican Institute, Tallinn 2001.
- Laar, Mart: Das estnische Wirtschaftswunder, Tallinn 2002.
- Landfried, Christine: Parteifinanzien und politische Macht: Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA, Baden-Baden 1991.
- Lauth, Hans-Joachim: Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, Wiesbaden 2004.
- Leonhard, Wolfgang: Dämmerung im Kreml. Wie eine neue Ostpolitik aussehen müsste, Stuttgart 1984.
- Lieven, Anatol: The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the path to independence, New Haven and London 1993.

- Mackow, Jerzy: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden 2005.
- Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen / Croissant, Aurel / Eicher, Claudia / Thiery, Peter: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen 2003.
- Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, Opladen 1999.
- Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie, Opladen 1999.
- Miller, David (Hg.): Karl Popper Lesebuch, Tübingen 1995.
- Naßmacher, Hiltrud: Politikwissenschaft, 2. Aufl., München 1995
- Nissinen, Marja: Latvia's transition to a market economy. Political determinants of economic reform policy, Houndmills, Basingstoke, London 1999.
- Nohlen, Dieter/Kasapovic, Mirjana: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, Opladen 1996.
- Nørgaard, Ole / Johannsen, Lars (ed.): The Baltic states after Independence, 2nd Edition, Cheltenham 1999.
- Obinger, Herbert: Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2004.
- Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten, Frankfurt a. Main 1994.
- Payandeh, Mehrdad: Wohin treiben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion? Politik und Wirtschaft nach einer Dekade der Systemtransformation, Berlin 2004.
- Pelinka, Anton: Vergleich politischer Systeme, Wien / Köln / Weimar 2005.
- Plasser, Fritz u.a. (Hrsg.): Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa, Opladen 1997.
- Popper, Karl R.: Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik, 3. Aufl. München 1995.
- Przeworski, Adam: Democracy and the market. Political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991.

- Reetz, Axel: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004.
- Reiljan, Janno / Tamm, Dorel: An analysis of an industry's competitiveness: The case of the Estonian agricultural sector, Tartu 2005.
- Rothacher, Albrecht: Der wilde Osten. Hinter den Kulissen des Umbruchs in Osteuropa, Hamburg 2002.
- Rueschemeyer, Dietrich / Stephens, Evelyne Huber / Stephens, John D.: Capitalist development and democracy, Chicago 1992.
- Segert, Dieter und Csilla Machos: Parteien in Osteuropa, Opladen 1995.
- Skreta, Marek: Der Tschechische Weg: Ein „liberales“ Konzept in der postkommunistischen Transformation, Wallisellen 2001.
- Ströbele, Wolfgang: Inflation. Einführung in Theorie und Politik, 4. durchgesehene Auflage, München, Wien 1995.
- Taube, Caroline: Constitutionalism in Estonia, Latvia and Lithuania. A study in comparative constitutional law, Uppsala 2001.
- Vodruba, Georg: Die Dynamik Europas, Wiesbaden 2005.
- Weidenfeld, Werner / Huterer, Manfred unter Mitarbeit von Janning, Josef / Wolf, Anita: Osteuropa: Herausforderungen, Probleme, Strategien, Gütersloh 1992.
- Wistinghausen, Henning von: Im freien Estland. Erinnerungen des ersten deutschen Botschafters 1991-1995, Köln 2004.
- Woyke, Wichard: Europäische Union: Erfolgreiche Krisengemeinschaft. Einführung in Geschichte, Strukturen, Prozesse und Politiken, München, Wien 1998.
- Wunner, Norbert: The political economy of transition. International trade, factor market imperfections and structural adjustment, Wiesbaden 2000.
- Zirnask, Villu: 15 Years of new Estonian banking. Achievements and lessons of the reconstruction period, Tallinn 2002.

Verwendete Sammelbände und Aufsätze aus Sammelwerken

- Ajnenkiel, Andrejz: Der Einfluß der Geschichte auf die Beziehungen zu den Nachbarn. Einige Bemerkungen zu den polnisch-litauischen Beziehungen, in: Chwalba, Andrejz: Polen und der Osten, Frankfurt a.M. 2005, 446- 455.
- Altmann, Franz-Lothar: Wirtschaftlicher Systemwechsel und Eigentumsreform, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien, 1998, S.215-226.
- Armbrüster, Georg: Politisches und Rechtssystem Litauens, in: Graf, Heike / Kerner, Manfred: Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S. 19-48.
- Äslund, Anders (ed.): Market socialism or the restoration of capitalism?, Cambridge 1992.
- Aslund, Anders: The nature of the transformation crisis in the Former Soviet Countries, in: Siebert, Horst: Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.39-56.
- Assmuth, Laura: On the margin, at the centre: a view from a northern European periphery, in: Assmuth, Laura / Kelam, Aili (Eds.): The Baltic Sea islands of Estonia: A periphery in transition, Tallinn 2001, S.9-17.
- Bahovski, Erkki: Sovereignty in the European Union: Case studies relating to Estonia, in: Kasekamp, Andres (Ed.): The Estonian foreign policy yearbook 2005, Tallinn 2005, S.111-133.
- Beichelt, Timm: Parties Matter! Parteipolitische Prägung und Reformprofile in den Beitrittsländern zur Europäischen Union, in: Stykowiak, Petra / Beyer, Jürgen (Hrsg.): Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik, Wiesbaden 2004, S.197-222.

- Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H.: Foundations of Change, in: Dies.: The Handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.1-12.
- Berndt, Uwe: Ostmitteleuropa – neue Cleavages, neue Parteien, in: Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 157-170.
- Beyme, Klaus von: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.141-171.
- Beyme, Klaus von: Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.23-56.
- Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transformationsprozessen, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.81-109.
- Braizat, Fares: Democracy and economic development. Testing the theory and methods of Tatu Vanhanen, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 218-241.
- Brücker, Herbert: Konvergenz oder Divergenz? Wachstumstheoretische Überlegungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas, in: Nutzinger, Hans G. (Hg.): Osterweiterung und Transformationskrisen, Berlin 2000, S.13-44.
- Burnell, Peter / Ware, Alan (Eds.): Funding democratization, Manchester / New York 1998.
- Cave, Andrew: Cross border cooperation and structural funding in the enlarged EU – Opportunities and dangers for Narva, in: Brüggemann, Karsten (Hrsg.): Narva und die Ostseeregion, Narva 2004, S. 419-436.

- Choe, Yonhok, Elections and party systems, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.32-61.
- Choe, Yonhyok / Ahlqvist, Anders: Political participation in the Baltic states, in: Loftsson, Elftar / Choe, Yonhyok (Eds.): Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.62-75.
- Choe, Yonhyok: Cleavage structure and party support in the Baltic states, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.76-87.
- Choe, Yonhyok: Democratic institutionalisation and the electoral systems in the Baltic states, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.32-47.
- Croissant, Aurel / Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard: Verbände und Verbändesysteme im Transformationsprozeß: Ein zusammenfassender Vergleich, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard: Systemwechsel 4 – Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß, Opladen 1999, S.329-355.
- Dubrowsky, Hans-Joachim: Zur Komplexität der Transformation – das Beispiel der Konvertibilität, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.201-213.
- Dulgheru, Luoana Santarossa: Macroeconomic stabilization performance and its relation to structural change, institutional policy design, in: Beyer, Jürgen / Wielgoths, Jan / Wiesenthal, Helmut (eds.): Successful transitions. Political factors of socio-economic progress in postsocialist countries, Baden-Baden 2001, S.64-94.
- Enyedi, Zsolt: Party politics in post-communist transition, in Katz, Richard S. / Crotty, William (Eds.): Handbook of party politics, London 2006, S.228-238.

- Franzen, Wolfgang / Haarland, Hans Peter / Niessen, Hans-Joachim (Hg.): Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990-2003 für eine nachhaltige Entwicklung, Frankfurt a. Main 2005.
- Fuchs, Dieter: Partizipatorische, Liberale und Elektronische Demokratie, in: Kaiser, André / Zittel, Thomas (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden 2004, S. 19-53.
- Gaidys, Vladas: Attitudes towards the past, present and future in Latvia, Estonia and Lithuania: 1993-1996, in: Farnen, Russell F. / Dekker, Henk / German, Daniel B. / Meyenberg, Rüdiger (Eds.): Democracies in transition: Political culture and socialization transformed in west and east, Oldenburg 2000, S.53-64.
- Glaeßner, Gert-Joachim: Von der Perestroika zur liberalen Demokratie? Strukturproblem des Systemwechsels und der Demokratisierung im Postkommunismus, in: Glaeßner, Gert-Joachim / Reiman, Michal: Systemwechsel und Demokratisierung. Russland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen 1997, S.13-43.
- Hannula, Helena: Restructuring the Estonian economy and the role of FDIs in it, in: Varblane, Urmas (ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.91-174.
- Helme, Rein: Die Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien in Estland, in: Meissner, Boris / Loeber, Dietrich A. / Hasselblatt, Cornelius (Hg.), Hamburg 1995, S.72-86.
- Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993.
- Herr, Hansjörg: Stabilisierung und Akkumulation in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hrsg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.19-47.

- Herrmann-Pillath, Carsten: Ökonomische Transformationstheorie: Quo vadis?, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien, 1998, S. 203-214.
- Hessinger, Philipp: Mafia und Mafiakapitalismus als totales soziales Phänomen. Ein Versuch über die Beziehung von Moral und Sozialstruktur in zivilen und nicht-zivilen Gesellschaften, in: Kollmorgen, Raj / Schrader, Heiko (Hrsg.): Postsozialistische Transformationen: Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde, Würzburg 2003, S.113-150.
- Höhmann, Hans-Hermann: Gemeinsamkeiten und Divergenzen im Prozeß der osteuropäischen Wirtschaftstransformation: Stichworte für eine Zwischenbilanz, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien 1997, S. 189-203.
- Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zur Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel, Münster o.J.
- Hopfmann, Arndt: Transformation zu einem ostmitteleuropäischen Kapitalismus?, in: Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zur Theorie und Empirie mittel- und osteuropäischer Systemwechsel, Münster o.J., S.65-111.
- Ismayr, Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002.
- Jindra, Vladimir: Die Außenwirtschaftspolitik der CSFR, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993,S. 324-342.
- Kádár, Bela: External liberalization: Gradualism or shock approach?, in: Siebert, Horst (ed.): Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.173-188.

- Kattai, Rasmus: Analyzing the suitability of the currency board arrangement for Estonia's accession to the EMU, in: Paas, Tiiu /Tafenau, Egle: Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.167-205.
- Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Comparative studies: Problem or solution. The political culture of democratization, in: Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Democratization and political culture in comparative perspective, Wiesbaden 2005, S.15-36.
- Kitschelt, Herbert: Historische Pfadabhängigkeit oder Strategiewahl? Zur politischen Ökonomie postkommunistischer Wirtschaftsreform, in: Stykow, Petra / Beyer, Jürgen (Hrsg.): Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik, Wiesbaden 2004, S.87-115.
- Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 266-297.
- Klingemann, Hans-Dieter: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S. 266-297.
- Kronenfeld, Daniel A.: Ethnogenesis without entrepreneurs: The emergence of a Baltic Russian identity in Latvia, in:Brüggemann, Karsten: Narva und die Ostseeregion – Narva and the Baltic Sea Region, Narva 2004, S. 339-363.
- Lagemann, Bernhard: Strukturwandel und Strukturpolitik in osteuropäischen Transformationsländern, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien 1998, S.242-257.

- Lagerspetz, Mikko / Maier, Konrad: Das politische System Estlands, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.69-107.
- Lange, Falk: Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Die Erfahrungen der baltischen Staaten, in: Conrad, Christoph / Kocka, Jürgen (Hrsg.): Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und Debatten, Hamburg 2001, S.279-289.
- Lange, Peer H.: Das Baltikum, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch, BföB, Bonn 1999, S.263-274.
- Lättemäe, Raoul: Analysis of asymmetric shocks among the EU members and accession countries: Can the Baltic Sea cluster be distinguished?, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle: Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.116-137.
- Lijphart, Arend: Democracy in the twenty-first century: can we be optimistic?, in: Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Democratization and political culture in comparative perspective, Wiesbaden 2005, S.37-56.
- Linz, Juan J.: Legitimacy of democracy, in: Kersting, Norbert / Cronqvist, Lasse: Democratization and political culture in comparative perspective, Wiesbaden 2005, S.57-77.
- Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003.
- Loftsson, Elfar: Representation, participation and democratic stability, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.16-29.
- Lux, Markus: Drei Staaten – ein “Baltischer Weg”? Die Zivilgesellschaft in der Transformation im Baltikum, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 5, Opladen 2000, S.145-171.
- Männik, Katrin: The role of foreign direct investments in technology transfer to Estonia, in: Varblane, Urmas: Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.175-268.

- Marsh, Michael: The results of the 2004 European Parliament elections and the second order model, in: Niedermayer, Oskar / Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004, Wiesbaden 2005, S.142-158.
- Matthes, Claudia-Yvette: Politisches und Rechtssystem Lettlands, in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S.49-88.
- Meriküll, Jaanika: Macroeconomic modelling of the Estonian economy, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle (Eds.): Modelling the economies in the Baltic Sea Region, S.138-166.
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994.
- Naßmacher, Karl-Heinz: Introduction: Political Parties, funding and democracy, in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003, S.1-20.
- Naßmacher, Karl-Heinz: Parteienfinanzierung in Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. / Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S.157-176.
- Nikolic, Milos: Zwölf Merkmale der Transformation zu Demokratie, Zivilgesellschaft und moderner Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa (1989-1997), in: Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zur Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel, Münster o.J., S.135-178.
- Novagrockiene, Jurate: Elections to the Seimas 2000: Party system evolution or its transformation?, in: Jankauskas, Algimantas (Ed.) Lithuanian Political Science Yearbook 2000, Vilnius 2001, S.138-150.
- Paas, Tiiu / Tafenau, Egle: The Baltic Sea Region's role in trade integration, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle (Eds.): Modelling the economies of the Baltic Sea Region, S.92-115.
- Paas, Tiiu: Evaluating the competitiveness of the countries in the Baltic Sea Region, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle (Eds.): Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.19-53.

- Pabriks, Artis / Purs, Aldis: Latvia. The challenges of challenge, in : Smith, David J. / Pabriks, Artis / Purs, Aldis / Lane, Thomas: The Baltic states Estonia, Latvia and Lithuania, London und New York 2002.
- Pinto-Duschinsky, Michael: Supporting new democracies, in: Naßmacher, Karl-Heinz (ed.): Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S. 297-320.
- Pysz, Piotr: Das liberale Wunder in Westeuropa und die Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa, in: Pysz, Piotr (Hg.): Auf dem Weg zu Gesamteuropa. Festschrift zum 90. Geburtstag von Prof. Dr. Walter Hildebrandt, Dortmund 2002.
- Rand, Sigrid: Die Rolle der Grenze in der regionalen Identitätsbildung aus der Sicht der Regionalelite im Südosten und Nordosten (Setomaa und Ida-Virumaa), in: Brüggemann, Karsten (Hrsg.): Narva und die Ostseeregion, Narva 2004, S.365-387.
- Reiljan, Ele: Determinants of foreign direct investment inflows in Estonia, in: Varblane, Urmas (Ed.): Foreign direct investment in the Estonian economy, Tartu 2001, S.31-90.
- Riese, Hajo: Bausteine einer Makrotheorie der Transformation, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.109-141.
- Rodrik, Dani: Comment on Béla Kádár, „External liberalization: Gradualism or shock approach?, in Siebert, Horst (ed.): Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.189-193.
- Rüb, Friedbert W. : Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.111-137.
- Sandschneider, Eberhard: Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.23-45.

- Schmidt, Thomas: Das politische System Lettlands, in: Ismayr, Wolfgang: Politische Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S.109-147.
- Schneider, Eberhard: Begriffe und theoretische Konzepte zur politischen Transformation, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Misserfolge der Transformation, München / Wien 1997, S.17-25.
- Segert, Dieter: Diktatur und Demokratie in Osteuropa, in: Glaeßner, Gert-Joachim / Reiman, Michal (Hrsg.), Opladen 1997, S.197- 232.
- Segert, Dieter: Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas, in: Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.57-99.
- Sienkiewicz, Bartłomiej: Putins Exportprodukt, in: Chwalba, Andrejz: Polen und der Osten, Frankfurt a.M. 2005, S.469-474.
- Sileikis, Egidijus: Das Wahlrecht in Litauen, in: Manssen, Gerrit, Banaszak, Boguslaw: Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1999, S.43-63.
- Sinkevicius, Vytautas: Entwicklung des Wahlsystems zum Seimas der Republik Litauen, in: Manssen, Gerrit, Banaszak, Boguslaw: Die Wahlrechtssysteme in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1999, S.65-71.
- Smith, David J. / Pabriks, Artis / Purs, Aldis / Lane, Thomas: The Baltic states Estonia, Latvia and Lithuania, London / New York 2002.
- Smith-Sivertsen, Hermann: Latvia, in: Berglund, Sten / Hellen, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Eds.) The handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S.89-119.
- Sootla, Georg: The consolidation of democracy in Estonia: Causes and consequences of party splintering, in: Matynia, Elzbieta (Ed.): Grappling with democracy. Deliberations on post-communist societies 1990-1995, Prague 1996,S.189-202.

- Tafenau, Egle: Modelling the economic growth of the countries in the Baltic Sea Region, in: Paas, Tiiu / Tafenau, Egle (Eds.): Modelling the economies of the Baltic Sea Region, Tartu 2004, S.54-91.
- Tiemann, Guido / Jahn, Detlef: Koalitionen in den baltischen Staaten: Lehrstücke für die Bedeutung funktionierender Parteien, in: Kropp, Sabine / Schüttemeyer, Suzanne S. / Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen 2002, S.271-300.
- Tiirmaa-Klaar, Heli: International competitiveness and the role of government in the globalised world economy, in: Kasekamp, Andres (Ed.): The Estonian foreign policy yearbook 2005, Tallinn 2005, S.155-174.
- Tober, Silke: Wirtschaftliche Stabilisierung und Währungsreform in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.142-171.
- Ukrainski, Kadri / Reiljan, Janno: VarjatudTööpuudus Eestis (1989-2001), in: Die Wirtschaftspolitik Estlands auf dem Weg in die Europäische Union, Berlin / Tallinn 2003, S. 401-415
- Undine Bollow: Politisches und Rechtssystem Estlands, in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.), Berlin 1998, S. 89-112
- Varblane, Urmas (Ed.): Foreign Direct Investments in the Estonian economy, Tartu 2001.
- Varblane, Urmas: Flows of foreign direct investments in the Estonian economy, in: Varblane, Urmas (Ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.1-30.
- Vissak, Tiia: The impact of foreign direct investments on host country's exports, in: Varblane, Urmas (ed.): Foreign direct investments in the Estonian economy, Tartu 2001, S.269-306.
- Vitsur, Endel: Investment policy and development of foreign direct investments, in: Lugus, Olev / Hachey, George A., Jr.: Transforming the Estonian economy, Tallinn 1995, S.208-225.
- Wagener, Hans-Jürgen: Rückkehr nach Europa, in: Nutzinger, Hans G. (Hg.): Osterweiterung und Transformationskrisen, Berlin 2000, S.93-117.

- Walecki, Marcin: Money and politics in Central and Eastern Europe, in: Austin, Reginald / Tjernström, Maja (Eds.): Funding of political parties and election campaigns, Stockholm 2003 , S.71-93.
- Walecki, Marcin: Political finance in central eastern Europe (CEE), in: Naßmacher, Karl-Heinz: Foundations for democracy. Approaches to comparative political finance, Baden-Baden 2001, S.393-415.
- Welfens, Paul J.J.: The growth of the private sector: Privatization and Foreign Direct Investment in Eastern Europe, in: Siebert, Horst: Overcoming the transformation crisis. Lessons for the successor states of the Soviet Union, Tübingen 1993, S.119-166.
- Welsh, Helga A.: Von der Transition zur Konsolidierung: Eine Bestandsaufnahme, in: Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zu Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel, Münster o.J., S.113-134.
- Welzel, Christian: Humanentwicklung und Demokratie: Welcher Index erfasst die "humane" Dimension der Demokratie am besten, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gert / Welzel, Cristian (Hrsg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2000, S.132-162.
- Welzel, Christian: Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch, in: Merkel, Wolfgang: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen 1994, S.47-79.
- Westphal, Andreas: Probleme der Geldwertstabilisierung in Transformationsökonomien, in: Herr, Hansjörg / Westphal, Andreas (Hrsg.): Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien, Frankfurt a.M. 1993, S.49-82.
- Wielgohs, Jan: Coping with privatisation and employment decline. Three short stories of success, in: Beyer, Jürgen / Wielgohs, Jan / Wiesenthal, Helmut (eds.): Successful transitions. Political factors of socio-economic progress in postsocialist countries, Baden-Baden 2001, S.153-175.

- Wolf, Michael: Transformation als Systemwechsel – eine modelltheoretische Annäherung, in: Hopfmann, Arndt / Wolf, Michael (Hrsg.): Transformation und Interdependenz. Beiträge zur Theorie und Empirie der mittel- und osteuropäischen Systemwechsel, Münster o.J., S.39-64.
- Wüst, Andreas M. / Stöver, Philip: Anhang 2: Die Wahlsysteme einzelner Länder zur Wahl des Europäischen Parlaments, in: Niedermayer, Oskar / Schmitt, Hermann: Europawahl 2004, Wiesbaden 2005, S.167-169.
- Zepa, Brigita: Trust in new democratic institutions, in: Loftsson, Elfar / Choe, Yonhyok: Political representation and participation in transitional democracies: Estonia, Latvia and Lithuania, Stockholm 2003, S.90-110.
- Zeruolis, Darius: Lithuania, in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Eds): The handbook of political change in Eastern Europe, Cheltenham 1998, S. 121-156.

Verwendete Aufsätze aus wissenschaftlichen Zeitschriften

- Aarelaid-Tart, Aili / Tart, Indrek: Culture and the development of civil society, in: Nationalities Papers, Vol.23, No. 1, 1995, S.153-165.
- Auers, Dannis / Ikstens, Janis: The democratic role of political parties, in: Mezaraups, Imants (Ed.): How democratic is Latvia? Audit of democracy, S.90-98, Latvian University, Riga 2005.
- Auers, Daunis: Latvia's 2002 elections – dawn of a New Era?, in: East European constitutional review, Fall 2002/Winter 2003, S. 106-110.
- Beichelt, Timm: Die EU-Osterweiterung: Eine Bürde für Repräsentation und Legitimation in den Beitrittsländern?, in: ZParl Heft 2/2003, S. 257-270.
- Biezen, Ingrid van: Political parties as public utilities, in: Party Politics, Vol. 10, 2004, No. 6, S.701-722.

- Davies, Philip John / Ozolins, Andrejs Valdis: The 1998 parliamentary election in Latvia, in: *Electoral Studies*, Vol. 20, Nr.1 2001, S.135-141.
- Der Bürger im Staat: Die baltischen Staaten, Jg. 54, Heft 2/3 2004.
- Drechsler, Wolfgang / Madise, Ülle: E-voting in Estonia, in *TRAMES*, Vol. 6, Nr. 3, Tallinn 2002, S.236-243.
- Fitzmaurice, John: The parliamentary election in Estonia, March 1999, in: *Electoral Studies*, Vol. 20, Nr. 1, 2001, S.141-146.
- Garibaldi, Pietro / Mora, Nada / Sahay, Ratna / Zettelmeyer, Jeromin: What moves capital to transition economies?, in: *IMF Staff Papers*, Vol. 48, Special Issue 2001, S.109-145.
- Gobins, Marcis; Kerner, Manfred: Politische Parteien in Lettland, in: *Osteuropa* Jg. 47, Heft 1, 1997, S. 139-149.
- Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein: Fission and Fusion of Parties in Estonia 1987-1999, in: *Journal of Baltic Studies (JBS)*, Jg. 31, Nr.4, 2000, S.329-357.
- Holmberg, Sören: Are political parties necessary?, in: *Electoral studies*, Vol. 22, Nr. 2, 2003, S.287-299.
- Jurkynas, Mindaugas: Emerging cleavages in new democracies: The case of Lithuania, in: *Journal of Baltic Studies (JBS)*, Vol. 35, Nr. 3, 2004, S. 278-296.
- Juska, Arunas / Johnstone, Peter: The symbiosis of politics and crime in Lithuania, in *Journal of Baltic Studies*, Vol. 35, Nr. 4, 2004, S.346-359.
- Karklins, Rasma / Zepa, Brigita: Political Participation in Latvia 1987-2001, in: *Journal of Baltic Studies (JBS)*, Vol. 32, Nr.4 2002, S. 334-346.
- Kattel, Rainer / Anton, Riivo: The Estonian Genome project and economic development, in: *TRAMES*, 2004, 8 (58/53),1/2, S.106-128.
- King, Gundar J. / Finnie, Bruce W. / Barnowe, J. Thad / Gibson, Linda: Corruption and economic development on the baltic littoral: Focus on Latvia, in: *Journal of Baltic studies*, Vol. 35, Nr. 4, 2004, S.329-345.

- Lagerspetz, Mikko: Consolidation as hegemonization: The case of Estonia, in *Journal of Baltic Studies (JBS)*, Vol. 32, Nr.4 2001, S.402-420.
- Lange, Peer H.: Das Baltikum als eine Aufgabe für die integrative Gestaltgebung Europas, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, B 37/98, S.3-13.
- Meyer, Dagmar: Lettland im Überblick, in: *Der Bürger im Staat*, Jg.54, Heft 2/3, 2004, S. 132-133.
- Meyer, Dagmar: Lettland im Überblick, in: *Der Bürger im Staat*, Jg.54, Heft 2/3, 2004, S. 154-155.
- Müller-Rommel, Ferdinand: Parteienwettbewerb in mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)*, Heft 3 / 2005, S.666-679.
- Naßmacher, Hiltrud: Parteiensysteme und Parteifinanzen in West-Europa, in *Zeitschrift für Politik (ZfP)*, 51. Jg., Nr.1 2004, S.29-51.
- Neuhaus, Marco: Direktinvestitionen. Der Wachstumsmotor in Mittel- und Osteuropa, in: *Deutsche Bank Research: EU-Monitor*, Nr. 26, 24. Juni 2005, S.14-20.
- Penikis, Andrejs: The third awakening begins: The birth of the Latvian Popular Front, June 1988 to August 1988, in: *Journal of Baltic studies (JBS)* Vol. 27 Nr. 4, 1996, S. 261-290, S.276ff.
- Reetz, Axel: Demokratische Transformation im Baltikum, in: *ZParl* 4 / 1999, S. 924-955.
- Reetz, Axel: Die Dritten Parlamente der Esten, Letten und Litauer, in: *ZParl* Heft 2, 2002, S. 290-323.
- Reetz, Axel: Die vierten Parlamente in Estland, Lettland und Litauen: Ähnliche Voraussetzungen, verschiedene Pfade, in: *ZParl*, Heft 2 / 2005, S. 326-348.
- Reetz, Axel: Wahlen im Baltikum seit 1990. Parlamente in den Paradoxien der Selbstbestimmung, in: *ZParl (Sonderband)* Heft 1/ 1995, S. 300-323.

- Rothacher, Albrecht: Die EU 25. Chancen und Risiken und politische Folgen der Osterweiterung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), B 5-6 / 2004, S.25-34.
- Sereda, Artur: Key reasons, why investors should invest in Estonia, in: Baltic Horizons. Analyses, chronologies, documents and forecasts on current development in Estonia, Latvia and Lithuania, No. 1 (100), May 2004, Tallinn 2004, S.
- Sikk, Allan: How unstable? Volatility and the genuinely new parties in Eastern Europe, in: European Journal of political research, Vol. 44, No. 3, May 2005, S.391-412.
- Smith-Sivertsen, Hermann: Why bigger party membership organisations in Lithuania than in Latvia 1995-2000?, in East European Quarterly, Vol. 38, No.2, 2004, S. 215-259.
- Toots, Anu / Vetik, Raivo: Estland vor dem EU-Beitritt, in. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5-6 / 2004, S.35-40.
- Vesper, Reinhard: Politische Parteien in Litauen, in Osteuropa, Jg. 45 Heft 10, 1995, S. 936-945.
- Volkov, Vladislav: Political awareness of the russian community in Latvia, in: Humanities and social sciences. Latvia: Minorities in Latvia (the 1990s) 3(12), 1996, S.46-57.

Publikationen des HWWA

- Bolz, Klaus / Polkowski, Andreas: Lettland. Die Rolle des Staates in den Waren und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen sowie in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur, HWWA-Report 174, Hamburg 1998.
- Borrmann, Christine / Plöetz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Estland, Lettland, Litauen, HWWA-Report 193, Hamburg 1999.
- Borrmann, Christine / Plöetz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa – Estland, Lettland, Litauen, HWWA-Report 182, Hamburg 1998.

- Borrmann, Christine / Plötz, Peter: Litauen. Die Rolle des Staates in den Waren und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen sowie in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur, HWWA-Report 176, Hamburg 1998.
- Borrmann, Christine: Methodological Problems of FDI statistics in accession countries and EU countries, HWWA Report 231, Hamburg 2003.
- Fritsche, Ulrich / Lösch, Dieter: Estland – Die Rolle des Staates in den Waren und Dienstleistungen produzierenden Unternehmen sowie in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur, HWWA-Report 175, Hamburg 1998.
- Larimo, Jorma / Miljan, Mait / Sepp, Jüri / Sorg, Mart: Foreign Direct Investment in Estonia, HWWA-Report 172, Hamburg 1998.
- Plötz, Peter / Polkowski, Andreas: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Estland, Lettland und Litauen, Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Report 219, Hamburg 2002.

Mastersarbeiten

- Jelinskaite, Jurgita: Public funding of parties. The Lithuanian Perspective. Masters thesis, University of Bergen 2001.
- Snipe, Arta: Financing of political parties: Effectiveness of regulation – the Latvian example. Masters thesis, Riga Graduate School of Law, 2003.

Nachschlagewerke

- Gabler Wirtschafts Lexikon, 13. überarbeitete Aufl., ungekürzte Wiedergabe der Originalausgabe 1993, Bd.1 A-BH.
- John Harper Publishing: Political Parties of the world, 5th edition, London 2002.
- Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 1995.

Publikationen von internationalen Organisationen

- Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2005.
- OECD economic surveys 1999-2000. The Baltic states – a regional economic assessment, Paris 2000.
- United Nations World Investment Report 2001: Promoting linkages, New York / Genf 2001.
- United Nations World Investment Report 2003: FDI policies for development: National and international perspectives, New York / Genf 2003.
- United Nations World Investment Report 2005: Transnational corporations and the internationalisation of R & D, New York / Genf 2005.

Tages-, Wochen- und Monatszeitungen / Magazine

- Baltische Rundschau, Jg. 11, Nr. 9, 2004.
- Baltische Rundschau, Jg. 12, Nr. 3, 2005.
- Das Parlament, 52. Jg., Nr. 41, 14. Oktober 2002.
- Die Zeit, 11. März 2004.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.3.2004.
- Infoblatt baltische Staaten , Nr.1 / 2002.
- Infoblatt baltische Staaten, Nr. 2 / 2002.
- Postimees, 17. Oktober 2006.
- The Baltic Times (Onlineausgabe): 17.4.2003.
- The Baltic Times (Onlineausgabe): 20.11.2003.
- The Baltic Times (Onlineausgabe): 6.11.2003.
- The Baltic Times (Onlineausgabe):1.4.2004.
- The Baltic Times, Vol. 10 October 13-19, 2005.
- The Baltic Times, Vol. 10, August 17-23 2006.
- The Baltic Times, Vol. 10, March 23-29, 2006.
- The Baltic Times, Vol. 10. October 6-12, 2005 .

Nachrichtenagentur

- Baltic News Service (BNS), 17.1.2006.
- Baltic News Service (BNS), 4.4.2006.

Verwendete Internetadressen:

*.ee = Estland, *.lv = Lettland, *.lt = Litauen

- <http://www.keskerakond.ee>. (2.2.2006)
- http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=SDI_MAIN&root=SDI_MAIN/sdi/sdi_ed/sdi_ed_inv/sdi_ed160 (2.10.2006)
- http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/ecobac/eb012
- http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=STRIND_EMPLOI&root=STRIND_EMPLOI/emploi/em071. (2.10.2006)
- <http://web.cvk.lv> (Central-Election-Commission of Latvia)
- <http://www.eer.ee> (20.6.2006 Registerzentrum des estnischen Justizministeriums).
- <http://www.epbe.ee>. Eesti Pank – Estnische Staatsbank.
- <http://www.hot.ee/esdtp/elections.html> Sozialdemokratische Arbeiterpartei Estlands (6.4.2004).
- <http://www.isamaaliit.ee> (22.3.2006 Pro Patria – Estland)
- <http://www.keskerakond.ee> (22.3.2006 – Zentrumspartei – Estland)
- <http://www.knab.gov.lv>.
- http://www.knab.gov.lv/don_list_print.php
- <http://www.lrs.lt>
- <http://www.reform.ee>. (15.5.2004, Reformpartei – Estland)
- <http://www.respublica.ee>. (22.2.2006)

- <http://www.riigikogu.ee>
- <http://www.sotsdem.ee> (22.3.2006 -Sozialdemokratische Partei Estlands)
- <http://www.transparency.de>. (16.11.2005)
- <http://www.transparency.org> (16.11.2005)
- <http://www.transparency.org/cpi/2002/cpi2002.de.html>, (16.11.2005).
- <http://www.vrk.lt>
- <http://www.vvk.ee>
- http://www3.lrs.lt/pls/inter2/dokpaieska.showdoc_e?p_id=39737&p_query=
- <http://www.admin.uni-oldenburg.de/presse/einblick/22/finanz.html> (Stand: 9.9.1997). Nassmacher, Hiltrud / Naßmacher. Karl-Heinz: Parteienfinanzierung: Ein Gesetz entsteht.
- <http://www.legaltext.ee> Political Parties Act, Offizielle Übersetzung ins englische durch die Republik Estland.

Sonstige Publikationen, E-Mails an den Verfasser und andere Informationsquellen

- E-Mail: Aive Kalev, Finanzministerium Estland
- E-Mail: Aira Paluselg (Volksunion)
- Estonian People's Union. Constitution – Programme.
- Fernsehdokumentation "Ein Bulle in Tallinn" (N3) von 1995
- Informationsblatt des Riigikogu. Stand 2003.
- Informationsbroschüre der Partei Isamaalit (Pro Patria). Stand 2003.
- Informationsbroschüre der Zentrumspartei. Stand 2003.
- New Baltic Barometer III: A survey study, Glasgow 1997.
- New Baltic Barometer V: A pre-enlargement survey, Glasgow 2002
- Phare 2003 Twinning Project „Reducing corruption in Estonia“ EE03-IB-JH-02, S.24, unveröffentlichte Untersuchung.
- E-Mail: Arto Aas an den Verfasser: 14.3.2005.
- E-Mail des estnischen Innenministeriums 25.5.2005
- E-Mail: Kadri Must (Generalsekretärin, Zentrumspartei) 29.9.2005 und 5.4.2006

- E-Mail: Marit Valge (ESDP) 30.9.2005
- E-Mail: Merike Soosalu (Pro Patria) an den Verfasser: 20.1.2006.
- E-Mail: Helen Hääl (Pro Patria): 6.4.2006

Gespräche in Tallinn

- Janno Reiljan (Abgeordneter, Volksunion), Oktober 2004, März 2005, 12.10.2005 im Riigikogu.
- Gespräch mit Rein Helme und Riho Terras im Verteidigungsministerium, August 2003.
- Mart Visitamm (Zentrumspartei) im August 2003, Oktober 2004.
- Ülle Madise (Beraterin Riigikogu-Verfassungsausschuss, jetzt Riigikontrolli), März 2005.
- Peeter Luikmel und Priit Vahter (Wirtschaftswissenschaftler in der Estnischen Staatsbank / Eesti Pank), September 2005.
- Jaak Pölluas (Res Publica) 22.10.2004.
- Evelyn Sepp (Abgeordnete, Zentrumspartei), März 2005.
- Urmas Reinsalu (Res Publica), März 2005.
- Arto Aas (Reformpartei) 2.3.2005.
- Jarno Laur (Abgeordneter, ESDP), 10. März 2005.
- Ahti Kuningas (Wirtschaftsministerium) Oktober 2005.

Lebenslauf

Name: Rolf Winkelmann

Geburtstag: 30.12.1973

Geburtsort: Hamburg

Anschrift: Ziegelhofstr. 105 A, 26121 Oldenburg

Staatsbürgerschaft: Deutsch

Studium:

10/1995 – 7/2002 Magisterstudium an der Carl von Ossietzky Universität
Oldenburg

4/2000 Magisterzwischenprüfung Politikwissenschaft und Geschichte

7/2002 Magisterprüfung Politikwissenschaft und Geschichte

Magisterarbeit im Fach Politikwissenschaft zum Thema „Parteien und
Zigaretten“

10/2002 – 5/2007 Dissertation bei Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher
und Herrn Prof.(em.) Dr. Helmut Freiwald zum Thema: „Politik und
Wirtschaft im Baltikum“.

Oldenburg im Juni 2007

Rolf Winkelmann

Hiermit versichere ich, dass ich diese Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel und Quellen verwendet habe.

Unterschrift:

Rolf Winkelmann